

Diskurs Kindheits- und Jugendforschung

Discourse. Journal of Childhood and Adolescence Research

2-2024

Schwerpunktbeiträge

- Wandel von Diskursen und Aufarbeitung sexueller Gewalt
- Der Ort der Betroffenen in der Aufarbeitungsforschung
- Aufarbeitung der Kinderverschickungskuren in Deutschland
- Pflegekinderhilfe in der DDR

Freie Beiträge

- Forschende in der Pflicht?
- Infektionsschutzmaßnahmen und politische Sozialisation Jugendlicher
- Gelegenheiten und Herausforderungen für Engagement junger Menschen

Kurzbeitrag

- Zum sozialisatorischen Erbe der DDR

Rezension



77411

19. Jahrgang

2. Vierteljahr 2024

ISSN 1862-5002

Verlag Barbara Budrich



Diskurs Kindheits- und Jugendforschung/Discourse. Journal of Childhood and Youth Research

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Ulrike Deppe, Chemnitz; Prof. Dr. phil. habil. Andrea Eckhardt, Görlitz; Prof. Dr. Florian Eßer, Osnabrück; Prof. Dr. Sara Fürstenau, Hamburg; Prof. Dr. Cathleen Grunert, Halle/Saale; Prof. Dr. Bernhard Kalicki, München; Prof. Dr. Bäbel Kracke, Jena; Prof. Dr. Heinz-Hermann Krüger, Halle/Saale; Prof. Dr. Johanna Mierendorff (Halle/Saale, geschäftsführend); Prof. Dr. Gudrun Quenzel, Vorarlberg; Prof. Dr. Thomas Rauschenbach, München; Prof. Dr. Wolfgang Schröer, Hildesheim; Prof. Dr. Ludwig Stecher, Gießen.

Beirat

Prof. Dr. Hans Bertram, Berlin; Dr. Carole Bloch, Kapstadt; Prof. Dr. rer. soc., Dr. phil. habil., Dipl.-Soz. Ralf Bohnsack, Berlin; Prof. Dr. Doris Bühler-Niederberger, Wuppertal; Dr. Sebastian Dippelhofer, Gießen; Prof. Dr. Nicola Döring, Ilmenau; Prof. Dr. Manuela du Bois-Reymond (†), Leiden; Klaus Farin, Berlin; Prof. Dr. Hannelore Faulstich-Wieland, Hamburg; Prof. Dr. Burkhard Gniewosz, Salzburg; Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Ingrid Gogolin, Hamburg; Dr. Roger Hewitt, London; Dr. Katrin Hille, Heilbronn; Prof. Dr. Ronald Hitzler, Dortmund; Prof. Dr. Dagmar Hoffmann, Siegen; Prof. Dr. Klaus Hurrelmann, Bielefeld; Prof. Dr. Angela Ittel, Berlin; Prof. Dr. Vera King, Frankfurt/Main; Prof. Dr. Carmen Leccardi, Milano-Bicocca; Prof. Dr. Drorit Lengyel, Hamburg; Prof. em. Dr. Manfred Liebel, Berlin; Prof. em. Dr. Gudula List, Anweiler-Queichhambach; Dr. Andreu López Blasco, Bétera; Prof. Dr. Günter Mey, Magdeburg/Stendal; Prof. Dr. Ursula Neumann, Hamburg; Prof. Dr. Alan Prout, Warwick; Prof. em. Dr. Jens Qvortrup, Trondheim; Prof. Dr. Heinz Reinders, Würzburg; Dr. Wolfgang Reissmann, Berlin; Prof. Dr. Hans-Günther Roßbach, Bamberg; Prof. Dr. Petra Schulz, Frankfurt/Main; Prof. Dr. Margrit Stamm, Freiburg (Schweiz); Prof. Dr. Stephan Sting, Klagensfurt; Dr. Janine Stoeck, Halle; Prof. Dr. Daniel Süß, Zürich; Prof. Dr. Sigrid Tschöpe-Scheffler, Köln; Prof. Dr. Mirjana Ule, Ljubljana; Prof. Dr. Klaus Wahl, München; Prof. Dr. Andreas Walther, Frankfurt/Main.

Geschäftsführung und Redaktion

Johanna Mierendorff, Annegret Gaßmann, Diana Handschke-USchmann, Philipp Illing
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Institut für Pädagogik
Franckeplatz 1, Haus 7, 06099 Halle
diskurs@paedagogik.uni-halle.de

Verlag

Verlag Barbara Budrich GmbH, Stauffenbergstr. 7, D-51379 Leverkusen
Tel +49 (0)2171. 79491 50. Fax +49(0)2171. 7949169. E-Mail: zeitschriften@budrich.de | <https://budrich.de>

Erscheinen und Bezugsmöglichkeiten

Erscheinungsweise: 4 Hefte jährlich. Preise und Abonnements, in Euro: Einzelheft Print oder PDF 22,00. Einzelbeitrag Download 6,00. Abonnements Einzelpersonen: Privat - Print 64,00. Privat - Print + Online 79,00. Privat - Online 55,00. Studierende - Print 39,90. Studierende - Print + Online 61,00. Studierende - Online 33,00. Abonnements Institutionen: Institutionen - Print 100,00. Institutionen - Print + Online 190,00. Institutionen - Online 172,00. Die Bezugspreise enthalten die gültige Mehrwertsteuer. Alle Preise und Versandkosten unterliegen der Preisbindung. Abonnement-Kündigungen bitte schriftlich an den Verlag. Kündigungsfrist bis drei Monate zum Jahresende. Weitere Informationen unter <https://diskurs.budrich-journals.de>.

© 2024 Verlag Barbara Budrich, Opladen • Berlin • Toronto. Die Zeitschrift sowie alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

Satz:

Linda Kutzki, Berlin – www.textsalz.de

Printed in Europe. Gedruckt auf FSC®-zertifiziertem Papier, CO₂-kompensierte Produktion.
Mehr Informationen unter <https://budrich.de/nachhaltigkeit/>.

Diskurs Kindheits- und Jugendforschung in Datenbanken & Externen Webseiten:

Übersicht unter <https://www.budrich-journals.de/index.php/diskurs/pages/view/datenbanken>

Diskurs im Internet unter <https://diskurs.budrich-journals.de>

ISSN: 1862-5002 | ISSN Online: 2193-9713

Diskurs Kindheits- und Jugendforschung/ Discourse. Journal of Childhood and Adolescence Research

Jahrgang 19 Heft 2

Inhalt

In memoriam Manuela du Bois-Reymond (1940–2024) 147

Schwerpunkt Aufarbeitungen

Meike S. Baader, Wolfgang Schröer
Wissenschaftliche Aufarbeitungen von Gewalt in Kindheit und Jugend 149

Andrea Pohling
Über den Wandel von Diskursen und die Aufarbeitung sexueller Gewalt –
eine Skizze 153

Carolin Oppermann, Julia Schröder
Der Ort der Betroffenen in der Aufarbeitungsforschung 169

Johanna Christ
Aufarbeitung der Kinderverschickungskuren in Deutschland – Gewalt und
Zeugenschaft in generationalen Ordnungen 189

Carolin Ehlke
Pflegekinderhilfe in der DDR – zur Erweiterung des Blicks der
Aufarbeitungsforschung zur Kinder- und Jugendhilfe 205

Allgemeiner Teil

Freie Beiträge

Regine Schelle

Forschende in der Pflicht? Erwartungen frühpädagogischer Fachkräfte
an die Forschung im Arbeitsfeld. Ergebnisse einer qualitativen Studie 223

Marco Schott, Pia Sauermann, Johanna Häring, Ina Weigelt

„Ich finde, die sollten die Schulen zu machen, ich schreib jetzt sonst nen Brief
an den Bundestag“. Der Umgang mit den Infektionsschutzmaßnahmen und die
politische Sozialisation Jugendlicher 241

Jessica Brensing, Fredrik Norén, Tuuli-Marja Kleiner, Andreas Klärner

Gelegenheiten und Herausforderungen für das Engagement junger Menschen
in Vereinen sehr ländlicher Räume – Alles eine Frage der Passung? 261

Kurzbeitrag

Martin Kriemann

Zum sozialisatorischen Erbe der DDR 281

Rezension

Rezension von Johanna Mierendorff

Britta Menzel & Antonia Scholz (2022): *Frühe Kindheit und soziale Ungleichheit.
Lokale Zugangssteuerung frühkindlicher Bildung und Betreuung im internationalen
Vergleich*. Beltz Juventa 287

In memoriam Manuela du Bois-Reymond (1940–2024)



Quelle: Lisanne Wepler

Manuela du Bois-Reymond, emeritierte Professorin für Erziehungswissenschaften mit den Schwerpunkten Kindheits- und Jugendsoziologie an der Universität Leiden/NL, ist im Februar 2024 in Leiden verstorben.

Als Kriegskind 1940 in Berlin geboren, wuchs sie dort und (kriegsbedingt) teilweise auch im Sauerland auf. Nach ihrem Abitur (1959) folgten mehrere Auslandsaufenthalte, ein sozialwissenschaftliches Studium in Freiburg, New York und Berlin, das sie 1970 mit dem Diplom abschloss. 1977 wurde sie Professorin für Kindheits- und Jugendsoziologie an der Universität Leiden (Niederlande), wo sie bis zu ihrer Emeritierung lehrte und forschte.

Für Manuela du Bois-Reymond war das Gespräch zentraler Zugang zur gesellschaftlichen Wirklichkeit. „Sabah: Rede und Antwort“, so der Titel eines ihrer letzten Bücher (2021), dokumentiert in beeindruckender Form ihr zentrales Interesse am intensiven, verstehenden (inter)kulturellen und sozialen Austausch zwischen Personen und Personen-gruppen nicht zuletzt im Rahmen von Generationenbeziehungen und Generationenverhältnissen. Gegenstand vieler ihrer Forschungsprojekte war der Wandel von Kindheit unter modernisierungstheoretischer Perspektive, wobei der historische Wandel besonders seit dem Zweiten Weltkrieg in ausgesuchten Lebensbereichen erforscht wurde. Seit ihrem erziehungs- und sozialwissenschaftlichen Studium in Berlin waren die sozialen Bedingungen des menschlichen Lernens in unterschiedlichen sozialen Milieus ein wichtiger Teil

ihres wissenschaftlichen Denkens und Forschens. Schon zu Beginn der 1970er Jahre untersuchte sie in ihren Berliner Jahren mit einer größeren Projektgruppe die Lebenswelt von Kindern in einem Westberliner Arbeiterbezirk.

Als sich in den 1980er-Jahren eine Gruppe kindheitssoziologisch Forschender bildete und zur Arbeitsgruppe und später zu der Sektion der Deutschen Gesellschaft für Soziologie wurde, war Manuela du Bois-Reymond aktiv dabei. Bekannt wurde sie vor allem durch die Diagnose, dass sich die Position der Kinder im Befehls- zum Verhandlungshaushalt wandelte. Mit Untersuchungen zum Strukturwandel der Jugendphase profilierte sie sich 1990 als Jugendforscherin. Mit eigenen Studien im holländischen Leiden war sie zwischen 1992 und 1998 an vergleichenden Quer- und Längsschnitt-Untersuchungen in drei europäischen Regionen (Leiden, Halle, Marburg) zum Kinderleben und zu Wegen aus der Kindheit ins Jugendalter am Ende des 20. Jahrhunderts beteiligt. Im Rahmen einer anderen Kooperation vertiefte Manuela du Bois-Reymond mit der interkulturell angelegten Studie über „Stadtgeschichte als Kindheitsgeschichte. Lebensräume von Großstadtkindern in Deutschland und Holland um 1900“ (1989) ihre Forschungsinteressen im Feld der Oral History/Biografieforschung und der kulturvergleichenden Forschung. Die Gruppe um Imbke Behnken, Manuela Du Bois-Reymond und Jürgen Zinnecker erweiterte damit die Kindheitsforschung um eine stärker historisch gewendete Sozialökologie kindlicher Entwicklung.

Manuela du Bois-Reymonds hohes Maß an Selbstreflexion spielte auch im fortgeschrittenen Alter noch eine große Rolle. Ihre Autobiographie „Hinter mir was noch kommt“ (2012) beschreibt in sehr pointierter Form vor allem die studentenbewegte Welt der 1968er Generation mit ihren Ideen und ihren spezifischen Lebenserfahrungen, die als wichtiger Mosaikstein für das kollektive Gedächtnis dieser Generation anzusehen sind.

Das Leben zwischen zwei europäischen Ländern prägte stets ihr Interesse an internationalen Vergleichen. Seit den frühen 1980er-Jahren war Manuela Du Bois-Reymond in mehrere Europäische Netzwerke involviert. Sie wollte wissen, wie junge Menschen in Europa ihr Leben im Spannungsfeld zwischen zunehmenden Risiken und wachsenden Chancen ihrer Generation führen. Sich dessen bewusst, dass wissenschaftliches Arbeiten die Welt nicht verändern kann, erklärte sie: „I strongly believe in cooperation and teamwork among scientists and together with my colleagues. I work at ‘bridge building’ across countries and between people.”

Die Sektion Soziologie der Kindheit verliert eine hervorragende Kindheits- und Jugendforscherin, die viel zur Etablierung dieses Arbeitsfeldes in Forschung und Lehre ebenso wie zur Betreuung vieler Nachwuchswissenschaftler:innen beigetragen hat. Sie hinterlässt ein umfassendes wissenschaftliches Werk, das eine Fülle an wichtigen Anregungen für die künftige Kindheits- und Jugendforschung enthält.

Peter Büchner, Helga Zeiher, Imbke Behnken

Wissenschaftliche Aufarbeitungen von Gewalt in Kindheit und Jugend

Meike S. Baader, Wolfgang Schröer

Wissenschaftliche Aufarbeitungen von sexualisierter und sexueller Gewalt, aber auch von anderen Gewalterfahrungen in pädagogischen, medizinischen und sozialen Organisationen und Alltagen von Kindheit und Jugend werden seit einigen Jahren in Deutschland vorgenommen. Es sind vor allem Betroffene und Beratungsstellen, die grundlegend auf die erfahrene Gewalt hingewiesen, diese überhaupt explizit als Gewalt bezeichnet, die Notwendigkeit von Aufarbeitungen unterstrichen sowie auch die Wissenschaft aufgefordert haben, sich an Aufarbeitungsprozessen zu beteiligen. Seit einiger Zeit wird in diesem Kontext zudem von einem Recht der Betroffenen auf Aufarbeitung gesprochen und eine gesetzliche Verankerung dieses Rechtes unter anderem im SGB VIII gefordert (u. a. Baader, 2022 sowie Meysen, 2023).

Im Fokus wissenschaftlicher Aufarbeitung steht häufig die Rekonstruktion von Gewalterfahrungen und Verantwortungsstrukturen in organisationalen sowie sozialen Zusammenhängen, durch die Gewalt legitimiert, akzeptiert, geduldet oder ermöglicht wurde. Insgesamt ist wissenschaftliche Aufarbeitung dabei nicht nur von institutioneller und juristischer Aufarbeitung zu unterscheiden, sondern auch von fallbezogenen Rekonstruktionen in der Qualitätsentwicklung und -kontrolle in Verfahren und Organisationen von Kindheit und Jugend (Unabhängige Kommission, 2019). Gleichzeitig sind weiterhin die Überschneidungen mit und Abgrenzungen von geschichtswissenschaftlichen Untersuchungen und Analysen bisher noch wenig geklärt. Es ist in den kommenden Jahren eine forschungsmethodologische Diskussion zu führen, um die Konzepte und Methoden wissenschaftlicher Aufarbeitung auszuwerten, zu differenzieren und weiterzuentwickeln sowie stärker auch in den internationalen Forschungskontext z. B. zu transitional justice (siehe dazu Andresen, 2023) in der Kindheits- und Jugendforschung zu stellen.

Es ist in diesem Zusammenhang sehr zu begrüßen, dass gegenwärtig auf Bundesebene von der *Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs* (UBSKM, 2023) ein Dialogprozess begonnen wurde, um mit Betroffenen, deren Organisationen und in wissenschaftlichen, juristischen und institutionellen Aufarbeitungsprozessen erfahrenen Personen sowie Organisationen Standards für die Beteiligung von Betroffenen in Aufarbeitungsprozessen zu entwickeln. Es wäre sehr zu wünschen, dass vergleichbare Prozesse auch aus der Wissenschaft und ihren Organisationsformen – wie z. B. der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) – angeschoben werden.

Somit steht – und darauf möchte dieses Themenheft auch hinweisen – eine wissenschaftliche Diskussion aus, wie wissenschaftliche Aufarbeitung als Teil der Kindheits- und Jugendforschung verortet werden kann. Es ist bisher sowohl forschungsmethodologisch als auch systematisch kaum reflektiert, an welche Konzepte und Wissensbestände der Kindheits- und Jugendforschung wissenschaftliche Aufarbeitung anknüpfen kann. Die Kindheits- und Jugendforschung müsste sich fragen, wie sie in früheren Jahren sexualisierte und sexuelle Gewalt in der Kindheit und Jugend thematisiert hat (Baader, 2017), welche Konzepte von Gewalt und von Vulnerabilität zugrunde gelegt wurden, wie die Thematisierung sexualisierter und sexueller Gewalt mit Geschlechterhierarchisierungen und -politiken (Windheuser, 2018) in der Kindheits- und Jugendforschung verknüpft war und wie sich die gegenwärtige wissenschaftliche Aufarbeitungsforschung zu diesen Thematisierungen verhält (Pohling, 2021).

Es wird für Kindheits- und Jugendforschung und für die wissenschaftliche Aufarbeitungsforschung auch weiterführend notwendig sein, danach zu fragen, welche Konstruktionen von Kindheit und Jugend, von Kindern, Jugendlichen und jungen Menschen und ihren sozialen Beziehungen, von Generationen- und Geschlechterverhältnissen in den Aufarbeitungen rekonstruiert werden können. Weiterhin wird sich die Kindheits- und Jugendforschung auch damit auseinandersetzen müssen, wie sie selbst in die (Nicht-)Thematisierung und Ermöglichung oder auch Verhinderung von sexualisierter und sexueller Gewalt verflochten war und ist. Schließlich stellt sich auch die Frage, wie sie die Rechte von jungen Menschen in der Forschung prozessiert, thematisiert und letztlich verwirklicht (hat).

In diesem Heft wird aus unterschiedlichen Perspektiven auf bisherige Aufarbeitungsprozesse, Diskurse, die Position von Betroffenen in wissenschaftlichen Aufarbeitungen sowie auf übergangene und ausgewählte pädagogische Handlungsfelder geschaut, die besonders oder bisher gar nicht im Fokus standen. Die Beiträge sollen die Kindheits- und Jugendforschung sensibilisieren und öffnen, sich intensiver und auch systematischer mit wissenschaftlichen Aufarbeitungen auseinanderzusetzen und das Forschungsfeld wahr- und auch ernst zu nehmen.

Zunächst nimmt *Andrea Pohling* in dem Beitrag *Über den Wandel von Diskursen und die Aufarbeitung sexueller Gewalt – eine Skizze*, eine historische Verortung vor. Sie öffnet den historischen Blick und fragt, wie seit den 1900er-Jahren in Deutschland sexuelle Gewalt als diskursives Ereignis analysiert werden kann. Sie kann auf der Grundlage ihrer inhaltsanalytischen Untersuchung einerseits herausarbeiten, welche Besonderheiten sich in den jeweiligen Diskursen zeigen. Zudem wird aber auch andererseits deutlich, dass in der deutschsprachigen Forschung das Jahr 2010 ein Markstein in der Thematisierung sexueller Gewalt war und darauf verwiesen, dass die seither bestehende gestiegene Aufmerksamkeit, „auch aus dem Geschlechterverhältnis heraus zu erklären ist, d. h. dass sexueller Kindesmissbrauch bis dahin überwiegend als (innerfamiliäres) Phänomen betrachtet wurde, welches Mädchen* und Frauen* betrifft“ (Pohling, 2024, in diesem Heft, S. 164).

Daraufhin fordern *Carolin Oppermann & Julia Schröder* in ihrem Beitrag *Der Ort der Betroffenen in der Aufarbeitungsforschung* sowohl eine Stärkung der Rechte als auch Schutzkonzepte sowie das Coaching und organisationale Begleitung (Enders & Schlingmann, 2018) von Betroffenen in wissenschaftlichen Aufarbeitungen. Ausgehend von einer kritisch-reflexiven Perspektive und eigenen Erfahrungen in wissenschaftlichen Aufarbei-

tungen setzen sie sich mit der sozialen Positionierung von Betroffenen in Aufarbeitungsprozessen auseinander. Sie plädieren dabei entschieden, die Machtunterschiede zwischen den Akteur:innen in den relationalen und dynamischen Herstellungsprozessen von sozialen Positionierungen in wissenschaftlichen Aufarbeitungen nicht nur wahrzunehmen, sondern Verfahren und organisationale Prozesse zur Regulation der Machtasymmetrien zu etablieren, um die Betroffenen in diesen Prozessen zu stärken und Machtkonstellationen gerade nicht zu vernebeln.

Nach diesen beiden grundlegenden Beiträgen zur wissenschaftlichen Aufarbeitung sexualisierter und sexueller Gewalt nehmen die folgenden beiden Beiträge zwei unterschiedliche Felder in den Blick, die entweder – wie die sogenannten Kinderverschickungskuren – gegenwärtig im Fokus von Aufarbeitungen von Gewalterfahrungen stehen oder noch kaum in diesem Kontext gesehen wurden, da auch nur wenig über diese Felder – wie die Pflegekinderhilfe in der DDR – bekannt ist.

Johanna Christ bezieht sich in ihrem Beitrag *Aufarbeitung der Kinderverschickungskuren in Deutschland – Gewalt und Zeugenschaft in Generationalen Ordnungen* auf öffentlich zugängliche Berichte über gewaltvolle Erfahrungen von jungen Menschen, die in ihrer Kindheit einen Aufenthalt im Kontext von Kinderverschickungskuren erfahren haben. In ihrer Analyse verortet sie über eine rekontextualisierende Worthäufigkeitsanalyse die Zeugenschaft von Verschickungen in der Kindheit im Rahmen der sozialen Konstruktion generationaler Ordnung. Sie stellt dabei heraus, dass „die generationale Position der Kinder“ ein „wesentlicher Faktor dafür gewesen [ist], dass die Verschickung so stattfinden konnte, wie sie stattgefunden hat“ (Christ, 2024, in diesem Heft, S. 201).

In dem Beitrag *Pflegekinderhilfe in der DDR – zur Erweiterung des Blicks der Aufarbeitungsforschung zur Kinder- und Jugendhilfe* rückt *Carolin Ehlke* ein Feld in den Vordergrund, das bisher in den Betrachtungen zur Jugendhilfe in der DDR kaum beachtet wurde. Weitestgehend beziehen sich die Rekonstruktionen und Aufarbeitungen auf Heimeinrichtungen und nicht auf das Aufwachsen von jungen Menschen in Pflegefamilien. Diese Form der Unterbringung scheint nicht in das Bild zu passen, das über die öffentliche Erziehung in der DDR vorherrscht. *Carolin Ehlke* macht deutlich, dass es zunächst differenziertes Wissen über die jeweiligen Felder – wie hier die Pflegekinderhilfe – bedarf, um dann wiederum auch Gewaltbeziehungen und -verhältnisse sowie Grenzverletzungen wahrnehmen und einordnen zu können.

Die vier Beiträge lassen erkennen, dass wissenschaftliche Aufarbeitungen von Gewalterfahrungen in der Kindheits- und Jugendforschung heute aufgefächerter sind, als dies mitunter wahrgenommen wird. Gleichzeitig wird deutlich, dass es kindheits- und jugendtheoretischer Einordnungen sowie feldspezifisches Wissen und vor allem der Beteiligung, Positionierungen und Zeugenschaft von Betroffenen bedarf, um wissenschaftliche Aufarbeitungen leisten zu können. Die Kindheits- und Jugendforschung steht in diesem Kontext noch weitgehend am Anfang, so dass kaum eingeschätzt werden kann, wie sich in den kommenden Jahren die wissenschaftliche Aufarbeitungsforschung in diesem Zusammenhang entwickeln wird. Weiterführende Impulse werden jedoch von allen vier Beiträgen gesetzt.

Literatur

- Andresen, Sabine (2023). Sexuelle Gewalt in Kindheit und Jugend. Gesellschaftliche Aufarbeitung, generationale Ordnung und „Wiedergutmachung“. In Aichele Valentin (Hrsg.), *Das Recht auf Wiedergutmachung. Vom Umgang Deutschlands mit elementaren Unrechtserfahrungen in der deutschen Geschichte* (S. 289–308). Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Baader, Meike Sophia (2017). Zwischen Politisierung, Pädosexualität und Befreiung aus dem „Getto der Kindheit“. Diskurse über die Entgrenzung von kindlicher und erwachsener Sexualität in den 1970er Jahren. In Meike Sophia Baader, Christian Jansen, Julia König & Christin Sager (Hrsg.), *Tabubruch und Entgrenzung. Kindheit und Sexualität nach 1968* (S. 55–85). Köln/Weimar/Wien: Böhlau.
- Baader, Meike Sophia, Böttcher, Nastassia, Ehlke, Carolin, Oppermann, Carolin, Schröder, Julia & Schröer, Wolfgang (2022). *Zwischenbericht ‚Helmut Kentlers Wirken in der Berliner Kinder- und Jugendhilfe – Aufarbeitung der organisationalen Verfahren und Verantwortung des Berliner Landesjugendamtes‘*. Hildesheim: Universitätsverlag. Verfügbar unter: <https://hilpub.uni-hildesheim.de/server/api/core/bitstreams/b80fe034-979d-4d61-9f4a-e89a3674a4d5/content>. [08. April 2024].
- Enders, Ursula & Schlingmann Thomas (2018). Nachhaltige Aufarbeitung aktueller Fälle sexuellen Missbrauchs durch Erwachsene und sexueller Übergriffe durch Kinder und Jugendliche in Institutionen. In Carolin Oppermann, Veronika Winter, Claudia Harder, Mechthild Wolff & Wolfgang Schröer. *Lehrbuch Schutzkonzepte in pädagogischen Organisationen* (S. 286–308). Weinheim: Beltz Juventa.
- Meysen, Thomas, Paulus, Mareike, Derr, Regine & Kindler, Heinz (2023). *Sexueller Kindesmissbrauch und die Arbeit der Jugendämter*. Berlin. Verfügbar unter: https://www.aufarbeitungskommission.de/wp-content/uploads/Fallstudie_Sexueller-Kindesmissbrauch-und-die-Arbeit-der-Jugendaemter_bf.pdf [17. Februar 2024]
- Pohling, Andrea (2021). *Artikulationen Sexueller Gewalt. Biographien, Diskurse und der Übergang zum Sprechen*. Wiesbaden: Springer VS.
- Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs (2019). *Rechte und Pflichten: Aufarbeitungsprozesse in Institutionen. Empfehlungen zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs*. Berlin: Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs.
- Windheuser, Jeannette (2018). *Geschlecht und Heimerziehung*. Bielefeld: transcript.

Über den Wandel von Diskursen und die Aufarbeitung sexueller Gewalt¹ – eine Skizze

Andrea Pohling

Zusammenfassung

Vor dem Hintergrund einer inhaltsanalytischen Betrachtung von diskursiven Ereignissen zum Thema der sexuellen Gewalt gegen Kinder und Jugendliche beschäftigt sich der Beitrag mit dem Thema der Aufarbeitung sexueller Gewalt als gesellschaftspolitischem Bildungsprozess in Deutschland. Er fokussiert öffentlich-mediale sowie wissenschaftliche diskursive Ereignisse sexualisierter Gewalt seit Beginn der 1900er-Jahre in Deutschland und entwirft einen skizzenhaften Einblick in zentrale Themenfelder und sich abzeichnende Wandlungsprozesse. Er zielt darauf, Besonderheiten des Diskurses um sexuelle Gewalt herauszuarbeiten, und schlägt eine Unterteilung in vier zentrale Diskursstränge vor. Es wird sich dabei auch einer Antwort auf die Frage angenähert, warum dem Jahr 2010 im Hinblick auf Aufarbeitung zentrale Bedeutung zukommt.

Schlagwörter: Aufarbeitung, Sexuelle Gewalt gegen Kinder und Jugendliche, Diskurs, gesellschaftlicher Wandel, gesellschaftlicher Bildungsprozess.

On Changing Discourses and Coming to Terms with Sexual Violence - A Sketch

Abstract

Against the background of a content-analytical analysis of discourses around sexual violence, this article deals with the topic of coming to terms with sexual violence as a socio-political educational process in Germany. It focuses on public-media as well as academic discursive events of sexualized violence since the early 1900s in Germany and sketches an insight into central topics and emerging processes of change. It aims to identify particularities of the discourse around sexual violence and proposes a division into four central strands of discourse. It also approaches an answer to the question why the year 2010 is of central importance with regard to reappraisal.

Keywords: reappraisal, sexual violence against children and adolescents, discourse, social change, social education process.

¹ Gegenstand dieses Artikels ist die Form sexueller Gewalt, die sich gegen Kinder und Jugendliche richtet. Die Begriffe „sexuelle Gewalt“, „sexueller (Kindes)Missbrauch“ und „sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche“ werden synonym verwendet.

1 Zum Thema Aufarbeitung

In der Jubiläumsausgabe des Magazins „stern“ vom September 2023 (stern Nr. 38) findet sich ein Interview des Autors Stefan Schmitz mit dem stellvertretenden Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in München, Magnus Brechtken. Der Historiker Brechtken untersucht im Auftrag des herausgebenden Konzerns die Geschichte des Magazins von ihren Anfängen in der Nachkriegszeit 1948 bis zum Skandal um die gefälschten Hitler Tagebücher im Jahr 1983. Zentral kommt darin die Personale des stern-Gründers Henri Nannen und dessen Verwicklungen in den Nationalsozialismus in den Fokus. Dabei geht es u. a. um antisemitische Flugblätter, die Nannen verantwortet und die im Jahr 2022 eine neue Debatte um dessen Person ausgelöst haben. Brechtken zeichnet nach, dass die propagandistische Beteiligung Nannens im Nationalsozialismus auch in den Jahrzehnten zuvor schon diskutiert wurde und der Abdruck der Flugblätter nicht erstmalig im Jahr 2022 erfolgt ist. Das Wissen um dessen Beteiligung im nationalsozialistischen Deutschland sei also schon zuvor in der Welt gewesen. Er schlussfolgert daraus, dass die Plakate bzw. Flugblätter im Jahr 2022 „auf ein anderes Interesse“ trafen als in den Jahrzehnten davor. Und weiter schreibt er: „Das ist die entscheidende Frage: Warum erscheinen 2022 Abbildungen sensationell, die vorher kaum jemand genau sehen wollte?“ (stern 38, S. 71). Im Verlauf des Interviews geht es in diesem Kontext weiterhin um den Wandel der öffentlichen Wahrnehmung und Bewertung. Dabei wird auch die Rede vom „Zeitgeist“ (stern 38, S. 72) bedient, die ebenso selbsterklärend wie unbestimmt scheint. Auch die kollektiven gesellschaftlichen Mechanismen der Verdrängung und des Beschweigens nationalsozialistischer Taten werden angesprochen (stern 38, S. 72).

Nicht erst an dieser Stelle werden Parallelen zur Aufarbeitung sexueller Gewalt² gegen Kinder und Jugendliche in Deutschland offenbar. Aufarbeitung in diesem thematischen Kontext kann in Anlehnung an Sabine Andresen als gesellschaftspolitischer Bildungsprozess verstanden werden, der nicht nur in Deutschland stattfindet, sondern weltweit (Wright et al., 2020). Als in Deutschland die *Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs* (UKASK) im Jahr 2016 ihre gesetzlich beauftragte Tätigkeit aufnahm, um „Ausmaß, Art und Folgen“ (Homepage der UKASK) sexueller Gewalt gegen Kinder und Jugendliche zu untersuchen, waren international eine Vielzahl anderer Kommissionen dabei, ähnlich angelegte Untersuchungen in ihren jeweiligen nationalen Kontexten durchzuführen oder hatten diese bereits mit einem oder mehreren Berichten abgeschlossen. Eine einzigartige globale Situation, die von Katie Wright und anderen Forscherinnen (2020) mit der Formel „The Age of Inquiry“ (übersetzt etwa: „Das Zeitalter der Untersuchungen“) überschrieben wurde. Andresen versteht Aufarbeitung in Anlehnung an Adorno (2005) als kritische Auseinandersetzung mit dem Bedürfnis, (sexuelle) Gewalt gegen Kin-

² Es existieren eine Vielzahl von Begriffen, wie „sexueller (Kindes)Missbrauch“, „sexualisierte Gewalt“, „sexuelle Gewalt“, „sexuelle Übergriffe“ nebeneinander, die zum Teil, aber nicht immer, mit unterschiedlich weit gefassten Definitionen einhergehen und verschiedene Aspekte des Phänomens betonen. Übereinstimmend mit anderen Forscher:innen wird davon ausgegangen, dass es keinen allgemein gültigen Begriff zur Bezeichnung dieser Form von Gewalt gegen Menschen geben kann. „Jeder Begriff, der zur Bezeichnung dieser Gewalt gewählt wurde, weist Mängel auf.“ (Kavemann et al., 2016, S. 4). Für eine kritische Auseinandersetzung mit den einzelnen Begrifflichkeiten siehe u. a. Hagemann-White, 2016.

der und Jugendliche zu verdrängen und insofern als gesellschaftlichen Prozess des Durcharbeitens der diesbezüglichen Vergangenheit, der sich auf die Praktiken des Zeugnis Ablegens, Dokumentierens, Aufklärens und Gedenkens stützt (Andresen, 2019, S. 4). Im Kern basiert der Prozess der Aufarbeitung auf der Auswertung von Aussagen, Erzählungen und Berichten von dieser Gewaltform betroffener Menschen und zielt auf die Identifikation struktureller Ursachen von Unrecht und Gewalt, auf die Anerkennung von Unrecht sowie auf die Herstellung von generationaler Gerechtigkeit (Andresen, 2019, S. 4). Als Grundlage für Aufarbeitung geht es jedoch in einem ersten Schritt um die Frage nach gesellschaftlicher Aufmerksamkeit und medialer Resonanz für das Thema. Im Kontext des Diskurses um sexuellen Kindesmissbrauch in Deutschland gilt das Jahr 2010 als Zäsur, was dieses Thema angeht (Kavemann, 2016; Andresen & Demant, 2017; Pohling, 2021). Andresen und Demant sprechen davon, dass dieses Jahr zur „Chiffre gesellschaftlicher Aufmerksamkeit für den Umgang mit sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche in Deutschland geworden“ (Andresen & Demant, 2017, S. 44) sei. Barbara Kavemann unterscheidet zwei „Wellen“ des Diskurses um sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche, wobei der Beginn der zweiten Welle von Veröffentlichungen durch das Jahr 2010 markiert wird (Kavemann et al., 2016, S. 5). Die Veröffentlichung des Briefes von Pater Mertes im Januar des Jahres 2010 kann als „diskursives Einschlagsereignis“ (Pohling, 2021, S. 228) beschrieben werden. Auch auf Basis einer quantitativen Analyse konnten Arno Görge und Heiner Fangerau den sprunghaften Anstieg der Publikationstätigkeiten in diesem Jahr nachzeichnen (Görge & Fangerau, 2018). So bedeutend das Jahr 2010 in diesem Kontext erscheint, muss auch hier darauf verwiesen werden, dass Wissen um sexuelle Gewalt gegen Kinder und Jugendliche in unterschiedlichen Tatkontexten lange zuvor in der Welt war. Die Frage, die sich auch hier aufdrängt, lautet daher: Wie kann es sein, dass im Jahr 2010 öffentliche sowie mediale Resonanz und auf unterschiedlichen Ebenen gesellschaftliche und politische Reaktionen im Sinne von Aufarbeitung erfolgten, wenn das Wissen um sexuelle Gewalt gegen Kinder und Jugendliche – durch Fachliteratur (z. B. Kavemann, 1984), aber auch Betroffenenberichte (z. B. Frankfurter Rundschau, 1999) – schon Jahrzehnte vorher in der Öffentlichkeit war? Oder weiter zugespitzt in Anlehnung an das stern Interview: Warum erscheinen 2010 Berichte über sexuelle Gewalt skandalös, denen vorher kaum jemand zuhören wollte?

2 Ziele sowie methodische und methodologische Vorbemerkungen

Eine umfassende Analyse von Diskursen zum Thema der sexualisierten Gewalt gegen Kinder und Jugendliche aus einer diskurstheoretischen Perspektive steht bislang aus. Im Beitrag geht es vor dem kurz aufgerissenen Hintergrund darum, exemplarisch einzelne diskursive Ereignisse des sexuellen Gewaltdiskurses zwischen 1907 und 2010 zu analysieren³.

³ Der Beitrag basiert auf einer Dissertation, die den Übergang zum Sprechen nach sexualisierten Gewalterfahrungen sowie dessen Einbettung in diesbezügliche Diskurse aus biographieanalytischer Perspektive zum Thema macht. Darin wurden im Sinne einer Vorstudie insgesamt 14 diskursive Ereignisse im Themenfeld einer Inhaltsanalyse unterzogen (Pohling, 2021).

In den folgenden Kapiteln werden auf dieser Basis eine Skizze der Gestalt des Diskurses, ein Vorschlag zur Unterteilung in unterschiedliche Diskursstränge sowie Besonderheiten des so untersuchten Diskurses dargestellt und diskutiert. Dabei soll auch auf die in der Einleitung formulierten Frage: „Warum 2010 und nicht früher?“ zurückgekommen und beleuchtet werden, ob und wenn ja welche Tendenzen eines Diskurswandels sichtbar werden. Dabei wird kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben, die in *Kapitel 3* analysierten Ereignisse der Diskurse um sexuelle Gewalt stellen eine dezidierte Auswahl dar. Insofern leistet der Beitrag keinen Überblick über die Entwicklung der öffentlichen Diskussion über sexuellen Kindesmissbrauch mit dafür relevanten thematischen Haupt- und Nebenschauplätzen (siehe hierzu Kavemann et al., 2016, Kapitel 2.1) sowie keine umfassende Diskursanalyse, sondern wirft lediglich Schlaglichter auf einzelne diskursive Ereignisse im Zeitverlauf, um eine Gestalt zu skizzieren und diese genauer in den Blick nehmen zu können. Im Folgenden werden jedoch zunächst einige methodische und methodologische Vorbemerkungen getätigt.

Unter dem Stichwort Diskursanalyse wird in Anlehnung an die Wissenssoziologische Diskursanalyse keine spezifische Methode, sondern eine Forschungsperspektive verstanden (Keller, 2004, S. 8). Mit diskursiven Ereignissen sind mit Foucault⁴ singuläre, verstreute Äußerungen gemeint, die einen typisierbaren Gehalt, eine Aussage aufweisen (zitiert nach Keller, 2011, S. 205) und die einen Diskurs so prägen können, dass er sich in Aussagen vor und nach einem „historischen Hereinbrechen“ (Foucault, 1981, S. 43) unterscheiden lässt. Eine Aussage kann in diesem Sinne „gemäß einer völlig anderen Modalität mit Aussagen verbunden (sein), die ihr vorausgehen [sic!] und die ihr folgen.“ (Foucault, 1981, S. 44). Im Sinne Foucaults können unter einem „Diskurs“ Praktiken des Sprechens und Schreibens verstanden werden, „die systematisch die Gegenstände bilden, von denen sie sprechen“ (Foucault, 1981, S. 74). In Anlehnung an Pohn-Weidinger (2013) kann zwischen drei Typen von Diskursen unterschieden werden: Erstens wissenschaftliche Spezialdiskurse, zweitens vermittelnde Interdiskurse in Medien und/oder Politik sowie drittens Alltagsdiskurse, wie sie sich beispielsweise in biografischen Erzählungen manifestieren.

Bei dem hier zugrunde liegenden Datenmaterial handelt es sich um eine Sammlung von Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln sowie um Vorworte bzw. Einleitungen von (fach-)wissenschaftlichen Veröffentlichungen, d. h. um öffentlich-mediale sowie wissenschaftliche Auseinandersetzungen mit dem Thema des sexuellen Kindesmissbrauchs. Hinsichtlich der zeitlichen Struktur der Auswahl liegt die Annahme zugrunde, dass über die Zeit des Nationalsozialismus wenige Veröffentlichungen zum Thema stattgefunden haben, gleichwohl Täter wie Opfer dieser Gewaltform stigmatisiert und bestraft wurden (Bange, 1995, S. 15–16; Bange, 2016, S. 37). Methodisch liegt der Auswertung die Logik einer qualitativen Inhaltsanalyse zugrunde, bzw. lehne ich mich an das konkrete Vorgehen der inhaltlichen Strukturierung nach Philipp Mayring an. Es werden demnach – verkürzt dargestellt –

⁴ Im Jahr 2021 werden gegen den Begründer der Diskursanalyse Michel Foucault Vorwürfe wegen sexuellen Kindesmissbrauchs hervorgebracht. Eine Reflexion und Diskussion seines Werks vor diesem Hintergrund in Bezug auf die hier besprochene Thematik steht noch aus. Die Regeln wissenschaftlicher Praxis und der thematische Zuschnitt des Beitrags erfordern es, ihn als Diskurstheoretiker an dieser Stelle aufzuführen.

entsprechend der interessierenden Frage „bestimmte Themen, Inhalte, Aspekte aus dem Material“ (Mayring, 2015, S. 103) im Sinne von „Fundstellen“ extrahiert und zusammengefasst. Die aus dem Material herausgearbeiteten Dimensionen werden im breiteren Rahmen der Fragestellung diskutiert (Mayring, 2015, S. 103). Die Grenzen zwischen qualitativer Inhaltsanalyse und rekonstruktiven Formen der Diskursanalyse⁵ werden dabei als trennunscharf angenommen (Wrana et al., 2014, S. 197).

Um in der Kürze eines Artikels Thematisierungsweisen sexualisierter Gewalt und mögliche Verschiebungen in einem längeren historischen Zeitraum skizzieren zu können, sind drei Fokussierungen notwendig. Erstens beschränken sich die Ausführungen auf Thematisierungsweisen sexualisierter Gewalt *gegen Kinder und Jugendliche*. Zweitens fokussiert der Beitrag diskursive Ereignisse und deren mögliche spezifische Bedeutung *innerhalb Deutschlands*. Da sich Diskurse nicht an Landesgrenzen halten, bleibt dies eine heuristische und trennunscharfe Unterscheidung, zumal andersherum Ereignisse sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche in anderen Ländern stattfanden, die einen großen öffentlich-medialen Widerhall in Deutschland fanden, wie anhand des Falls Dutroux (Görgen & Fangerau, 2018, S. 983) gezeigt werden kann. Drittens bleibt der parallel verlaufende Ausbau institutioneller Einrichtungen zur Bearbeitung des Themas, wie sie sich im historischen Kontext beispielhaft anhand des im Jahr 1898 in Berlin gegründeten „Verein zum Schutze der Kinder gegen Ausnutzung und Mißhandlung [sic!]“ (Baader, 2016) oder der im Jahr 2016 gegründeten Einrichtung der Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs (UKASK) zeigen lassen, hier unberücksichtigt, gleichwohl dieser Ausbau als eng mit der diskursiven Ebene verknüpft verstanden wird.

3 Sexuelle Gewalt gegen Kinder und Jugendliche im Spiegel diskursiver Ereignisse

Wie der Titel des Kapitels nahelegt, kann aus diskurstheoretischer Perspektive davon ausgegangen werden, dass es sich bei den untersuchten Veröffentlichungen bzw. Texten um Aussageereignisse handelt, die u. a. den Diskurs um sexualisierte Gewalt hervorbringen. Dieser nimmt wiederum auf vielfältige und komplexe Art und Weise Einfluss auf die Konstitution des sozialen Phänomens des sexuellen Kindesmissbrauchs und damit zugleich auf die Möglichkeiten, mittels diskursiver Praktiken darauf Bezug zu nehmen. Konkret spricht Keller bei einem Diskurs von einem „veränderbare(n) Komplex von Aussageereignissen und darin eingelassene(r) Praktiken“ (Keller, 2011, S. 235–236), die über einen rekonstruierbaren Strukturzusammenhang miteinander verbunden sind und die soziale Realität von Phänomenen konstituieren. In Anlehnung an die theoretischen Grundzüge der Wissenssoziologischen Diskursanalyse gehe ich davon aus, dass Diskurse insofern gleichzeitig Ausdruck und Konstitutionsbedingung des Sozialen sind (Keller, 2011, S. 236). Im Hinblick auf Möglichkeitsräume des Sprechens kann festgehalten werden, dass „(g)esellschaftliche, institutionelle und gruppenspezifische Regeln unterschiedlicher Diskurse (vor)geben, was,

⁵ Zur integrativen Nutzung von qualitativer Inhaltsanalyse und auf Bedeutungsrekonstruktion fokussierender Diskursanalyse siehe auch Gerhards (2010).

wie, wann und in welchen Kontexten thematisiert werden darf und was nicht“ (Rosenthal, 2015, S. 200). Um die Frage, was im Themenfeld sexueller Gewalt als sagbar galt, skizzenhaft nachzuzeichnen, werden im Folgenden insgesamt fünf diskursive Ereignisse im Zeitrahmen von 1907 bis 2010 dargestellt:

3.1 „Das Buch vom Kinde: ein Sammelwerk für die wichtigsten Fragen der Kindheit“ (1907)

Im historischen Kontext der bürgerlichen Frauenbewegung und ihrer Ziele im Bereich Kinderschutz und Kindeswohl (Baader, 2018, S. 17–18) erschien 1907 das zweibändige Sammelwerk: „Das Buch vom Kinde: ein Sammelwerk für die wichtigsten Fragen der Kindheit“. Die Frauenrechtlerin, Journalistin und Herausgeberin Adele Schreiber beteiligt sich darin u. a. mit einem Beitrag zum Thema „Kindermißhandlung“. Der Artikel stellt eine der frühesten Thematisierungen von sexuellem Kindesmissbrauch in Deutschland dar. Inhaltlich fokussiert er hauptsächlich körperliche Gewalt gegen Kinder, die Schreiber als „erschreckende Massenerscheinung“ beschreibt (Schreiber, 1907, S. 72). Verbindungen der Themen Gewalt und Sexualität finden sich an zwei Stellen. Erstens schreibt sie den „gebildeten und wohlhabenden Ständen“ auf Grundlage des Falls des Hauslehrers Dippold als „besondere Ursache der Kindermißhandlung“ eine „krankhafte sexuelle Veranlagung“ zu. Diese umschreibt sie mit dem Begriff des „Sadismus“, den sie als „Befriedigung der Sinnlichkeit durch Verübung grausamer Handlungen“ (Schreiber, 1907, S. 73) definiert. An einer zweiten Stelle thematisiert sie „Sittlichkeitsverbrechen an kleinen Mädchen“ durch „Großväter und Väter, männliche Anverwandte und fremde Schlafgänger“, die sich an „kleinen Mädchen vergehen“ (Schreiber, 1907, S. 73). Als diesen Taten zugrunde liegende Ursachen führt sie Alkohol sowie „Wohnungsmißstand“, d. h. die zu engen Wohnverhältnisse an. Bereits in einer früheren Passage hält sie fest, dass sich laut einer „englischen Statistik“ über 90 Prozent der dokumentierten Misshandlungen innerhalb der Familienwohnungen (Schreiber, 1907, S. 72) und damit innerhalb der Familie abspielen.

3.2 „Über den Inzest“ (1925)

Eine weitere frühe Form der Thematisierung sexuellen Missbrauchs an Kindern in Familien findet sich in der sexualwissenschaftlichen Abhandlung „Über den Inzest“. Hierin wird sexuelle Gewalt als „Inzest“ oder „Blutschande“ bezeichnet und als „Geschlechtsverkehr zwischen Verwandten auf- und absteigender Linie“ (Többen, 1925, S. VI) d. h. zwischen Eltern und Kindern, Großeltern und Enkelkindern, Schwiegereltern und Schwiegerkindern sowie zwischen Geschwistern definiert. In einem einleitenden „geschichtlichen Überblick“ wird festgehalten, dass „die Sitte der Geschlechtsverbindung unter nahen Verwandten [...] uralte [ist]“ (Többen, 1925, S. 1). Eine Betrachtung bzw. Zusammenfassung der Darstellung von Inzest in „schöngestiger“ sowie „kriminalistischer und medizinischer Literatur“ folgt. Über die Häufigkeit des Vorkommens inzestuöser Handlungen schreibt der Autor, dass diese „bei weitem zahlreicher sind, als man dies gemeinhin annimmt und es aus den Zahlen der Kriminalstatistik hervorzugehen scheint“ (Többen, 1925, S. 26). Weiterhin stellt er Fälle aus „Fürsorgeanstalten der Provinz Westfalen“ dar, in denen Töchter, Stieftöchter

ter bzw. Kinder wegen an ihnen vorgenommenen inzestuösen Handlungen von Vätern und Stiefvätern und der daraus resultierenden „sittlichen Gefährdung“ der „Fürsorgeerziehung überwiesen“ wurden. In zwei Fällen wird darüber hinaus „Blutschande der Mutter, begangen mit dem Sohne“ und zahlreiche Fälle von „Blutschande, begangen zwischen Bruder und Schwester“ (Többen, 1925, S. 26) aufgeführt. Für den in den Akten zum Ausdruck kommenden „Abgrund tiefster sexueller Verwahrlosung“ macht auch Többen Alkohol, die „traurigen Wohn- und Schlafbedingungen“, eheliche Zerwürfnisse und insgesamt „verderbliche(n) Einfluß durch die Eltern“ sowie den „unbefriedigten Sexualtrieb des Vaters“ (Többen, 1925, S. 45–46) verantwortlich. In der Ergebnisdarstellung wird darauf hingewiesen, dass bei den Tätern „der Sexualtrieb [durchweg] im Sinne einer Ursache entscheidend“ sei (Többen, 1925, S. 73).

3.3 „Erregte Aufklärung. Kindesmissbrauch: Fakten und Fiktionen“ (1992)

In diesem Buch prägt die Autorin Katharina Rutschky die verbreitete Formel des „Mißbrauch mit dem Mißbrauch“ (Rutschky, 1992, S. 26). Bereits mit dem Untertitel „Fakten und Fiktionen“ legt sie nahe, dass es eine reale und eine erfundene Version sexuellen Kindesmissbrauchs gebe. In diesem Sinne kritisiert sie den „Topos“ des Tabubruchs, da ihr zufolge bereits seit den achtziger Jahren eine Fülle von Veröffentlichungen „tabubrechend tätig gewesen sind, so daß in diesem Punkt ein Handlungsbedarf nicht mehr besteht.“ (Rutschky, 1992, S. 8). Sie bekräftigt, dass „wir in Mitteleuropa am Ausgang des zwanzigsten Jahrhunderts auf Tabus gar nicht mehr angewiesen sind, sondern vielmehr Gesetze und Strafbestimmungen haben, die auch angewandt werden.“ (Rutschky, 1992, S. 12–13). Dass Betroffene sich aus Angst nicht an die Polizei wenden, auch dann nicht, wenn der Täter der Vater ist, „kann man eigentlich nicht glauben“ (Rutschky, 1992, S. 12). Die publizierten Zahlen seien übertrieben, die „täglich und wöchentlich wiederholten Warnrufe und Meldungen“ machten einen „vollkommen phantastischen Eindruck“ und würden „offenbar nicht auf ihren Realitätsgehalt überprüft“ (Rutschky, 1992, S. 15). Ihre Kritik an der „gegenwärtige(n) Obsession mit Gewalt und sexuellem Mißbrauch“ (Rutschky, 1992, S. 113) und ihre Zweifel an der Notwendigkeit der Debatte bringt sie in der Einleitung auf die Formel „Sexueller Mißbrauch von Kindern ist Mißhandlung plus Feminismus“ (Rutschky, 1992, S. 17–18). Der sozialen Bewegung des Feminismus wirft sie Voyeurismus und die weitere bzw. einzig verbleibende „Sexualisierung“ der Gesellschaft vor, um die „Frauenfrage“ in der öffentlichen Wahrnehmung präsent zu halten. Ihre zentrale These lautet, dass die Frauenbewegung das „alptraumhafte“ Thema Kindesmissbrauch mit „durchschlagende(m) Erfolg“ instrumentalisiert habe, um mittels der „Strategie der Sexualisierung“ ihre „Emanzipationsdefizite präsent zu halten“ sowie ihre „Unzufriedenheit zu artikulieren“ (Rutschky, 1992, S. 25).

3.4 „Der Lack ist ab“ (1999)

Im November 1999 erscheint in der „Frankfurter Rundschau“ (FR) ein Artikel unter der Überschrift: „Der Lack ist ab.“ Der Titel spielt auf ein häufig verwendetes Sprichwort des ehemaligen Leiters der Odenwaldschule, Gerold Becker, an. Der Text beschreibt einen ehe-

maligen Schüler der Schule als jahrelang kranken Mann, der in einer Therapie Zugang zu „verdrängten Bilder(n) aus der Schulzeit“ findet. Gerold Becker wird als pädagogischer Experte und angesehener Redner skizziert, der die reformpädagogische Idee eines unbefangenen Umgangs miteinander „mehrfach pervertiert“ und den Konsum von „Alkohol und Drogen“ bei seinen Schülern unterstützt hat. Stilistisch ist der Artikel im Wesentlichen eine Zusammenstellung aus Briefzitaten bzw. an Aussagen der beiden genannten Protagonisten angelegt. Auch andere ehemalige Schüler werden mit Schilderungen sexueller Gewalthandlungen zitiert. Mehrfach fällt in dem so gestalteten Bericht das Wort „Vorwürfe“, die gegen Ende des Beitrages mit dem Zusatz „verjährt“ ergänzt werden. Auch das Wort „Pädophilie“ wird vom Autor Jörg Schindler mehrfach genutzt, zugleich kommt der ehemalige Schulleiter Harder zu Wort, der die eigene Nutzung dieses Wortes in Bezug auf Becker „bestreitet“. Vor allem die mangelhafte Aufklärung und die Vermeidung der Auseinandersetzung der angesehenen Reformschule mit den „Missbrauchs-Vorwürfen“ wird in kritischer Absicht dargestellt. Das Thema des sexuellen Missbrauchs an der Odenwaldschule wird nicht von den Redaktionen anderer Zeitungen oder Zeitschriften aufgenommen bzw. fortgeführt, obwohl der Artikel an prominenter Stelle der FR erschien und diese eine diesbezügliche Meldung an die Presseagenturen rausgab (Simon & Willeke, 2010). „Wir dachten, wir hätten einen ganz dicken Stein ins Wasser geworfen“ (Simon & Willeke, 2010) wird Jörg Schindler, der Autor, zitiert, während die erwartete mediale Welle ausblieb und kein überregionales Medium das Thema aufgriff. „Nach einer Woche lag wieder Stille über dem Skandal“ (Simon & Willeke, 2010). Das Interesse an dem Thema scheint unvermittelt zu verebben, was in der Rückschau u. a. als „unverständliche Resonanzlosigkeit“ (Döring, 2018, S. 336) bezeichnet wird. Auch innerhalb der pädagogisch wissenschaftlichen Fachdisziplin – der Erziehungswissenschaft – bleiben Reaktionen in Form von Forschungsanträgen bzw. Studien und Untersuchungen zu dieser Art „pädagogischer Verbrechen“ (Gruschka, 2010, S. 15–16) aus. Das „fehlende empirische Interesse an der Sache“ (Gruschka, 2010, S. 18) erklärt Gruschka mit einem fachinternen „Unbehagen an erzieherischen Missständen“ (Gruschka, 2010, S. 17).

3.5 „Dokumentiert: Der Brief des Canisius-Rektors“ (2010)

Am 29. Januar 2010 druckt der Berliner Tagesspiegel einen Brief von Pater Mertes an die von sexueller Gewalt betroffenen ehemaligen Schüler:innen des katholischen Canisius-Kollegs, das er zu dieser Zeit leitete. Stellvertretend für die von ihm vertretene Einrichtung bittet Pater Mertes die Betroffenen hierin öffentlich um Entschuldigung. Er verweist auf Gespräche mit Betroffenen, die bei ihm zu einem besseren Verständnis der Folgen von sexuellem Missbrauch geführt haben. Diese werden als „*Wunden, welche die Zeit nicht heilt*“ beschrieben und auf die befreiende Wirkung des Sprechens über die Erfahrung verwiesen. Das Wegschauen derer, die die betroffenen Schüler:innen hätten schützen sollen, wird als Mitschuld bezeichnet und im Gegensatz dazu wird das Hinschauen mit der Herausforderung „*persönlicher Zivilcourage*“ verbunden. Die Strukturen, die den Missbrauch begünstigt haben, werden ebenso umrissen wie eine weiterführende Überprüfung derselben angekündigt. Den „*Opfern*“ wird für ihren Mut gedankt, dafür, dass sie „*diese Themen anstoßen*“ und damit „*dem Kolleg und dem Orden einen Dienst erweisen*“ (Tages-

spiegel, 2010). Im Text wird zudem auf eine bereits im Jahr 2007 eingerichtete Stelle bzw. auf die damit assoziierte Person als Kontaktperson für aktuelle Verdachtsfälle sowie zurückliegende Missbrauchsfälle verwiesen. Diese arbeite u. a. bei der „*Konfrontation der Täter*“ mit, sofern die Betroffenen der Weitergabe ihrer Informationen zustimmen (Tagespiegel, 2010). Mit der Veröffentlichung des Briefes beginnt der in Deutschland so bezeichnete „Missbrauchsskandal“ und zieht eine breite öffentliche Debatte sowie politische Aktivitäten nach sich, die zunächst auch auf der Agenda bleiben.

4 Diskurs im Wandel oder: Wieso 2010?

Abschließend wird in diesem Kapitel die Gestalt des Diskurses um sexuelle Gewalt gegen Kinder seit Beginn des 19. Jahrhunderts skizziert, indem Besonderheiten herausgestellt sowie eine Unterteilung in vier Diskursstränge vorgeschlagen wird. „Die Grenzen des Sagbaren haben [...] immer auch mit gesellschaftlichen Einschränkungen, Umdeutungen und Tabuisierungen zu tun“ (Bohleber, 2007, S. 313). In diesem Sinne ist im vorangegangenen Kapitel z. B. bereits der Wandel der verwendeten unterschiedlichen Konzepte bzw. Begrifflichkeiten von Kindesmissbrauch deutlich geworden. Mit den Begriffen sexuelle/sexualisierte Gewalt wurde Kindesmissbrauch erst relativ spät als Gewalt gegen Kinder und Jugendliche gekennzeichnet.⁶

4.1 Diskursstrang: der frauenbewegte Fachdiskurs

Festgehalten werden kann, dass die Thematisierung von sexueller Gewalt an Kindern jahrzehntelang im Kontext der bürgerlichen Frauenbewegung stattgefunden hat, wobei bereits früh auf die Verwobenheit der Gewaltform in gesellschaftliche, generationale sowie geschlechterspezifische Machtverhältnisse hingewiesen wurde und auch betroffene Frauen als Sprecherinnen des Diskurses zu Wort (z. B. in der Brigitte, 1983) kamen. Deutlich wird, dass hierin Wissen über sexuelle Gewalt thematisiert wurde, welches auch heute noch als Stand der Forschung bezeichnet werden kann, beispielsweise, dass sexuelle Gewalt zahlenmäßig überwiegend in Familien oder im sozialen Nahfeld stattfindet und es eine hohe Dunkelziffer von nicht bekanntwerdenden Fällen gibt.

4.2 Diskursstrang: der medizinisch-psychologische Fachdiskurs

Als weiterer Diskursstrang früher Thematisierung kann der parallel dazu laufende medizinisch-psychologische Diskurs gelten, der sich mit eher individualisierenden Ursachen für sexuelle Gewalthandlungen an Kindern befasst. Im Rahmen dieses medizinisch-psychologischen Spezialdiskurses wurde zudem in erster Linie die Glaubwürdigkeit betroffener

⁶ Das Recht von Kindern auf eine gewaltfreie Erziehung bzw. die Ächtung von Gewalt als Erziehungsmittel ist in Deutschland relativ jung. Erst im November 2000 wurde im § 1631 Abs. 2 im Bürgerlichen Gesetzbuch festgeschrieben: „*Kinder haben ein Recht auf gewaltfreie Erziehung. Körperliche Bestrafungen, seelische Verletzungen und andere entwürdigende Maßnahmen sind unzulässig.*“

Kinder und Jugendlicher im Rahmen gerichtlicher Verhandlungen von Sexualdelikten prominent verhandelt (Stern, 1926). Sprecher:innen-Positionen sind hier vor allem Psycholog:innen und Mediziner:innen.

4.3 Diskursstrang: „Missbrauch mit dem Missbrauch“ – der Gegendiskurs

Mit dem Beginn der 90er-Jahre etabliert sich ein Gegendiskurs, der auch Einzug in die Nachrichtenmagazine wie z. B. den „Spiegel“ (Spiegel, 1994) findet und dort u. a. mittels Kriegsmethapern (Pohling, 2021, S. 110) aufgenommen und weitergeführt wird. Im Fokus steht die zentrale Aussage, dass die angenommenen Prävalenzen sexuellen Kindesmissbrauchs übertrieben seien und die Frauenbewegung das Thema missbrauche, um selbst in der öffentlichen Wahrnehmung zu bleiben. Die Publikation von Rutschky bedient sich in diesem Sinne einer ähnlichen Strategie wie die von ihr Kritisierten: Ihre Ausführungen erscheinen eher als polemische Abrechnung mit der feministischen Bewegung in Deutschland und deren prominenten Akteurinnen und nicht als Auseinandersetzung mit dem Phänomen des sexuellen Kindesmissbrauchs.

4.4 Diskursstrang: „Sexueller Missbrauch in pädagogischen Institutionen“

Mit dem Beginn der Thematisierung von Jungen und Männern als Betroffene sexuellen Missbrauchs (Bange & Enders, 1995) in den 90er-Jahren des 20. Jahrhunderts rücken pädagogische Institutionen als Tatkontexte in den Fokus der Aufmerksamkeit, so dass das Thema erst langsam zunehmend und ab dem Jahr 2010 sprunghaft öffentlich-medial verhandelt wird (Görgen & Fangerau, 2018). Der Diskurs über sexuellen Kindesmissbrauch wandelt sich hier insofern, als dass dieser besonders in professionelle pädagogische Strukturen eingebunden besprochen wird. In diese Zeit fällt das von Döring so bezeichnete „Phänomen der Resonanzlosigkeit“, das vor allem am Artikel in der Frankfurter Rundschau im Jahr 1999 festgemacht wird (Görgen & Fangerau, 2018). Dieses beschäftigt sich mit der in der Einleitung und der Kapitelüberschrift vorgestellten Fragestellung, warum sich ein öffentlicher Konsens darüber, dass die Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs in Deutschland notwendig ist, erst im Jahr 2010 durchsetzt. Döring hat hierfür verschiedene Erklärungsansätze zusammengetragen: So wird erstens mangelnde Sensibilität für das Thema des institutionellen sexuellen Missbrauchs und das Ausmaß des Phänomens und damit verbunden eine Bagatellisierung der Vorfälle vermutet. Zweitens wird argumentiert, dass das Ansehen der reformpädagogischen Odenwaldschule gerade in journalistischen Kreisen zu groß und einer der Haupttäter und ehemaliger Leiter der Schule, Gerold Becker, zu einflussreich gewesen sein könnte, so dass weitere journalistische Recherchen und Berichte verhindert werden konnten (Simon & Willeke, 2010). Drittens wird in einer späteren Analyse hervorgehoben, dass im Jahr 1999 fast zeitgleich die CDU-Spenden Affäre publik wurde und diese die mediale Berichterstattung sowie das öffentliche Interesse zu Ungunsten des Missbrauchsskandals an der Odenwaldschule dominierte (Görgen & Fangerau, 2018, S. 985; sowie in der Zusammenfassung in einer Fußnote, Döring, 2018, S. 336). Ergänzend dazu kann der Brief von Pater Mertes im Jahr 2010 als „Diskursives Einschlagsereignis“ (Pohling, 2021, S. 228) für eine inhaltliche Verschiebung innerhalb der Diskurse um sexuelle

Gewalt gedeutet werden. Zusammengefasst wurde sexueller Missbrauch an Kindern und Jugendlichen in diesem Zeitraum auf eine signifikant andere Art und Weise öffentlich zum Thema gemacht. Diesen Modus hat Pohling als „Modus der Verantwortungsübernahme“ (Pohling, 2021, S. 228) beschrieben.

Auffällig bleiben zum Schluss drei Beobachtungen. *Erstens* scheint tatsächlich ein Wandel in der gesellschaftlichen Wahrnehmung und Bewertung von (sexueller) Gewalt gegen Kinder und Jugend stattgefunden zu haben, der sich u. a. im sprunghaften Anstieg der medialen Veröffentlichungen im Jahr 2010 niedergeschlagen und die notwendige Grundlage für den Beginn des Bildungsprozesses der Aufarbeitung geschaffen hat. Aleida Assman hat diesen Wandel als eine ethische Wende in der Gesellschaft bezeichnet und wie folgt beschrieben: „Es bedurfte also eines Wertewandels und einer neuen Sensibilität für die Abhängigkeit und Ausbeutung ihrer schwächsten Glieder, bevor die Gesellschaft bereit war, sich von einem Schutzschild für die Täter in einen Resonanzboden für die Opfer zu verwandeln“ (Assmann, 2017, S. 7). *Zweitens* fällt auf, dass das jahrzehntelang besprochene Thema der sexuellen Gewalt *innerhalb* familiärer Strukturen nach wie vor – also auch nach 2010 und mit dem Beginn der Aufarbeitung – am Rande gesellschaftlicher Aufmerksamkeit zu stehen scheint, obwohl die Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs in Deutschland schon früh und wiederholt auf dessen zahlenmäßige Bedeutung hingewiesen hat: „Die Mehrheit der Betroffenen, die sich an die Kommission gewandt haben, hat Missbrauch im Kontext Familie erfahren“ (UKASK, 2019, S. 35). In über der Hälfte der schriftlichen Berichte aus dem familiären Kontext werden der Vater oder Personen, die eine Vaterrolle übernommen haben, als Täter benannt (UKASK, 2017, S. 31). Konsequenterweise bildeten sexuelle Gewalterfahrungen in der Familie auch den ersten zentralen Arbeitsschwerpunkt der Kommission (UKASK, 2017, S. 8). Die Erforschung dieses Tatkontexts, des Phänomens des sexuellen Kindesmissbrauchs, steht vor verschiedensten besonderen Herausforderungen (Andresen et al., 2021; Andresen & Pohling, 2023) und erscheint insofern umso drängender.

Als Fazit bleibt *drittens* festzuhalten, dass die Gestalt des Diskurses um sexuelle Gewalt gegen Kinder und Jugendliche eher zirkulär als progressiv erscheint, d. h. Aspekte des Wissens um sexuellen Kindesmissbrauch im Laufe der Zeit immer wieder in Vergessenheit zu geraten scheinen (Herman, 2014), um dann erneut in den Diskurs einzufließen. Judith Herman hat dieses Phänomen unter dem Stichwort der Amnesie bzw. mit dem Begriff der periodischen Tabuisierung beschrieben. Sie schreibt: „Die Erforschung psychischer Traumata hat eine eigenartige Geschichte – immer wieder gibt es Phasen der Amnesie. Auf Zeiten intensiver Forschungstätigkeit folgten immer wieder Zeiten, in denen das Thema in Vergessenheit geriet“ (Herman, 2014, S. 17). Mit in Vergessenheit geraten ihr zufolge dabei auch die bereits vorliegenden Erkenntnisse des Forschungsbereichs, so dass diese „jeweils neu erarbeitet werden“ (Herman, 2014, S. 17) mussten. Vor diesem Hintergrund scheinen die aktuellen politischen Bemühungen, die Förderung der Forschung im Bereich des sexuellen Kindesmissbrauchs einzustellen, auf ironische Art und Weise geradezu folgerichtig. Wichtig und richtig wäre es angesichts dieser Erkenntnis dagegen, diese Dynamik zu durchbrechen und die Forschung zu diesem Thema endlich auf finanziell und institutionell solide Beine zu stellen (Offener Brief zur Zukunft der Forschung zu sexualisierter Gewalt in pädagogischen Kontexten, 2023).

Im Rahmen einer ausschließlich diskursanalytisch angelegten Untersuchung könnten weitere Hypothesen bzw. Besonderheiten des Diskurses um sexuellen Kindesmissbrauch geprüft bzw. herausgearbeitet werden. So ließe sich beispielsweise untersuchen, ob und wenn ja inwiefern die sprunghaft gestiegene gesellschaftliche Resonanz und Aufmerksamkeit, die sexuelle Gewalt gegen Kinder und Jugendliche mit dem Jahr 2010 erfuhr, u. a. auch aus dem Geschlechterverhältnis heraus zu erklären ist, d. h. dass sexueller Kindesmissbrauch bis dahin überwiegend als (innerfamiliäres) Phänomen betrachtet wurde, welches Mädchen* und Frauen* betrifft und vor diesem Hintergrund nicht ernst (genug) genommen wurde. Kurz gesagt, ginge es darum zu prüfen, welche Rolle die ab 2010 öffentlich zunehmend im Fokus stehende Betroffenheit von Jungen und Männern innerhalb pädagogischer Einrichtungen für die Rezeption und den Wandel in der gesellschaftlichen Wahrnehmung gespielt haben könnte.

5 Literatur

- Adorno, Theodor W. (2005). *Critical Models. Interventions and Catchwords*. New York: Columbia University Press.
- Andresen, Sabine & Demant Marie (2017). Worin liegt die Verantwortung der Erziehungswissenschaft? Ein Diskussionsbeitrag zur Aufarbeitung sexualisierter Gewalt in der Erziehungswissenschaft. *Erziehungswissenschaft*, 28, 54, 39–49. <http://dx.doi.org/10.3224/ezw.v28i1.06>
- Andresen, Sabine (2019). *Erklärbarkeit von Gewalt im Lichte von gesellschaftlicher Aufarbeitung. Erfahrungen aus der Arbeit der Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs*. Manuskript zum Vortrag 01.10.2019. Frankfurt: Institut für Sozialforschung. <http://dx.doi.org/10.2307/j.ctvdf0b6p.20>
- Andresen, Sabine, Demant, Marie, Galliker, Anna & Rott, Luzia (2021). *Sexuelle Gewalt in der Familie. Gesellschaftliche Aufarbeitung sexueller Gewalt gegen Kinder und Jugendliche von 1945 bis in die Gegenwart*. Berlin: Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs. Verfügbar unter: <https://www.aufarbeitungskommission.de/mediathek/studie-sexuelle-gewalt-in-der-familie/> [02. April 2023]. http://dx.doi.org/10.1007/978-3-658-39995-5_13
- Andresen, Sabine & Pohling, Andrea (2023). Perspektiven einer erziehungswissenschaftlichen Biographieforschung auf sexuelle Gewalt gegen Kinder in Familien. In Dieter Nitel, Heide von Felden & Meron Mendel (Hrsg.), *Handbuch Erziehungswissenschaftliche Biographieforschung und Biographiearbeit* (S. 390–403). Beltz: Juventa.
- Assmann, Aleida (2017). *Geheimnis, Schweigen, Reden*. Vortrag zum 1. Öffentlichen Hearing „Sexueller Missbrauch in der Familie“ am 31. Januar 2017 in der Akademie der Künste in Berlin. Verfügbar unter: <https://www.aufarbeitungskommission.de/wp-content/uploads/2017/05/Vortrag-Berlin-Hearing-Assmann.pdf> [17. März 2020].
- Baader, Meike Sophia (2016). History and gender matters. Erziehung – Gewalt – Sexualität in der Moderne in geschlechtergeschichtlicher Perspektive. In Claudia Mahs, Barbara Rendtorff & Viola Thomas (Hrsg.), *Erziehung, Gewalt, Sexualität. Zum Verhältnis von Geschlecht und Gewalt in Erziehung und Bildung. Schriftenreihe der Sektion*

- Frauen- und Geschlechterforschung in der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft* (S. 13–36). Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich. <http://dx.doi.org/10.2307/j.ctvdf05z2.4>
- Bange, Dirk & Enders, Ursula (1995). *Auch Indianer kennen Schmerz. Sexuelle Gewalt gegen Jungen*. Köln: Verlag Kiepenheuer & Witsch.
- Bange, Dirk (2016). Geschichte der Erforschung von sexualisierter Gewalt im deutschsprachigen Raum unter methodischer Perspektive. In Cornelia Helfferich, Barbara Kavemann & Heinz Kindler (Hrsg.), *Forschungsmanual Gewalt. Grundlagen der empirischen Erhebung von Gewalt in Paarbeziehungen und sexualisierter Gewalt* (S. 33–46). Wiesbaden: Springer VS. http://dx.doi.org/10.1007/978-3-658-06294-1_3
- Bohleber, Werner (2007). Erinnerung, Trauma und kollektives Gedächtnis. Der Kampf um die Erinnerung in der Psychoanalyse. *Psyche. Zeitschrift für Psychoanalyse*, 61, 293–321. <http://dx.doi.org/10.21706/ps-61-4-293>
- Brigitte (1983). *Als Kind mißbraucht. Frauen brechen das Schweigen. Eine Dokumentation zusammengestellt und bearbeitet von Angelika Gardiner-Sirtl*. München: Mosaik Verlag GmbH.
- Döring, Nicola (2018). Wie wird das Problem des sexuellen Kindesmissbrauchs auf YouTube thematisiert? *Zeitschrift für Sexualforschung*, 31, 333–356. <http://dx.doi.org/10.1055/a-0759-4172>
- Foucault, Michel (1981). *Archäologie des Wissens* (18. Auflage). Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Gerhards, Jürgen (2010). Diskursanalyse als systematische Inhaltsanalyse. Die öffentliche Debatte über Abtreibungen in den USA und der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich. In Reiner Keller, Andreas Hirsland, Werner Schneider & Willy Viehöver (Hrsg.), *Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Forschungspraxis* (Band 2, 4. Auflage) (S. 333–358). Wiesbaden: VS Verlag. http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-92585-1_12
- Görgen, Arno & Fangerau Heiner (2018). Deconstruction of a taboo: press coverage of sexual violence against children in pedagogical institutions in Germany 1950–2013. *Media, Culture & Society*, 40 (7), 973–991.
- Gruschka, Andreas (2010). „Erregte Aufklärung“ – ein pädagogisches und publizistisches Desaster. In memoriam Katharina Rutschky. *Pädagogische Korrespondenz*, 42, 2010, 5–22.
- Hagemann-White, Carol (2016). Grundbegriffe und Fragen der Ethik bei der Forschung über Gewalt im Geschlechterverhältnis. In Cornelia Helfferich, Barbara Kavemann & Heinz Kindler (Hrsg.), *Forschungsmanual Gewalt. Grundlagen der empirischen Erhebung von Gewalt in Paarbeziehungen und sexualisierter Gewalt* (S. 13–30) Wiesbaden: Springer.
- Herman, Judith Lewis (2014). *Die Narben der Gewalt. Traumatische Erfahrungen verstehen und überwinden* (4. Auflage). Paderborn: Junfermann.
- Kavemann, Barbara & Lohstöter, Ingrid (1984). *Väter als Täter. Sexuelle Gewalt gegen Mädchen. Erinnerungen sind wie eine Zeitbombe*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH. http://dx.doi.org/10.1007/978-3-322-95494-7_1
- Kavemann, Barbara, Graf-van Kesteren, Annemarie, Rothkegel, Sibylle & Nagel, Bianca (2016). *Erinnern, Schweigen und Sprechen nach sexueller Gewalt in der Kindheit. Ergeb-*

- nisse einer Interviewstudie mit Frauen und Männern, die als Kind sexuelle Gewalt erlebt haben.* Wiesbaden: Springer Fachmedien. <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-658-10510-5>
- Keller, Reiner (2004). *Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen.* Opladen: Leske + Budrich.
- Keller, Reiner (2011). *Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms* (3. Auflage). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Mayring, Philipp (2015). *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken* (12. überarbeitete Auflage). Weinheim, Basel: Beltz.
- Offener Brief zur Zukunft der Forschung zu sexualisierter Gewalt (2023). Freie Universität Berlin. Verfügbar unter: <https://www.ewi-psy.fu-berlin.de/erziehungswissenschaft/arbeitsbereiche/sozialpaedagogik/Aktuelles/Offener-Brief-zur-Zukunft-der-Forschung-zu-sexualisierter-Gewalt-in-paedagogischen-Kontexten1.html>. [27. Oktober 2023].
- Pohling, Andrea (2021). *Artikulationen Sexueller Gewalt. Biographien, Diskurse und der Übergang zum Sprechen.* Wiesbaden: Springer VS.
- Pohn-Weidinger, Maria (2013). *Heroisierte Opfer. Bearbeitungs- und Handlungsstrukturen von „Trümmerfrauen“ in Wien.* Wiesbaden: Springer VS. <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-658-01449-0>
- Rosenthal, Gabriele (2015). *Interpretative Sozialforschung. Eine Einführung* (5. Auflage). Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Rutschky, Katharina (1992). *Erregte Aufklärung. Kindesmißbrauch: Fakten & Fiktionen.* Hamburg: Klein Verlag. http://dx.doi.org/10.1007/978-3-658-22005-1_24
- Schindler, Jörg (1999). *Der Lack ist ab.* Frankfurter Rundschau Online. Verfügbar unter: <https://www.fr.de/politik/lack-11620273.html>. [16. Januar 2019].
- Schreiber, Adele (1907). *Kindermißhandlung.* In Adele Schreiber (Hrsg.), *Das Buch vom Kinde. Ein Sammelwerk für die wichtigsten Fragen der Kindheit unter Mitarbeit hervorragender Fachleute. Band II.* Leipzig/Berlin: Teubner Verlag.
- Simon, Jana & Willeke, Stefan (2010). *Missbrauch am Odenwald-Internat: Das Schweigen der Männer.* DIE ZEIT vom 25.03.2010. Verfügbar unter: <https://www.zeit.de/2010/13/DOS-Missbrauch-Schweigen-Odenwald-Internat>. [16. Januar 2019].
- Stern, William (1926). *Jugendliche Zeugen in Sittlichkeitsprozessen – ihre Behandlung und psychologische Begutachtung.* Leipzig: Verlag von Quelle & Meyer.
- Stern (Nr. 38/2023). *Hau Ruck! Wie Deutschland zu alter Stärke und neuem Mut findet.* 75 Jahre stern. 60 Seiten zum Jubiläum. Hamburg: Gruner + Jahr Deutschland GmbH.
- Tagesspiegel (2010). *Dokumentiert: Der Brief des Canisius-Rektors.* Verfügbar unter: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/dokumentiert-der-brief-des-canisius-rektors/1672092.html>. [26. Juni 2019].
- Többen, Heinrich (1925). *Über den Inzest.* Leipzig und Wien: Franz Deuticke Verlag.
- Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs (UKASK) (Hrsg.) (2019). *Bilanzbericht. Band 1.* Verfügbar unter: https://www.aufarbeitungskommission.de/wp-content/uploads/2019/05/Bilanzbericht_2019_Band-I.pdf. [02. März 2020].
- Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs (UKASK) (Hrsg.) (2017). *Zwischenbericht.* Verfügbar unter: https://www.aufarbeitungskommission.de/wp-content/uploads/2017/06/Zwischenbericht_Aufarbeitungskommission_Juni_2017.pdf. [02. März 2020].

- Wrana, Daniel, Ziem, Alexander, Reisigl, Martin, Nonhoff, Martin & Angermüller, Johannes (2014). *DiskursNetz. Wörterbuch der interdisziplinären Diskursforschung*. Berlin: Suhrkamp Verlag. <http://dx.doi.org/10.3917/lis.153.0157>
- Wright, Katie, Swain, Shurlee & Sköld, Johanna (2020). *The Age of Inquiry: A global mapping of institutional abuse inquiries*. Second edition. Melbourne: La Trobe University. <http://doi.org/10.4225/22/591e1e3a36139>

Autor:in

Andrea Pohling, PD Dr., arbeitet aktuell als wissenschaftliche Referentin in der Internationalen Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGfH) in Frankfurt im Rahmen der Langzeitstudie: Care Leaver Statistics (CLS). Goethe-Universität Frankfurt am Main, Fachbereich Erziehungswissenschaften, Institut für Sozialpädagogik und Erwachsenenbildung.

Forschungsschwerpunkte: Forschung im Kontext von Sexualität, (sexueller) Gewalt und Diskursen, Methoden der qualitativen Sozialforschung (Dokumentarische Methode, Biographieforschung) sowie Forschungsethik.

Anschrift: Goethe-Universität Frankfurt am Main, Fachbereich Erziehungswissenschaften, Institut für Sozialpädagogik und Erwachsenenbildung, Theodor-W.-Adorno-Platz 6, 60323 Frankfurt am Main

E-Mail: andrea.pohling@ltg.uni-frankfurt.de

Katharina Resch

Schulische Inklusion

Im Spannungsfeld von Kinderrechten,
pädagogischer Fürsorgepflicht,
Bildungsgerechtigkeit, Anti-Diskriminierung
und Anerkennung



Katharina Resch

Schulische Inklusion

Im Spannungsfeld von
Kinderrechten, pädagogischer
Fürsorgepflicht, Bildungsgerechtigkeit,
Anti-Diskriminierung und Anerkennung

2023 • 123 S. • kart. • 19,90 € (D) • 20,50 € (A)

ISBN 978-3-8474-2693-6 • eISBN 978-3-8474-1930-3

Jede Schule ist aufgefordert, sich mit Inklusion auseinanderzusetzen, aber was bedeutet dies für die einzelne Lehrkraft? Das Buch bietet einen fundierten Einblick in aktuelle Problemlagen des Inklusionsanspruchs und der Inklusionsrealität mit den Schwerpunkten Kinderrechte, pädagogische Fürsorgepflicht, Bildungsgerechtigkeit, Anti-Diskriminierung und Anerkennung. Es bietet sowohl Lehrpersonen an Schulen, künftigen Lehrpersonen während des Studiums und Hochschullehrenden im Lehramt eine Orientierung anhand von praktischen Fallbeispielen, Diskussionsfragen und Übungen, die direkt im Unterricht Anwendung finden können.

Die Autorin:

Dr. Katharina Resch, MSc, Bakk. Bakk., ist Universitätsassistentin am Institut für Lehrer*innenbildung an der Universität Wien, Österreich. Sie bildet selbst künftige Lehrpersonen im Themenfeld Inklusion und Diversität aus.

Der Ort der Betroffenen in der Aufarbeitungsforschung

Carolyn Oppermann, Julia Schröder

Zusammenfassung

Metareflexionen oder Metastudien zur Arbeit und zur Beteiligung von Betroffenen, die in Kindheit und Jugend sexualisierte Gewalt erlebt haben, stellen in wissenschaftlichen Aufarbeitungen weitestgehend ein Forschungsdesiderat dar. Ziel des Artikels ist es, sich aus einer kritisch-reflexiven Perspektive mit der sozialen Positionierung von Betroffenen in der wissenschaftlichen Aufarbeitung auseinander zu setzen. Die zentrale These ist, dass diese Positionierung als relational und dynamisch zu denken und als Herstellungsprozess unter anderem in der Beziehung zwischen dem Akteur Wissenschaft und den Betroffenen zu verstehen ist. Dabei handelt es sich um eine Beziehung und einen Herstellungsprozess, die durch Machtunterschiede gekennzeichnet sind. Dies führt zu dem Argument, dass in wissenschaftlichen Aufarbeitungen die Positionierung der Betroffenen durch Schutzkonzepte und rechtliche Verankerungen zu stärken sind.

Schlagwörter: Aufarbeitung, Positionierung Betroffene, Beziehung, Macht, Schutzkonzepte, Recht

The positionings of those affected by sexualized violence in scientific independent inquiries

Abstract

Meta-reflections or meta-studies on the participation of those affected by sexualized violence in childhood and youth are largely represent a research desideratum in scientific independent inquiries. The aim of the article is to deal with the social positioning of those affected by sexualized violence in scientific independent inquiries from a critical and reflective perspective. The central thesis is that this positioning is to be thought of as relational and dynamic and to be understood as a production process, among other things, in the relationship between the actor science and those affected. It is a relationship and a process of production characterized by differences in power. This leads to the argument that the position of those affected should be strengthened through protection concepts and legal anchoring in scientific studies.

Keywords: Independent inquiry, positioning, people affected, power, protection concepts, rights

1 Einleitung

Das Jahr 2010 gilt als eine Zäsur in der öffentlichen, politischen und wissenschaftlichen Debatte sowie bei der Bearbeitung sexualisierter Gewalt an Kindern und Jugendlichen in pädagogischen Institutionen (*Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs* [UKASM], 2022). Seit diesem Jahr, in dem sich viele Betroffene öffentlich zu Wort gemeldet, von ihren Gewalterfahrungen als Kinder und Jugendliche im Kontext unterschiedlichster Einrichtungen berichtet haben und diese traumatischen Erfahrungen von der Öffentlichkeit endlich wahr- und ernstgenommen wurden, ist viel in Bewegung geraten: Ein Runder Tisch wurde installiert, die Institution der Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs wurde geschaffen, Schutzkonzepte werden mittlerweile für bestimmte Organisationen verpflichtend gefordert, wissenschaftliche Förderlinien zum Thema sexualisierte Gewalt wurden ins Leben gerufen. Auch eine beachtliche Anzahl an wissenschaftlichen Aufarbeitungen bezüglich sexualisierter Gewalt ist seither durchgeführt worden, wie die Zusammenstellung auf der Seite der Aufarbeitungskommission bei der *Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs* (UBSKM) zeigt (Webseite der UBSKM, 2024).

Trotz dieser Quantität an wissenschaftlichen Aufarbeitungen in unterschiedlichen Kontexten ist gleichsam zu konstatieren, dass bislang kaum Metastudien oder Metareflexionen im Kontext der Aufarbeitungsforschung existieren: „Keine einzige Untersuchung problematisiert bisher aber allgemeine Standards gesamtgesellschaftlicher Aufarbeitung und ihrer politischen und juristischen Konsequenzen. Eine solche Metastudie ist ein dringliches Forschungsdesiderat“ (Brachmann, 2018, S. 810). In der Konsequenz sind bisher kaum systematische Vorstellungen darüber vorhanden, was unter einer wissenschaftlichen Aufarbeitung¹ eigentlich zu verstehen ist, welche Funktion sie hat, welches Wissen produziert wird oder wie sich Wissenschaft selbst zu reflektieren hat (Brachmann, 2018, S. 810). Diese Leerstelle umfasst ebenso *den Ort der Betroffenen in der Aufarbeitungsforschung* oder anders ausgedrückt: die Frage nach der sozialen Positionierung von Betroffenen in der wissenschaftlichen Aufarbeitung. So besteht zwar unter verschiedenen Akteur:innen (Wissenschaft, Politik, Betroffene) Einigkeit darüber, dass Betroffene eine zentrale Rolle spielen und unbedingt zu beteiligen sind – wie dies jedoch konkret auszugestalten ist, welche epistemologische, methodologische, methodische oder ethische Fragestellungen es dabei zu beachten und zu beantworten gilt, ist bis dato wenig reflektiert (siehe hierzu Stahl, 2023).

Im Rahmen des folgenden Beitrags soll die hier beschriebene Leerstelle bearbeitet werden. Ziel ist es, sich auf einer Metaebene und damit aus einer kritisch-reflexiven Perspektive mit der sozialen Positionierung von Betroffenen in der wissenschaftlichen Aufarbeitung auseinander zu setzen. Dies ist von zentraler Bedeutung, um Ambivalenzen, die mit

¹ An dieser Stelle möchten wir darauf hinweisen, dass wissenschaftliche Aufarbeitung von der Aufarbeitung in Institutionen oder in der Familie dringend zu unterscheiden ist. Während mittlerweile einige Beiträge zu Aufarbeitungen in Institutionen und die Erwartungen von Betroffenen diesbezüglich vorliegen (z. B. Kavemann et al., 2019; Kavemann et al., 2022; UKASM, 2019) oder auch ein breiter Forschungsstand in Hinblick auf die Aufarbeitung familiärer Gewalt vorhanden ist (z. B. Andresen et al., 2021), finden sich hingegen kaum systematische Überlegungen bezogen auf wissenschaftliche Aufarbeitung (erste erziehungswissenschaftliche Perspektiven hierzu zeigen Andresen & Demant, 2017).

der Positionierung einhergehen, offen zu legen und zu reflektieren sowie Grenzen einer wissenschaftlichen Aufarbeitung zu markieren, damit Betroffene und ihre Rechte in der Aufarbeitung selbst nicht erneut verletzt werden.

Die zentrale These des Artikels ist dabei, dass diese Positionierung als relational und dynamisch zu denken und als Herstellungsprozess unter anderem in der Beziehung zwischen dem Akteur Wissenschaft und den Betroffenen zu verstehen ist. Dabei handelt es sich um eine Beziehung und einen Herstellungsprozess, die beide durch Machtunterschiede gekennzeichnet sind. Dies führt zu dem Argument, dass in wissenschaftlichen Aufarbeitungen die Positionierung der Betroffenen durch Schutzkonzepte und rechtliche Verankerungen zu stärken und zu rahmen sind.

Diese Diskussion soll vor dem Hintergrund der Erfahrungen der Aufarbeitung zu Helmut Kentlers Wirken in der Berliner Kinder- und Jugendhilfe, an der die Autorinnen mitgewirkt haben, geschehen.

Um unsere These und damit einhergehende Argumentation zu entfalten, ist der Beitrag in sechs Abschnitte organisiert. Nach dieser *Einleitung* (1) beginnt der Beitrag mit einer kurzen *Darstellung der Aufarbeitung zu Helmut Kentler* (2). Darauffolgend sollen bisher (eher implizit) existierende *vorgeschlagene Positionierungen von Betroffenen* aufgegriffen und kritisch diskutiert werden (3). In einem vierten Abschnitt soll aus diesen Diskussionen sowie vor dem Hintergrund unserer Erfahrungen in der Aufarbeitung um Helmut Kentler ein *Zwischenfazit* gezogen werden, in dem vor allem auf die Positionierung von Betroffenen als relational zum Akteur der Wissenschaft eingegangen wird und einige Überlegungen zu dieser Beziehung angestellt werden. Daraus folgt ein *Plädoyer für die Absicherung und Stärkung der Positionierung Betroffener* durch Schutzkonzepte sowie durch Verankerungen eines Rechts auf Aufarbeitung (5). Der Artikel endet mit einem kurzen *Fazit*.

2 Wissenschaftliche Aufarbeitungen zu Helmut Kentlers Wirken in der West-Berliner Kinder- und Jugendhilfe

Die folgenden Auseinandersetzungen um die Positionierung von Betroffenen finden vor dem Hintergrund, der von Februar 2019 bis September 2023 von den Autor:innen mit durchgeführten und durchzuführenden Aufarbeitungen zu „Helmut Kentlers Wirken in der West Berliner Kinder- und Jugendhilfe“ statt. Im Rahmen der Aufarbeitung wurden Helmut Kentlers Initiativen zur Einrichtung von Pflegestellen seit dem Ende der 1960er-Jahren bei ‚drei Hausmeistern‘ in der Nähe des Berliner Bahnhofs Zoologischer Garten in den Blick genommen. Die ‚drei Hausmeister‘ waren wegen sexueller Kontakte mit Minderjährigen vorbestraft. Es sollten dort sogenannte jugendliche Trebegänger in dem Bewusstsein und geradezu mit der Intention untergebracht werden, dass es sexuelle Kontakte zwischen den „Trebegängern“ und den erwachsenen Männern geben würde. Die Einrichtung der Pflegestelle erfolgte mit Kenntnis und Billigung einzelner Mitarbeiter:innen der Senatsbehörde. Im Zuge einer ersten Aufarbeitung zu Helmut Kentler und seinen Schriften vom Göttinger Institut für Demokratieforschung (Institut für Demokratieforschung, 2016) haben sich zwei Betroffene beim Berliner Senat gemeldet, die in einer Pflegestelle bis zu Beginn der 2000er-Jahre untergebracht waren, in welcher sie massive Grenzverletzungen und sexuali-

sierte Gewalt erleben mussten und in der Helmut Kentler ebenso gewirkt hatte. Im Mittelpunkt der Aufarbeitungen stand daher das Recht der Betroffenen, zu erfahren, in welcher Verantwortungsstruktur und in welchem Ausmaß Organisationen Übergriffe, Gewalt und Grenzverletzungen ermöglicht haben.

Als zentrale Ergebnisse konnten zum einen festgehalten werden, dass es sich bei der Einrichtung der Pflegestellen um Kindeswohlgefährdung in öffentlicher Verantwortung handelte. Zum anderen ließ sich rekonstruieren, dass es ein ‚Netzwerk‘ von Akteuren gab, durch das pädophile² Positionen geduldet, gestärkt, legitimiert wurden und pädophile Übergriffe in unterschiedlichsten Konstellationen mitunter auch arrangiert und gerechtfertigt wurden. Dabei ist davon auszugehen, dass mehrere Mitarbeiter:innen der Senatsverwaltung sowie der Bezirksjugendämter in dieses Netzwerk verflochten waren und dadurch organisational die Zugänge für pädophile Männer zu den jungen Menschen geschaffen und legitimiert sowie die Fallverantwortung der Jugendwohlfahrt und der Jugendgerichtshilfe der Senatsbehörde übernommen haben (Baader et al., 2020). Auf der Basis dieser Ergebnisse erfolgt aktuell eine weitere Aufarbeitungsphase (bis September 2023), in der anknüpfend an die oben beschriebenen Ergebnisse, die Verantwortungen und Verwobenheit des Landesjugendamtes Berlin im Hinblick auf die beschriebenen Netzwerke weiter aufgearbeitet werden (Baader et al., 2022).

3 Metaphern der Aufarbeitung und darin eingelagerte Positionierungen Betroffener

In der Aufarbeitungsforschung besteht weitgehend Einigkeit darin, dass die Arbeit mit und die Beteiligung von Betroffenen am Aufarbeitungsprozess einen wichtigen, wenn nicht sogar den zentralen Stellenwert einnimmt (Stahl, 2023; Bühn et al., 2022; Wazlawik et al., 2018; Bange, 2016). So konstatiert beispielsweise Stahl: „Sie ist Signum von dessen Glaubwürdigkeit und zentral für sein Gelingen“ (2023, S. 45). Neben der Begründung aus einem „moralische[n] Imperativ“ (Stahl, 2023, S. 48) heraus lässt sich die Notwendigkeit der Beteiligung von Betroffenen auch auf sachlicher Ebene argumentieren. Zum einen geht es dabei um das Wissen der Betroffenen (Stahl, 2023). So basiere laut Wazlawik et al., „die Generierung von Wissen beispielsweise über die Entstehungsbedingungen und Dynamiken von sexualisierter Gewalt [...] letztlich auf dem Zugang zum Wissen und den Erfahrungen von Betroffenen [...]“ (2018, S. 990). Auch Bange betont, dass die Sicht der Betroffenen „zur wichtigsten Erkenntnisquelle“ (2016, S. 33) geworden sei, insbesondere da Gewalterfahrungen und -geschehen nicht in institutionalisierten Wirklichkeiten, wie z. B. Akten,

² Obwohl wir hier den Begriff der Pädophilie benutzen, sind wir uns seiner verschleiernenden Implikationen bewusst und unterstreichen, dass es im Kontext der von uns untersuchten Pflegestellen um sexualisierte Gewalt und um Kindesmissbrauch geht. Insgesamt ist die Ignoranz und Blindheit gegenüber der Anwendung von Gewalt gegen Kinder und Jugendliche gerade Teil des sogenannten Pädophiliediskurses der 1970er bis 1990er-Jahre (siehe Baader, 2017). Darüber hinaus werden die Begriffe der Pädophilie und Pädosexualität mitunter in Anlehnung an die geführten Interviews verwendet, weshalb sich der jeweiligen Begriffsnutzung der betroffenen Personen angeschlossen wird. Siehe hierzu auch ausführlich unseren Ergebnisbericht: <https://doi.org/10.18442/129>.

abgebildet ist. Zum anderen wird auf die unbedingte Berücksichtigung der Interessen der Betroffenen im gesamten Prozess verwiesen sowie ein „Empowerment-Argument“ angeführt: „Eine adäquate Beteiligung ist wichtig, weil sie verhilft, Betroffene in einer Position der Selbstbestimmung und Eigenverantwortung zu bestärken beziehungsweise sie darin zu unterstützen“ (Stahl, 2023, S. 51). Insgesamt, so die Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs (2022, S. V III), gehe es in der Aufarbeitung darum, Betroffene anzuhören und ihren Erfahrungen und Widerfahrnissen in Kindheit und Jugend Raum zu geben.

Dieses Bild aufgreifend, lässt sich schlussfolgern, dass Betroffene folglich eine soziale Position in diesem Raum der Aufarbeitung einnehmen (Stahl, 2023); gleichsam gilt es damit jedoch zu reflektieren, wie die Positionierung(en) der Betroffenen in diesem Raum zu beschreiben sind bzw. hergestellt werden. Dafür sollen im Folgenden die bislang in existierenden Beiträgen der Aufarbeitungsforschung dargebotenen Bilder – oder wie wir es nennen: ‚Metaphern von Aufarbeitung‘ – und die darin eingeschriebenen Positionierungen Betroffener herausgearbeitet, diskutiert und reflektiert werden.

3.1 Aufarbeitung als Sprachrohr Betroffener

Mosser et al. (2018) sowie Mosser et al. (2016) konzeptualisieren wissenschaftliche Aufarbeitungen zunächst als „Sprachrohr Betroffener“ (Mosser et al., 2016, S. 657) sowie als „Aufdeckung“ (Mosser et al., 2018, S. 818). Im Sinne dieser Metaphorik entwerfen sie zum einen eine Figur von wissenschaftlicher Aufarbeitung, in der es nicht nur um Zuwachs von Wissen über soziale Phänomene geht, sondern vor allem um die Aufdeckung von Missständen und die Benennung von Taten, Täter:innen und von Gewalt. Auch wenn eine lückenlose Aufklärung niemals zu erreichen sei – etwa da die Vorfälle mitunter Jahrzehnte zurückliegen, einer ausgeprägten Geheimhaltung unterlagen, institutionelle Vertuschungen stattfanden, Erinnerungseffekte wirken, Stichproben selektiv sind und zeitliche und finanzielle Ressourcen in der Regel begrenzt sind (Mosser et al., 2018, S. 818) – gehe es trotz jener Erschwernisse am Ende um die Konfrontation von Institutionen mit ihrer Vergangenheit, mit dem Ziel der Übernahme von Verantwortung. Die Autor:innen positionieren wissenschaftliche Aufarbeitung bzw. deren Forschungsteams dabei als hybrid, d. h. einerseits als ‚externe Instanz‘ andererseits zugleich jedoch auch als ‚Teil der Aufarbeitungskultur‘. Insgesamt könne sozialwissenschaftliche Aufarbeitung als deskriptiv (in der Beschreibung dessen, was geschehen ist), analytisch (in der Erklärung des Geschehenen) und proaktiv (in der Einflussnahme auf aktuelle institutionelle Prozesse) gesehen werden.

Vor dem Hintergrund der bisherigen Ausführungen wird hier unter Rückgriff auf die Sprachrohr-Metapher von den Autoren ein Bild gezeichnet, mit dem wissenschaftliche Aufarbeitung als passive, nicht durch eigene Erkenntnisinteressen geleitete Materialität in Erscheinung tritt, durch die hindurch die originäre Stimme der Betroffenen klingt und lediglich durch die wissenschaftliche Aufarbeitung – unverstellt – verstärkt wird bzw. dieser zu mehr Reichweite verholfen wird. Wissenschaftliche Aufarbeitung wird folglich als Stellvertreterin sowie Medium positioniert, die für und durch die Betroffenen ‚sprechen‘ können.

Auf der einen Seite wird mit Hilfe dieser Metaphorik die Verantwortung und Funktion wissenschaftlicher Aufarbeitung hervorgehoben. Sie kann ihre Macht und Mittel zur Ver-

fügung stellen – ihre Reichweite, ihre Lautstärke – um Ergebnisse der Aufarbeitung und damit das soziale Problem sexualisierter Gewalt in die Öffentlichkeit zu tragen, es zu Enttabuisierungen und letztendlich als gesamtgesellschaftliches Problem zu offenbaren.

Auf der anderen Seite ist die Positionierung wissenschaftlicher Aufarbeitung als ‚Sprachrohr der Betroffenen‘ in methodologischer, methodischer sowie forschungsethischer Hinsicht am Ende kaum einlösbar. Erstens handelt es sich bei wissenschaftlichen Versprachlichungen stets um Sinnkonstruktionen zweiter Ordnung und damit nicht mehr um die ‚unverstellte‘ oder auch ‚verstärkende‘ Stimme der Betroffenen. Damit einher geht zweitens, dass die Erforschung von Gewaltgeschehnissen immer gleichsam eine Konstruktion von Gewalt ist, die durch die Wissenschaft und die hier Betroffenen gemeinsam geleistet wird. Folgt man Helfferich, ist wissenschaftliche Aufarbeitung stets an der Konstruktion des aufzuarbeitenden Gewaltgeschehens beteiligt: In dem Sinne, wie Daten erhoben, welche Relevanzen gesetzt, wie Daten nach wissenschaftlichen Kriterien verarbeitet werden, was hervorgehoben, was aber auch nicht erwähnt oder welche Sprache benutzt werde (2016). Qualitative Forschung, so Helfferich weiter, sei stets auf „textförmige Daten und damit auf Kommunizierbares, weil Symbolisierbares, angewiesen. Gegenstand [...] kann nur das im Medium der Sprache bzw. von angeordneten Symbolen ausgedrückte und damit *bearbeitete und gedeutete* Geschehen sein“ (2016, S. 122–123). In der Konsequenz gehen allein mit der Wahl der Worte und Begriffe, der Benennungen, die genutzt werden, Selbstpositionierungen wissenschaftlicher Aufarbeitungen einher. Drittens ist zu reflektieren, dass bereits die Benennung von Gewalt ein komplexes Unterfangen darstellt, da die Kommunizierbarkeit und Versprachlichung von Gewalt Grenzen unterliegen. Ein Teil des Geschehens werde damit der Forschung immer unzugänglich bleiben (Helfferich et al., 2016).

Zusammenfassend zeigt sich wissenschaftliche Aufarbeitung weder als bloßes ‚Sprachrohr‘ noch passives Medium. Vielmehr offenbart sich wissenschaftliche Aufarbeitung als ein machtvoller Akteur, allein schon indem sie bestimmte Begriffe verwendet, mit welchen Begriffen sie operiert (z. B. Täter/Betroffene) oder wie sie Gewalt versprachlicht und konstruiert (Helfferich et al., 2016, S. 4).

3.2 Aufarbeitung als Diskursfeld politischer Arenen

Vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen mit Aufarbeitungen, u. a. zur Odenwaldschule (Brachmann, 2018, 2017, 2016) setzt sich auch Brachmann in seinen Beiträgen damit auseinander, was unter einer wissenschaftlichen Aufarbeitung zu verstehen ist und zeigt damit gleichsam Bezüge zur Frage nach der Positionierung Betroffener auf.

Brachmann macht eine Differenz zwischen ‚Aufarbeitung‘ und einer ‚wissenschaftlichen Aufarbeitung‘ deutlich. ‚Aufarbeitung‘ versteht der Autor als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sowie Verantwortung als ein „zivilgesellschaftliches Projekt“ (2017, S. 77). Dieses konkretisiere und operationalisiere sich über die folgenden fünf Dimensionen: Erinnern-Sprechen-Zuhören, Anerkennen, Recht sprechen, Wiedergutmachen sowie Möglichkeiten für (erinnerndes) Gedenken schaffen (Brachmann, 2018). Verschiedene gesellschaftliche Teilbereiche wie Justiz, Politik, Medien oder eben Wissenschaft hätten sich dabei unterschiedlich einzubringen bzw. könnten nur in bestimmten Dimensionen eine Aufgabe übernehmen. Wissenschaft sei nach Brachmann immer dann gefragt, wenn es um die Doku-

mentation und Einordnung von Missbrauchserfahrungen gehe (Erinnern-Sprechen-Zuhören und Anerkennen) sowie die „Archivierung der Erfahrungsnarrative im kollektiven Gedächtnis (Erinnerndes Gedenken)“ (2017, S. 80).

In diesem Zusammenhang spricht Brachmann davon, dass

[...] sich Aufarbeitung nicht darauf beschränken darf, Unrechtshandlungen zu benennen oder allein Ausmaß, Art und Folgen der Taten zu dokumentieren. Vielmehr muss es darum gehen, einen diskursiven Raum zu schaffen, in dem die unterschiedlichen ‚Wahrheitsperspektiven‘ aller Systemakteure artikuliert bzw. Narrative formuliert werden können als Voraussetzung für eine glaubwürdige gesellschaftliche Verantwortungsübernahme (2016, S. 638).

Folglich dürfe sich Aufarbeitung auch nicht darauf beschränken, ausschließlich Ausmaß, Art und Folgen der Taten deskriptiv zu erfassen. Vielmehr sei, Aufarbeitung ein Diskursfeld politischer Arenen, „das Möglichkeiten eröffnen soll (und muss), individuelle Schicksalshaftigkeit mit kollektiven Erfahrungen abzugleichen und aufzuheben“ (Brachmann, 2017, S. 77).

Im Hinblick auf eine Diskussion der Positionierung von Betroffenen macht Brachmann anhand der Metapher des ‚Diskursfelds politischer Arenen‘ deutlich, dass an wissenschaftlichen Aufarbeitungen ganz unterschiedliche Akteursgruppen wie Betroffene, aber z. B. auch Institutionen oder Medien beteiligt sind, die je eigene und verschiedene Wahrheitsperspektiven formulieren und mitunter divergierende Interessen im Aufarbeitungsprozess verfolgen. Anders als Mosser et al. (2016, 2018) geht Brachmann folglich davon aus, dass wissenschaftliche Aufarbeitung und Betroffene eben nicht ein und derselbe Akteur in einem Aufarbeitungsprozess sind. Vielmehr ist zu konstatieren, dass sich die ‚Stimmen‘ der Betroffenen deutlich von den ‚Stimmen‘ der Aufarbeitung unterscheiden bzw. voneinander abweichen können, weshalb es auch zu Konflikten und Dissens kommen kann. Dies liegt zum einen darin begründet, dass Betroffene keine homogene Gruppe darstellen und daher ganz unterschiedliche Erwartungen haben können und zum anderen daran, dass es beispielsweise aus wissenschaftsethischen Gründen oder aus Gründen des Datenschutzes bereits um Enttäuschung gehen muss, etwa wenn in den Abschlussveröffentlichungen möglicherweise keine Namen bzw. Täter:innen beim Klarnamen benannt werden können und dürfen.

Aus diesem Grund argumentieren Baader et al. (2021), dass wissenschaftliche Aufarbeitung nie als externalisierte Instanz begriffen werden kann. Vielmehr bedarf es einer kritischen Auseinandersetzung darüber, wie wissenschaftliche Aufarbeitung selbst in diesem diskursiven Raum positioniert ist, wie sie diesen Raum konstruiert und gestaltet, ob er anschlussfähig an die Interessen und Hoffnungen von Betroffenen ist oder diese mitunter auch verletzt. D. h. wissenschaftliche Aufarbeitungen müssen sich die Frage stellen, inwiefern sie sich auf die Hoffnungen insbesondere der Betroffenen einlassen und hinsichtlich der Erwartungen auf ein realistisches Fundament stellen können. Insgesamt gilt es zu reflektieren, dass Aufarbeitungen stets aus einer machtvollen Position heraus agieren. Am Ende entscheiden sie, welche Relevanzen sie setzen, wie sie die Daten verarbeiten, ob sie oszillieren zwischen Stimmen unverstellt zu dokumentieren oder entlang Regeln wissenschaftlicher Praxis zu interpretieren und auszuwerten (Brachmann, 2016). Sie entscheiden, welches Wissen sie publizieren und welches auch nicht oder was sie aufarbeiten und was auch nicht.

3.3 Aufarbeitung als Beteiligung auf Augenhöhe

Eine letzte, häufig genutzte Metapher, die die (geforderte) Positionierung von Betroffenen beschreibt, ist jene der „Beteiligung auf Augenhöhe“ (Dreßig, 2022; Bühn et al., 2022; Röhl, 2022, S. 48) die gleichsam mit der Forderung von Aufarbeitungsforschung als partizipative Forschung einhergeht:

Ein weiteres Grundprinzip der Aufarbeitung ist die Beteiligung der Betroffenen, die auf Augenhöhe erfolgen muss. Zwar ist auch bei wissenschaftlichen Studien eine partizipative Forschung anzustreben. Sie findet ihre Grenzen aber dort, wo spezifische wissenschaftliche Expertise und Methodenkenntnis gefordert sind. Bei der Aufarbeitung muss dagegen der Grundsatz gelten, dass die Betroffenen die eigentlichen Experten für die Gestaltung solcher Prozesse sind (Dreßig, 2022, S. 3–4).

Mit dem Verweis auf eine partizipative Forschung würde dies forschungspraktisch – und idealtypisch – bedeuten, dass die Wissenschaftler:innen und die Betroffenen in allen Phasen eines Aufarbeitungsprozesses (Formulierung der Forschungsfrage, Festlegung der Methoden, Datenerhebung und -auswertung, Veröffentlichung der Ergebnisse) gleichberechtigt beteiligt sind (Bergold & Thomas, 2010; Martin & Kliegel, 2014; Schlingmann, 2015). Zugleich verweist die Metapher auf die soziale Beziehung, die zwischen Betroffenen und der wissenschaftlichen Aufarbeitung normativ formuliert wird: Es soll um Gleichberechtigung, Partnerschaftlichkeit, Ebenbürtigkeit, ein Gleiches unter Gleichen gehen (Berschin, 2007).

Konstruktiv hervorzuheben ist, dass mit Hilfe dieser Metapher und ihrer Nähe zur partizipativen Forschung die Relevanz verdeutlicht wird, dass anders als in ‚traditionellen‘ Forschungen oder Forschungsbeziehungen, in denen, zugespitzt gesagt, Forschungs*objekte* *beforscht* werden, in wissenschaftlichen Aufarbeitungen diese streng machtasymmetrischen Subjekt-Objekt-Relationen aufzuschließen sind. Betroffene sind vielmehr als aktive Subjekte und Akteure im Aufarbeitungsprozess anzusehen, die eine aktive Rolle zur Formulierung der für sie relevanten Fragestellungen und Perspektiven sowie zur Artikulation ihrer Interessen einnehmen (Bergold & Thomas, 2012; Oppermann & Schröder, 2022). Forschungspraktisch bedeutet dies – aus unserer Sicht – z. B. mit Betroffenen das Konzept einer wissenschaftlichen Aufarbeitung zu beraten und es gegebenenfalls zu überarbeiten, um insgesamt eine einvernehmliche Vorgehensweise zu vereinbaren, d. h. verschiedene Schritte und Zwischenergebnisse zu besprechen, aber auch Verfahren bei möglichen Konflikten, die sich im Prozess ergeben können, zu vereinbaren.

Kritisch bleibt jedoch zu reflektieren, dass mit der Metapher ‚Beteiligung auf Augenhöhe‘ ebenso impliziert – oder vielmehr suggeriert wird –, dass sich vorhandene Macht(asymmetrien) einfach auflösen ließen. Dies würde jedoch bedeuten, vorhandene Macht(konstellationen) in Aufarbeitungen zu verschleiern und nicht mehr reflexiv halten zu können.

Zwischenfazit

Anhand der oben beschriebenen Metaphern von Aufarbeitung sowie den darin impliziten Positionierungen von Betroffenen, die in Kindheit und Jugend Gewalt erfahren haben, ist das Zwischenfazit zu ziehen, dass es sich bei den Betroffenen und der wissenschaftlichen Aufarbeitung um zwei verschiedene Akteure handelt, die jedoch in einer Beziehung

zueinanderstehen. Gleichzeitig wird aus den kritischen Reflexionen der Metaphern offenbar, dass diese Beziehung zentral ist, um den Ort der Betroffenen reflektieren zu können, bzw. über diese Beziehung die Positionierung der Betroffenen in der Aufarbeitung gemeinsam hergestellt wird. Anders ausgedrückt: Der Ort der Betroffenen bzw. die Positionierung der Betroffenen in der Aufarbeitungsforschung sind weder punktuell noch isoliert, sondern vielmehr relational zu denken und werden damit in und über die sozialen Beziehungen – unter anderem – zu den Akteuren der wissenschaftlichen Aufarbeitung hergestellt. Für die nähere Bestimmung, um was für eine Beziehung es sich dabei handelt, sind – wie oben verdeutlicht – die bislang angebotenen Bilder weiterzuentwickeln und es bedarf daher weiterer Reflexionen und Diskussionen.

4 Die Positionierung der Betroffenen als relationaler Herstellungsprozess

Insgesamt scheint uns eine stärkere Auseinandersetzung dahingehend weiterführend, wie mit Heterogenität, Normativität, Nähe und Distanz, Vertrauen und Macht in dieser Beziehung umzugehen ist bzw. wie diese Aspekte in der Beziehung zwischen Betroffenen und wissenschaftlicher Aufarbeitung reflektiert werden können. Jene Reflexionen finden sich in den bislang aufgezeigten Positionierungen nicht, scheinen uns jedoch vor dem Hintergrund unserer Erfahrungen in dem oben beschriebenen Aufarbeitungsprojekt um Helmut Kentlers Wirken in der Berliner Kinder- und Jugendhilfe für unabdingbar.

4.1 Heterogenität und (normative) Grundsätze

Zunächst sollte mit Blick auf die Positionierung Betroffener und damit auf die Beziehung zwischen Betroffenen und wissenschaftlicher Aufarbeitung in der Formulierung von Normativitäten oder „Grundsätzen“ (Dreßing, 2022, S. 4) vorsichtiger vorgegangen werden. Auch wenn z. B. im Rahmen dieses Artikels gemeinhin häufig von ‚Betroffenen‘ gesprochen wird, stellen Betroffene, wie zuvor erwähnt, keine homogene Gruppe dar (Kavemann, 2022; Stahl, 2023). Im Rahmen der Aufarbeitungen zu Helmut Kentler haben wir beispielsweise die Erfahrung gemacht, dass Betroffene in Hinblick auf Mitgestaltung oder auch Vernetzung ganz unterschiedliche Wünsche, Vorstellungen und Möglichkeiten mitbringen. So ist es zu respektieren, wenn Betroffene weder mitgestalten noch sich vernetzen wollen und folglich normative Vorstellungen von Beteiligung zu vermeiden sind, die möglicherweise Hierarchisierungen unter Betroffenen herstellen.

Damit ist weiterhin an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass der Ort und die Positionierung der Betroffenen nicht statisch, sondern vielmehr dynamisch und prozesshaft sind. Dies gilt nicht nur in Bezug auf die oben angesprochene Heterogenität hinsichtlich verschiedener Wünsche, Vorstellungen und Möglichkeiten unterschiedlicher Betroffener, sondern auch im Hinblick auf einzelne Betroffene im Prozess der Aufarbeitung, die zu verschiedenen Zeitpunkten sehr präsent sind, die Zusammenarbeit sich sehr intensiv gestaltet oder auf Rückzug sind, sich verletzlich zeigen, die Zusammenarbeit aussetzen oder möglicherweise vollständig abbrechen.

4.2 Nähe und Distanz

In der Beziehung zwischen Betroffenen und wissenschaftlicher Aufarbeitung ist zudem die Ausbalancierung sowie der reflexive Umgang mit Nähe und Distanz in den Blick zu nehmen. Während dieses Spannungsfeld für verschiedene pädagogische Kontexte bzw. als Momentum pädagogischer Professionalität bereits vielfach diskutiert wurde (Dörr & Müller, 2012) und z. B. auch in ethnographischen Forschungen (Eßer et al., 2020) immer wieder Gegenstand der Debatte ist, steht eine solche Diskussion und Reflexion für den Kontext wissenschaftlicher Aufarbeitung noch aus. Sowohl die Diskussionen aus der pädagogischen Praxis als auch aus der Ethnographie lassen sich nur begrenzt auf wissenschaftliche Aufarbeitungen übertragen, da es sich hier weder um eine pädagogische oder helfende Beziehung handelt noch z. B. Distanz durch einen Rückzug aus dem ‚Feld‘ von der wissenschaftlichen Aufarbeitung hergestellt werden kann, da wissenschaftliche Aufarbeitung letztlich gegenüber den Betroffenen auch eine Verantwortung trägt.

Dabei – so unsere Erfahrungen – findet in der Beziehungsherstellung ein stetes Changieren zwischen Nähe und Distanz statt: Distanz erweist sich z. B. zu Beginn des In-Beziehung-Tretens als funktional, da sie es ermöglicht, eine Beziehung zu öffnen, d. h. die Distanz den Betroffenen es scheinbar überhaupt erst ermöglicht, erzählen zu können. Distanz kehrt sich jedoch schnell und unweigerlich in Nähe um, und zwar darüber, was berichtet und wie es berichtet wird, und die Interviewenden teilhaben (dürfen) an dem Erleben des Gegenübers. Aber auch diese Nähe kann von den Betroffenen abrupt wieder aufgelöst werden, indem die Interviewer:innen stets als der/die Andere, als Verantwortliche und Vertreter:innen einer Wissenschaft und Disziplin adressiert werden, der auch Helmut Kentler angehörte und dessen Ausnutzen wissenschaftlicher Privilegien und Deutungshoheiten, die berichteten Verletzungen erst möglich gemacht haben. Jenes beständige Ein- und Auftauchen gilt es auszuhalten und anzuerkennen. Ebenfalls gilt es auszuhalten und auch zu akzeptieren, wenn von Seiten der Betroffenen Distanz in der Form hergestellt wird, indem über Wochen der Kontakt unterbrochen wird und Rückmeldungen ausbleiben.

4.3 Vertrauen

Damit geht weiterführend einher, dass die Bedeutung von Vertrauen in der Beziehung zu reflektieren und zu diskutieren ist. Oft wird die ‚Herstellung von Vertrauen‘ dabei auf Transparenz über das Forschungsanliegen, Informationen über den Interviewablauf, informierte Einwilligung oder Datenschutzerklärungen reduziert. Über diese allgemeinen Standards guten wissenschaftlichen Arbeitens hinausdenkend, stellt sich jedoch grundsätzlich die Frage, was für eine Form des Vertrauens (Tiefel & Zeller, 2014) bzw. auf welcher Ebene Vertrauen im Rahmen wissenschaftlicher Aufarbeitung hergestellt wird. Handelt es sich hierbei um eine Form des Systemvertrauens – also Vertrauen in die Wissenschaft? Oder gerade auch nicht, da Wissenschaft mitunter auch das System ist, dass die erlebten Übergriffe und Grenzverletzungen in Kindheit und Jugend – wie im Fall Kentler – mit ermöglicht hat. Handelt es sich dann um eine Form des persönlichen Vertrauens, d. h. in die aufarbeitende Person? Welche Verantwortlichkeiten gehen mit diesen Vertrauensformen einher? Welchen Formen von Macht sind in diese Vertrauensformen eingelagert (Wagenblass, 2013)?

4.4 Reflexionen von Macht und Asymmetrien

Anhand der bisherigen Ausführungen kann ebenfalls aufgezeigt werden, dass in die Beziehung zwischen Betroffenen und wissenschaftlicher Aufarbeitung Machtunterschiede und Asymmetrien verwoben und damit zwingend zu reflektieren sind. Auf welche Art und Weise sich diese Macht zeigt bzw. in die Beziehung eingelagert ist, soll im Folgenden näher diskutiert werden.

Zum ersten ist zu sagen, dass Macht und Machtasymmetrien sich bereits aus der Position von Wissenschaft in der Gesellschaft ergeben: Sie ist eine mächtige Institution und organisiert in mächtigen Organisationen. Während die Wissenschaftler:innen folglich eine mächtige Organisation im Hintergrund haben, begegnen Betroffene der wissenschaftlichen Aufarbeitung zunächst als ungeschützte Privatpersonen (Oppermann & Schröder, 2021).

Auch im Modus der Generierung von Wissen über die Entstehungsbedingungen und Dynamiken von sexualisierter Gewalt sowie im Zugang zum Wissen und den Erfahrungen von Betroffenen (Wazlawik et al., 2018, S. 990) sind Machtasymmetrien eingebettet. Es gilt z. B. zu reflektieren und offenzulegen, dass – wie vorab bereits ausgeführt – eine wissenschaftliche Aufarbeitung, auch wenn sie möglicherweise von anderen Forschungen zu unterscheiden ist, grundsätzlich den Regeln des wissenschaftlichen Arbeitens folgt. Dies geschieht allein, indem sie wissenschaftliche Methoden in der Erhebung und Auswertung anwendet, Daten auf eine bestimmte Art verarbeitet sowie wissenschaftlichen Gütekriterien verpflichtet ist. Damit legen wissenschaftliche Aufarbeitungen nicht nur die ‚Spielregeln‘ fest – die zwar die wissenschaftlichen Akteur:innen beherrschen, die Betroffenen überwiegend jedoch nicht – sondern schlussendlich auch den Modus der Erzeugung von Wissen und Deutungen.

Auch der Zugang zum Wissen der Betroffenen erfolgt häufig über qualitative Einzelinterviews. Hierbei handelt es sich jedoch um Interaktionssituationen, in denen sich die Beteiligten in komplementären Rollen begegnen, die als asymmetrische Konstellationen angelegt sind (Helfferich, 2016). Dies geschieht nicht nur im Hinblick auf Fragen nach der Kontrolle über diesen Interaktionsprozess, sondern insbesondere in einer wissenschaftlichen Aufarbeitung über die Konstellation, dass hier zwar Betroffene sehr viel von sich persönlich preisgeben, die Wissenschaftler:innen – zumindest auf dieser persönlichen Ebene – zunächst einmal gar nichts anbieten.

Weiter gilt es zu reflektieren, dass sich in der wissenschaftlichen Aufarbeitung Akteure begegnen, die – begründet aus dem gemeinsamen Referenzpunkt der Aufarbeitung sexualisierter Gewalt – allein durch die Adressierungen – als Betroffene - unterschiedlichen Verletzlichkeiten unterliegen bzw. ein unterschiedliches Verletzungsrisiko aufweisen (Rein & Mangold, 2020).

Abschließend ist daher mit Bezug auf die Metapher der ‚Augenhöhe‘ zu reflektieren, ob die Auflösung von Macht am Ende tatsächlich immer erstrebenswert ist, gehen doch mit unterschiedlicher Macht auch unterschiedliche Verantwortlichkeiten einher. Dies betrifft die Verantwortung für das Gelingen des Aufarbeitungsprozesses oder auch für die Betroffenen, wenn sich diese als verletzlich zeigen (hierzu Eßer et al., 2020). Damit einher geht aber auch, dass Betroffene in ihrer Positionierung jederzeit das Recht haben müssen, sich zurückziehen zu dürfen und zu können und gleichzeitig die Wissenschaft für den Schutz

der Betroffenen in der wissenschaftlichen Aufarbeitung insofern verantwortlich ist, als dass sie für Schutzprozesse sorgt und Verletzlichkeiten anerkennt – und zwar ohne dabei in eine paternalistische Haltung zu verfallen (siehe weiter unten).

Als Konsequenz aus dieser kurzen Bilanzierung möchten wir daher zum einen dafür plädieren, dass es für die Zusammenarbeit mit und Beteiligung von Betroffenen im Vorfeld einer wissenschaftlichen Aufarbeitung der Entwicklung eines Konzeptes bedarf, welches insbesondere aus forschungsethischer Perspektive danach fragt, wie Schutz innerhalb der Aufarbeitung für die Betroffenen her- und sicherzustellen ist. Zwar existieren forschungsethische Empfehlungen für die Forschung zu sexueller Gewalt in pädagogischen Kontexten, wie etwa die Bonner Ethik-Erklärung (Poelchau et al., 2016) – fokussiert werden hier jedoch eher allgemeine ethische Regeln sowie rechtliche Vorgaben wissenschaftlichen Arbeitens. Eine Reflexion von Machtverhältnissen – insbesondere gegenüber der wissenschaftlichen Aufarbeitung selbst – findet hingegen nicht statt. Es bedarf darum vielmehr – wenn man so will – eines Schutzkonzeptes für die Betroffenen (Oppermann et al., 2018) in der wissenschaftlichen Aufarbeitung, so dass für sie jederzeit Voice-, Choice- und Exit-Optionen bestehen. Zum anderen möchten wir dafür plädieren, die Position von Betroffenen dahingehend zu stärken, Aufarbeitung perspektivisch als ein Recht (von Betroffenen) gesetzlich zu verankern. Darauf werden wir weiterführend näher eingehen.

5 Positionierung von Betroffenen stärken

Anhand der zurückliegenden Reflexionen sollte deutlich geworden sein, dass der Ort der Betroffenen bzw. die Positionierung der Betroffenen in der Aufarbeitungsforschung relational zu denken ist und folglich in und über soziale Beziehungen u. a. zu den Akteuren der wissenschaftlichen Aufarbeitung hergestellt werden. Dabei – so die vorherige Argumentation – sind in diese Beziehung und Herstellungsprozesse heterogene Wünsche und Vorstellungen, Normativitäten, vertrauensvolle Nähe, aber auch Machtunterschiede und Asymmetrien verwoben und es ist folglich davon auszugehen, dass die Beziehungen durch Spannungen, Kontroversen, Konflikte und auch Enttäuschungen gekennzeichnet sein können. Dies lässt sich nicht auflösen, muss aber aus unserer Sicht reflexiv gehalten und transparent gemacht werden und kann letztlich auch durch diese Haltung erst bearbeitbar werden.

5.1 Die Forderung nach Schutzkonzepten in der wissenschaftlichen Aufarbeitung

Um diese Bearbeitbarkeit strukturell abzusichern und damit Schutz für die Betroffenen innerhalb der Aufarbeitung herzustellen, bedarf es unserer Ansicht nach zunächst eines Schutzkonzeptes in jeder wissenschaftlichen Aufarbeitung (Oppermann et al., 2018; Wolff et al., 2017).

Über ein Schutzkonzept soll sichergestellt werden, dass für Betroffene jederzeit *Choice-, Voice- und Exit-Optionen* bestehen. Damit ist gemeint, dass Betroffene in einer wissenschaftlichen Aufarbeitung immer die Möglichkeit haben müssen, Situationen, in denen sie sich befinden, verändern zu können. Praktisch bedeutet dies beispielsweise, dass wissenschaftliche Aufarbeitungen Wahlmöglichkeiten hinsichtlich verschiedener Formen des sich

Einbringens und der Beteiligung eröffnen oder das Betroffene jederzeit das Recht haben, sich von selbst gewählten Vertrauenspersonen während des gesamten Aufarbeitungsprozesses begleiten und unterstützen zu lassen (*Choice-Option*). Ferner gilt es Beratungs- oder Beschwerdemöglichkeiten für Betroffene – auch gegenüber der wissenschaftlichen Aufarbeitung selbst – vorzusehen (*Voice-Option*) (Enders & Schlingmann, 2018). Dies impliziert auch – sollten Konflikte oder unterschiedliche Anliegen und Positionierungen zwischen den Wissenschaftler:innen und den Betroffenen im Verlauf des Aufarbeitungsprozesses deutlich werden – dass diese schriftlich festgehalten und protokolliert und – sofern von den Betroffenen erwünscht – in einem Abschlussbericht transparent gemacht werden. Abschließend muss jederzeit die Möglichkeit eröffnet werden, Distanz herzustellen, auszusteigen bzw. die Zusage der Beteiligung zurücknehmen zu können (*Exit-Option*) (Oppermann & Schröder, 2021).

Um diese Optionen zu stärken und abzusichern, gilt es von Anfang an Betroffenen-Organisationen systematisch einzubinden (und auch im Finanzierungskonzept zu berücksichtigen). Diese Organisationen ihrer Wahl können die Betroffenen, soweit sie es wünschen, während des Forschungsprozesses begleiten, z. B. zu Interviews bzw. mit ihnen nach einem geführten Interview oder vielleicht sogar vor dem Interview reflexiv erarbeiten, was erzählt werden möchte, was nicht oder auch wie das Erzählte aufzuarbeiten ist. Das (manchmal erstmalige) Anvertrauen und Offenlegen sexualisierter Gewalterfahrungen führt zumeist nicht unmittelbar zu einer Verbesserung der Situation betroffener Menschen, sondern kann mitunter mit neuem Leid oder auch Ängsten dahingehend verbunden sein, wie mit den Erkenntnissen der Aufarbeitung gesamtgesellschaftlich umgegangen wird und inwiefern ggf. mit massiven Konsequenzen zu rechnen ist. Zudem haben wir die Erfahrung gemacht, dass in Betroffenen-Interviews kaum zwischen Erzählen und Erleben differenziert werden kann. Damit einher gehen Risiken, wie z. B. potenzielle Retraumatisierungen, weshalb sogenannte Disclosure-Prozesse (siehe dazu Christmann, 2021; Mosser, 2009) einer guten Begleitung und ggf. einer Nachsorge bei (neuen) Belastungen bedürfen, die durch die Aufarbeitung sicherzustellen ist bzw. nicht selbst geleistet werden kann.

Nur wenn sich Aufarbeitung transparent positioniert, eigene Schutzkonzepte mit den Betroffenen gestaltet und ihre Grenzen auch gegenüber Betroffenen markiert, kann sie einen Rahmen schaffen, um nicht ihrerseits erneut zu verletzen.

5.2 Forderung eines Rechts auf Aufarbeitung

Weiterführend möchten wir perspektivisch für ein Recht auf Aufarbeitung plädieren. Während bislang vor allem Macht- und Machtunterschiede zwischen der wissenschaftlichen Aufarbeitung und den Betroffenen thematisiert wurden, sind in Aufarbeitungen selbstverständlich weitere Akteure involviert. Diese agieren ebenso mit unterschiedlichen Interessen und mit unterschiedlicher Macht ausgestattet, wenn z. B. an die Institutionen selbst, die aufarbeiten müssen/wollen, auch (weitere) lokale Jugendämter, Landesjugendämter, wissenschaftliche Institutionen oder verschiedene Träger gedacht wird.

Um die Position von Betroffenen auch über die Beziehung zu der wissenschaftlichen Aufarbeitung hinaus zu stärken und Betroffene zu ermächtigen, Aufarbeitungsprozesse und damit die Anerkennung ihres Leids auch gegenüber mächtigen Institutionen einzufordern,

ist folglich unbedingt ein Recht auf Aufarbeitung zur diskutieren und zu verwirklichen. Während ein solches Recht derzeit lediglich als ein moralisches Recht existiert, das der Verletzung der Würde und Integrität von Betroffenen Rechnung trägt und Institutionen in die moralische Pflicht und Verantwortung nimmt, Aufarbeitungen zu initiieren und durchführen zu lassen (Andresen, 2021), ist auch ein juristisch einklagbares Recht zu fordern, das als Rechtsanspruch ins SGB VIII aufzunehmen wäre (hierzu auch Kavemann, 2022; Katsch, 2022).

Mit einem solchen Recht auf Aufarbeitung implizieren wir die Pflicht von Organisationen, aufzuarbeiten und Verantwortung zu übernehmen, auch wenn die Übergriffe schon weit zurückliegen. Dabei ist eine Aufarbeitung von einer organisationsinternen, fallbezogenen ‚Fehleranalyse‘ klar zu unterscheiden, in der vor allem im Rahmen der Qualitätsentwicklung verfahrensbezogene Konsequenzen aus aktuellen und vergangenen Fallverläufen gezogen werden. Vielmehr werden über ein Recht auf Aufarbeitung der Betroffenen für Organisationen eine Pflicht und ein Auftrag für Aufarbeitungsprozesse begründet, die Betroffenen zu unterstützen. Zentral für die Betroffenen ist dabei die Frage nach der Verantwortlichkeit und nach dem Ausmaß der Übergriffe und Grenzverletzungen unter öffentlich-organisierter Aufsicht.

In einem wissenschaftlichen Aufarbeitungsprozess müsste sich ein solches Recht, folgt man Baader et al. (2021), dabei auf drei verschiedenen Ebenen konkretisieren: Erstens geht es um ein Recht auf die Rekonstruktion von Verantwortlichkeiten und auf Transparenz. Dies bedeutet, Betroffenen relevantes und intersubjektiv nachvollziehbares Wissen zur Verfügung zu stellen, indem vorhandene Daten dementsprechend aufbereitet werden (Baader et al., 2021). Zweitens umfasst ein Recht auf Aufarbeitung ein Recht auf Beteiligung. Dies impliziert zum einen, dass Betroffene und die Wissenschaftler:innen das Konzept einer Aufarbeitung gemeinsam beraten, um eine einvernehmliche Vorgehensweise zu vereinbaren. Zum anderen, dass die Betroffenen ihre Erfahrungen und ihr Wissen wiederum zur Verfügung stellen und ihr Erleben als fachlicher Maßstab der Bewertung anerkannt wird. Und drittens schließt es ein Recht auf Schutz innerhalb des Aufarbeitungsprozesses ein – und zwar auch explizit gegenüber der wissenschaftlichen Aufarbeitung selbst.

Bislang existiert keine rechtliche Verpflichtung bzw. ein rechtlicher Anspruch zur Aufarbeitung – erste Diskussionen zur Aufnahme eines solchen Rechts ins SGB VIII wurden jedoch angeregt.³

6 Fazit

Es ist festzuhalten, dass aktuell kaum konzeptionelle und fundierte Antworten auf die Frage nach dem ‚Wie‘ der Partizipation und somit auch nach der Verortung von Betroffenen in der Aufarbeitungsforschung zu finden sind. Dies verwundert zum einen, da dies im Widerspruch zu dem zumindest theoretisch formulierten Anspruch der Betroffenenbeteiligung steht und zum anderen davon auszugehen ist, dass in nahezu allen Aufarbeitungen Betroffene

³ Siehe hierzu: https://www.uni-hildesheim.de/media/fb1/sozialpaedagogik/Forschung/Aufarbeitung_Jugendhilfe_Berlin-Kentler/Offener_Brief_-_Recht_auf_Aufarbeitung_ins_SGB_VIII.pdf

nenbeteiligung stattfindet. Scheinbar geschieht dies jedoch, ohne dass sich Aufarbeitungsforschung auf einer konzeptionellen oder Metaebene reflexiv damit auseinandersetzt. Das scheint jedoch insofern problematisch zu sein, als dass die hier vorgestellten Positionierungen, insbesondere als ‚Sprachrohr für‘ oder auch der ‚Beteiligung auf Augenhöhe‘, zwar Vertrauen gegenüber den Betroffenen herstellen können, aber unseres Erachtens nach aktuell zumindest in ihrer Normativität, Macht und Machtasymmetrien in wissenschaftlichen Aufarbeitungsprozessen mitunter ausblenden.

Perspektivisch halten wir daher weiterführende Auseinandersetzungen um die Positionierung von Betroffenen in der Aufarbeitungsforschung für ein dringendes Forschungsdesiderat. Dabei gilt es jedoch zu reflektieren, dass Aufarbeitungen stets im Kontext des normativen Anspruchs stehen, die persönlichen Rechte von Betroffenen zu schützen und damit Anonymität zu gewährleisten. Die Zusicherung größtmöglicher Anonymität ist geboten, da Betroffene im Rahmen von Aufarbeitungen auch massive Ängste und ihre Verunsicherungen schildern, die Gewalterfahrungen öffentlich zu machen und von bestehenden wissenschaftlichen Netzwerken diffamiert und verletzt zu werden bzw. in öffentlichen (wissenschaftlichen, kirchlichen etc.) Kreisen auf Zurückweisung zu stoßen. Betroffene machen damit deutlich, dass und inwiefern die Netzwerke auch heute noch existieren und wirken, indem sie bei den Betroffenen hohen Druck und Ängste erzeugen, wenn sie ihre Geschichte und ihr Leid berichten und letztendlich Wissenschaftler:innen oder anderen öffentlichen Funktionsträger:innen damit vertrauen. Unabhängig davon, wie sich Aufarbeitungsforschung perspektivisch positionieren wird – Diskretion, die Wahrung von Anonymität und der Datenschutz (Janssen et al., 2023) müssen dabei einen grundlegenden Stellenwert einnehmen.

Literatur

- Andresen, Sabine (2021). Programmatik und Wirken pädosexueller Netzwerke am Beispiel Berlins – Einführung der Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs. In Iris Hax & Sven Reiß. *Vorstudie Programmatik und Wirken pädosexueller Netzwerke in Berlin – eine Recherche* (S. 6–20). Berlin. Verfügbar unter: https://www.aufarbeitungskommission.de/wp-content/uploads/Vorstudie_Programmatik-und-Wirken-paedosexueller-Netzwerke_Auarbeitungskommission.pdf [18. Juli 2023].
- Andresen, Sabine, Demant, Marie, Galliker, Anna & Rott, Luzia (2021). *Sexuelle Gewalt in der Familie. Gesellschaftliche Aufarbeitung sexueller Gewalt gegen Kinder und Jugendliche von 1945 bis in die Gegenwart*. Berlin: Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs.
- Andresen, Sabine & Demant, Marie (2017). Worin liegt die Verantwortung der Erziehungswissenschaft? Ein Diskussionsbeitrag zur Aufarbeitung sexualisierter Gewalt in der Erziehungswissenschaft. *Erziehungswissenschaft*, 28, 54, 39–51.
- Baader, Meike Sophie, Schröer, Wolfgang, Böttcher, Nastassia Laila, Ehlke, Carolin, Oppermann, Carolin & Schröder, Julia (2022). *Zwischenbericht „Helmut Kentlers Wirken in der Berliner Kinder- und Jugendhilfe – Aufarbeitung der organisationalen Verfahren und Verantwortung des Berliner Landesjugendamtes“*. Hildesheim: Universitätsverlag Hildesheim. <https://doi.org/10.25528/149>

- Baader, Meike Sophie, Oppermann, Carolin, Schröder, Julia & Schröder, Wolfgang (2020). *Ergebnisbericht „Helmut Kentlers Wirken in der Berliner Kinder- und Jugendhilfe“*. Hildesheim: Universitätsverlag Hildesheim. <https://doi.org/10.18442/129>
- Baader, Meike Sophie, Böttcher, Nastassia, Ehlke, Carolin, Oppermann, Carolin, Schröder, Julia & Schröder, Wolfgang (2021). *Vorhabenbeschreibung: Helmut Kentlers Wirken in der Berliner Kinder- und Jugendhilfe-Aufarbeitung der organisationalen Verfahren und Verantwortung des Berliner Landesjugendamtes*. Verfügbar unter: https://www.uni-hildesheim.de/media/fb1/sozialpaedagogik/Forschung/Aufarbeitung_Jugendhilfe_Berlin_Kentler/jhberlin_Vorhabensbeschreibung.pdf [31. August 2023].
- Bange, Dirk (2016). Geschichte der Erforschung von sexualisierter Gewalt im deutschsprachigen Raum unter methodischer Perspektive. In Cornelia Helfferich, Barbara Kaveemann & Heinz Kindler (Hrsg.), *Forschungsmanual Gewalt. Grundlagen der empirischen Erhebung von Gewalt in Paarbeziehungen und sexualisierter Gewalt* (S. 33–49). Wiesbaden: Springer VS.
- Bergold, Jarg & Thomas, Stefan (2012). Partizipative Forschungsmethoden: Ein methodischer Ansatz in Bewegung. *Forum Qualitative Sozialforschung / Forum Qualitative Research*, 13 (1), Art. 30. <https://doi.org/10.17169/fqs-13.1.1801>
- Bergold, Jarg & Thomas, Stefan (2010). Partizipative Forschung. In Günter Mey & Katja Mruck (Hrsg.), *Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie* (S. 333–344). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Berschlin, Helmut (2007). „auf augenhöhe“. *Die Politische Meinung*, 454, 48.
- Brachmann, Jens (2018). Die Aufarbeitung sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche als gesellschaftliche Aufgabe. In Alexandra Retkowski, Angelika Treibel & Elisabeth Tüder (Hrsg.), *Handbuch sexualisierte Gewalt. Praxis – Forschung – Theorie* (S. 804–813). Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Brachmann, Jens (2017). Pädosexuelle Gewaltverbrechen – Erwartungen an die „wissenschaftliche“ Aufarbeitung. *Erziehungswissenschaft*, 54 (28), 75–84.
- Brachmann, Jens (2016). Tatort Odenwaldschule. Ein Werkstattbericht über die Schwierigkeiten der Aufarbeitung von Vorkommnissen pädokrimineller Gewalt in Institutionen. *Zeitschrift für Pädagogik*, 62, 638–655.
- Bühn, Renate, Claus, Kerstin, Haucke, Karl & Marquardt, Angela (2022). Aufarbeitung auf Augenhöhe. In Sabine Andresen, Daniel Decker & Kristi Kriegel (Hrsg.), *Das Schweigen beenden – Beiträge zur Aufarbeitung des sexuellen Kindesmissbrauchs* (S. 73–80). Wiesbaden: Springer VS.
- Christmann, Bernd (2021): Disclosure von sexualisierter Gewalt in schulischen Kontexten. Fachkräfte als Ansprechpersonen betroffener Schüler*innen. Wiesbaden: Springer VS.
- Dörr, Margret & Müller, Burkhard (Hrsg.) (2012). *Nähe und Distanz. Ein Spannungsfeld pädagogischer Professionalität*. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Dreßig, Harald (2022). Warum nicht eine Wahrheitskommission? In Sabine Andresen, Daniel Decker & Kristi Kriegel (Hrsg.), *Das Schweigen beenden – Beiträge zur Aufarbeitung des sexuellen Kindesmissbrauchs* (S. 1–7). Wiesbaden: Springer VS.
- Enders, Ursula & Schlingmann, Thomas (2018). Nachhaltige Aufarbeitung aktueller Fälle sexuellen Missbrauchs durch Erwachsene und sexueller Übergriffe durch Kinder und Jugendliche in Institutionen. In Carolin Oppermann, Veronika Winter, Claudia Harder,

- Mechthild Wolff & Wolfgang Schröer (Hrsg.), *Lehrbuch Schutzkonzepte in pädagogischen Organisationen* (S. 286–308). Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Eßer, Florian; Schär, Clarissa; Schnurr, Stefan & Schröer, Wolfgang (2020). Partizipative Forschung in der Sozialen Arbeit. *Neue praxis*, Sonderheft 16, 3–23.
- Helfferich, Cornelia, Kavemann, Barbara & Kindler, Heinz (2016). Einleitung. In Cornelia Helfferich, Barbara Kavemann & Heinz Kindler (Hrsg.), *Forschungsmanual Gewalt. Grundlagen der empirischen Erhebung von Gewalt in Paarbeziehungen und sexualisierter Gewalt* (S. 1–11). Wiesbaden: Springer VS.
- Helfferich, Cornelia (2016). Qualitative Einzelinterviews zu Gewalt: Die Gestaltung der Erhebungssituation und Auswertungsmöglichkeiten. In Cornelia Helfferich, Barbara Kavemann & Heinz Kindler (Hrsg.), *Forschungsmanual Gewalt. Grundlagen der empirischen Erhebung von Gewalt in Paarbeziehungen und sexualisierter Gewalt* (S. 121–142). Wiesbaden: Springer VS.
- Institut für Demokratieforschung Georg-August-Universität Göttingen (2016). *Abschlussbericht zu dem Forschungsprojekt: Die Unterstützung pädosexueller bzw. päderastischer Interessen durch die Berliner Senatsverwaltung. Am Beispiel eines „Experiments“ von Helmut Kentler und der „Adressenliste zur schwulen, lesbischen & pädophilen Emanzipation“*. Göttingen: Göttinger Institut für Demokratieforschung. Verfügbar unter: http://www.demokratie-goettingen.de/content/uploads/2016/12/Projektbericht_Kentler_Adressenliste_Online_G%C3%B6ttinger-Demokratieforschung2016-11.pdf. [29. Mai 2020].
- Janssen, Bettina, Kraugmann, Ilka Kathrin, Haucke, Karl & Keymer, Helmut (2023). Bildung eines Betroffenenrates im kirchlichen Kontext. Sexuelle Gewalt – wie die Partizipation Betroffener in der Aufarbeitung gelingt. *Die Mediation*, III, 2023, 38–42.
- Katsch, Matthias (2022). Den Bann der Vergangenheit brechen. In Sabine Andresen, Daniel Decker & Kristi Kriegel (Hrsg.), *Das Schweigen beenden – Beiträge zur Aufarbeitung des sexuellen Kindesmissbrauchs* (S. 23–31). Wiesbaden: Springer VS.
- Kavemann, Barbara (2022). „Die Vergangenheit ist für viele nicht vorbei“. In Sabine Andresen, Daniel Decker & Kristi Kriegel (Hrsg.), *Das Schweigen beenden – Beiträge zur Aufarbeitung des sexuellen Kindesmissbrauchs* (S. 17–22). Wiesbaden: Springer VS.
- Kavemann, Barbara, Nagel, Bianca, Etzel, Adrian & Helfferich, Cornelia (2022). *Wege zu mehr Gerechtigkeit nach sexueller Gewalt in Kindheit und Jugend. Abschlussbericht des Forschungsberichtes*. Berlin: Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs.
- Kavemann, Barbara, Nagel, Bianca, Doll, Daniel & Helfferich, Cornelia (2019). *Erwartungen Betroffener sexuellen Kindesmissbrauchs an gesellschaftlicher Aufarbeitung*. Berlin: Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs.
- Martin, Mike & Kliegel, Matthias (2014). *Psychologische Grundlagen der Gerontologie*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Mosser, Peter, Gmür, Wolfgang & Hackenschmied, Gerhard (2018). Sozialwissenschaftliche Studien als Instrument zur Aufarbeitung sexualisierter Gewalt in Institutionen. In Alexandra Retkowski, Angelika Treibel & Elisabeth Tuidier (Hrsg.), *Handbuch sexualisierte Gewalt. Praxis – Forschung – Theorie* (S. 814–821). Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Mosser, Peter, Hackenschmied, Gerhard & Keupp, Heiner (2016). Strukturelle und institutionelle Einfallstore in katholischen Einrichtungen. *Zeitschrift für Pädagogik*, 62 (5), 656–669.

- Mosser, Peter (2009). *Wege aus dem Dunkelfeld. Aufdeckung und Hilfesuche bei sexuellem Missbrauch an Jungen*. Wiesbaden: Springer VS.
- Universität Hildesheim (o. D.). Offener Brief Recht auf Aufarbeitung in das SGB VIII – Rechtssicherheit für Betroffene. Verfügbar unter: https://www.uni-hildesheim.de/media/fb1/sozialpaedagogik/Forschung/Aufarbeitung_-Jugendhilfe_Berlin-_Kentler/Offener_Brief_-_Recht_auf_Aufarbeitung_ins_SGB_VIII.pdf
- Oppermann, Carolin & Schröder, Julia (2022). Partizipatives Forschen mit alten pflegebedürftigen Menschen. *Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research*, 23 (1), Art. 15, <http://dx.doi.org/10.17169/fqs-23.1.3766>
- Oppermann, Carolin & Schröder, Julia (2021). Wissenschaftliche Aufarbeitung sexualisierter Gewalt – Voice, Choice und Exit-Optionen für die Betroffenen. *Forum Erziehungshilfen*, 27 (2), 80–82.
- Oppermann, Carolin, Winter, Veronika, Harder, Claudia, Wolff, Mechthild & Schröder, Wolfgang (Hrsg.) (2018). *Lehrbuch Schutzkonzepte in pädagogischen Organisationen*. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Poelchau, Heinz-Werner, Briken, Peer, Wazlawick, Martin, Bauer, Ullrich, Fegert, Jörg M. & Kavemann, Barbara (2016). *Bonner Ethik-Erklärung. Empfehlungen für die Forschung zu sexueller Gewalt in pädagogischen Kontexten*. Bundesministerium für Bildung und Forschung.
- Rein, Angela & Mangold, Katharina (2020). „Was macht Macht in partizipativer Forschung?“. *neue praxis*, Sonderheft 16, 76–91.
- Röhl, Anja (2022). Das vergessene Leid der Verschickungskinder. In Sabine Andresen, Daniel Decker & Kristi Kriegel (Hrsg.), *Das Schweigen beenden – Beiträge zur Aufarbeitung des sexuellen Kindesmissbrauchs* (S. 41–47). Wiesbaden: Springer VS.
- Schlingmann, Thomas (2015). Für ein neues Verhältnis von Wissenschaft, Praxis und Betroffenen. Anmerkungen aus der Perspektive eines forschenden, betroffenen Praktikers. *Zeitschrift für Sexualforschung*, 28, 349–362.
- Stahl, Andreas (2023). Betroffenenbeteiligung. Reflexion eines Erfordernisses in der Aufarbeitung von Missbrauch. *Evangelische Theologie*, 83 (1), 45–58.
- Tiefel, Sandra & Zeller, Maren (2014). Differenzierungen des Vertrauensbegriffs – empirische Analysen aus der Perspektive von Adressat/innen der Sozialen Arbeit. In Sylke Bartmann, Melanie Fabel-Lamla, Nicolle Pfaff & Nicole Welter (Hrsg.), *Vertrauen in der erziehungswissenschaftlichen Forschung* (S. 333–352). Opladen: Verlag Barbara Budrich
- Unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (2024). Aufarbeitung von sexueller Gewalt. Verfügbar unter: <https://beauftragte-missbrauch.de/themen/aufarbeitung-von-sexueller-gewalt/ueberblick-aufarbeitung> [04. April 2024].
- Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs (2022). Die Aufarbeitung sexueller Gewalt steht erst am Anfang. In Sabine Andresen, Daniel Decker & Kristi Kriegel (Hrsg.), *Das Schweigen beenden – Beiträge zur Aufarbeitung des sexuellen Kindesmissbrauchs* (S. VII–XV). Wiesbaden: Springer VS.
- Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs (2019). *Rechte und Pflichten: Aufarbeitungsprozesse in Institutionen. Empfehlungen zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs*. Berlin: Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs.

- Wagenblass, Sabine (2013). Vertrauen. In Hans-Uwe Otto & Hans Thiersch (Hrsg.), *Handbuch Soziale Arbeit. Grundlagen der Sozialarbeit und Sozialpädagogik* (S. 1803–1813). München/Basel: Ernst Reinhardt Verlag.
- Wazlawik, Martin, Briken, Peer, Christmann, Bernd & Dekker, Arne (2018). Forschungsethik im Kontext der Erforschung sexualisierter Gewalt. In Alexandra Retkowski, Angelika Treibel & Elisabeth Tuijter (Hrsg.), *Handbuch sexualisierte Gewalt. Praxis – Forschung – Theorie* (S. 989–997). Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Wolff, Mechthild, Schröer, Wolfgang, Fegert, Jörg M. (Hrsg.) (2017). *Schutzkonzepte in Theorie und Praxis. Ein beteiligungsorientiertes Werkbuch*. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.

Autor:innen

Carolyn Oppermann, Dr., Universität Hildesheim, Institut für Sozial- und Organisationspädagogik.

Forschungsschwerpunkte: Organisationale Schutzkonzepte, (Sexualisierte) Gewalt, Soziale Altenarbeit und Pflege, Transnationalität und Alter(n), Diversitätskonzepte, Qualitative Forschungsmethoden.

Anschrift: Universität Hildesheim, Institut für Sozial- und Organisationspädagogik, Universitätsplatz 1, 31141 Hildesheim

E-Mail: opper002@uni-hildesheim.de

Julia Schröder, PD Dr., Universität Hildesheim, Institut für Sozial- und Organisationspädagogik.

Forschungsschwerpunkte: (Sexualisierte) Gewalt und Schutzkonzepte, Pflege und Care, Metaphorische Kommunikation, Queer Studies.

Anschrift: Universität Hildesheim, Institut für Sozial- und Organisationspädagogik, Universitätsplatz 1, 31141 Hildesheim

E-Mail: julia.schroeder@uni-hildesheim.de

Gudrun Quenzel
Michael Beck
Sebastian Jungkunz (Hrsg.)

Bildung und Partizipation

Mitbestimmung von Schülerinnen
und Schülern in Deutschland,
Österreich und der Schweiz



Gudrun Quenzel, Michael Beck,
Sebastian Jungkunz (Hrsg.)

Bildung und Partizipation

Mitbestimmung von Schülerinnen und
Schülern in Deutschland, Österreich und
der Schweiz

2023 • 240 S. • kart. • 58,00 € (D) • 59,70 € (A)

ISBN 978-3-8474-2614-1 • eISBN 978-3-8474-1773-6 (Open Access)

Demokratie muss gelernt und gelebt werden – ein idealer Ort dafür ist die Schule. Das vorliegende Buch zeigt, wo Schülerinnen und Schüler in Deutschland, Österreich und der Schweiz in ihren Schulen mitbestimmen können und wie sie hierbei Toleranz, Empathie und Selbstwirksamkeit erlernen. Die Studie macht deutlich, dass Mitbestimmung in der Regel außerhalb des Unterrichts stattfindet, obwohl für junge Menschen gerade eine stärkere Beteiligung an Unterrichtsthemen besonders interessant ist.

Die Autor*innen:

Dr. habil. Gudrun Quenzel, Professorin für Bildungssoziologie an der PH Vorarlberg, Österreich; Dr. Michael Beck, Professor für Bildung und Gesellschaft an der PH St. Gallen, Schweiz; Dr. Sebastian Jungkunz, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Bamberg

Aufarbeitung der Kinderverschickungskuren in Deutschland – Gewalt und Zeugenschaft in generationalen Ordnungen

Johanna Christ

Zusammenfassung

Der Artikel präsentiert die Ergebnisse einer Analyse, die einen Beitrag zur Aufarbeitung der Kinderverschickungskuren in Deutschland (~1945 – frühe 1990er) leistet. Er skizziert den Aufarbeitungsprozess, der wesentlich durch die Betroffenen selbst angestoßen wurde und betrieben wird. Gewaltvolle Verhältnisse in den Heimen wurden dadurch offenbar. Die Analyse nimmt eine kindheitstheoretische Perspektive auf Gewalt und Zeugenschaft in generationalen Ordnungen ein und fragt, wie die Verschickung für das Kind gewesen sein muss und wodurch sich die Kinderverschickung auszeichnet. Dafür wurden im Rahmen einer Masterarbeit 2186 online öffentlich zur Verfügung gestellte Zeugnisse ehemals als Kind Verschickter analysiert und mit einer rekontextualisierten Worthäufigkeitsanalyse mit Hilfe der Software MAXQDA untersucht. Die Ergebnisse können bisherige Forschung bestätigen und beleuchten materielle, relationale und emotionale Aspekte der Gewaltdynamiken.

Schlagwörter: Verschickungskinder, Gewalt in generationalen Ordnungen, Kindheitsforschung, Aufarbeitung, Zeugenschaft

Reappraisal of the so-called children's health displacement (Kinderverschickungskuren) in Germany – Violence and Witnessing in Generational Orders

Abstract

The article presents the results of an analysis that contributes to the process of working through the past of the so-called children's health displacement (*Kinderverschickungskur*) or shipment of children in Germany (~1945 – early 1990s). It outlines the process of coming to terms, which was essentially initiated by those affected themselves and made violent circumstances in the institutions visible. The analysis itself takes a childhood theory perspective on violence and testimony in generational orders and asks what the displacement must have been like for the child and what distinguishes the phenomenon from this perspective. For this purpose, 2186 publicly posted online testimonies of people who were once displaced as children were analysed in a master's thesis and examined with a recontextualised word frequency analysis using MAXQDA software. The results confirm previous research and shed light on material, relational and emotional aspects of the dynamics of violence.

Keywords: shipped away children (Verschickungskinder); violence in generational orders; childhood studies; working through the past, testimony

Einleitung

„Es war im Juni 1962, da hieß es, ich solle verschickt werden. ‚verschickt‘ ... ich wusste gar nicht, was das bedeutete.“ (Kati in Röhl, 2021, S.59)

Unter dem Begriff der Kinderkurverschickung¹ wurden im Nachkriegsdeutschland bis in die frühen 90er-Jahre schätzungsweise acht bis zwölf Millionen Mal Kinder auf Kur geschickt (Röhl, 2022b, S. 41). Mit dem Ziel der „Verbesserung des Gesundheitszustandes“ (Röhl, 2022a, S. 31) wurden Kinder zwischen fünf und zehn Jahren für einen Zeitraum von in der Regel sechs Wochen ohne ihre Eltern in Heime an der Ost- und Nordsee, in die Alpen, an den Bodensee oder auch in den Schwarzwald gebracht. Bei guter Luft und Kurkost sollte Gewicht zu- oder abgenommen, ein Husten kuriert oder anderweitig Kraft getankt werden. Das Ausmaß wird deutlich, wenn etwa Dokumente der Bundesregierung aus 1963 herangezogen werden, wonach die Deutsche Bundesbahn für 200.000 kurbedürftige Kinder allein aus Nordrhein-Westfalen 117 Kurkindersonderzüge einsetzte (Report Mainz, 2019). Besonders in den 1950ern/60ern erlebte diese sozialmedizinische Praxis einen quantitativen Höhepunkt (Röhl, 2022a). Die bisherige Datenlage lässt zu, von einem Massenphänomen zu sprechen (Kappeler, 2022; Lorenz, 2021; Röhl, 2022a; Schmuhl, 2023). Umso mehr überrascht es, dass bis vor wenigen Jahren kaum Forschung dazu existierte.

Viele der als Kind Verschickten problematisieren heute diese Aufenthalte. Ganz konträr zu den eigentlichen Zielen Gesundheit und Erholung berichten sie von körperlichem Abbau und Krankheit, schweren emotionalen und psychischen Belastungen durch Strafen und Demütigung sowie von physischer Gewalt, Zwang, sexualisierter (Röhl, 2022a; Neumann & Reichert, 2019) ebenso wie medizinischer Gewalt (Wagner & Wiebel, 2020, S. 30). Laut einer Untersuchung zum Kurort Bad Salzdetfurth im Jahr 1969 wurde auch der Tod von drei Kindern durch Peergewalt und vermutlicher Erstickung an Erbrochenem berichtet (Neumann & Reichert, 2019). Wissen, was zuvor im Gedächtnis „einer ganzen Generation“ (Kappeler, 2022, S. 55) verankert, nicht aber in Forschungsliteratur zu finden war, drängt in den letzten Jahren an die Öffentlichkeit. In einem fortlaufenden Prozess kollektiver Wissensproduktion sind es Zeitzeug:innen, die einen weiteren dunklen Teil deutscher Geschichte aufarbeiten. Anknüpfend an verschiedene Aufarbeitungsprozesse von Gewalt und Unrecht an Kindern (Andresen, 2019)² wird der Fall der Verschickungskinder auch zu einem Gegenstand der Erziehungswissenschaft. Er reiht sich ein in die Geschichte der Erziehung, die mit Andresen als eine „Geschichte der Gewalt in Erziehungsverhältnissen“ (2018, S. 6) erzählt werden kann. In dieser Historie untersucht der Beitrag das Spezifische der Kinderverschickung, das bereits in dem Begriff der Kinderverschickung selbst angelegt ist. Der Text geht der Frage nach, vor der auch die eingangs zitierte Kati im Jahr 1962 als Kind stand: Was bedeutet es überhaupt „verschickt“ zu werden?

¹ Zur Abgrenzung vom Begriff Kinderlandverschickung siehe u. a. Röhl 2022a.

² Zu nennen ist hier die Aufarbeitung der Heimkinderbewegung (*Runder Tisch Heimerziehung* (RTH), 2010; Wendelin, 2010; Wensierski, 2007), sowie die Auseinandersetzungen mit sexualisierter Gewalt (*Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs* [UKASK], 2020).

Aus einer kindheitstheoretischen Perspektive mit dem Konzept der generationalen Ordnung (Alanen, 1992) argumentierend, rückt der Beitrag die soziale Position der Kinder in den Blick (*Kapitel 1*). Danach ist die Kinderverschickung als ein Gewaltphänomen im Generationenverhältnis zu betrachten. In der Tradition der Kindheitsforschung interessiert hier besonders die Perspektive der Kinder, um zu verstehen, was die Verschickung mit ihnen gemacht hat, wodurch eine Erholungsreise subjektiv zu einem Horrortrip wurde oder wo Kippunkte zur Gewalt zu identifizieren sind.

Andresen et al. heben in einem Beitrag von 2016 hervor, welche Bedeutung in Aufarbeitungsgeschehen von Unrecht an Kindern den Zeugnissen der Menschen zukommt, die diese Gewalt erlebt haben. Hieran anschließend sind Zeugnisse derer, die die Kuren als Kinder erlebt haben, Ausgangspunkt der Analyse. Sie sind, abgesehen von Briefen, der heute einzige Zugang zur Perspektive der Kinder. Nach einer reflexiven Einordnung der Zeugnisse im Spannungsfeld von Anerkennung und Aufarbeitung einerseits und Forschung und Quellenkritik andererseits (*Kapitel 2*) bildet die Präsentation ausgewählter Ergebnisse einer rekontextualisierenden Worthäufigkeitsanalyse von über 2000 Zeugnissen den Kern des Textes. Einer Erläuterung des entwickelten methodischen Vorgehens (*Kapitel 3*) folgt die Ergebnispräsentation (*Kapitel 4*), welche in einem abschließenden Fazit zusammengefasst und diskutiert wird (*Kapitel 5*).

Die Studie ist im Rahmen der Masterarbeit der Autorin³ entstanden. Der Artikel präsentiert nur einen Extrakt dieser, er erhebt damit explizit nicht den Anspruch, das Phänomen der Verschickungskuren umfänglich zu beschreiben und aufzuarbeiten. Dafür sei auf größere Forschungsprojekte, welche die historische Genese, den Systemcharakter und die Dimension der Kinderverschickung ausführlich rekonstruieren, verwiesen und auf die zahlreichen Arbeiten der Betroffenen im Rahmen ihrer Bürger:innenforschung. Deren Forderung nach weiterer Forschung ist zu unterstützen.

1 Gewalt in generationalen Ordnungen, Aufarbeitung und Zeugenschaft

Gewalt an Kindern ist dadurch spezifisch, dass die Betroffenen Kinder sind. Was es bedeutet, ein Kind zu sein, und ab wann etwas als Gewalt und noch eindeutiger als Unrecht benannt wird, ist historisch nicht immer gleich gewesen und auch kulturell verschieden. Das Konzept der generationalen Ordnung (Alanen, 1992, 2003) schließt hier an und versteht Kindheit als eine soziale Kategorie. Alanen (1992) beschreibt, wie generationale Ordnungen die Gesellschaft auf ähnliche Weise strukturieren wie z. B. Geschlechterordnungen. Kinder sind demnach strukturell aufgrund ihrer Position im Generationenverhältnis gegenüber Erwachsenen benachteiligt. Alanen verlässt mit ihrer Forschung die bisher vorherrschende erwachsenenzentrierte Perspektive und macht die tatsächliche Kindheit, wie sie von Kindern ge- und erlebt wird, zum Ausgangspunkt (Alanen, 2003, S. 131).

³ Die Arbeit wurde betreut von Prof. Dr. Sabine Andresen und zweitbetreut von Prof. Dr. Frank Oswald. Sie ist im Kontext des Graduierten Kollegs „Doing Transitions“ (<https://doingtransitions.org/>) entstanden.

So rückt auch Gewalt an Kindern in den Fokus der Kindheitsforschung. Bühler-Niederberger et al. (2019) identifizierten Gewalt als zentralen Faktor hinsichtlich der Einschränkung der Agency (Handlungsfähigkeit) von Kindern sowie der Behinderung in ihrem Recht, als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft anerkannt zu sein (Bühler-Niederberger et al., S. 2). Sie charakterisieren Gewalt an Kindern als generationales Herrschaftsinstrument für Erwachsene im Privaten, aber auch als gesellschaftliche Strategie zur Einordnung (oder Unterordnung) der Kinder in die bestehende gesellschaftliche Hierarchie (Bühler-Niederberger et al., S. 2). Andresen et al. (2016) fassen es aus einer erziehungswissenschaftlichen Perspektive wie folgt:

So führt die strukturell bedingte Abhängigkeit von Heranwachsenden dazu, dass ihnen Zugänge zu Entscheidungsprozessen und Anerkennung im Rahmen einer gewaltlosen Erziehung von Erwachsenen gewährt werden müssen. Es hängt folglich vom Willen und vom Handeln der Erwachsenen in Erziehungsverhältnissen ab, was sie Kindern ermöglichen. So liegt die Umsetzung von Rechten des Kindes im Alltag maßgeblich in der Hand der älteren Generation. (Andresen et al., 2016, S. 627)

Andresen et al. stellen daran anschließend auch Aufarbeitungsgeschehen von Gewalt an Kindern in jenes Generationenverhältnis, als einen „kommunikative[n] Prozess, in dem Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft ineinander verwoben sind“ (S. 627–628). Die Anhörung von Zeug:innen ist aus dieser Perspektive von zentraler Bedeutung.

Aufarbeitung hat gezeigt, dass Gewalt hätte verhindert werden können, es aber oft daran scheiterte, dass nicht richtig hingeschaut, eindeutig weggeschaut, Kindern nicht richtig zugehört und noch weniger geglaubt wurde (Andresen, 2018, S. 9). Kavemann et al. (2022) greifen auf das Konzept der epistemischen Ungerechtigkeit (*epistemic injustice*) nach Fricker (2007) zurück und erweitern es um die Kategorie Alter. Demnach wird Kindern vorurteilsbedingt weniger Glaubhaftigkeit (*credibility*) entgegengebracht als Erwachsenen, welche dagegen einen Glaubhaftigkeitsvorschuss (*credibility excess*) genießen (Fricker, 2007, S. 30; Kavemann et al., 2022, S. 32). Das nennt Fricker *testimonial injustice* (Fricker, 2007, S. 1). Hermeneutische Ungerechtigkeit (*hermeneutical injustice*), der zweite Grundbegriff bei Fricker beschreibt vereinfacht ausgedrückt das Fehlen von Deutungsmustern oder den eingeschränkten Zugang zu Wissen, mit welchem eine erlebte Erfahrung adäquat eingeordnet werden könnte (Fricker, 2007, S. 147–175). Epistemische Ungerechtigkeit führt auf gesellschaftlicher Ebene dazu, dass „das Wissen von diskriminierten Gruppen und die Erfahrungen dieser Menschen nicht in gesellschaftliche Diskurse einbezogen [werden]. Die Vielfalt von Betroffenen und deren heterogene Erfahrungen werden dann nicht Teil des gesellschaftlichen Wissensbestands und der kollektiven hermeneutischen Ressourcen“ (Kavemann et al., 2022, S. 35). Wenn Betroffene allerdings doch am Diskurs beteiligt werden, ändert sich der Blickwinkel und der Diskurs gewinnt an Konkretheit (Kavemann et al., 2022, S. 37).

Menschen, die als Kind Gewalt erlebt haben und heute als Erwachsene darüber sprechen, sind in den letzten Jahren in Zusammenhang mit der Aufarbeitung sexueller Gewalt und anderen (inter-)nationalen Transitional Justice-Projekten zu wichtigen Wissensträger:innen und –produzent:innen geworden (Andresen, 2021). Sie treten als Zeug:innen auf. Diese Rolle ist jedoch keine neutrale und bewegt sich insbesondere im Zusammenhang mit

Forschung in einem mehrdimensionalen Spannungsfeld. Sibylle Schmidt (2011) hebt die ambivalente Position der Zeug:innen hervor: Demnach besitzen Zeug:innen immer „eine doppelte Autorität: eine epistemische und eine soziale. Zeugenschaft und Politik stehen in Zusammenhang, weil der Zeuge sich nicht nur durch ein Wissen qualifiziert, sondern ‚Zeuge-sein‘ selbst eine soziale Rolle realisiert, die von ethisch-politischen Bedingungen und Anerkennungsmechanismen geprägt ist“ (Schmidt, 2011, S. 12).

Glaubwürdigkeit als Person, als Zeug:in geht mit Anerkennung einher. „Die spezifische Ambivalenz der Figur des Zeugen ist dabei nicht aufzulösen, sondern sie ist konstitutiv. [...] Das Zeugnis steht im Spannungsfeld von ‚bloßer‘ Wissensvermittlung und persönlicher Verantwortung und Machtfragen“ (Schmidt, 2011, S. 15). Schmidt versteht das Zeugnis selbst somit als das Produkt eines kommunikativen Prozesses und als eine authentische Spur des Ereignisses. Ein Streben nach Objektivität und Glaubhaftigkeit der Zeug:innen bewegt sich in den ungleichen Ordnungsgefügen der Gesellschaft und Anerkennung fehlt häufig.

In Aufarbeitung und Transitional-Justice Prozessen geht es darum, vergangenes Unrecht sichtbar zu machen, als solches anzuerkennen und Wege der Gerechtigkeit für Gegenwart und Zukunft zu finden (siehe hierzu UKASK, 2020). Die Zeugnisse der Betroffenen sind wesentlich, um das Verletzende und Gewaltvolle der Ereignisse zu erkennen. Insbesondere, wenn ihre Perspektive in den hermeneutischen Ressourcen einer Gesellschaft bisher nicht repräsentiert war.

2 Zeugenschaft im Spannungsfeld von Aufarbeitung und Forschung

Angestoßen durch einen Artikel der Autorin Anja Röhl im Jahr 2009, der ihre eigenen Verschickungen und die dort erlebten gewaltvollen Verhältnisse thematisiert (Röhl, 2009), finden sich seitdem stetig Menschen zusammen, die von ähnlichen Erlebnissen berichten. Bis heute sind sie die treibenden Akteur:innen der Aufarbeitung (Röhl, 2022b): Sie teilen Erfahrungen, tragen ihr Wissen zusammen, rekonstruieren individuelle Kuraufenthalte, recherchieren in Archiven, sammeln und sortieren Wissen über Heime, Träger und Verantwortliche, schaffen Öffentlichkeit, organisieren sich als Vereine und Initiativen, suchen den Dialog mit Politik und Trägern und veranstalten jährliche Fachkongresse oder setzen sich künstlerisch mit ihren Leiderfahrungen auseinander.⁴

Die Aufarbeitung der Verschickungskinder unterliegt Besonderheiten: 1. Die Verschickungen fanden über einen langen Zeitraum mit großen gesellschaftlichen Veränderungen statt. 2. Die Verantwortungslage ist unübersichtlich: Zwischen dem wohlfahrtsstaatlichen Handeln der Politik, einer Vielzahl an Heimträgern, profitierenden Kommunen und gewalttätigen Einzelpersonen. 3. Verschiedene Gewaltformen und erzieherische Praktiken werden problematisiert, die nicht so spezifisch zu adressieren sind, wie etwa in der Aufarbeitung sexualisierter Gewalt. 4. Die Kuren stellen eine vergleichsweise kurze Periode im Leben der

⁴ Vergleiche hierzu z. B. die Homepage der Initiative Verschickungsheime: <https://verschickungsheime.de/> [31. Oktober 2023].

Betroffenen dar und anders als bei den (meisten) Heimkindern folgte wieder eine Rückkehr nach Hause. 5. Die Betroffenen sind nicht vorher schon eine zusammengehörende Gemeinschaft gewesen, wie etwa die Glaubensgemeinschaft einer Kirche, des gleichen Vereins etc., sodass sie sich erst gegenseitig finden und als gemeinsam betroffen erkennen mussten.

Die ersten wissenschaftlichen Forschungsprojekte zur Aufarbeitung seitens der Heimträger und Kommunen reagieren langsam. Seit kurzer Zeit beginnen einzelne Landesregierungen, sich ernsthaft dem Thema anzunehmen. Im März 2023 wurde beispielsweise in Nordrhein-Westfalen ein Runder Tisch eingerichtet (Bascheck, 2023). Am 05.01.2024 hat die Bundesregierung erstmals das Leid der Verschickungskinder anerkannt.⁵ Der Großteil der bisherigen Forschung und das Wissen zum Thema lässt sich darum auf die Initiativen der Betroffenen im Selbstverständnis einer „Bürgerforschung“ (AEKV e. V., 2020, S. 1) zurückführen. In diesem kollektiven Prozess der Wissensproduktion füllen sie die zuvor lückenhaften hermeneutischen Ressourcen zur Kinderverschickung. Sie arbeiten dabei einer doppelten Fragmentierung entgegen, denn nicht nur das wissenschaftliche Wissen, auch die eigene Erinnerung ist fragmentiert. Seit Sommer 2019 ist auf der Homepage der Initiative Verschickungsheime ein Tool online, welches es ermöglicht, Zeugnis über die eigene Verschickung abzulegen und der Öffentlichkeit anzuvertrauen.⁶ Seitdem liegen (Stand Februar 2024) über 2500 solcher Einträge vor. Die Zeugnisse sind nur *eine* Wissensquelle neben Akten, Fotos und Weiterem. In ihrer Summe ergänzen sie sich und erfüllen damit auch einen Selbstzweck. Darüber bekommt die Zeugenschaft ein kollektives Element. Die Betroffenen gestalten hier im Internet eigenständig den Raum und Rahmen der Zeugenschaft. Hier schreiben Menschen, anstatt zu sprechen. Ein hoher Grad an Intimität und Vulnerabilität der Zeugnisse steht im Spannungsverhältnis mit der gesichtslosen digitalen Öffentlichkeit. Das fast materielle, abgelegte Zeugnis in dem virtuellen Raum bleibt weiterhin verfügbar. Zeugenschaft braucht aber auch Anhörende. Bisher wurden die Zeugnisse weder quantitativ noch qualitativ systematisch ausgewertet, sondern nur vereinzelt herangezogen. Hier setzte diese Studie an. In Absprache mit dem Verein *Aufarbeitung und Erforschung von Kinder-Verschickung e. V.* (AEKV e. V.) wurden die öffentlichen Zeugnisse analysiert.

Aus einer Forschungslogik sind die Zeugnisse als spezifische Daten zu bewerten und zu reflektieren. Sie haben einen autobiografisch-narrativen Charakter und variieren in Stil, Länge und Form. Das inhaltlich Besondere dieser Daten sind einerseits die weit zurückliegenden Erlebnisse in der Kindheit, die zweitens oft mit Gewalt, Verletzung oder auch Traumatisierung in Verbindung stehen und drittens ein gesellschaftlicher Diskurs, der erst seit kurzem eine Sprache für lange Verschwiegenes anbietet. Das hat Einfluss auf die Erinnerung und somit auch auf die Texte. Zudem wurden die Daten nicht in einem kontrollierten Forschungsprozess erhoben, sondern sind in einem spezifischen Kontext entstanden. Diese Faktoren beeinflussen die Zeugnisse. Die Ambivalenz, in der sich die Zeug:innen bewegen, findet sich auch im Zeugnis wieder. Die Spannung zwischen Anerkennung und Objektivität, in der die Zeugnisse in Aufarbeitung und Forschung stehen, kann hier nicht aufgelöst und noch weniger in diesem Artikel hinreichend diskutiert werden, ist aber zu bedenken.

⁵ Siehe dazu die Kurzmeldung des Bundestages unter: <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-985026> [31. Januar 2024].

⁶ Abzurufen unter: <https://verschickungsheime.de/zeugnis-ablegen/> [10. Februar 2024].

Wie die empirischen Daten zeigen, wird besonders das Thema der Erinnerung zur Sprache gebracht.

3 Methodisches Vorgehen

Aus einem Mixed-Methods-Design werden in diesem Beitrag die Ergebnisse einer *Worthäufigkeitsanalyse* in Kombination mit der darauf aufbauenden rekontextualisierenden Feinanalyse vorgestellt:

Bei der Worthäufigkeitsanalyse wird die Gesamtheit der vorliegenden Daten zu einem Korpus gefasst. Mit Hilfe der Software MAXQDA 2022 wurde eine Liste generiert, die alle Wörter vom Kontext löst und nach Häufigkeit sortiert. Eine automatische Codierung der Fundstellen ausgewählter Wörter ermöglicht eine Rekontextualisierung und qualitative Segmentanalyse im nächsten Schritt. Die Methode bietet Vor- und Nachteile: Sie ist zunächst ein effektiver Zugang, um an einen diversen, großen und unsortierten Korpus heranzutreten, ermöglicht eine gewisse Objektivität und Anonymität und vermeidet Ausschlüsse. Die Identifikation quantitativ relevanter Begriffe bietet Suchrichtungen für weitere Forschung an. Auch wenn die Liste für sich bereits einen Eindruck über den Inhalt der Zeugnisse vermittelt, fehlt den Wörtern ohne Kontext die Bedeutung. Genauso ist quantitative Relevanz nicht gleich subjektive Relevanz. Die Rückkopplung an den Kontext reagiert darauf. Gleichzeitig führt sie, wie in quantitativen Zugängen generell dazu, dass der Einzelfall in den Hintergrund rückt. Andererseits entspricht die Methode der offenen Fragestellung, die in einem phänomenologischen Ansatz nach Mustern sucht, Zeugnisse als eine Summe von Fragmenten eines Gesamtbildes versteht und die Zeugenschaft der Verschickungskinder als einen kollektiven Sprechakt sieht. Zudem schafft sie eine gewisse Balance zwischen dem Spannungsfeld von Intimität und Öffentlichkeit, in dem die Zeugnisse stehen, da die Distanz zum Einzelfall auch eine Anonymität ermöglicht.

4 Ergebnisse der Analyse

4.1 Wortfrequenzanalyse (WFA)

Aus einem Korpus von 2186 Einträgen, die bei Erhebung (im November 2022) vorlagen, wurden 11.428 verschiedene Wörter gezählt.⁷ Die Analysemöglichkeiten ausgehend von dieser Liste sind zahlreich, sodass sie auf die 250 häufigsten Wörter begrenzt wurde. Fokussiert wurden hieraus die Substantive als inhaltlich aussagekräftigste Wortart.⁸ Wor-

⁷ Ohne Lemmatisierung (grammatikalische Zusammenfassung verwandter Worte), ohne Einbeziehung von Zahlen und ohne Groß- und Kleinschreibung.

⁸ Dabei ist zu beachten, dass einige Substantive nicht klar als solche erkennbar sind, da durch die Nichtbeachtung der Groß- und Kleinschreibung z. B. das Wort „essen“ sowohl Nomen als auch Verb sein kann. Solche Fälle wurden jedoch nicht aus, sondern eingeschlossen und anschließend überprüft, ob auch bei einer Anpassung der Groß- und Kleinschreibung, die Nomen signifikant oft vorkamen.

aus sich vier Cluster bilden ließen. Sie fassen 1. Personen, 2. Materialitäten, 3. innersubjektive Vorgänge und 4. externe Vorgänge zusammen. Die ersten drei Cluster werden folgend näher dargestellt.

Personen

Das häufigste Nomen des Korpus ist das Wort „*eltern*“⁹. Der besonderen Relevanz wird in der Feinanalyse nachgegangen. Aus den Personenbezeichnungen konnten weitere systematische Kategorien und Subkategorien gebildet werden, wie die folgende *Tabelle 1* zeigt.

Tabelle 1: Cluster 1 – Personen

Kategorie	Generationalität			
Gender	Subkategorie	erwachsen	kind	uneindeutig
	weiblich	mutter tante ! <u>tanten !</u> <i>frau</i>	<i>mädchen*</i>	schwester !
	männlich		<i>jungen</i>	bruder
	uneindeutig	eltern	<u>kinder</u> kind <u>kindern</u>	gruppe

Relationalität: familiär assoziiert = **fett**, fremd assoziiert = *kursiv*, Kontextsensibilität = !

Individuum vs. Kollektiv: Einzelperson = neutrale Schrift, mehrere Personen = unterstrichen, uneindeutig = *

⁹ Die Worte aus der Analyse werden hier entsprechend der Methode klein geschrieben.

Materialitäten

Hier fällt auf, dass überwiegend alltägliche Dinge in Zusammenhang mit elementaren Grundbedürfnissen auftauchen. Die folgende *Tabelle 2* verdeutlicht dies durch die Kategorien.

Tabelle 2: Cluster 2 – Materialitäten

Nr.	Wortgruppe	Bedeutungszusammenhänge und Lesarten
1.	essen teller	Nahrung, Mahlzeiten, Essen
2.	bett schlafsaal zimmer	Schlafen, Räumlichkeiten
3.	bad toilette wasser	Hygiene, Grundbedürfnisse
4.	hause heim haus kinderheim	Unterbringung, häusliches, Zuhause
5.	briefe zug weg	Distanz überbrückend, Transfer, Reise, Verschickung, Kommunikation

Innersubjektive Vorgänge

Tabelle 3: Cluster 3 – Innersubjektive Vorgänge

Wort	Kategorie	Häufigkeit	Rang
erinnerung	Erinnerung	848	126
erinnerungen		818	132
angst	Gefühle	810	134
heimweh		680	148

Das dritte Cluster ist mit nur vier Begriffen vergleichsweise klein, wovon zwei Begriffe zu einem lemmatisierbar sind. Daraus wurden zwei Kategorien gebildet und als *Erinnerungen* („erinnerung“, „erinnerungen“) und *Gefühle* („angst“, „heimweh“) benannt (siehe *Tabelle 3*). Ausgehend davon lassen sich eine Reihe von Auffälligkeiten identifizieren, die jedoch ohne Kontext zunächst nur bedingt interpretierbar sind.

Die besonders häufig genannten *Personen*, über welche in den Zeugnissen gesprochen wird, lassen sich überwiegend der Gruppe der weiblichen Erwachsenen zuordnen. Männli-

che Erwachsene fehlen in dieser Liste und verbergen sich lediglich hinter dem Wort Eltern. Zudem sind die Personenbezeichnungen hochgradig relational konnotiert und entstammen überwiegend einem familiär assoziierten Kontext (siehe *Tabelle 1*). Der historische Kontext macht allerdings deutlich, dass die Worte „tanten“ und „schwester“ (Röhl, 2021b) eher das Betreuungspersonal in den Einrichtungen beschreiben. Diese Personenkonstellation aus vielen erwachsenen weiblichen, wenigen erwachsenen männlichen Personen und vielen Kindern ist offenbar für das Phänomen der Verschickung bestimmend. Die erwachsenen männlichen Akteure sind weniger präsent in der erzählten Erinnerung.

Es rücken aber auch Materialitäten in den Fokus. Neben Wörtern, die auf den spezifischen Kontext einer Reise und Distanz verweisen, wie „kinderheim“ oder auch die Wörter „zug“ und „briefe“, fallen besonders die vielen alltäglichen und existenziellen Dinge und Orte auf. Was nach einer fröhlichen Reise klingen könnte, wird im Cluster der innersubjektiven Vorgänge mit zwei dominierenden und negativen Gefühlen in Verhältnis gesetzt: die Gefühle „angst“ und „heimweh“. Damit wird Heimweh als Gefühl aus der Perspektive des Kindes auch für eine erziehungswissenschaftliche Gewaltforschung und als Thema der Fremdunterbringung interessant.

Für das Cluster *Personen* wurde eine intensive qualitative Analyse der softwarecodierten Textsegmente, in welchen das Wort „eltern“ genannt wird, durchgeführt. In dem Cluster der Materialitäten wurden die Worte „essen“ und „wasser“ ausgewählt und mit MAXQDA auf häufigste Kontextwörter untersucht. Im Fall des Wassers konnte eine Fundstellencodierung zeigen, in welchen Kontexten das Wort auftaucht. Abschließend wird hier die Feinanalyse zur Thematisierung von Erinnerung präsentiert.

4.2 Ergebnisse der Feinanalyse

Wasser

Am Beispiel des Wassers lässt sich zeigen, was in der Worthäufigkeit auffällt: Das eigentlich Alltägliche wird im Kontext anders relevant. Die Analyse der häufigsten Wortkombinationen und Kontextwörter verweist besonders auf die Temperatur des Wassers. Über die Identifikation von sieben Kontext-Komplexen ist feststellbar, dass die Anlässe, um über Wasser zu sprechen, überwiegend negative sind, die das Erleben der Kinder in seiner Leiblichkeit abbilden. Fast immer sind die Situationen zwangsvoll. In den scheinbar alltäglichen Momenten, in denen Wasser zum Einsatz kommt, wie sie die Begriffe Trinken, Putzen, Toilettengänge, Körperhygiene oder auch Baden beschreiben, liegt das Potenzial zum Machtmissbrauch. Diese allgegenwärtige, lebensnotwendige Materie „Wasser“ wird zum Mittel von Strafe und körperlicher Grenzverletzung. Dabei wirkt selbst die Temperatur des Wassers (eiskalt oder heiß) einerseits auf das Erleben und ist andererseits für das Personal eine Möglichkeit, um eine Situation in ihrer Wirkung zu graduieren. Diese Ergebnisse zeigen, wie über alltägliche materielle Dinge Kontrolle und Zwang ausgeübt wurde und darüber auf demütigende Weise gezielt und perfide grenzüberschreitende Verletzung stattfinden konnte. Gleichzeitig verweisen sie auf typische care-Momente als Kippunkte zur Gewalt.

Essen

Anschließend an die Ergebnisse von Röhl (Röhl, 2022a) konnte das Wort „essen“ als in Zusammenhang stehend mit dem Wort „musste“ herausgestellt werden. Der darin erkennbare Zwangscharakter verdeutlicht, dass „essen“ während der Kur nicht positiv, nicht genussvoll, sondern als etwas, das nicht gemocht wurde, beschrieben wird. Ein kurzer Blick in die Fundstellen bestätigte Fälle, in denen von erbrochenem Essen und dem Zwang auch dieses wieder essen zu müssen, berichtet wurde.

Eltern

Eine intensive Analyse der Fundstellen rückt den Verlauf der Verschickung in den Fokus: Die Fundstellen lassen sich in folgende Etappen sortieren: 1. Vor der Verschickung, 2. die Entscheidung zur Verschickung, 3. die (Ab-)Reise zum Kurort, 4. der Aufenthalt im Kurheim, 5. das Ende der Verschickung/das Ankommen zuhause, 6. das Leben nach der Verschickung als Kind, 7. ggf. erneute Verschickung und 8. das Leben heute als Erwachsene.

Über den Verlauf zeichnet sich ein besonderes Element der Verschickung ab. Nicht nur die Zeit im Heim selbst war für das Erleben der Verschickung relevant. Vielmehr zeigt sich, dass die Verschickung zu Hause begann und zu Hause endete, teilweise mehrmals stattfand und von der ganzen erwachsenen Gesellschaft gestaltet wurde. Ebenso verweist die Verlaufsbetrachtung auf Übergangsmomente „vor“ der Verschickung bzw. beim Eintreffen „nach“ der Verschickung. Die Verschickung zeigt sich damit als hochgradig relational. Obwohl die Eltern während der Kur selbst nicht physisch anwesend waren, bildet die *Etappe 4* die größte Kategorie. Hier tauchen die Eltern besonders im Zusammenhang mit der Regulierung der Kontaktmöglichkeiten zu den Eltern oder in Gedanken an die Eltern auf. Gerade die Präsenz der Eltern in den Gedanken der Kinder ist angesichts der physischen Abwesenheit interessant. Oft wird die Trennung von den Eltern schmerzhaft oder belastend thematisiert. Die meisten Gedanken an die Eltern, die in den Segmenten geschildert werden, tauchen in Form von Sehnsucht auf oder in Form von Grübeleien über den Aufenthaltsort der Eltern, warum sie nicht helfen oder wie sie welche Situation wohl bewerten würden. Das wird dadurch verschärft, dass nahezu jeder Kontakt mit den Eltern durch die „Tanten“ reguliert wurde, was besonders die auch quantitativ relevanten Briefe zeigen. Für die Kinder wären sie eine Möglichkeit gewesen Hilferufe zu senden sowie von Sehnsucht und Heimweh zu berichten. Allerdings erreichen solche Nachrichten die Eltern kaum, da die Briefe von den „Tanten“ auf negative Schilderungen kontrolliert und beschönigend zensiert wurden. Einige beschreiben den inneren Konflikt, neben der Hilflosigkeit auch das Gefühl zu haben, die Eltern zu belügen. Als Erziehungsberechtigte, welche i. d. R. weiterhin diese Rolle innehatten, trugen die Eltern indirekt die Verantwortung für die Kur, hatten sie ihr doch zugestimmt, mit den Kindern die Koffer gepackt. Diese Verantwortung tauchte auch in der Interaktion zwischen dem Personal und den Kindern auf, etwa als eine Drohstrategie. Trotz aller Muster muss die hohe Diversität betont werden. In den Fundstellen zum Wort Eltern wird sichtbar: Nicht alle Beziehungen zu den Eltern werden als positiv, stärkend und schützend geschildert. In der Regel endete die Verschickung mit der Ankunft am heimischen Bahnhof, wo die Eltern die Kinder in Empfang nahmen. Hier unterscheiden sich die Berichte dahingehend, ob

den Eltern von den schlimmen Erlebnissen berichtet wurde oder nicht, ob die Eltern glaubten oder nicht und wie sie den Zustand des Kindes nach der Kur wahrnahmen und welche Schlüsse sie daraus zogen. Auch für den Zeitraum nach der Kur wird das Verhältnis zu den Eltern sowohl als positiv als auch als nachhaltig gestört beschrieben. Vereinzelt finden sich die Kinder zu Hause in Lebensumständen wieder, die sich in ihrer Abwesenheit verändert haben. Es lässt sich zusammenfassen, dass die Kinder vielfach mit den Eltern gesprochen oder auf andere Weise ihr Leiden ausgedrückt haben. Oft wurde den Berichten der Kinder aber nicht geglaubt oder sie wurden bagatellisiert. Trotzdem gibt es auch Berichte, in denen die Eltern glaubten und sich den Kindern gegenüber selbst schockiert zeigten.

Erinnerung

Während vorherige Begriffe überwiegend mit dem Erleben des Kindes und dessen Perspektive in Verbindung stehen, verweist Erinnerung auf den gegenwärtigen Moment der Zeugnenschaft. Dieser wird in den Zeugnissen durch ein Ringen mit Erinnerung qualifiziert. Es werden Zweifel an den eigenen Erinnerungen, sich alles nur „eingebildet“ zu haben, angesprochen. Manches fehlt heute oder ist als bleibende Leerstelle präsent und eine Erinnerung steht mit ungeklärten Fragen in Verbindung. Viele Kinder haben nicht selbst Gewalt erfahren, sondern Gewalt an anderen Kindern miterlebt. Sie fragen sich heute, was aus diesem Mädchen oder jenem Jungen geworden ist. In der Analyse wird sichtbar, wie diese fragmentierten Erinnerungen erinnert und zu rekonstruieren versucht werden. Dabei wird eine Suche nach Objektivität erkennbar. Eine Person erklärt beispielsweise, vor dem Verfassen des Beitrags bewusst keine anderen Berichte gelesen zu haben, um die eigenen Erinnerungen nicht zu „vermischen“ und so authentisch wie möglich zu schildern. Zudem kann das Lesen der anderen Beiträge emotional sehr aufwühlen, Erinnerungen und Gefühle aktivieren, aber auch das Potenzial bergen, eigenen Erinnerungen Sinn und Zusammenhang zu verleihen. Genauso werden Erlebnisse aber auch ganz konkret und teilweise schmerzlich präsent erinnert, oft verbunden mit dem Erstaunen über den Detailreichtum nach all den Jahren. Auffällig gehäuft tauchen auch sehr leibliche Erinnerungen auf, die besonders in Zusammenhang mit Gerüchen ins Bewusstsein kommen, oft in Bezug auf Essen und Ekel. Hierbei zeigt sich, wie die Erinnerungen gemeinsam mit Gefühlen wie Beklemmung, Scham, Trauer oder Wut auftauchen.

Fazit

Die Studie hat über einen zunächst quantitativ sprachanalytischen Zugang und anschließende qualitative Feinalysen Erkenntnisse über die Verschickung liefern können, die relationale, materielle, strukturelle und emotionale Ebenen dieses Gewaltverhältnisses offenlegen. Das theoretische Konzept der generationalen Ordnung rahmt den Blick auf Aufarbeitung, die Rolle von Zeug:innen und nicht zuletzt auf das Erkenntnisinteresse und die Analyse.

Die hohe quantitative Relevanz der Eltern wurde über die Kontextualisierung erklärbar. Eltern lassen sich als die signifikanten Dritten im Gewaltgeschehen (Imbusch, 2017; Andresen et al., 2021; Andresen et al., 2022) profilieren; als die erste Instanz, an die sich

Kinder wenden, um das Unrecht, welches ihnen widerfahren ist, zu beklagen; als diejenigen, denen am meisten Vertrauen entgegengebracht werden muss und von denen am ehesten Schutz erwartet wird. Wie schwer ihre Abwesenheit während der Kur wog, wie sehr sie aber auch davor und danach oft nicht den genannten Rollen und Erwartungen gerecht werden konnten, zeigt die Analyse. Gleichzeitig sind auch Schilderungen gefunden worden, in welchen die Eltern diesem Anspruch sehr wohl nachkamen. Die relationale Positioniertheit von Kindern, wie sie bei Alanen (1992, 2003) aufgemacht wird, zeichnet sich in diesen Befunden deutlich ab. Zudem rückt der Verlaufscharakter der Kuren, die Gesamtgesellschaft und alle an der Verschickung direkt und indirekt Beteiligten (Erwachsenen) in den Blick. Damit erweitert sich der Fokus, den die bisherige Forschung überwiegend einnimmt, von den Heimen auf das vermisste Zuhause, von dem Fremden auf das fehlende Vertraute. Die Distanz dazwischen und ihre Überbrückung bzw. oft eher Unüberwindbarkeit verdichtet sich in dem dominierenden Gefühl von Heimweh. Es konnte quantitativ begründet und exemplarisch am Beispiel des Wortes Wasser verdeutlicht werden, dass die Gewalt sich an alltäglichen materiellen Dingen manifestierte. Besonders care-Momente zeigen sich als Kipppunkte zur Gewalt. Die Ergebnisse passen zu bisherigen Analysen und liefern Anknüpfungspunkte für andere Pflege- und Sorgemomente in Heim-ähnlichen Strukturen. Es wurde deutlich, dass über diese Grundbedürfnisse und materiellen Dinge auf allen Ebenen Zwang ausgeübt wurde. Zudem waren die Verschickungskinder generationell bedingt, aber auch spezifisch durch das Personal der Einrichtungen massiver epistemischer Ungerechtigkeit ausgesetzt. Das zweite dominierende Gefühl, die Angst, fügt sich ins Bild. Die generationale Position der Kinder ist wesentlicher Faktor dafür gewesen, dass die Verschickung so stattfinden konnte, wie sie stattgefunden hat. Sie charakterisiert sich durch ihren objektifizierenden Charakter: Kinder wie Dinge hin und her zu schicken und sie dadurch in ihrer Agency in einem Maße einzuschränken, das es die ohnehin bestehende generationell benachteiligte Position deutlich übersteigt und verschärft, macht sie spezifisch. Bereits, ohne dass klassische psychische und physische Gewaltformen dafür stattgefunden haben mussten, kommt der Verschickung damit aus der Perspektive des Kindes per se ein verletzendes Potenzial zu.

Die Zeugenschaft der Verschickungskinder ist ein wesentlicher Schlüssel, um dem fragmentierten Wissen über die Verschickung entgegenzuwirken. Sie bewegt sich zwischen den Spannungsfeldern von Intimität und Öffentlichkeit sowie Erinnern und Vergessen. Die Verschickungskinder bringen durch das Teilen ihrer intimen Erinnerungen in der Öffentlichkeit der Gesellschaft einen enormen Vertrauensvorschuss entgegen und erfahren zunehmend Anhörung, ein Prozess, der für ein umfängliches Bild noch fortgesetzt werden sollte.

Literatur

- Alanen, Leena (1992). *Modern childhood? Exploring the 'child question' in sociology*. Jyväskylä: Kasvatustieteiden tutkimuslaitos (Institute for Educational Research. Publication series A. Research reports, 50).
- Alanen, Leena (2003). Childhood as a generational condition: children's daily lives in a central Finland town. In Leena Alanen und Berry Mayall (Ed.), *Conceptualising Child-Adult Relations* (1st edition) (p. 129–147). London: Taylor and Francis.

- Andresen, Sabine, König, Julia & Künstler, Sophie (2016). Anhörungen von Zeitzeug_innen und ihre Bedeutung für die Aufarbeitung sexueller Gewalt. Erziehungs- und kindheitstheoretische Perspektiven. *Zeitschrift für Pädagogik*, 62 (5), 624–637. DOI:10.25656/01:16834
- Andresen, Sabine (2018). *Gewalt in der Erziehung als Unrecht thematisieren. Perspektiven aus der Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs*. Weinheim/Basel: Beltz Juventa. DOI: 10.25656/01:22178
- Andresen, Sabine (2019). Was Aufarbeitung von Unrecht bedeutet. Ein Beitrag zur Klärung. In Sabine Andresen, Dieter Nittel und Christiane Thompson (Hrsg.), *Erziehung nach Auschwitz bis heute. Aufklärungsanspruch und Gesellschaftsanalyse* (S. 23–45). Frankfurt am Main: Fachbereich Erziehungswissenschaften der Goethe Universität Frankfurt am Main.
- Andresen, Sabine (2021). Sexual Violence Against Children and Transitional Justice: Bearing Witness and Preserving Testimony About Injustice in Childhood. *Int. Journal on Child Malt*, 4 (2), 193–207. DOI: 10.1007/s42448-021-00075-9
- Andresen, Sabine, Pohling, Andrea & Schaumann, Nina (2021). Pädagogik als Gefahrenzone. In Birgit Aschmann (Hrsg.), *Katholische Dunkelräume. Die Kirche und der sexuelle Missbrauch* (1. Auflage) (S. 96–115). Paderborn: Brill Schöningh.
- Andresen, Sabine, Gudat, Rebecca & Schaumann, Nina (2022). Von der Bedeutung der Dritten im Disclosure-Prozess. *Trauma & Gewalt*, 16 (1), 28–38. DOI: 10.21706/tg-16-1-28
- Aufarbeitung und Erforschung von Kinder-Verschickung e. V. (AEKV e. V.) (2020). Satzung des Vereins Aufarbeitung und Erforschung von Kinder-Verschickungen e. V. Verfügbar unter: <https://verschickungsheime.de/wp-content/uploads/2021/03/Satzung-AEKV.e.V.pdf> [31. Oktober 2023].
- Bascheck, Nadja (2023). *Verschickungskinder: Runder Tisch soll Misshandlungen aufklären*. Hrsg. v. WDR. Verfügbar unter: <https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/runder-tisch-kinderverschickungen100.html> [31. Oktober 2023].
- Bühler-Niederberger, Doris; Alberth, Lars (2019). Introduction: Children and Violence – A blind Spot of Sociology. In Doris Bühler-Niederberger und Lars Alberth (Ed.), *Victim, perpetrator, or what else? Generational and gender perspectives on children, youth, and violence* (Bd. 25, first edition) (p. 1–13). Bingley, UK: Emerald Publishing Limited.
- Fricker, Miranda (2007). *Epistemic injustice. Power and the ethics of knowing*. Oxford: Clarendon.
- Imbusch, Peter (2017). Die Rolle von „Dritten“. In Philipp Batelka, Michael Weise und Stephanie Zehnle (Hrsg.), *Zwischen Tätern und Opfern. Gewaltbeziehungen und Gewaltgemeinschaften* (S. 47–74). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht (V & R academic).
- Kappeler, Manfred (2022). „Das Elend der Verschickungskinder“ (Anja Röhl) – eine erweiterte Rezension. *Forum Erziehungshilfen*. DOI: 10.30820/9783837977646
- Kavemann, Barbara, Nagel, Bianca, Etzel, Adrian & Helferich, Cornelia (2022). *Wege zu mehr Gerechtigkeit nach sexueller Gewalt in Kindheit und Jugend. Abschlussbericht des Forschungsprojekts*. Hrsg. v. Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs (UKSAK). Verfügbar unter: <https://www.aufarbeitungskommission.de/mediathek/wege-zu-mehr-gerechtigkeit-nach-sexueller-gewalt-in-kindheit-und-jugend/> [31. Oktober 2023].

- Lorenz, Hilke (2021). *Die Akte Verschickungskinder. Wie Kurheime für Generationen zum Albtraum wurden* (1. Auflage). Weinheim: Beltz.
- Neumann, Ulrich; Reichert, Philipp (2019). *Wie Kinder in Kurheimen systematisch misshandelt und gedemütigt wurden*. Report Mainz, ARD, 03.12.2019. Verfügbar unter: <https://www.ardmediathek.de/video/report-mainz/wie-kinder-in-kurheimen-systematisch-misshandelt-und-gedemuetigt-wurden/das-erste/Y3JpZDovL3N3ci5kZS9hZXgvbzExNzkzODA> [31. Oktober 2023].
- Report Mainz (2019). *Report Mainz fragt Anja Röhl*. SWR, 10.09.2019. Verfügbar unter: <https://www.ardmediathek.de/video/report-mainz/report-mainz-fragt-anja-roehl/das-erste/Y3JpZDovL3N3ci5kZS9hZXgvbzExNTE2MDA> [31. Oktober 2023].
- Röhl, Anja (2009). *Und dann bin ich verloren! Hände hoch: Wie es war, auf die Nordseeinsel Föhr verschickt zu werden*. junge welt, 09.09.2009, S. 13.
- Röhl, Anja (Hrsg.) (2021). *Heimweh - Verschickungskinder erzählen. Verschickungskinder erzählen* (Originalausgabe). Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Röhl, Anja (2022a). *Das Elend der Verschickungskinder. Kindererholungsheime als Orte der Gewalt* (2. korrigierte Auflage). Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Röhl, Anja (2022b). Das vergessene Leid der Verschickungskinder. In Sabine Andresen, Daniel Deckers & Kirsti Kriegel (Hrsg.), *Das Schweigen beenden. Beiträge zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs* (S. 40–45). Berlin: Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung.
- Runder Tisch Heimerziehung (RTH) (2010). *Abschlussbericht des Runden Tisches „Heimerziehung in den 50er und 60er Jahren“*. Berlin: Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ.
- Schmidt, Sibylle (2011). Wissensquelle oder ethisch-politische Figur? Zur Synthese zweier Forschungsdiskurse über Zeugenschaft. In Sibylle Schmidt, Sybille Krämer & Ramon Voges (Hrsg.), *Politik der Zeugenschaft. Zur Kritik einer Wissensspraxis* (S. 47–66). Bielefeld: Transcript.
- Schmuhl, Hans-Walter (2023): *Kur oder Verschickung? Die Kinderkuren der DAK zwischen Anspruch und Wirklichkeit*. Hamburg: Dölling und Galitz.
- Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs (UKSAK) (2020). *Rechte und Pflichten: Aufarbeitungsprozesse in Institutionen. Empfehlungen zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs*. Berlin: UKSAK. Verfügbar unter: <https://www.aufarbeitungskommission.de/mediathek/rechte-und-pflichten-aufarbeitungsprozesse-in-institutionen/> [31. Oktober 2023].
- Wagner, Sylvia & Wiebel, Burkhard (2020). „Verschickungskinder“ – Einsatz sedierender Arzneimittel und Arzneimittelprüfungen. Ein Forschungsansatz. *Sozial.Geschichte Online*, (28), 11–42.
- Wendelin, Holger (2010). *Runder Tisch – Heimerziehung in den 50er und 60er Jahren. Zwischenbericht*. Berlin: AGJ.
- Wensierski, Peter (2007). *Schläge im Namen des Herrn. Die verdrängte Geschichte der Heimkinder in der Bundesrepublik* (3. Auflage, Taschenbuchausgabe). München: Goldmann.

Autor:in

Johanna Christ, Goethe-Universität Frankfurt am Main, Fachbereich Erziehungswissenschaften, Institut für Pädagogik der Elementar- & Primarstufe.

Forschungsschwerpunkte: (Aufarbeitung von) Gewalt in generationalen Ordnungen, sexualisierte Gewalt an Kindern und Jugendlichen, Kindheitsforschung.

Anschrift: Goethe-Universität, Fachbereich Erziehungswissenschaften, Institut für Pädagogik der Elementar- & Primarstufe, Theodor-W.-Adorno-Platz 6, 60323 Frankfurt am Main

E-Mail: johanna.christ@em.uni-frankfurt.de

Pflegekinderhilfe in der DDR – zur Erweiterung des Blicks der Aufarbeitungsforschung zur Kinder- und Jugendhilfe

Carolín Ehlke

Zusammenfassung

Die Pflegekinderhilfe in der DDR war neben der Heimerziehung eine Form der Unterbringung junger Menschen außerhalb ihres Elternhauses. Während mittlerweile einige sozialwissenschaftliche Studien die Strukturen und oft grenzverletzenden sowie gewaltvollen Lebensbedingungen im Rahmen der Heimerziehung in der DDR untersucht haben, ist bisher wenig über die Unterbringung in Pflegefamilien bekannt. Um auch die Pflegekinderhilfe umfassend aufzuarbeiten, bedarf es zunächst der Rekonstruktion von organisationalen Strukturen und Verfahrenspraxen, die mitunter von den rechtlichen Vorgaben und ideologischen Ansprüchen des DDR-Staates abweichen konnten. Der Zugang über Strukturen und Verfahren ermöglicht es, ‚Einfallstore‘ für Grenzverletzungen zu erörtern. Der vorliegende Beitrag ist ein erster Versuch, die bisherigen Erkenntnisse zur Pflegekinderhilfe zusammenzufassen und damit – als einen ersten Schritt einer Aufarbeitung – Hinweise auf den organisationalen Alltag dieser Hilfeform zu geben.

Schlagwörter: Kinder- und Jugendhilfe, Pflegekinderhilfe, DDR, Strukturen, Aufarbeitung

Foster care in the German Democratic Republic – Broadening the view of reappraisal research on child and youth care

Abstract

Besides residential care, foster care in the GDR was a form of placement for young people outside their parental home. While a number of social science studies have investigated the structures and often violent living conditions of residential care in the GDR, little is known about placements in foster families. In order to also comprehensively examine foster care, it is first necessary to reconstruct organizational structures and procedural practices, which sometimes deviated from the legal requirements and ideological demands of the GDR state. Access via structures and procedures enables to discuss ‘gateways’ for violence and abuse. This article is a first step to summarize the previous findings on foster care and thus - as a first step of a reappraisal - to give hints on the organizational everyday life of this form of placement.

Keywords: Child and youth care, foster care, GDR, structures, historical reappraisal

1 Einleitung – Aufarbeitung der Jugendhilfe in der DDR

Wenn in sozialwissenschaftlicher Fachliteratur historische Entwicklungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland nachgezeichnet werden, so finden sich darin selten – oder nur in verkürzter Form – Beschreibungen zur Jugendhilfe in der DDR¹. Berenike Feldhoff (2019, S. 50) konstatiert, dass deutschlandweit lange Zeit insgesamt „ein eher geringes Interesse an den Zusammenhängen der Jugendhilfe in der DDR“ bestand und teilweise immer noch besteht. Dies lässt sich auch für die systematische Rekonstruktion der Strukturen der Jugendhilfe und die wissenschaftliche Aufarbeitung der Verantwortlichkeiten unterschiedlicher Institutionen und Akteur:innen in der Jugendhilfe der DDR nachzeichnen (Düring et al., 2021, S. 370). Vielmehr lässt sich seit den 1990er-Jahren Literatur zur Transformation der Jugendhilfe in den ostdeutschen Bundesländern finden (z. B. Bütow et al., 2006).

Im Zuge der seit 2010 öffentlich gewordenen (systematischen) Fälle von sexualisierter Gewalt in konfessionellen und öffentlichen Einrichtungen der Erziehung und Bildung (z. B. Odenwaldschule, Kloster Ettal, Erziehungsheim Freistatt) und der Gründung des „Runden Tisches Heimerziehung in den 50er und 60er Jahren“ rückten auch die Missstände in den Heimeinrichtungen in der DDR stärker in den Fokus.

Die späte, intensivere Befassung mit der Jugendhilfe in der DDR kann zweierlei begründet werden. So wurde in der DDR einerseits kein öffentlicher Diskurs zu den Rahmenbedingungen des Aufwachsens junger Menschen in der Jugendhilfe geführt. Dies kann ursächlich auch darin gesehen werden, dass es keine „bürgerliche“ (Sozial-)Wissenschaft in der DDR gab (Laudien, 2016, S. 9), die die sozialistisch-ideologischen Ansprüche an die (öffentliche) Erziehung hätte kritisch reflektieren können.² Andererseits haben viele Betroffene – aus Scham, aber auch aufgrund fehlenden öffentlichen Interesses und fehlender Anerkennung – lange über das erfahrene Leid und das Unrecht in der Jugendhilfe der DDR geschwiegen (de Andrade et al., 2021, S. 2). So blieben die Lebensrealitäten der Menschen, die in öffentlicher Erziehung in der DDR aufgewachsen sind, lange Zeit verdeckt.

Neben dem allgemeinen Forschungsdesiderat wird zudem deutlich, dass es zwei Schwerpunkte innerhalb empirischer Studien zur Jugendhilfe in der DDR gibt. Einerseits finden sich vor allem Studien zur (Aufarbeitung der) Heimerziehung (AGJ, 2012), insbesondere zu den sog. Spezialheimen und Jugendwerkhöfen (hier im Fokus der *Geschlossene Jugendwerkhof Torgau* [GJWH]). Andererseits werden die sog. Zwangsadoptionen, die schon länger ein (medial) präsent Thema sind, zunehmend in sozialwissenschaftlichen Untersuchungen erforscht (Warnecke, 2009; Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, 2018).³

¹ Während heutzutage von der Kinder- und Jugendhilfe gesprochen wird, war die Bezeichnung vor 1990 lediglich „Jugendhilfe“.

² Beispielsweise konnte in der DDR nur an der Humboldt-Universität zu Berlin Sozialpädagogik studiert werden (BMFSFJ, 1994, S. 309). Der Lehrstuhlinhaber war von 1977 bis 1991 Eberhard Mannschatz, der wiederum zuvor jahrzehntelang der Leiter der Abteilung Jugendhilfe im *Ministerium für Volksbildung* (MfV) war. In dieser ministerialen Funktion war er für die Spezialheime und die Jugendwerkhöfe, so auch den *Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau* (GJWH), verantwortlich.

³ Aktuell gibt es ein vom *Bundesministerium des Innern und für Heimat* (BMI) gefördertes Projekt zu Zwangsadoptionen in der DDR. Weitere Informationen zum Projekt finden sich unter: <https://dih-berlin.de/zwangsadoption-in-der-ddr/> [26. Februar 2024].

An die somit dargestellte Forschungslücke knüpft der vorliegende Beitrag an und richtet den Blick auf die Pflegekinderhilfe⁴ in der DDR – neben der Heimerziehung eine weitere Form der stationären Unterbringung von jungen Menschen außerhalb ihres Elternhauses. Die Literaturanalyse der Autorin hat dahingehend ergeben, dass es bislang keine expliziten sozialwissenschaftlichen Forschungen und (nach 1990) kaum wissenschaftliche Veröffentlichungen zu dieser Hilfeform gibt (z. B. Damerius, 1996; Dickfeldt, 2014).

Die Pflegekinderhilfe scheint des Weiteren generell nicht in das Bild institutionalisierter Erziehung zu passen, das in der Aufarbeitungsforschung zur Jugendhilfe in der DDR vorherrscht. Hier kann eine Parallele zur Diskussion in institutionellen pädagogischen Kontexten insgesamt gezogen werden. In dieser Diskussion wurde die Pflegekinderhilfe über viele Jahre nicht betrachtet, da Pflegefamilien keine Organisationen seien und wiederum auch nicht im Fokus der Forschung zu Gewalt in Familien wahrgenommen wurden, da es eine familiäre Hilfeform in öffentlicher Verantwortung ist. Erste Hinweise deuten jedoch darauf hin, dass junge Menschen auch in Pflegefamilien in der DDR Gewalterfahrungen gemacht haben (Dickfeldt, 2014; de Andrade et al., 2021).

Die Rekonstruktion der organisationalen Strukturen und Verfahrenspraxen der Pflegekinderhilfe in der DDR wird als Grundlage gesehen, um Aufarbeitungsforschung auch für dieses Feld zu sensibilisieren. So wird in diesem Artikel, wie auch Dreßing (2022, S. 12) formuliert, angenommen, dass die Rekonstruktion der Strukturen und Verfahren, die Grenzverletzungen ermöglicht haben können, „eine notwendige Voraussetzung eines Aufarbeitungsprozesses“ sind. Es braucht daher eine Wahrnehmung von Strukturen und Verfahren, die ‚Ermöglichkeiten‘ für Übergriffe und (sexualisierte) Gewalt darstellen konnten. Somit liegt der Fokus in dem folgenden Beitrag auf der Rekonstruktion ebendieser organisationalen Strukturen und Verfahren der Pflegekinderhilfe, denn zum jetzigen Zeitpunkt ist noch unklar, ob und in welchem Umfang auch in Pflegeverhältnissen Grenzverletzungen und Gewalt stattgefunden haben.

Ziel des vorliegenden Beitrags ist folglich die Darstellung der bisherigen Erkenntnisse zur Pflegekinderhilfe in der DDR, die auch erste Hinweise auf Verfahren und Alltagspraxen geben, die mitunter von theoretisch-ideologischen und gesetzlichen Vorgaben abweichen können. Grundlage für die Rekonstruktion ist eine Literaturanalyse von den Fachzeitschriften „Zeitschrift Jugendhilfe“ (seit 1963) und ihren Vorgängern, der „Zeitschrift für Jugendhilfe und Heimerziehung“ (1955–1958) und der Zeitschrift „Sozialistische Erziehung“ (1959–1964)⁵ sowie Zeitzeug:inneninterviews, die von der Forschungsgruppe „Jugendhilfe

⁴ Den Begriff der Pflegekinderhilfe bzw. Vollzeitpflege, wie er gegenwärtig verwendet wird, gab es in der DDR so explizit nicht. Zwar wurde in Publikationen der Zeitschrift Jugendhilfe (und ihren Vorgängern) von „Pflegeeltern“ und „Pflegekindern“ gesprochen, jedoch finden sich in Gesetzestexten eher die Begriffe „Familienpflege“ oder „Unterbringung in fremden Familien“. Trotzdem wird der Begriff der Pflegekinderhilfe in diesem Beitrag verwendet.

⁵ Diese Zeitschriften stellten eine Pflichtlektüre für alle in der Jugendhilfe der DDR tätigen Professionellen und Ehrenamtlichen dar (Potrykus, 1989, S. 100). Die Beiträge in den Zeitschriften müssen aus einer heutigen Perspektive kritisch gelesen werden, da diese (i. d. R. Erfahrungsberichte) von Mitarbeitenden der Jugendhilfe der DDR geschrieben wurden und somit ein ideologischer Einfluss auf die Inhalte der Beiträge vermutet und teilweise auch explizit herausgelesen werden kann.

in der DDR“⁶ der Universität Hildesheim geführt wurden.⁷ Der Beitrag versteht sich somit als eine Annäherung an das noch wenig erforschte Thema der Pflegekinderhilfe in der DDR und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Dieser Artikel beginnt mit einer allgemeinen Einführung in die Jugendhilfe in der DDR (*Kapitel 2*). Darin werden die grundlegenden Strukturen und rechtlichen Bezugsrahmen umrissen, in die auch die Pflegekinderhilfe eingebettet war. *Kapitel 3* befasst sich mit einer Verhältnisbestimmung des Pflegekinderwesens in der Jugendhilfe der DDR sowie seinen organisationalen Abläufen. Der Beitrag endet mit einer Reflexion der Strukturen und der Verfahren der Pflegekinderhilfe in der DDR aus der Perspektive der bisherigen Aufarbeitungsforschung (*Kapitel 4*). Daran anknüpfend werden zukünftige Forschungsperspektiven – auch mit Blick auf die Aufarbeitung von möglicherweise stattgefundenem (sexualisierter) Gewalt und anderen Grenzverletzungen in Pflegeverhältnissen – aufgezeigt.

2 Die grundlegenden Strukturen und Aufgaben der Jugendhilfe in der DDR

Die Jugendhilfe in der DDR (und zuvor in der SBZ) durchlief nach dem Zweiten Weltkrieg unterschiedliche Entwicklungsphasen (ausführlicher siehe *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* [BMFSFJ], 1994, S. 303–310). Bis 1965/1966, als die zentralen rechtlichen Grundlagen der Jugendhilfe in Kraft traten (*Familiengesetzbuch* [FGB] und *Jugendhilfeverordnung* [JHVO]), konstituierte sich die Jugendhilfe sukzessive zu der Form, wie sie bis zur Wendezeit existierte. Der Zeitraum ab 1965/1966 wird aufgrund der weitestgehend gleichbleibenden Strukturen auch in diesem Beitrag zentral sein und nur an wenigen Stellen wird Bezug zu den Jahren davor genommen. Grundsätzlich hatte die Jugendhilfe in der DDR gem. § 1 JHVO folgende Aufgaben:

Jugendhilfe umfaßt die rechtzeitige korrigierende Einflußnahme bei Anzeichen der sozialen Fehlentwicklung und die Verhütung und Beseitigung der Vernachlässigung und Aufsichtslosigkeit von Kindern und Jugendlichen, die vorbeugende Bekämpfung der Jugendkriminalität, die Umerziehung von schwererziehbaren und straffälligen Minderjährigen sowie die Sorge für elternlose und familiengelöste Kinder und Jugendliche.

⁶ Mehr Informationen zur Forschungsgruppe „Jugendhilfe in der DDR“ finden sich unter: <https://www.uni-hildesheim.de/fb1/institute/institut-fuer-sozial-und-organisationspaedagogik/forschung/forschungcluster-des-instituts/forschungsgruppe-jugendhilfe-in-der-ddr/> [26. Februar 2024].

⁷ Bei diesen Gesprächen mit ehemaligen Mitarbeitenden der Jugendhilfe, ehemaligen Pflegeeltern und Personen, die in Pflegeverhältnissen in der *Sowjetischen Besatzungszone* (SBZ) bzw. DDR aufgewachsen sind, handelt es sich um semi-strukturierte Leitfadeninterviews, die zur Annäherung an die Thematik explorativ durchgeführt wurden. Die bisherigen vier Gespräche fanden (telefonisch, digital oder im persönlichen Gespräch) zwischen Oktober 2021 und August 2023 statt.

Aus dem Paragraphen geht der Grundsatz der Jugendhilfe in der DDR hervor: Es gab eine von der *Sozialistischen Einheitspartei* (SED) vorgegebene ‚richtige‘ (= sozialistische) Entwicklung junger Menschen, die es durch den Staat zu kontrollieren und zu lenken galt. In der Regel wurde diese Entwicklung durch das familiäre Umfeld, die Bildungsinstitutionen (Kindergarten, Schule, Ausbildungsbetriebe), die Arbeitsstätten und die Jugendorganisationen (Ernst-Thälmann-Pioniere und *Freie Deutsche Jugend* [FDJ]) reguliert und kontrolliert (Zimmermann, 2004, S. 37). Ist es jedoch zu Abweichungen von den sozialistisch-ideologischen Vorstellungen gekommen, bot die Jugendhilfe Möglichkeiten der staatlichen Intervention. An dieser Stelle ist es wichtig zu erwähnen, dass die Jugendhilfe in der DDR seit den 1950er-Jahren ausschließlich einen intervenierenden und sanktionierenden Charakter hatte (Jahn, 2010, S. 15). Angebote der Jugendpflege (z. B. Jugendarbeit), die in der BRD Teil der Jugendhilfe waren, waren in der DDR den Jugendorganisationen vorbehalten.

Anknüpfend an die gesetzlichen Vorgaben (§ 13 JHVO) sollten zunächst unterstützende, ambulante Maßnahmen die Erziehungsverhältnisse in den Familien verbessern (Eisenblätter, 1972, S. 136; siehe auch Riege, 2020). Wenn diese unterstützenden Hilfen nicht ausreichten, wurden „zeitweilig oder dauerhaft die Familienerziehung ersetzende Maßnahmen angewandt“ (Zimmermann, 2004, S. 40). Zu diesen Maßnahmen gehörten die Unterbringung in einer Heimeinrichtung oder in einer Pflegefamilie. Ziel dieser Maßnahmen war die in der Praxis (v. a. in der Heimerziehung) mit z. T. massiven, gewalttätigen Grenzverletzungen und Repressionen verbundene Umerziehung der jungen Menschen und damit die Anpassung ihres Verhaltens an die sozialistisch-ideologischen Maßstäbe des Staates (u. a. Zimmermann, 2004, S. 187–193; Gatzemann, 2008, S. 21–54).⁸

Gesteuert und kontrolliert wurden die Jugendhilfemaßnahmen durch die demokratisch-zentralistisch handelnden Organe der Jugendhilfe (§ 4 JHVO). Zu den Organen der Jugendhilfe gehörten die Referate Jugendhilfe (in der Funktion von Jugendämtern), Jugendhilfeausschüsse, Jugendhilfekommissionen und Vormundschaftsräte. In den Organen waren vorrangig Ehrenamtliche (ehemalige Pädagog:innen, staatsreue Bürger:innen) tätig, was auch ein Merkmal der Jugendhilfe in der DDR darstellte.⁹ Zimmermann (2004, S. 35) führt an, dass Ende der 1960er-Jahre etwa 1.200 hauptamtliche Jugendfürsorger:innen und ca. 30.000 bis 40.000 ehrenamtliche (Jugend-)Helfer:innen in den Organen der Jugendhilfe tätig waren.

⁸ Die Umerziehung folgte in der DDR der pädagogischen Idee Anton S. Makarenkos von der sog. Kollektiverziehung (Makarenko, 1954). Die Kollektiverziehung „zielte auf eine bestimmte Funktionalität in der sozialistischen Gesellschaft“ (Laudien & Sachse, 2012, S. 219) und stellt Interessen des Kollektivs über die Interessen des Individuums – bestenfalls stimmen die Interessen überein. Die Kollektiverziehung wurde auch in den Bildungsinstitutionen (Kindergarten, Schule) und in den Jugendorganisationen der DDR umgesetzt.

⁹ Das Thema der Ehrenamtlichkeit in der Jugendhilfe der DDR und damit zusammenhängend der Diskurs um die Professionalisierung der Mitarbeitenden in Form von Aus-, Weiter- und Fortbildungen wurde in einigen Publikationen umfassend beschrieben (u. a. Potrykus, 1989; Düring et al., 2021). Auch die Pflegeeltern gingen bei der Betreuung von jungen Menschen in ihrem Haushalt einer ehrenamtlichen Tätigkeit nach, für die sie Pflegezuschüsse erhielten (Luck, 1966, S. 132; Menzel, 1975, S. 48).

3 Organisationale Verfahren und Strukturen der Pflegekinderhilfe in der DDR

Nachdem bis hierhin die grundlegenden Strukturen und Aufgaben der Jugendhilfe in der DDR erläutert wurden, wird der Fokus in diesem Kapitel auf die Pflegekinderhilfe in der DDR gelegt.

3.1 Die Einbettung der Pflegekinderhilfe in das Jugendhilfesystem der DDR

Die Gesetzgebung in der DDR sah prinzipiell gleichrangig die Möglichkeit der Heimerziehung und der Pflegekinderhilfe vor (Damerius, 1996, S. 79). Jedoch geht aus neueren Quellen nach 1990 hervor, dass die Heimerziehung der Primat innerhalb der Jugendhilfe war, weshalb die Unterbringung von Minderjährigen in Pflegefamilien im Vergleich eine (quantitativ) eher geringe Rolle spielte (Zimmermann, 2004, S. 40; Dickfeldt, 2014, S. 74) und wenig ausgebaut war (Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, 2018, S. 34). Kam es insbesondere zu kurzfristigen Unterbringungen (z. B., wenn die Eltern oder ein Elternteil einen Krankenhausaufenthalt hatte[n]), wurde eher die Heimerziehung oder eine vorübergehende Betreuung durch das soziale Umfeld (Nachbar:innen, Kolleg:innen auf der Arbeit) bevorzugt (Ball, 1958, S. 547).

Grundsätzlich blieb bis zum Ende der DDR die Unterbringung in einer Pflegefamilie fast ausnahmslos elternlosen Kindern (= Eltern sind gestorben) und familiengelösten Kindern (= i. d. R. Entzug des elterlichen Erziehungsrechts nach § 51 FGB oder Entmündigung der Eltern nach § 52 FGB) vorbehalten.¹⁰ Auch, „wenn keine Gründe für ein endgültiges Verbleiben des Kindes im Heim“ vorlagen (Kroggel, 1968, S. 149) oder Verwandte das Kind oder den:die Jugendliche:n längerfristig bei sich im Haushalt aufnehmen konnten, wurde für die Vermittlung der jungen Menschen in Pflegefamilien plädiert. Insgesamt blieb die Anzahl an Pflegekindern in der DDR seit Mitte der 1960er-Jahre bis 1989 relativ konstant (Seidenstücker & Münder, 1990, S. 33). Luck (1966, S. 130) bezifferte die Zahl der in Pflegefamilien untergebrachten jungen Menschen auf insgesamt ca. 6.000.

In der vorliegenden Literatur werden unterschiedliche Aufgaben und Ziele der Pflegekinderhilfe formuliert. Während in der unmittelbaren Nachkriegszeit vor allem die Betreuung von Kriegswaisen und die Erziehung „im Sinne der antifaschistisch-demokratischen Ordnung“ (Bolduan, 1955, S. 5) zentral war, sollte durch die Unterbringung in Pflegefamilien die Familienerziehung im Elternhaus unter günstigeren Bedingungen als bisher und zunehmend im sozialistischen Sinne in „gesunden Kollektiven“ (Damerius, 1996, S. 80) fortgeführt werden. Primär wurde gemäß § 89 FGB geschaut, ob es Verwandten des Kindes (z. B. Großeltern, Tanten/Onkel, unehelicher Vater) möglich war, die jungen Menschen in ihrem Haushalt weiter zu betreuen. Hat es keinen Kontakt zu anderen Familienmitgliedern gegeben, so wurden die Kinder und Jugendlichen in anderen Pflegestellen untergebracht. Hier gab es jedoch bis zum Ende der DDR Herausforderungen, (geeignete) Pflegeeltern zu finden (siehe ausführlicher *Kapitel 3.2*).

¹⁰ Die Begriffe „elternlos“ und „familiengelöst“ sind keine Rechtsbegriffe des FGB, sondern wurden in die JHVO aufgenommen und waren „üblich im Sprachgebrauch der Jugendhilfemitarbeitenden“ (Seidenstücker & Münder, 1990, S. 32).

Nicht selten bestand in den Pflegefamilien eine langfristige Aussicht auf eine Adoption (im Sprachgebrauch der DDR ‚Annahme an Kindes statt‘). Dies bedeutete jedoch nicht, dass jedes Pflegekind auch adoptiert wurde. Ab Mitte der 1960er-Jahre wurden Adoptionen jedoch vermehrt bevorzugt, so Dickfeldt (2014, S. 61), da „unter den Möglichkeiten der Fremdunterbringung [die Annahme an Kindes statt, Anm. d. Verf.] die familienähnlichste“ war (Seidenstücker & Münder, 1990, S. 36).

Wie eingangs bereits erwähnt, gab es nach 1945 und bis 1965/1966 viele, auch rechtliche Entwicklungsprozesse in der Jugendhilfe der DDR. Eine erste einheitliche Strukturierung erfolgte durch die 1951 erlassene „*Verordnung über den Schutz und die Förderung der Pflegekinder*“. Mit dieser Verordnung wurden die Regelungen des *Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes* (RJWG) zum Pflegekinderwesen endgültig außer Kraft gesetzt. Diese Verordnung gab „den Referaten Jugendhilfe und Heimerziehung klare Arbeitsanweisungen, wie Pflegestellen für elternlose und für zeitweilig aus der eigenen Familie gelöste Kinder zu überprüfen sind“ (Bolduan, 1955, S. 5).

Nicht nur für den Bereich der Pflegekinderhilfe wurde 1965/1966 die oben genannte Verordnung durch die „*Verordnung über die Aufgaben und die Arbeitsweise der Organe der Jugendhilfe (Jugendhilfeverordnung, JHVO)*“ abgelöst. Die Pflegekinderhilfe wird in § 25 JHVO aufgeführt. Hier heißt es eingangs:

Minderjährige in fremden Familien sind Kinder und Jugendliche, die sich in Durchführung von Maßnahmen der Organe der Jugendhilfe in einer anderen Familie als der ihrer Eltern befinden.

Über die Erziehung und Entwicklung Minderjähriger in fremden Familien obliegt den Organen der Jugendhilfe die Aufsicht. Das gilt nicht, wenn das Erziehungsrecht auf Großeltern oder auf den Ehegatten eines Elternteils übertragen wurde.

Aus dem Gesetzestext wird deutlich, dass mit der Unterbringung in ‚fremden Familien‘ alle Personen/Familien gemeint sind, die nicht das Elternhaus des jungen Menschen betreffen – so sind im Verständnis der JHVO auch Verwandte ‚fremde Familien‘. Zudem wird in § 25 Abs. 2 JHVO deutlich, dass eine Aufsicht von Pflegeverhältnissen durch die Organe der Jugendhilfe nicht erfolgte, wenn das elterliche Erziehungsrecht (heute verstanden als das Sorgerecht) auf die Großeltern oder den Ehepartner eines Elternteils übergegangen ist.

Erziehungsrechtliche Fragen und Fragen der Vormundschaft und Pflegschaft, die in Pflegeverhältnissen relevant waren, wurden seit 1965 durch das „*Familiengesetzbuch*“ (FGB) geregelt. „Wenn die Übertragung des elterlichen Erziehungsrechts auf Dritte nicht möglich war, [musste] nach § 88 FGB die Vormundschaft angeordnet werden“ (Luck, 1966, S. 133). Hier wurde unterschieden zwischen der Einzelvormundschaft (Pflegeeltern oder gem. § 89 FGB andere Vertraute aus dem Lebensumfeld des Kindes bzw. der Eltern) und der Amtsvormundschaft, die durch das Referat Jugendhilfe durchgeführt wurde.

Neben der Vormundschaft gab es sog. Pflegschaften, die grundsätzlich mit der Unterbringung in einer fremden Familie angeordnet wurden. Im Vergleich zur Vormundschaft hatte eine Pflegschaft gem. § 104 FGB i. d. R. einen „zeitweiligen Charakter“ (Luck, 1966, S. 134) und war anzuordnen, wenn z. B. die Vormünder:innen oder erziehungsberechtigten Eltern bzgl. der Ausübung bestimmter Pflichten verhindert waren (z. B. Aufenthalt der Eltern im Gefängnis) (Menzel, 1966, S. 234).

Die JHVO und das FGB blieben bis zur Wendezeit die rechtlichen Grundlagen der Jugendhilfe in der DDR. Für die JHVO gab es einige Durchführungsbestimmungen, die aber nur zu minimalen Anpassungen bzw. Änderungen der rechtlichen Regelungen führten.

3.2 Verfahrenspraxen und Strukturen der Unterbringung junger Menschen in Pflegefamilien – erste Hinweise

Da der Beitrag das Ziel hat, sich – als ersten Schritt einer umfassenden Aufarbeitung – der Darstellung der organisationalen Verfahrenspraxen und Strukturen der Pflegekinderhilfe in der DDR anzunähern, wird in den folgenden Abschnitten beschrieben, wie die Unterbringung von jungen Menschen in Pflegefamilien damals verlaufen sein könnte. Es handelt sich damit um eine erste Rekonstruktion, die sich chronologisch entlang der einzelnen Schritte innerhalb des Prozesses der Unterbringung in fremden Familien orientiert.

Die Suche nach Pflegeeltern

Einerseits kann herausgearbeitet werden, dass es in der DDR einen Mangel an potentiellen (jungen) Pflegeeltern gab, weshalb die Organe der Jugendhilfe – hier insbesondere die Vormundschaftsräte und die Jugendhilfekommissionen (zu diesen beiden Organen im Weiteren mehr) – für Pflegefamilien geworben haben und somit aktiv Bewerber:innen gewinnen mussten (§ 12 JHVO; Wolf, 1966; Pille, 1971, S. 154). Dafür wurde beispielsweise eng mit der Bezirks- bzw. Kreispresse zusammengearbeitet (Luck, 1966, S. 133; Pille, 1971, S. 153). Andererseits meldeten sich potentielle Pflegeeltern auch entweder direkt beim Referat Jugendhilfe oder bei einer Heimeinrichtung, wenn sie Interesse hatten, ein Kind bei sich aufzunehmen (entweder zur Pflege oder bereits mit konkreten Adoptionsabsichten) (Kroggel, 1968, S. 141). Zu diesen Bewerber:innen gehörten vor allem kinderlose Paare, Verwandte des Kindes, Eltern, die aus gesundheitlichen Gründen keine weiteren eigenen Kinder erwarten konnten, fremde Familien oder andere Personen, die ein Kind betreuen wollten und ggf. schon Kontakt zu dem Kind hatten (Kroggel, 1968, S. 141).

Hinsichtlich der Suche nach geeigneten Pflegeeltern war laut Kroggel (1968, S. 141) die „richtige Auswahl von Eltern für ein bestimmtes Kind [...] eine sehr schwierige und verantwortungsvolle Aufgabe“. Es lässt sich aus der Literatur rekonstruieren, dass die wirtschaftliche Lage der Bewerber:innen weniger ausschlaggebend war (Menzel, 1975, S. 48; Gerhardt et al., 1987, S. 242–243). Vielmehr, und dies lässt sich insbesondere seit Anfang der 1960er-Jahre feststellen, waren die staatsbürgerliche Haltung und damit ideologische Aspekte ein wichtiges Kriterium. Aber auch Aspekte wie die „Eignung für die Erziehung“ und „die Liebe zum Kind“ werden als Bewertungskriterien angeführt (Menzel, 1975, S. 48). Eine interviewte Zeitzeugin ergänzt zudem, dass eine Beurteilung der Pflegeelternbewerber:innen mitunter auch nach Sympathie verlief. Hinsichtlich der Paarkonstellationen wurden verheiratete Paare bevorzugt, was jedoch nicht bedeutete, dass nicht auch alleinerziehende Personen (i. d. R. Frauen) als Pflegepersonen infrage kamen – auch wenn dies ein geringer Anteil blieb (Kroggel, 1968, S. 141; Franz, 1986, S. 304).

Mit Blick auf die Pflegekinder kann Folgendes festgehalten werden: Zumeist wurden jüngere Kinder in Pflegefamilien vermittelt (nicht selten mit Aussicht auf eine Adoption),

da die Mehrheit der Pflegeelternbewerber:innen auch den Wunsch nach einem Kleinkind hatte (Tischner, 1968, S. 276). Dies bedeutete aber nicht, dass nicht auch ältere Kinder bzw. Jugendliche in einer Pflegefamilie untergebracht wurden (Tischner, 1968, S. 276; Pille, 1971, S. 154). Es war jedoch schwierig, passende Pflegeeltern für die Kinder bzw. Jugendlichen zu finden (Sassalla, 1976, S. 317; Franz, 1986, S. 304), weshalb potentiellen Pflegeeltern insbesondere mittleren Alters bzw. kinderlosen Paaren über 30 Jahre empfohlen wurde, ältere Kinder bzw. Jugendliche aufzunehmen (Polzin & Vollmer, 1976, S. 182). Als ebenfalls herausfordernd für die Vermittlung in Pflegefamilien werden junge Menschen mit geistigen und körperlichen Beeinträchtigungen genannt (Potrykus, 1988, S. 75). Erst ab Mitte der 1980er-Jahre, so Damerius (1996, S. 80), sei ein Diskurs um die Vermittlung von älteren und beeinträchtigten jungen Menschen aufgekommen. Auch die Vermittlung von Geschwisterkindern war Teil dieses Diskurses. Mit Bezug auf die Richtlinie Nr. 4 des Zentralen Jugendhilfeausschusses lässt sich rekonstruieren, dass die Trennung von Geschwistern bei der Unterbringung außerhalb ihres Elternhauses vermieden werden sollte.

Mit Blick auf das konkrete Vorgehen bei der Auswahl von Pflegeeltern gab es gewisse Verfahrensabläufe, wie die Eltern auf ihre Eignung geprüft wurden. Hierzu wurden Gespräche mit den Bewerber:innen durchgeführt, die ein Teil von sog. „Ermittlungen“ waren (Gerhardt et al., 1987, S. 243; Kaiser, 1988, S. 162). Zu diesen Ermittlungen gehörten ebenso Gespräche mit den Arbeitsstätten der Bewerber:innen. Hierzu schreibt Kaiser (1988, S. 162): „Wir fordern umfassende Beurteilungen von den Betrieben an und stellen dazu detaillierte Fragen“, denn „[u]ns liegt sehr viel an der Meinung der Arbeitskollektive zur Eignung als Eltern“. Zusätzlich zu den Gesprächen mussten die Eltern die Aufnahme eines Pflegekindes beantragen. Der Vormundschaftsrat entschied schließlich über den Antrag und sprach eine Empfehlung aus, für welches Kind die zukünftigen Pflegeeltern geeignet waren (Kaiser, 1988, S. 162).

Die Vermittlung von Pflegekindern in fremde Familien

Zunächst gab es hinsichtlich der Vermittlung von Kindern in Pflegefamilien jene Konstellationen, bei denen zwischen den potentiellen Pflegeeltern und dem Pflegekind bereits Kontakte bestanden (z. B. eine alleinerziehende Mutter stirbt, der Vater ist nicht bekannt und die Großeltern übernehmen die Pflege).

Wenn es noch keinen Kontakt zwischen den Pflegeeltern und dem Pflegekind gab, die Eignung der Pflegeelternbewerber:innen aber geprüft und bestätigt war und ein ‚passendes‘ Kind bzw. Jugendliche:r gefunden wurde, kam es zur Vermittlung der jungen Menschen in die Pflegefamilien. Diese begann zumeist mit ersten Kontaktaufnahmen zwischen den Pflegeeltern und dem Pflegekind, um ein Eltern-Kind-Verhältnis herzustellen. Nur in einer Publikation ist erkennbar, dass die Pflegekinder in die Planungen bzgl. der Kontaktaufnahme zu den zukünftigen Pflegeeltern einbezogen wurden (Franz, 1986, S. 305).

In den Erfahrungsberichten in der Zeitschrift Jugendhilfe (und ihren Vorgängern) wird überwiegend die Vermittlung von Jugendlichen aus Heimen in Pflegefamilien beschrieben, die nach den bisherigen Analysen auf zwei Wegen erfolgen konnte. Zum einen gab es das Modell der Pateneltern, die sich für elternlose und familiengelöste Heimkinder verantwortlich fühlten und diese u. a. regelmäßig besuchten (Tischner, 1968, S. 275; Pille, 1971,

S. 153). Über diese bereits bestehenden Beziehungen wurden Pflegeverhältnisse initiiert. Zum anderen gab es Pflegeelternbewerber:innen, die noch kein konkretes Kind aus einem Heim kannten. In diesem Fall mussten die potentiellen Pflegeeltern eine Bescheinigung des zuständigen Kreisreferats vorlegen, aus der hervorgeht „mit welchem Kind sie Kontakt aufnehmen dürfen und daß der einweisende Kreis mit der Vermittlung dieses Kindes einverstanden ist“ (Sassalla, 1976, S. 318). Die Kontaktabbahnung mit dem Kind erfolgte sodann sukzessive über kürzere Besuche bis hin zu längeren Beurlaubungen in der Pflegefamilie (Polzin & Vollmer, 1976, S. 183; Franz, 1986, S. 305). Nachdem die Beziehungen zwischen den jungen Menschen und ihren zukünftigen Pflegeeltern gestärkt waren, wurde die Aufnahme des Kindes in die Familie vorbereitet (Polzin & Vollmer, 1976, S. 185).

Die Begleitung und Kontrolle der Pflegeverhältnisse durch die Jugendhilfeorgane

An der Betreuung und Begleitung von Pflegeverhältnissen waren unterschiedliche Organe der Jugendhilfe (siehe *Kapitel 2*) beteiligt. Im Folgenden werden die Vormundschaftsräte und die Jugendhilfekommissionen in den Blick genommen, da diese im konkreten Kontakt zu den (sich bewerbenden) Pflegefamilien und zu den Pflegekindern standen und wichtige Aufgaben und Entscheidungen in diesem Bereich übernahmen.

Beim Referat Jugendhilfe konnte gem. § 17 JHVO ein Vormundschaftsrat eingerichtet werden. Nicht in jedem Kreis, vor allem nicht in kleineren Kreisen, gab es dieses Organ – in diesen Fällen hat der Jugendhilfeausschuss die Aufgaben des Vormundschaftswesens übernommen (Sassalla, 1976, S. 315; Heinz, 1989, S. 216). Als „natürliche Verbündete der Vormundschaftsräte“ (Habermann, 1970, S. 244) gab es zudem die sog. Jugendhilfekommissionen. In Gemeinden und Städten mit mehr als 1000 Einwohner:innen mussten Jugendhilfekommissionen gebildet werden (§ 11 Abs. 1 JHVO).¹¹ In beiden Organen waren sowohl hauptamtliche als auch ehrenamtliche Mitarbeitende tätig. So waren dies – in unterschiedlicher Anzahl und Zusammensetzung – in Vormundschaftsräten z. B. ein:e Jugendfürsorger aus dem Referat Jugendhilfe (= Vorsitz), Pädagog:innen (Erzieher:innen, Lehrkräfte), Mitarbeiter:innen des Gesundheitswesens (Krankenpfleger:innen, Frauenärzt:innen), Psycholog:innen, Jurist:innen, ehemalige Politiker:innen (z. B. Kreistagsabgeordnete), Personen mit eigenen Pflege-/Adoptionserfahrungen oder auch Jugendhelfer:innen (Pille, 1971, S. 154; Heinz, 1989, S. 218; BMFSFJ, 1994, S. 309). Die Jugendhilfekommissionen waren vorrangig mit den ehrenamtlich tätigen Jugendhelfer:innen besetzt (den Vorsitz hatte i. d. R. ein:e hauptamtliche:r Jugendfürsorger:in). Trotz der hohen Anzahl an ehrenamtlich Tätigen im Bereich der Pflegekinderhilfe handelte es sich laut Heinz (1989, S. 218) „überwiegend um lebenserfahrene Mitarbeiter, die solche Persönlichkeitseigenschaften besitzen, die für die diffizile Arbeit im Vormundschaftswesen prädestinieren“.

Die Jugendhelfer:innen hatten den direkten und alltäglichen Kontakt mit den Pflegefamilien und Pflegekindern. Die Pflegeeltern konnten sich einerseits an die Jugendhilfekommission wenden, wenn sie Unterstützung und Rat benötigten (Polzin & Vollmer, 1976, S. 185). Andererseits hatte die Kommission die Aufgabe, die Pflegefamilien anzuleiten

¹¹ Laut dem Neunten Jugendbericht (BMFSFJ, 1994, S. 309) gab es in der DDR 1989 216 Vormundschaftsräte und 4179 Jugendhilfekommissionen.

und Aufsicht über ihre Tätigkeiten (mit Blick auf die sozialistische Erziehung) zu haben, z. B. über viertel- bis halbjährliche Hausbesuche¹² (Klemm, 1971, S. 90; Gabriel, 1986, S. 126). Neben den Hausbesuchen hatten die Jugendhelfer:innen ebenso das Recht, in Kontakt zur Schule des Pflegekindes oder auch zu den Arbeitsstellen der Pflegeeltern zu treten (Düring et al., 2021, S. 376). Die Pflegeeltern hatten eine grundlegende Rechenschaftspflicht gegenüber der Jugendhilfekommission (Gabriel, 1986, S. 126). So mussten sie über die Entwicklung des Pflegekindes (schulische Leistungen, gesellschaftliche Arbeit, Freizeitgestaltung) sowie über die aktuelle Familiensituation und eventuelle Erziehungsprobleme berichten (Potrykus, 1989, S. 99). Gabriel (1986, S. 126) schreibt, dass bei diesen Gesprächen i. d. R. auch die Pflegekinder beteiligt wurden. Die Jugendhilfekommissionen haben somit gesamtheitlich die Umsetzung der angeordneten Hilfsmaßnahmen kontrolliert (§ 12 JHVO; Luck, 1966, S. 133; Klemm, 1971, S. 89; Gabriel, 1986, S. 126).

Gleichwohl unterstanden die Jugendhilfekommissionen den Vormundschaftsräten, denen sie regelmäßig (einmal jährlich) Rechenschaft ablegen mussten, z. B. über die Entwicklung der Pflegekinder, die Unterstützung und Beratung der Pflegeeltern oder über die Aktivitäten wie Hausbesuche (Gerhardt et al., 1987, S. 243; Potrykus, 1989, S. 98).

In der Literatur kann zusätzlich rekonstruiert werden, dass mitunter auch ein Erfahrungsaustausch unter den Pflegefamilien stattfand. So ist in einigen Publikationen der Zeitschrift *Jugendhilfe* (und ihren Vorgängern) von sog. Pflegeelternversammlungen zu lesen, die von den Vormundschaftsräten organisiert wurden (Sassalla, 1976, S. 316; Heinz, 1989, S. 219; Potrykus, 1989, S. 100).

Wie sich während des Pflegeverhältnisses die Zusammenarbeit wiederum mit den Herkunftseltern gestaltete, lässt sich nur über sehr wenige Publikationen rekonstruieren. Damerius (1996, S. 80) konstatiert, dass die Herkunftsfamilie insbesondere bei langfristigen Pflegeverhältnissen so gut wie keine Rolle gespielt hat. Dickfeldt (2014, S. 61) ergänzt dazu: „Die noch in der frühen DDR-Jugendhilfe geübte Praxis, Kontakte zwischen Herkunftsfamilie und Pflegefamilie ausdrücklich zu befürworten [...], verliert nach und nach Bedeutung“. Somit war die Zusammenarbeit mit den Herkunftseltern offensichtlich nie ein dominantes Thema in der Jugendhilfe der DDR; erst Mitte der 1980er-Jahre entstand hier ein (neu) aufkommender Diskurs (Damerius, 1996, S. 80).

Die Beendigung von Pflegeverhältnissen

Zum Ende von Pflegeverhältnissen lässt sich aus den bisherigen Analysen rekonstruieren, dass es kaum bis keine Hinweise gibt, wie junge Menschen nach der Unterbringung in einer Pflegefamilie lebten, wie der Übergang gestaltet wurde, wann Pflegeverhältnisse i. d. R. endeten, warum es zu (ungeplanten) Abbrüchen kam und wie sich mitunter der Kontakt zur Pflegefamilie nach der Beendigung des Pflegeverhältnisses gestaltete. Während in der Zeitschrift *Jugendhilfe* (und ihren Vorgängern) einige Artikel zu ‚heimentlassenen‘ jungen Menschen zu finden sind (z. B. Brandl & Kreische, 1973; Graupner, 1988), kann für Pfl-

¹² Neben den ‚Kontrollbesuchen‘ besuchten die Jugendhelfer:innen die Pflegefamilien auch zu besonderen Anlässen und überreichten Geschenke, wie z. B. am Geburtstag der Pflegekinder, zur Jugendweihe, zum Schulanfang oder auch zu Weihnachten (u. a. Lippmann, 1959, S. 14).

geverhältnisse mit Bezug auf rechtliche Grundlagen und auf bisherige Gespräche mit Zeitzeug:innen lediglich die Volljährigkeit als Wendepunkt und damit als Zeitpunkt der (regulären) Beendigung von Pflegeverhältnissen angeführt werden.

4 Ausblick – Zukünftige Forschungsperspektiven

Der vorliegende Beitrag hat versucht, die bisherigen Erkenntnisse zu den organisationalen Strukturen und Verfahrenspraxen der Pflegekinderhilfe in der DDR zusammenfassend darzustellen. Die Rekonstruktion der Strukturen und Verfahren wird grundlegend als erster Schritt einer umfassenden wissenschaftlichen Aufarbeitung dieser Form der Unterbringung junger Menschen außerhalb des Elternhauses gesehen. Im abschließenden Kapitel wird anknüpfend an das bisherige Wissen ein Blick auf zukünftige Forschungsperspektiven geworfen. Daraus ergeben sich Fragen, die bei der bisherigen Literaturanalyse und den ersten Gesprächen mit Zeitzeug:innen offengeblieben sind.

Weitere Wissensgenerierung zu den organisationalen Verfahrenspraxen und Strukturen der Pflegekinderhilfe in der DDR

Sowohl über Fallakten, Archivalien, Zeitzeug:innen- und ggf. Betroffenenengespräche gilt es zunächst, die organisationalen Verfahren und Alltagspraxen weiter zu rekonstruieren und weiteres Wissen für eine umfassende Aufarbeitung der Pflegekinderhilfe in der DDR zu generieren. Folgende Fragen können hier forschungsleitend sein (diese Auflistung versteht sich nicht als vollständig):

- *Wie viele Pflegeverhältnisse gab es?* – Über die bisherige Literatur konnten nur wenige statistische Kennziffern herausgearbeitet werden, die sich zudem in der Mehrheit auf bestimmte Bezirke bzw. Kreise beschränken. Eine gesamtheitliche Erfassung der Anzahl an Pflegeverhältnissen, vor allem von 1965 bis 1989/1990, gibt so eine Auskunft über den Umfang dieser Pflegeform, was wiederum hilfreich ist, dies in ein Verhältnis zur Heimerziehung zu setzen.
- *Welche unterschiedlichen Formen von Pflegeverhältnissen gab es und welche Unterbringungsform kam in der Mehrheit vor?* – Aus der Literatur gehen bereits unterschiedliche Formen der Betreuung hervor. Auch gibt es vermehrt Hinweise darauf, dass vorwiegend Verwandte die Kinder in Pflegeverhältnissen betreut haben, vor allem wenn die Eltern gestorben sind.
- *Welche (quantitative) Rolle spielen politisch motivierte Unterbringungen in Pflegefamilien?* – Diesbezüglich könnten Hinweise aus den Forschungen zu den sog. Zwangsadoptionen hilfreich sein. Es ist dahingehend auch zu rekonstruieren, wie oft Pflegeverhältnisse im Allgemeinen Adoptionsverhältnissen vorgelagert waren.
- *Wann wurde sich in der Praxis für eine Unterbringung in einer fremden Familie entschieden und wann für die Heimerziehung?* – Aus der Literatur konnten z. T. widersprüchliche Entscheidungsgründe bzw. Priorisierungen von Hilfeformen herausgearbeitet werden, weshalb insbesondere Interviews mit Zeitzeug:innen Auskunft über die mitunter von der Rechtslage abweichenden Verfahrenspraxen geben könnten.

- *Ab wann wurde die Jugendhilfe bei der Betreuung von jungen Menschen in fremden Familien ‚eingeschaltet‘ bzw. wann wurden Pflegeverhältnisse offiziell?* – Aus einem Gespräch mit einer Zeitzeugin ging beispielsweise hervor, dass sie selbst zunächst informell in einer Familie unterkam (ihre Mutter suchte für sechs Wochen eine Betreuungsmöglichkeit für sie über eine Zeitungsannonce, auf die sich eine Familie meldete). Erst als ein längerer Verbleib in dieser Familie absehbar war, meldete die Familie ein Pflegeverhältnis beim Referat Jugendhilfe an.
- *Welche Rolle spielte die überwiegend ehrenamtliche Tätigkeit der Mitarbeitenden in der Jugendhilfe? Wie hat sich dies auf Pflegeverhältnisse ausgewirkt?* – Auch wenn es mittlerweile einige Publikationen zur Ehrenamtlichkeit der Jugendhelfemitarbeitenden in der DDR gibt (z. B. Düring et al., 2021), fehlt nach wie vor Wissen darüber, wie sich die fehlende Fachlichkeit auf die Zusammenarbeit mit den Pflegefamilien und Pflegekindern ausgewirkt hat. Insbesondere da die ehrenamtlich Tätigen z. T. wichtige Entscheidungen über die Pflegefamilien und Pflegekinder getroffen haben (z. B. bei der Auswahl der Pflegeeltern oder durch die regelmäßigen Berichte), ist hier die Perspektive von z. B. ehemaligen Pflegeeltern und Personen, die in Pflegefamilien aufgewachsen sind, spannend.
- *Wie wurden die jungen Menschen in den Verfahren beteiligt?* – Aus der vorliegenden Literatur lassen sich nur wenige Hinweise herausarbeiten, die Formen von Beteiligung der jungen Menschen in den Pflegeverhältnissen zeigen. Offen bleibt jedoch, inwiefern die jungen Menschen selbst Einfluss auf das Pflegeverhältnis nehmen konnten (z. B. bei der Auswahl der Pflegeeltern) oder sich bei Missständen an jemanden wenden konnten.
- *Wie gestaltete sich der Kontakt zwischen Pflegefamilien bzw. Pflegekindern und den Herkunftseltern? Gab es Rückführungen zu den Eltern und wenn ja, wie wurden diese gestaltet?* – Die Herkunftseltern scheinen nach aktuellem Kenntnisstand eine eher geringe Rolle während eines Pflegeverhältnisses gespielt zu haben – vor allem, wenn ihnen das Erziehungsrecht entzogen wurde. Welche Bedeutung hatten jedoch die Beziehungen zwischen Herkunftseltern und den Pflegekindern? Eine interviewte Zeitzeugin berichtet, dass sie während des Aufwachsens in einer Pflegefamilie sporadischen Briefkontakt mit ihrer Mutter hatte und diese sie auch einmal während des Pflegeverhältnisses besucht habe.
- *Wie wurde die Unterbringung in Pflegefamilien möglicherweise auch außerhalb der staatlichen Strukturen organisiert?* – Genauso wie im Bereich der Heimerziehung die Kirchen in einer Randstellung Soziale Arbeit betreiben konnten, ist mitunter auch davon auszugehen, dass Pflegeverhältnisse z. B. in christlichen Milieus organisiert wurden. Wie sahen solche Betreuungs- und Unterstützungsstrukturen aus? Wie verlief mitunter eine Zusammenarbeit mit den staatlichen Jugendhilfeorganen?
- *Wie gestaltete sich der Leaving-Care-Prozess aus Pflegefamilien?* – Wie bereits am Ende von Kapitel 3.2 erläutert wurde, gibt es bisher keine Erkenntnisse zum Übergang der jungen Menschen aus der Pflegekinderhilfe in ein eigenverantwortliches Leben bzw. zu (ungeplanten) Abbrüchen von Pflegeverhältnissen. Wie wurde daher der Übergang gestaltet? Gab es Formen von (ambulanter) Nachbetreuung? Endeten Pflegeverhältnisse i. d. R. auch mit der Volljährigkeit der jungen Menschen? Wann und warum kam es zu Abbrüchen von Pflegeverhältnissen?

Da die Strukturen der Pflegekinderhilfe in der DDR nach den ersten Analysen Ähnlichkeiten zur Pflegekinderhilfe in der BRD aufweisen, wäre bei der Rekonstruktion von Verfahrenspraxen auch ein Blick in historische Forschungen zur Unterbringung junger Menschen in Pflegefamilien in der BRD interessant.

Aufarbeitung möglicher (sexualisierter) Gewalt und anderer Grenzverletzungen in der Pflegekinderhilfe in der DDR

Anknüpfend an diesen ersten Schritt einer umfassenden Aufarbeitung der Pflegekinderhilfe in der DDR müsste weiterführend geschaut werden, ob – wie in der Heimerziehung der DDR – die organisationalen Verfahrenspraxen, die Strukturen und ebenso die darin handelnden Akteur:innen ‚Einfallstore‘ von (sexualisierter) Gewalt und anderen Grenzverletzungen ermöglicht haben. Deshalb sollten schließlich auch Fragen nach Betroffenheiten in zukünftigen Studien zur Pflegekinderhilfe in der DDR gestellt werden (auch diese Auflistung versteht sich nicht als vollständig):

- *Gab es und wenn ja, welche Grenzverletzungen in Pflegefamilien? Welche Strukturen und Rahmenbedingungen haben Übergriffe begünstigt? Gab es auch Strukturen, die grenzverletzend waren?*
- *Inwiefern waren der partei-ideologischen Forderung nach der Umerziehung und den daran geknüpften Disziplinierungsmaßnahmen von jungen Menschen in der Jugendhilfe der DDR per se Grenzverletzungen inhärent?*
- *Welche Rolle spielte die Ehrenamtlichkeit der Jugendhelfemitarbeitenden? War die fehlende Professionalität begünstigend für Grenzverletzungen und Gewalt?*
- *Gab es (nicht nur im Rahmen von den §§ 50–52 JHVO) Möglichkeiten der Beschwerde (sowohl für die jungen Menschen, für Pflegeeltern, für die Herkunftseltern und mitunter auch für externe Personen)? Wie und wo konnte sich beschwert werden? An wen konnten sich die jeweiligen Personen (vertrauensvoll) wenden?*
- *Welche Formen der Aufsicht und Kontrolle über Pflegeverhältnisse gab es?*
- *Wie wurde mit Formen von (sexualisierter) Gewalt und anderen Grenzverletzungen (nach Bekanntwerden/nach einer Meldung) umgegangen? Welche Konsequenzen folgten daraus?*

Bislang gibt es nur wenige Hinweise auf Grenzverletzungen in Pflegeverhältnissen in der DDR. So schreiben etwa de Andrade et al. (2021, S. 1), dass junge Menschen sexualisierte Gewalt durch Pflegeeltern, bei denen sie an Wochenenden untergebracht waren, erfahren haben. Auch hat sich bei der Forschungsgruppe „Jugendhilfe in der DDR“ eine Person gemeldet, die auf Übergriffe in der Pflegefamilie hingedeutet hat.

An dieser Stelle könnte ein Blick auf die Heimerziehung in der DDR wertvolle Hinweise geben. Wie bereits angeführt, berichten Betroffene von z. T. massiven Gewalterfahrungen und anderen Grenzverletzungen in Heimeinrichtungen, die sie im Kontext der Umerziehung erfahren haben (u. a. Zimmermann, 2004; Gatzemann, 2008). Inwiefern diese Idee der Umerziehung mit gleichermaßen gewaltvollen Disziplinierungsmaßnahmen in Pflegeverhältnissen umgesetzt wurde, kann zum aktuellen Zeitpunkt nicht beantwortet werden.

Weitere Hinweise für zukünftige Aufarbeitungsforschungen zu möglicher (sexualisierter) Gewalt in Pflegeverhältnissen können bisherige Studien zu sexualisierter Gewalt an

jungen Menschen in der DDR liefern (z. B. Sachse, Knorr & Baumgart, 2018). Zudem gibt es hinsichtlich der Aufarbeitung der Pflegekinderhilfe in der BRD (vor 1990) bereits erste Studien (z. B. Baader et al., 2020, 2024), die auf (sexualisierte) Gewalt und andere Formen von Grenzverletzungen in Pflegeverhältnissen verweisen. Dies sind explizite Hinweise darauf, dass in familienanalogen Unterbringungskontexten Übergriffe stattfinden können – so möglicherweise auch in Pflegefamilien in der DDR.

Darüber hinaus können für die Fragen nach den Möglichkeiten der Beteiligung, der Beschwerde und des Schutzes junger Menschen in der DDR gegenwärtige Untersuchungen zu Schutzkonzepten in der Pflegekinderhilfe herangezogen werden (z. B. Rusack, Husmann & Schröer, 2019).

Die in diesem Kapitel formulierten forschungsleitenden Fragen zu empirischen Untersuchungen der organisationalen Strukturen und Verfahrenspraxen der Pflegekinderhilfe in der DDR müssen letztlich immer in den gesamtgesellschaftlichen Kontext eingebettet werden. So wird die DDR bis heute – nicht unumstritten – als ein Unrechtsstaat bezeichnet.¹³ Daher muss ebenso reflektiert werden, inwiefern die Verfahren und Strukturen der Pflegekinderhilfe (bzw. der Jugendhilfestrukturen allgemein) in diese Unrechtsstrukturen einlagert waren und sowohl die Strukturen als auch die darin agierenden Akteur:innen Unrecht reproduziert bzw. mit hergestellt haben, die wiederum zu Betroffenheiten geführt haben.

Insgesamt sollte damit deutlich geworden sein, dass die bisherige Aufarbeitungsforschung ihren Blick für die Pflegekinderhilfe in der DDR erweitern muss – so wie dies in Ansätzen auch bereits für die BRD vor 1990 erfolgt ist. Es ist daher wichtig, den bisherigen Fokus auf sowohl institutionalisierte Erziehungssettings als auch auf Familien hin zu familienanalogen Unterbringungsformen in öffentlicher Erziehung zu öffnen. Dies bleibt gewiss auch herausfordernd, da Pflegeverhältnisse – bis heute – in einem Spannungsfeld zwischen Privatheit (als Familie) und Öffentlichkeit (Pflegefamilien als Dienstleitung für die Jugendhilfe) standen und stehen (Ehlke & Schröer, 2020, S. 149). Jugendhilfestrukturen sind in einem solchen familiären Betreuungssetting somit oft anders gelagert und gestaltet als beispielsweise innerhalb der Heimerziehung.

Eine Sensibilisierung der Aufarbeitungsforschung für die Pflegekinderhilfe in der DDR ist damit für zukünftige Studien unbedingt notwendig.

Literatur

- Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) (Hrsg.) (2012). *Aufarbeitung der Heimerziehung in der DDR – Bericht*. Berlin.
- Baader, Meike S., Oppermann, Carolin, Schröder, Julia & Schröer, Wolfgang (2020). *Ergebnisbericht „Helmut Kentlers Wirken in der Berliner Kinder- und Jugendhilfe“*. Hildesheim: Universitätsverlag Hildesheim. <https://doi.org/10.18442/129>

¹³ Eine gute Zusammenfassung der Diskurse zur DDR als Unrechtsstaat findet sich unter: <https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47560/die-ddr-ein-unrechtsstaat/> [26. Februar 2024].

- Baader, Meike S., Böttcher, Nastassia L., Ehlke, Carolín, Oppermann, Carolín, Schröder, Julia & Schröder, Wolfgang (2024). *Ergebnisbericht „Helmut Kentlers Wirken in der Berliner Kinder- und Jugendhilfe – Aufarbeitung der organisationalen Verfahren und Verantwortung des Berliner Landesjugendamtes“*. Hildesheim: Universitätsverlag Hildesheim. <https://doi.org/10.18442/256>
- Ball, Günther (1958). Zur Entwicklung des Pflegekinderwesens. *Zeitschrift für Jugendhilfe und Heimerziehung*, 12, 546–548.
- Bolduan, Meta (1955). Unsere Pflegekinder, ihre Betreuung, Erziehung und Förderung. *Zeitschrift für Jugendhilfe und Heimerziehung*, 5, 5–7.
- Brandl, Peter & Kreische, Walter (1973). Wie wir die Mädchen und Jungen auf das selbstständige Leben vorbereiten. *Zeitschrift Jugendhilfe*, 348–359.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.) (1994). *Neunter Jugendbericht. Bericht über die Situation der Kinder und Jugendlichen und die Entwicklung der Jugendhilfe in den neuen Bundesländern*. Bonn.
- Bütow, Birgit, Chassé, Karl August & Maurer, Susanne (2006). *Soziale Arbeit zwischen Aufbau und Abbau. Transformationsprozesse im Osten Deutschlands und die Kinder- und Jugendhilfe*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Damerius, Marion (1996). Und plötzlich war alles ganz anders. Von „neuen Eltern“ im Sinne des DDR Kinder- und Jugendhilferechts zu „Ergänzungs-“ oder „Ersatzeltern“ im Sinne des KJHG der BRD. In Stiftung „Zum Wohl des Pflegekindest“ (Hrsg.), *5 Jahre KJHG aus der Sicht des Pflegekinderwesens* (S. 73–103). Idstein: Schulz-Kirchner Verlag GmbH.
- de Andrade, Marilena, Gabriel, Maite, Martensen, Marie, Rettig, Antje, Täubrich, Malte & Gahleitner, Silke B. (2021). Impulse für die Gegenwart. Ehemaligen Heimkindern zuhören. *Sozialpädagogische Impulse*, 4, o. S. <https://doi.org/10.13109/kind.2021.24.2.114>
- Dickfeldt, Lutz (2014). Pflegekinder in einer geteilten Stadt (Teil II). *Ost-Berliner Pflegekinder 1949–1989. Pflegekinder*, 1, 46–77.
- Dreßing, Harald (2022). Warum nicht eine Wahrheitskommission? In Sabine Andresen, Daniel Deckers & Kirsti Kriegel (Hrsg.), *Das Schweigen beenden. Beiträge zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs* (S. 11–15). Berlin. https://doi.org/10.1007/978-3-658-39995-5_1
- Düring, Diana, Bütow, Birgit & Arp, Agnès (2021). Ehrenamtliche Arbeit in politischer Mission oder Engagement für „gestrauchelte Menschen“? Zum Selbstverständnis von Jugendhelfer*innen in DDR-Jugendhilfekommissionen. Eine exemplarische Analyse. *Soziale Passagen*, 13, 369–386. <https://doi.org/10.1007/s12592-021-00388-z>
- Ehlke, Carolín & Schröder, Wolfgang (2020). Neue Entwicklungen in der Pflegekinderhilfe. Aktuelle Diskurse in Wissenschaft und Fachpraxis der Vollzeitpflege. *Sozial Extra*, 44 (3), 148–150.
- Eisenblätter, Wolfgang (1972). Die Rolle der Heimerziehung und Familienpflege bei der sozialistischen Erziehung von elternlosen und familiengelösten Kindern. Eine bedeutende Tagung der FICE-Sektionen sozialistischer Länder. *Zeitschrift Jugendhilfe*, 135–138.
- Feldhoff, Berenike (2019). Die politische, gesellschaftliche und wissenschaftliche Dimension der Aufarbeitung der DDR-Heimerziehung. In Benjamin Baumgart, Berenike

- Feldhoff, Philipp Mützel, Ralf Weber & Initiativegruppe Geschlossener Jugendwerkhof Torgau e. V. (Hrsg.), *Zwischen Marginalisierung und Anerkennung. Eine Bestandsaufnahme zur Aufarbeitung der Heimerziehung in der DDR* (S. 11–51). Schriftenreihe „Auf Biegen und Brechen“. Sonderband. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag. https://doi.org/10.1007/978-3-658-19517-5_9
- Franz, Christa (1986). Erfahrungen eines Heimes bei der Vermittlung älterer Schulkinder in andere Familie. *Zeitschrift Jugendhilfe*, 11, 304–305.
- Gabriel, Christel (1986). Unsere Unterstützung für Vormünder und Pfleger. Erfahrungen einer Jugendhilfekommission in Halberstadt. *Zeitschrift Jugendhilfe*, 5, 126–127.
- Gatzemann, Andreas (2008). *Die Erziehung zum „neuen“ Menschen im Jugendwerkhof Torgau. Ein Beitrag zum kulturellen Gedächtnis* (Reihe „Diktatur und Widerstand“). Berlin: LIT Verlag.
- Gerhardt, Ute, Switala, Ursula, Freund, Eberhard & Schulze, Gertraude (1987). Koordiniertes Handeln von Referat, Vormundschaftsrat und Jugendhilfekommission bei der Familienvermittlung elternloser Kinder. *Zeitschrift Jugendhilfe*, 9, 242–246.
- Graupner, Siegfried (1988). Wie erfolgt und entwickelt sich die Integration heimentlassener Jugendlicher? *Zeitschrift Jugendhilfe*, 12, 321–328.
- Habermann, Fred (1970). Berliner Vormundschaftsräte tauschten Erfahrungen aus. *Zeitschrift Jugendhilfe*, 8, 243–245.
- Heinz, Edeltraut (1989). Stellung, Aufgaben und Arbeitsweise der Vormundschaftsräte. Analyse und Standpunkte. *Zeitschrift Jugendhilfe*, 7/8, 214–223.
- Jahn, Ute (2010). *Jugendwerkhöfe und sozialistische Erziehung in der DDR*. Erfurt.
- Kaiser, Renate (1988). Unsere Erfahrungen bei der Vermittlung elternloser Kinder in andere Familien. *Zeitschrift Jugendhilfe*, 6, 161–164.
- Klemm, Ilse (1971). Über die Arbeit einer Jugendhilfekommission mit elternlosen Kindern. *Zeitschrift Jugendhilfe*, 3, 89–90.
- Kroggel, Ursula (1968). Erfahrungen bei der Vermittlung von Kindern in fremde Familien. *Zeitschrift Jugendhilfe*, 5, 140–146.
- Laudien, Karsten (2016). Forschungsfragen der Aufarbeitung. Geschichtliche Aufarbeitung und ihre Desiderate. In Karsten Laudien & Anke Dreier-Horning (Hrsg.), *Jugendhilfe und Heimerziehung im Sozialismus. Beiträge zur Aufarbeitung der Sozialpädagogik in der DDR* (S. 7–18). Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag.
- Laudien, Karsten & Sachse, Christian (2012). Erziehungsvorstellungen der Heimerziehung der DDR. In Beauftragter der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer (Hrsg.), *Aufarbeitung der Heimerziehung in der DDR. Expertisen* (S. 125–297). Berlin.
- Lippmann, Manfred (1959). Jugendhelfer verbesserten Betreuung der Pflegekinder. *Zeitschrift für Jugendhilfe und Heimerziehung*, 3, 14.
- Luck, Wolfgang (1966). Kinder in fremden Familien. *Zeitschrift Jugendhilfe*, 5, 130–135.
- Makarenko, Anton S. (1954). *Der Weg ins Leben. Ein Pädagogisches Poem*. Berlin: Aufbau-Verlag.
- Menzel, Dietmar (1966). Die Pflegschaft für Minderjährige. *Zeitschrift Jugendhilfe*, 7, 234–236.
- Menzel, Dietmar (1975). Einige Probleme der sozialen Integration von Kindern in fremde Familien. *Zeitschrift Jugendhilfe*, 2, 47–50.

- Pille, Arno (1971). Wie werden in Mühlhausen die Aufgaben des Vormundschaftswesens gelöst? *Zeitschrift Jugendhilfe*, 5, 152–155.
- Polzin, Wolfgang & Vollmer, Johanna (1976). Erfahrungen und Probleme bei der Vermittlung von Kindern in fremde Familie. *Zeitschrift Jugendhilfe*, 6, 182–185.
- Potrykus, Günter (1988). Erfahrungen bei der Vermittlung älterer und geschädigter Kinder in andere Familien. *Zeitschrift Jugendhilfe*, 3, 758–760.
- Potrykus, Günter (1989). Aus der Praxis unseres Vormundschaftsrates. *Zeitschrift Jugendhilfe*, 4, 97–101.
- Riege, Iris (2020). *Ambulante Interventionen der DDR-Jugendhilfe in die Familien in den 1960er bis 1980er Jahren*. Rechtliche Normierung sowie tatsächliche Anlässe. Berlin: Duncker & Humblot GmbH. <https://doi.org/10.3790/978-3-428-55477-5>
- Rusack, Tanja, Husmann, Laura & Schröer, Wolfgang (2019). Schutzkonzepte in der Pflegekinderhilfe. *Kindesmisshandlung und -vernachlässigung*, 22, 162–171.
- Sachse, Christian, Knorr, Stefanie & Baumgart, Benjamin (2018). *Sexueller Missbrauch in der DDR. Historische, rechtliche und psychologische Hintergründe des sexuellen Missbrauchs an Kindern und Jugendlichen in der DDR*. Wiesbaden: Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-20874-5>
- Sassalla, Brigitte (1976). Magdeburger Erfahrungen auf dem Gebiet des Vormundschaftswesens. *Zeitschrift Jugendhilfe*, 11, 315–318.
- Seidenstücker, Bernd & Münder, Johannes (1990). *Jugendhilfe in der DDR. Perspektiven einer Jugendhilfe in Deutschland* (Reihe Soziale Praxis, Heft 8). Münster: VOTUM Verlag.
- Tischner, Heinz (1968). Erfolgreiche Familienvermittlung. *Zeitschrift Jugendhilfe*, 9, 275–277.
- Warnecke, Marie-Luise (2009). *Zwangsadoptionen in der DDR*. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag.
- Wolf, Gerhard (1966). Arbeitsweise und Leitung einer Jugendhilfekommission. *Zeitschrift Jugendhilfe*, 6, 175–177.
- Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (2018). *Dimension und wissenschaftliche Nachprüfbarkeit politischer Motivation in DDR-Adoptionsverfahren, 1966–1990* (Vorstudie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie). Potsdam.
- Zimmermann, Verena (2004). „Den neuen Menschen schaffen“ *Die Umerziehung von schwererziehbaren und straffälligen Jugendlichen in der DDR (1945–1990)*. Köln/Weimar/Wien: Böhlau Verlag.

Autor:in

Carolyn Ehlke, Dr., Universität Hildesheim, Institut für Sozial- und Organisationspädagogik. *Forschungsschwerpunkte*: Historische Jugendhilfeforschung (Jugendhilfe in der DDR und in der BRD von 1945–1990), Aufarbeitung sexualisierter Gewalt, Hilfen zur Erziehung, insb. Pflegekinderhilfe, sozialpädagogische Professionalität.

Anschrift: Universität Hildesheim, Institut für Sozial- und Organisationspädagogik, Universitätsplatz 1, 31141 Hildesheim.

E-Mail: carolin.ehlke@uni-hildesheim.de

Forschende in der Pflicht? Erwartungen frühpädagogischer Fachkräfte an die Forschung im Arbeitsfeld. Ergebnisse einer qualitativen Studie

Regine Schelle

Zusammenfassung:

Forschende sehen sich nicht nur im Arbeitsfeld der Kindertagesbetreuung veränderten Erwartungen gegenüber. Wissenschaftler:innen sollen empirisches Wissen generieren und darüber die Öffentlichkeit informieren. Überdies sollen sie sich für einen nachhaltigen Transfer der Erkenntnisse sowie für eine Partizipation der Öffentlichkeit an wissenschaftlichen Prozessen einsetzen und damit eine intensive Kooperation mit Nicht-Wissenschaftler:innen anstreben. Gruppendiskussionen mit Teams in Kindertageseinrichtungen zeigen, dass sich diese Perspektive auch bei pädagogischen Fachkräften in Kindertageseinrichtungen findet, wenn sie der Forschung eine Funktion zuweisen und Erwartungen an sie formulieren. Forschungsergebnisse sollen aus ihrer Sicht nachhaltige und praxisnahe Effekte haben, sowohl die Öffentlichkeit als auch Eltern erreichen und insbesondere die Arbeitssituation in den Einrichtungen verbessern. Diese Erwartungen an die Reichweite empirischer Erkenntnisse sowie an Engagement von Wissenschaftler:innen im System der Frühen Bildung bleiben angesichts professioneller Identitäten und knapper Ressourcen kritisch zu diskutieren.

Schlagwörter: Frühe Bildung, Wissenstransfer, Erwartungen an Forschung, Gruppendiskussionen

Are researchers obliged to act? Early childhood education professionals' expectations of research. Results of a qualitative study

Abstract:

Nowadays researchers in different domains, including the field of early childhood education, is confronted with changed expectations. Scientists should generate empirical knowledge and inform the public about it. Additionally, researchers should aim at transferring their findings sustainably as well as engaging the public in their research. Thus, they should strive for intensive cooperations with non-scientists. Group discussions with teams in early childhood education centres show that this perspective is also found amongst pedagogical professionals when they assign a function to and express their expectations of research. In their view, research results should have sustainable and practical effects, should reach both the public and parents, and should particularly improve the working situation in the early childhood education centres. These expectations regarding the scope of empirical findings and the commitment of researchers in the early education system must be critically discussed in light of professional identities and scarce resources.

Keywords: Early childhood education, knowledge transfer, expectations of research, group discussions

1 Einleitung

Neben dem quantitativen Ausbau im System der Frühen Bildung lösten insbesondere die qualitativ gestiegenen Anforderungen an das Arbeitsfeld der Kindertageseinrichtungen (Kitas) einen nachhaltigen Entwicklungs- und Reformprozess auf unterschiedlichen Ebenen aus. Die Konzipierung der Kitas als Bildungsort, die Umsetzung inklusiver Pädagogik oder die Kompensation sozialer Ungleichheit können beispielhaft als zum Teil gesetzlich formulierte Ansprüche genannt werden, die den Druck auf die pädagogischen Fachkräfte wie auch auf die administrative und politische Ebene zunehmend erhöhen. Investitionen in die strukturelle Ausstattung der Einrichtungen, in die Aus- und Weiterbildung des pädagogischen Personals sowie in Praxis- und Organisationsentwicklungsprozesse können als Reaktion darauf erkannt werden. Parallel dazu stieg die Erwartung, dass Ergebnisse aus der Forschung Weiterentwicklungsprozesse legitimieren sollen. Als Konsequenz ist eine deutliche Zunahme der Forschungsaktivitäten im System der Kindertagesbetreuung zu beobachten (Schmidt & Smidt, 2018; Koch et al., 2018).

Trotz der damit wachsenden empirischen Basis weisen Studien darauf hin, dass Forschungsergebnisse für die pädagogische Praxis wenig Relevanz entfalten (z. B. Prigge, Simon & Schildknecht, 2019). Auch in anderen sozialpädagogischen Handlungsfeldern zeigt sich, dass empirisch gewonnene Erkenntnisse wenig rezipiert werden und scheinbar „versanden“ (Sehmer et al., 2020; Unterkofler, 2020; Thole, 2018). Die Verbreitung oder Weitergabe von empirisch fundierten Innovationen und Wissensbeständen kann als Transfer dieser beschrieben werden (Gräsel, 2010). Unterschiedlich wird verhandelt, wann ein solcher Transferprozess erfolgreich ist und von welchen Bedingungen er abhängt. Blickt man auf den Diskurs, zeigt sich, dass Transfer im Sinne einer Übertragung wissenschaftlichen Wissens in außerwissenschaftliche Bereiche zunehmend von einem stärker reziproken Transferverständnis im Sinne von Austausch, Aktivierung, Vernetzung sowie Transformation von Wissen zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis abgelöst wird (für einen Überblick: Blatter & Schelle, 2022). Als mögliche Erklärung für die zu beobachtende Versandung wissenschaftlicher Erkenntnisse diskutiert Schmiedl (2022) in diesem Zusammenhang, dass nach wie vor die subjektiven und institutionell geprägten Handlungslogiken der pädagogischen Mitarbeitenden, ihre Bedürfnisse und Perspektiven zu wenig Berücksichtigung bei der Konzipierung von Transferprozessen finden. Entsprechend gilt es, den Blick eben für diese Perspektiven zu öffnen. Um die Bedingungen für den Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse weiter zu ergründen, scheint es daher lohnend, die Rolle der pädagogischen Fachkräfte dahingehend zu analysieren. Denn vermutet werden kann, dass die institutionell geprägten Deutungs- und Handlungsmuster sowie die professionelle Identität pädagogischer Fachkräfte maßgeblich beeinflussen, wie sich die Austauschprozesse zwischen Praxis und Forschung gestalten (Blatter & Schelle, 2022).

So stellt sich zunächst die Frage, mit welcher Erwartungshaltung pädagogische Fachkräfte Forschungsergebnissen und Forschenden begegnen. Welche Funktion wird der Forschung für das Arbeitsfeld, für das eigene praktische Handeln zugeschrieben? Um diese offenen Fragen im Beitrag aufzugreifen, werden zunächst Diskurse aus der Wissenschaftsforschung dargelegt, bevor die Ergebnisse aus fünf Gruppendiskussionen mit fröhpädagogischen Fachkräften in Kitas präsentiert werden. Diese wurden im Rahmen des Projekts *„Metavorhaben: Qualitätsentwicklung für gute Bildung in der frühen Kindheit (Meta-*

QEB)¹ durchgeführt. Die Diskussion markiert zentrale Erkenntnisse der qualitativen Studie, ordnet diese ein und reflektiert abschließend, mit welchen Herausforderungen die Idee engagierter Wissenschaftler:innen verbunden ist.

2 Theoretische Rahmung und Forschungslage

Zu Erwartungen pädagogischer Fachkräfte an Forschende in der Frühen Bildung liegen nach eingehender Recherche aktuell noch sehr wenige empirische Ergebnisse vor. Erste Hinweise liefert eine Online-Befragung des Forschungsprojekts „Forschung trifft Kita“. Dazu wurden 1200 pädagogische Fachkräfte befragt, welche Aspekte aus ihrer Sicht für die konkrete Durchführung eines Forschungsprojekts in ihrer Einrichtung wichtig sind (Lattner & Rupprecht, 2021). Die Umsetzung des Datenschutzes, eine ausreichende Information über das Vorhaben, Flexibilität bei der Durchführung des Forschungsprojekts oder auch das Einhalten von Vereinbarungen sind Beispiele für solche Erwartungen (Lattner & Rupprecht, 2021). Darüber hinaus formulieren die befragten Fachkräfte einige Störquellen, die die Zusammenarbeit mit Forschenden und die Teilnahme an Forschungsprojekten erschweren. Neben fehlenden Ressourcen oder dem unpassenden Zeitpunkt, zu dem man angefragt wird, wird hier auch erwähnt, dass eine fehlende Beziehungsarbeit mit den Kindern durch die Forschenden als störend empfunden wird. Eher untergeordnet wird als Störfaktor beschrieben, dass die Forschung keinen Bezug zum Kita-Alltag aufweise oder auch die Konsequenzen aus den Forschungsergebnissen in der Praxis ausblieben. Als Ergebnis der Studie kann insbesondere auch festgehalten werden, dass die Fachkräfte erwarten, dass die Ergebnisse von Forschungsprojekten, an denen sie sich beteiligen, von den Forschenden direkt zurückgemeldet werden. Dies scheint häufig nicht stattzufinden (Rupprecht & Lattner, 2021).

Die Ergebnisse von Rupprecht und Lattner (2021) lassen erste Rückschlüsse darauf zu, mit welchen Vorstellungen pädagogische Fachkräfte Forschenden gegenüberstehen. Löst man diese aus dem Kontext der konkreten Erwartungen an Forschende, die ein Forschungsprojekt in der Einrichtung durchführen, werden erste Schnittstellen zu Beobachtungen der Wissenschaftsforschung deutlich. Dabei wird in den folgenden Ausführungen davon ausgegangen, dass Wissenschaft die Aufgabe hat, zum einen durch Forschung mit entsprechenden Methoden und Regelungen sowie zum anderen durch Theoriebildung den bestehenden wissenschaftlichen Diskurs einer Disziplin zu prüfen, zu erweitern und zu ordnen und damit einen Erkenntnisgewinn anzustreben. So entsteht über den Gegenstandsbereich einer Wissenschaftsdisziplin ein System von Erkenntnissen (Kron, 1999; Krüger, 2019). Da damit Forschung als eine Strategie zum Erkenntnisgewinn durch Wissenschaft verstanden werden kann, ist es sinnvoll, auf Ergebnisse der Wissenschaftsforschung zu blicken, die disziplinübergreifend Erwartungen an die Wissenschaft skizziert. Diese Beobachtungen zeigen, dass sich die Vorannahmen der Öffentlichkeit gegenüber der Wissenschaft in den

¹ Das diesem Artikel zugrunde liegende „Metavorhaben: Qualitätsentwicklung für gute Bildung in der frühen Kindheit (Meta-QEB)“ am Deutschen Jugendinstitut wurde mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung unter dem Förderkennzeichen 01NV1801 gefördert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei der Autorin.

letzten Jahrzehnten deutlich verändert haben (Weingart, 2015; Bogner, 2012). Dies lässt sich vor allem an zwei Entwicklungen festmachen, die im Folgenden nachgezeichnet werden und in Bezug zur erziehungswissenschaftlichen Forschung gesetzt werden.

- Zum Ersten wird die Erwartung an Wissenschaft erkennbar, dass empirische und theoretische Ergebnisse zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beitragen sollen und so ein konkreter Nutzen für die Gesellschaft entsteht (Küchler, 2017; Weingart, 2003). Auch die Erkenntnisse im Bereich der Erziehungswissenschaften bzw. der Bildungsforschung sollen dem Aufbau einer empirischen Wissensbasis dienen, die Weiterentwicklungs- und Steuerungsprozesse in den unterschiedlichen Arbeitsfeldern begründet und damit zu einer Verbesserung der Praxis führt. In diesem Zusammenhang rückt die Frage danach stärker in den Mittelpunkt, wie wissenschaftliche Erkenntnisse in außerwissenschaftliche Bereiche gelangen (Blatter & Schelle, 2022). Ein solcher Wissenstransfer kann als Voraussetzung für gesellschaftliche Entwicklungen betrachtet werden (Küchler, 2017). Von Erziehungswissenschaftler:innen wird teilweise erwartet, dass sie ihren „Elfenbeinturm“ verlassen, in dem sie sich scheinbar ohne Kenntnis der Praxis bewegen und Transferprozesse aktiv gestalten (Spiel, 2020). Durch Forschung soll die pädagogische Praxis Orientierung, Begründung und Legitimation erhalten (Radtke, 2012) sowie optimiert werden, wie in manchen Diskursen deutlich wird (Heid, 2015). Von der politischen Steuerungsebene wird erwartet, gesicherte Befunde zu Problemstellungen im Bildungswesen in entsprechende bildungspolitische Entscheidungen münden zu lassen (Reinders, Gräsel & Ditton, 2015).
- Zum Zweiten wird von der Wissenschaft nicht nur erwartet, Forschungsergebnisse zu liefern bzw. theoretische Konzepte weiterzuentwickeln und die Öffentlichkeit darüber zielgruppenspezifisch zu informieren. Der Anspruch geht darüber hinaus: Wissenschaftler:innen sollen in einen Dialog mit der Öffentlichkeit treten und Nicht-Wissenschaftler:innen aktiv in die Prozesse der Forschung und Theoriebildung einbeziehen. Bogner (2012) fasst diese Entwicklung mit dem Leitsatz „Von der Information zur Partizipation“ zusammen und spricht von einem *participatory turn* innerhalb der Wissenschaft. Ziel muss es sein, die Standpunkte der Laien ernst zu nehmen, „um die Beziehung zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit zu stabilisieren“ (Bogner, 2012, S. 383). Im Zuge dessen gewinnt zwar auch die Wissenschaftskommunikation sowie die Öffentlichkeitsarbeit an Bedeutung. Jedoch werden von Wissenschaftler:innen auch teilweise weiterführende Aktivitäten dahingehend erwartet, partizipative Strukturen zu etablieren sowie den Dialog mit relevanten Stakeholdern für den Forschungsbereich zu initiieren und aufrecht zu erhalten. Engagierte Forschende sollen den Anspruch verfolgen, verändernd zu wirken und eine gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen (Hamm, 2013). In diesem Zusammenhang wird ebenfalls die ethische Verantwortung der Wissenschaftler:innen in der Bildungsforschung intensiv diskutiert. So heben Schrader et al. (2020) hervor, dass Forschende im Rahmen von Implementationsstudien nicht nur gegenüber den Studienteilnehmenden, sondern auch gegenüber anderen beteiligten sozialen Gruppen, der Organisation sowie deren Umfeld verpflichtet sind. Darüber hinaus werden zunehmend Netzwerke zwischen Wissenschaftler:innen und pädagogisch Tätigen als eine der entscheidenden Voraussetzungen (neben z. B. strukturellen Rahmenbedingungen) für eine nachhaltige Weiterentwicklung im Bildungsbereich diskutiert und entsprechende Handlungsfelder dafür identifiziert (siehe dazu im Überblick: Blatter & Schelle, 2022).

Zu erwähnen bleibt, dass diese Entwicklungen keineswegs unkritisch betrachtet werden. Für den Bildungsbereich wird etwa diskutiert, inwieweit Wissenschaft und dabei Forschung über Definitionsmacht verfügt, ein Optimum an pädagogischer Praxis zu formulieren (Heid, 2015) und Forschungsergebnisse auch außerhalb einer direkten Verwertbarkeit (Grundlagenforschung) von besonderer Relevanz sind (Altrichter et al., 2005). Auch eine evidenzbasierte Weiterentwicklung und Professionalisierung wird dabei kritisch reflektiert (z. B. Bellmann & Müller, 2011; Vandenbroeck, 2012; Friederich & Schelle, 2022). Darüber hinaus werden die (Rollen)Konflikte, die sich für Wissenschaftler:innen aus diesen veränderten Erwartungen ergeben, diskutiert (z. B. Bogner, 2012). Und dennoch zeigt dieser Blick in die Wissenschaftsforschung, dass die veränderten Erwartungen der Nicht-Wissenschaftler:innen an Wissenschaft nicht isoliert, sondern als gesellschaftliches Phänomen betrachtet werden müssen. Um dieses Phänomen für die Frühe Bildung zu konkretisieren und dem Forschungsdesiderat, das zu Beginn festgestellt wurde, zu begegnen, können die Daten der vorliegenden Studie erste Anhaltspunkte liefern. Dabei wird der Blick darauf gerichtet, mit welchen Erwartungen Fachkräfte als Akteur:innen der pädagogischen Praxis in Kitas auf Forschungsergebnisse und Forschende blicken und welche Funktion sie diesen für das Arbeitsfeld zuschreiben.

3 Methodisches Vorgehen

Das Projekt Meta-QEB verfolgte neben der Begleitung der BMBF-Förderrichtlinie „Qualitätsentwicklung guter Bildung in der frühen Kindheit“ auch die Zielsetzung, die Bedingungen des Wissenstransfers innerhalb des Systems der Frühen Bildung nachzuzeichnen (Blatter & Schelle, 2022). Um dabei der Perspektive der pädagogischen Fachkräfte Raum zu geben, wurden fünf problemzentrierte Gruppendiskussionen in Kitas durchgeführt (Kühn & Koschel, 2018). Leitend für die Konzipierung der Gruppendiskussionen waren die beiden Forschungsfragen, wie sich pädagogische Fachkräfte von Forschenden wahrgenommen fühlen und welche Erwartungen sie an Forschende *im* Arbeitsfeld und an Forschungsergebnisse *für* das Arbeitsfeld formulieren.

Die Gruppendiskussionen fanden im Oktober 2021 in fünf Kitas im Großraum München mit den dort tätigen pädagogischen Fachkräften statt. Entscheidend für das Sampling war, dass möglichst unterschiedliche Einrichtungen in Größe, Trägerschaft und Standort teilnahmen (Flick, 2014)². Die Mitarbeiter:innen einer der fünf Einrichtungen (*Kita 5*) nahmen laut eigenen Aussagen schon öfter an Forschungsprojekten und Modellprojekten teil, das Team aus *Kita 4* war zum Zeitpunkt der Gruppendiskussion ebenso an einem Modellprojekt beteiligt. Die Kita-Teams sind dabei unterschiedlich in Größe und Zusammensetzung, wobei es in größeren Einrichtungen (*Kita 3*, *Kita 7*) den pädagogischen Fachkräften selbst überlassen blieb, wer sich an der Diskussion beteiligte. Überwiegend nahmen an den Gruppendiskussionen Fachkräfte mit dem Abschluss zum/zur Erzieher:in teil. In zwei Teams waren auch Fachkräfte mit Hochschulabschluss beteiligt (siehe *Tabelle 1*).

² Auf der Basis einer zufälligen Internetrecherche wurden entsprechend von April bis September 2021 insgesamt 51 Einrichtungen kontaktiert, von denen letztlich sieben die Teilnahme zusagten.

Tabelle 1: Realisiertes Sample (eigene Abbildung)

Kita	Teilnehmende	Qualifikationen	Lage	Träger	Anzahl betreuter Kinder
2	3 (Leitung, stellvertr. Leitung, 1 päd. Fachkraft)	1 Erzieher:in 1 Kinderpfleger:in 1 Dipl. Sozialpädagog:in	Großstadt	Frei	22
3	7 (Leitung, stellvertr. Leitung, 5 päd. Fachkräfte)	7 Erzieher:innen	Mittelstadt	Kommunal	260
4	5 (stellvertr. Leitung, 4 päd. Fachkräfte)	1 Grundschullehrkraft 1 Hochschulabschluss (nicht näher bezeichnet) 2 Erzieher:innen 1 Kinderpfleger:in	Großstadt	Frei	88
5	7 (Leitung, stellvertr. Leitung, 3 päd. Fachkräfte, 1 Azubi, 1 FSJler:in)	5 Erzieher:innen 1 in der Ausbildung zur Erzieher:in, 1 Abitur (FSJ)	Großstadt	Frei	Bis zu 41
7	3 (Leitung, stellvertr. Leitung, 1 päd. Fachkraft)	2 Erzieher:innen 1 Kinderpfleger:in	Land-gemeinde	Frei	43

Anmerkung: Zwei weitere geplante Diskussionen (Kita 1, Kita 6) konnten aufgrund einer Infektion mit Covid-19 in der Einrichtung sowie einer nicht näher begründeten Absage kurzfristig nicht durchgeführt werden.

Die Moderation orientierte sich an einem Leitfaden, der unter anderem die Themenbereiche Erwartungen der pädagogischen Fachkräfte an die Forschenden und Forschungsergebnisse, Kooperation mit Forschenden, sowie Rezeption von Forschungsergebnissen umfasste. Der Leitfaden wurde sehr flexibel eingesetzt, so dass den Teilnehmenden ausreichend Raum blieb, eigene Themen zu setzen. Nur falls notwendig wurden durch die Moderation problemorientierte Nachfragen gestellt, um den Teilnehmenden die Möglichkeit zu geben, Antworten zu erweitern bzw. zu fokussieren (Kühn & Koschel, 2018). Um eine Verbindung zwischen den beruflichen Erfahrungen der Teilnehmenden und der Qualitätsforschung herzustellen (Kühn & Koschel, 2018), wurden die Gruppendiskussionen mit einem Impuls eröffnet, der sich auf Ergebnisse frühpädagogischer Qualitätsforschung bezog, die Kitas eine mittelmäßige Qualität bescheinigen³. Dieser Grundreiz wurde gewählt, um die Diskussion der Teilnehmenden anzuregen und zu fokussieren (Lamnek, 2005; Kühn & Koschel, 2018) (ausführlich zur Methode: Blatter & Schelle, 2023).

³ Genutzt wurden dabei Ergebnisse der Studie „Nationale Untersuchung zur Bildung, Betreuung und Erziehung in der frühen Kindheit (NUBBEK)“.

Die vollständig transkribierten Gruppendiskussionen (Dauer von 76 bis 107 Minuten) wurden mittels der Analyseschritte einer inhaltlich-strukturierenden Inhaltsanalyse ausgewertet (Kuckartz, 2016). Damit wurde zunächst das Ziel verfolgt, einen thematischen Querschnitt durch das umfangreiche Datenmaterial zu ziehen (Lamnek & Krell, 2016). Die thematischen Bezüge wurden dabei mit den gruppenspezifischen Entwicklungen sowie szenischen Informationen ins Verhältnis gesetzt und ebenso individuelle, biografisch geprägte Eigenheiten der Befragten einbezogen (Kühn & Koschel, 2018).

Erster Analyseschritt war dafür die initiiierende Textarbeit, in der die Argumentationslinien, Themensetzungen, die inhaltlichen Bezüge sowie die Kontextbedingungen jeder Gruppendiskussion festgehalten wurden. Auf dieser Basis wurden in einem zweiten Schritt fünf Fallzusammenfassungen erstellt, die die Kennzeichen der Themen markierten sowie erste Hypothesenformulierungen ermöglichten (Kuckartz, 2016). In der anschließenden Erstellung des Kategoriensystems wurden thematische, analytische sowie natürliche („In-vivo-Codes“) Kategorien entwickelt (Kuckartz, 2016). Dabei wurden zunächst deduktive Hauptkategorien entlang der Forschungsfragen festgelegt, die mit Haupt- und Subkategorien induktiv aus dem Datenmaterial heraus erweitert und ergänzt wurden. Insgesamt entstanden elf Hauptkategorien und 58 Subkategorien. In einem Kategorienhandbuch wurden die Bedeutung der Kategorien mit Ankerbeispielen festgehalten sowie Codierregeln festgelegt (Kuckartz, 2016).

Tabelle 2: Kategoriensystem (eigene Abbildung)

I Beschreibung der Forschung durch Praxis	II Erwartungen an Forschung
1 "diese Forschung"	6 Konsequenzen und Umsetzung begleiten
2 Adressat:innen	7 bessere Öffentlichkeitsarbeit
3 Misstrauen	8 Verbesserung
4 Aufgaben	9 Aufklärung
5 Disziplinen	10 Lobbyarbeit
III Quellen für Wissen	11 Bestätigung der pädagogischen Arbeit
14 TV	12 Forschung soll beruhigen
15 persönlicher Kontakt	13 Motivation für Forschung transparent machen
16 Veranstaltungen oder Projekte	IV Kluft zwischen Praxis und Forschung
17 Zeitpunkt des Informierens	24 realitätsferne Forschung
18 Kompetenzen der Fachkräfte dafür	25 Kooperation und Beteiligung
19 Fachbücher und Texte	26 geringe Anerkennung durch Forschung
20 Internet	27 Handlungsdruck der Praxis
21 Weiterbildung	28 Forschende kennen Praxis nicht
22 Ausbildung	29 Methoden der Forschung nicht angemessen
23 kein Zugang zu Forschungsergebnissen	30 Forschungsfragen

V Konsequenzen von Forschung	VI Wie sich Praxis wahrgenommen fühlt
31 Fundierung der Ausbildung	41 fehlende finanzielle Anerkennung
32 kein Mehrwert	42 fehlende Anerkennung der Kompetenzen
33 Forschungsergebnisse rechtfertigen	43 fehlende Anerkennung des Arbeitsfelds
34 fürs Handeln nutzbar	44 ungehört
35 Druck auf Fachkräfte	45 "ganz unten" Hierarchie
36 Druck auf Eltern	46 keine Entscheidungs- und Gestaltungsmacht
37 Optimierung von Kindheit	VIII Maßstab für das pädagogische Handeln
38 produziert nichts Neues	47 Wohlbefinden der Kinder
39 Ergebnisse werden nicht gehört	48 pädagogische Konzepte
40 setzt laufend neue Trends	49 persönliche Erfahrungen
VII Veränderung und Weiterentwicklung	50 bestmögliche Entwicklung der Kinder
51 wer kann Veränderungen umsetzen	X Team
52 Hemmschuhe für Veränderung	56 Zusammenarbeit
53 Impulse	57 Bestätigung der eigenen Arbeit
54 Veränderungsdruck	58 Abgrenzung zu anderen Kitas
55 Offenheit für Veränderung	XI Transformation von empirischem Wissen
IX Professionsverständnis	

Entlang des Kategoriensystems wurden die Gruppendiskussionen mittels der technischen Unterstützung durch das Programm MAXQDA (1989–2021) codiert. Zwei Forschende codierten das Datenmaterial unabhängig voneinander und verglichen anschließend die Codierungen („subjective assessment“; Guest et al., 2012, S. 89). Das Anfertigen von Memos und das Abgleichen strittiger Codierungen ermöglichte ein konsensuelles Codieren (Kuckartz, 2016). Für die vorliegende Teilauswertung des Datenmaterials stand die zunächst deduktiv festgelegte Hauptkategorie ‚Erwartungen der Praxis‘ im Fokus, deren Subkategorien induktiv entlang des Datenmaterials ergänzt wurden: 1) Konsequenzen und Umsetzung begleiten, 2) bessere Öffentlichkeitsarbeit, 3) Verbesserung, 4) Aufklärung, 5) Lobbyarbeit, 6) Bestätigung der pädagogischen Arbeit, 7) Beruhigung und 8) Motivation transparent machen. Dazu wurden thematische ‚Summaries‘ entlang einer Themenmatrix erstellt und vertiefende Einzelfallinterpretationen durchgeführt sowie Zusammenhänge innerhalb verschiedener Haupt- und Subkategorien erkennbar (Kuckartz, 2016). So konnten unterschiedliche Themenschwerpunkte herausgebildet werden, die die inhaltliche Struktur der Diskussionsthemen wiedergeben.

4 Ergebnisse

Für die zusammenfassende Darstellung der Erwartungen der teilnehmenden Fachkräfte an Forschung werden die Diskussionsthemen entlang der vertiefenden Vergleiche sowie der Analysen der Zusammenhänge zwischen verschiedenen Haupt- und Subkategorien in

Schwerpunkten gebündelt dargestellt und anhand von Zitaten veranschaulicht (Blatter & Schelle, 2023). Szenische sowie kontextuelle Informationen zu unterschiedlichen Momenten und Interaktionen innerhalb der Gruppendiskussionen werden ergänzt, um die Atmosphäre sowie Dynamiken innerhalb der Gruppe abzubilden (Kühn & Koschel, 2018).

Praxisnahe Forschung: Erträge und Beteiligung

Als eine, in allen fünf Gruppendiskussionen, geäußerte Erwartung kann eine Praxisnähe der Forschung beschrieben werden, die aus Sicht der beteiligten pädagogischen Fachkräfte Voraussetzung dafür ist, dass die Ergebnisse für die Praxis ertragreich werden. Eine solche Praxisnähe scheint aber aus Sicht der Befragten kaum vorhanden zu sein. Begründet wird dies in allen Diskussionen damit, dass die Forschenden die Bedingungen in der Praxis und die komplexen Anforderungen, denen Fachkräfte gerecht werden müssen, kaum nachvollziehen könnten (Schelle & Blatter, 2023).

Erst durch eine stärkere Praxisnähe könnten empirische Ergebnisse auch Veränderungen im Arbeitsfeld bewirken. Diese Erwartung wird vor allem in der Diskussion in *Kita 5* als essenziell für eine sinnhafte Forschung beschrieben, die Gedanken dazu dominierten an unterschiedlichen Stellen die Diskussion. *Kita 5* ist eine Einrichtung, die sich in den letzten Jahren häufiger an Forschungsprojekten beteiligte und damit auf Kooperationserfahrungen zurückgreifen kann. In diesem Kontext entspinnt sich der Anspruch, dass Forschungsergebnisse nicht nur Mängel feststellen, sondern in konkrete Ideen für Verbesserungen der Praxis münden sollten. Schon die Zielsetzungen der Forschungsprojekte sollten dies berücksichtigen und entsprechend umformuliert werden (z. B. nicht nach dem Qualitätsstandard fragen, sondern danach, wie dieser verbessert werden könne). Ergäben sich keinerlei Konsequenzen aus der eigenen Forschung, müsse das auch für die Forschenden sehr frustrierend sein, so die Vermutung der Befragten im Laufe der Diskussion. In diesem Zusammenhang wird die Erwartung formuliert, dass Forschende teilnehmende Einrichtungen beraten sollten, wie sich diese weiterentwickeln könnten.

B4: Ja, und auch, wenn man dann so ein Ergebnis hat, dass es halt quasi auch die Forschung einem vielleicht WEGE eröffnet, zeigt, die man gehen könnte. Weil das eine ist // ja, zu sagen, eure QUALITÄT ist schlecht, und dann quasi die Kitas mit dieser äh Einsicht allein zu lassen oder halt auch wirklich sagt, das KÖNNTE man an dem Punkt machen. Weil, das ist eben das Gute, wenn einer von außen draufguckt, der sieht halt andere Sachen.

B3: Mhm (bejahend). // Finde ich auch.

B7: Vorschläge geben oder

B3: Ja, ja.

B7: oder dass man dann zum Beispiel/

B3: Oder/ oder ich schicke euch // eine pädagogische Qualitätsbegleitung, die hilft euch da und, und da, und da.

B7: Ja. Genau. So was. UM etwas zu verbessern. (Kita 5, 378–386)

Forschende müssten den Fachkräften in den Kitas zumindest Unterstützungsangebote und Ideen unterbreiten, damit diese sich „selber an der Nase packen können, um was zu verbessern“ (Kita 5, B7, 1054).

Insbesondere in *Kita 2* und *Kita 7* wird darüber hinaus die Erwartung formuliert, dass Forschung die Aufgabe habe, die Umsetzbarkeit der empirischen Ergebnisse kritisch zu prüfen. Die Verantwortung der Forschenden ende nicht, wenn z. B. ein Förderprogramm entwickelt wurde. Ideen zur Weiterentwicklung und Veränderung sollten von den Forschenden begleitet werden, bevor sie für Kitas „zum Gültigen“ (Kita 2, B2, 434) gemacht werden. Die Einbindung der pädagogisch Tätigen bei diesem Prozess, z. B. die gemeinsame Reflexion eines neuen Verfahrens und wie dieses im Alltag der Kita umgesetzt werden könne, wird in *Kita 2* und *Kita 7* als bedeutend hervorgehoben. Das sei ein wichtiger Schritt, um Praxis voranzubringen und diese nicht zusätzlich mit Veränderungsideen zu belasten.

Auch zu diesen/ zu diesen// Themenschwerpunkten, die man dann da aufstellt oder zu diesen Forschungsergebnissen oder WENN da irgendwas geforscht wird, dann einfach in die Praxis zu gehen und das zu verifizieren – ist das denn wirklich so oder wie kommt das an? Ja? Bevor das immer so in den Raum gestellt wird. (Kita 2, B2, 434)

Um eine Beteiligung der Praxis zu erreichen, so wird in *Kita 3* thematisiert, müssten die Forschenden sich in einem ersten Schritt für die Situation in den Kitas interessieren und nachfragen, was die pädagogischen Fachkräfte, Träger- oder auch Verwaltungsvertreter:innen benötigen. Die Fachkräfte sollten als Expert:innen wahrgenommen werden und entsprechend Weiterentwicklungen aktiv mitgestalten bzw. auch in Forschungsprozesse einbezogen werden. Es wird die Frage formuliert, warum nicht „eine Kinderpflegerin, die zehn Jahre gearbeitet hat, in dem Forschungsprojekt mitarbeiten“ könne (Kita 3, B3, 405). So erhalte man Informationen „aus erster Hand“ (Kita 3, B1, 406). Im weiteren Verlauf wird diskutiert, dass es einen großen Mehrwert hätte, alle Beteiligten partizipieren zu lassen.

Vielleicht dass man da alle, die da mit zusammenspielen, ins Boot holt. So wie das die pädagogischen Fachkräfte, Eltern und vielleicht auch Kinder irgendwie mit reinholt, wenn's um so was geht. Das // betrifft ja alle. (Kita 3, B6, 411)

Öffentlichkeitsarbeit: Ergebnisse und Forschungsziele erreichen die Praxis

Die teilnehmenden pädagogischen Fachkräfte beschreiben in den Diskussionen sehr viele unterschiedliche Informationsquellen, über die sie an neues Wissen gelangen (Blatter & Schelle, 2023). Fachzeitschriften bzw. Publikationen werden erwähnt, deutlich priorisiert wird allerdings in allen Kitas der persönliche Kontakt auf Veranstaltungen wie bei Weiterbildungen oder bei trägerübergreifenden Meetings und der Austausch mit Kolleg:innen. Im Dialog mit anderen erfahren die Befragten neue Entwicklungen, Verfahren und erhalten wichtige Impulse für die eigene Praxis. Konkrete Forschungsergebnisse seien allerdings nur schwer zugänglich (Kita 3, Kita 4, Kita 5) und müssten auch in den Medien deutlich präsenter sein (Kita 4, Kita 5). Die pädagogischen Fachkräfte in *Kita 5* schildern in der Dis-

kussion, wie schwierig der Zugriff auf empirische Ergebnisse sei und dass diese zum Beispiel durch einen News-Ticker oder im Sinne eines Online-Archives, dessen Qualität und Integrität gewährleistet sei, aufbereitet werden müssten.

Doch nicht nur die Forschungsergebnisse sollten leichter zugänglich sein. Es wird auch die Erwartung formuliert, mehr Informationen darüber zu erhalten, woran Forschende mit welcher Fragestellung und mit welchen Motiven gerade arbeiten (*Kita 3*). Es sei nicht nachvollziehbar, warum manche Forschungsfragen aufgegriffen werden, und es wird vermutet, dass Forschung sich auch oft selbst erhalten wolle (*Kita 3, Kita 4*). In allen fünf Gruppendiskussionen zeigt sich dabei ein sehr diffuser Forschungsbegriff. Die Fachkräfte äußern offen (*Kita 3, Kita 5, Kita 7*), dass sie über geringe Kenntnisse verfügen, wie Forschung ablaufe. Es werden unterschiedliche Disziplinen genannt (Neurobiologie, Sprachwissenschaften, Medizin, Entwicklungspsychologie, Bildungsforschung etc.). Dabei bleiben die Forschungsfragen und -gegenstände sowie die Methoden und Zielsetzungen von Forschung unklar und abstrakt. Auch die Aufgaben von Forschung werden in den Diskussionen nicht zielsicher formuliert und mit den Aufgaben anderer Ebenen wie den Verantwortungsbereichen der Bildungspolitik vermischt (*Kita 3, Kita 4, Kita 7*). Diskutiert wird in diesem Zusammenhang der Wunsch nach mehr Transparenz in Bezug auf Forschungsfragen, -zielsetzungen und -motiven (Schelle & Blatter, 2023).

Öffentlichkeitsarbeit: Die Eltern erreichen und aufklären

Die Zusammenarbeit mit den Eltern, die von Herausforderungen geprägt ist, und die wachsenden Anforderungen, die Eltern zu beraten und zu begleiten, werden in allen fünf Gruppendiskussionen ausführlich thematisiert. Eltern werden als verunsichert und fordernd beschrieben und die Zusammenarbeit wird als konfliktreich diskutiert. Obwohl die Gruppendiskussionen thematisch mit der Kooperation zwischen Forschung und Praxis gerahmt waren, wurden diese Perspektiven über weite Teile der Gruppendiskussionen zwischen den beteiligten pädagogischen Fachkräften verhandelt. So mag es nicht verwundern, dass in drei Kitas thematisiert wird, dass die Forschenden vor allem die Eltern als Zielgruppe erreichen sollten. Hier bedürfe es einer besseren Wissenschaftskommunikation (*Kita 3, Kita 4, Kita 7*).

B3: Und solche Studien sollten vielleicht auch mal richtig ÖFFENTLICH gemacht werden.

B4: (leise) Ja, stimmt.

B3: Also äh nicht nur in unserem Bereich öffentlich, sondern dass es halt mal die BANDBREITE, alle ELTERN erfahren und so. Also das ist schon so, dass wir da mal so ein bisschen gehört werden auch irgendwie, ja. (Kita 4, 38–40)

Eine Fachkraft aus *Kita 4* hebt mit Zustimmung der anderen Teilnehmenden zudem hervor, dass die Pädagog:innen ja wüssten, was wichtig für die Arbeit in Kitas sei, die Eltern hingegen nicht immer. An diese Zielgruppe müssten Forschungsergebnisse effektiver kommuniziert werden. Wenn die Eltern z. B. für den Mangel an Personal und dessen Auswirkungen sensibilisiert werden könnten, würde dies vielleicht zu einem höheren Engagement der Eltern führen, sich für das Arbeitsfeld einzusetzen (*Kita 4*).

Darüber hinaus formulieren die Befragten die Erwartung, dass Forschungsergebnisse Eltern beruhigen und deren Verunsicherung verringern müssten. Die Diskussionen in *Kita 2* und *Kita 7* sind von einer kritischen Betrachtung des zunehmenden Optimierungsdrucks auf Eltern und Kinder geprägt, der durch Forschung verstärkt werde. Man müsse von dem Erwartungs- und Förderungsdruck abkommen und sich aufbauend auf den Ergebnissen der Hirnforschung und der Entwicklungspsychologie auf das besinnen, was wirklich hilfreich und nötig für das kindliche Lernen sei (*Kita 2*). Ergebnisse aus der Neurobiologie sollten den Eltern daher wiederholt vermittelt werden, damit deutlich werde, was es zum Lernen eigentlich brauche. Das könne die Eltern darin bestärken, nicht jedem Trend hinterherzulaufen und fortwährend über eine bessere Förderung ihres Kindes nachzudenken (*Kita 7*).

Dass bei der Kommunikation der Forschungsergebnisse an die Eltern ein stärkeres Engagement der Forschenden wichtig sei, wird durch die Fachkräfte in *Kita 3* auch damit begründet, dass den Eltern offensichtlich die Kompetenz fehle, veröffentlichte Forschungsergebnisse richtig zu interpretieren. Eltern würden eine Schlagzeile lesen, diese aufgreifen und erwarten, dass die pädagogischen Fachkräfte das entsprechend umsetzen. Hier benötige es ausführlichere und leicht zugängliche Informationen und Erläuterungen der Forschungsergebnisse. In *Kita 3* sehen sich die Fachkräfte häufig mit Veränderungsideen der Eltern konfrontiert, wie mit dem Wunsch, Kinder vor dem Wickeln nach deren Einverständnis zu fragen oder das Mittagessen nicht mehr nur zu bestimmten Zeiten anzubieten. Diese Wünsche der Eltern werden als konträr zu den eigenen pädagogischen Vorstellungen verhandelt, wie die Erziehung zum Gemeinschaftssinn, die durch ein gemeinsames Essen gestärkt werde. Eine verantwortungsbewusste und auch für Eltern zugängliche Kommunikation der Forschungsergebnisse sei daher von großer Bedeutung.

Engagierte Forschende und Lobbyarbeit: Verbesserung der Arbeitssituation

In allen fünf Gruppendiskussionen wird eine deutliche Frustration über die aktuellen Arbeitsbedingungen deutlich. Nicht nur die Zusammenarbeit mit den Eltern wird kritisch reflektiert, sondern es wird insgesamt von steigenden Anforderungen – unter anderem durch die COVID-19-Pandemie – und vor allem vom Personalmangel berichtet. Der Wunsch und die Erwartung, dass sich auf unterschiedlichen Ebenen etwas verändern muss, werden von den Fachkräften wiederkehrend diskutiert. In diesem Zusammenhang erscheint es folgerichtig, dass die Teilnehmenden auch die Forschenden dafür in die Verantwortung nehmen (Schelle & Blatter, 2023).

In zwei Kitas (*Kita 3* & *Kita 4*) wird in den Diskussionen thematisiert, dass Forschung für eine höhere gesellschaftliche Anerkennung der frühen Bildung Sorge tragen solle. So solle frühe Bildung als gleichermaßen bedeutsam wie schulische Bildung wahrgenommen werden und Forschende sollten in die „*Breite der Gesellschaft*“ (*Kita 4*, B2, 1056) tragen, wie wichtig die Arbeit in Kitas sei, um Bildung von Anfang an zu unterstützen. Es benötige eine Studie, die einen solchen „*Aha-Effekt*“ (*Kita 4*, B2, 1056) erziele und deutlich aufzeige, dass die Arbeit in Kitas besonders wertvoll für die Gesellschaft sei. Letztlich wird in *Kita 4* auch diskutiert, dass daran die Hoffnung geknüpft werde, durch eine bessere Entlohnung der Arbeit und einer verstärkten akademischen Ausbildung die Attraktivität des Berufs zu erhöhen.

In der Diskussion in *Kita 7* wird die Hoffnung geäußert, dass sich durch eine enge Zusammenarbeit zwischen den Forschenden und pädagogischen Fachkräften mit dem Ziel einer Verbesserung, z. B. der strukturellen Rahmenbedingungen, neue Wirkkraft entfalten könne. Als Einzelkämpfer habe man geringe Chancen, etwas zu verändern, aber wenn Forschung und Praxis an einem Strang zögen, könne vielleicht etwas verändert werden.

Dafür seien Wissenschaftler:innen wichtig, so wird in *Kita 5* diskutiert, da Politik den pädagogischen Fachkräften kaum zuhören würde. Ziel müsse es sein, auf der politischen Ebene ein Bewusstsein dafür zu schaffen, wie schwierig die Arbeitssituation in den Einrichtungen sei. In *Kita 4* wird thematisiert, dass unverständlich sei, warum viele Forschungsergebnisse vorliegen, auf Seiten des zuständigen Ministeriums aber noch keine entsprechenden Maßnahmen eingeleitet wurden. Forschung müsse wohl deutlichere Empfehlungen aussprechen, damit notwendige Schritte klarer werden.

Von den teilnehmenden Fachkräften aus *Kita 5* und *Kita 7* wird als sehr positiv beschrieben, wenn sich innerhalb der Wissenschaft Persönlichkeiten hervortun, die für die Fachkräfte, die Praxis kämpfen und sich für diese stark machen.

B3: Ja, oder dass jemand // einfach (.), am besten natürlich ein Wissenschaftler, der/ der auch ein bisschen gehört wird, dass der einfach als (.) Frontfigur, oder diejenige als Frontfigur das irgendwie sammelt und/ und einfach als/ als Sprecher (.) vielleicht sich mal aufmerksam in der Politik wirklich einmischt und vielleicht auch da in ein paar Parteien jemanden findet, der/ Also man bräuchte halt starke Unterstützer. Oder braucht halt wirklich ähm zahlungskräftige ähm Bekannte, was weiß ich, wichtige Unterstützer.

I2: Hm (bejahend).

B3: Weil ohne Lobby geht gar nichts, also das läuft, verläuft sich alles immer so im Sand und das ist wirklich ein bisschen deprimierend. Man fühlt sich da schon manchmal so ein bisschen allein.

I2: Hm (bejahend).

B3: Und (.) diese/ diese (.) (räuspert sich) Floskel, die Kinder sind uns das Wichtigste, das ist halt wirklich nur eine Floskel, gell? Und das ist schon ein bisschen traurig.

I2: Hm (bejahend).

B1: Ja, weil im Vordergrund steht immer das Geld. Das ist einfach so. (Kita 7, 267–273)

Da brauchen wir einen Fthenakis⁴ (...). Der kämpft für uns. (lacht) (Kita 5, B1, 609–611)

5 Diskussion und Fazit

Zusammenfassend zeigen die Themen der Gruppendiskussion, dass die beteiligten pädagogischen Fachkräfte zum Teil sehr deutliche Erwartungen gegenüber Forschung und Forschungsergebnissen formulieren. Diese Erwartungen können als anschlussfähig an die

⁴ Prof. Dr. mult. Wassilios Fthenakis war von 1995 bis 2002 Leiter des bayerischen Staatsinstituts für Frühpädagogik. Er verantwortete u. a. die Entwicklung des bayerischen Bildungsplans für Kindertageseinrichtungen.

Beobachtungen der Wissenschaftsforschung betrachtet werden, wie sie in *Kapitel 2* dargelegt wurden, und sind in Teilen auch anschlussfähig zu den Ergebnissen von Rupprecht und Lattner (2021). So sollen Forschungsergebnisse praxisnah sein und Problemlösungen für die Praxis anbieten. Die pädagogischen Fachkräfte wollen konkrete Unterstützungsangebote durch Forschende erhalten, damit sie die pädagogische Praxis weiterentwickeln können. Darüber wird ebenso formuliert, dass die Praxis stärker an Prozessen der Forschung sowie Evaluation beteiligt werden sollte, damit Veränderungsideen nicht als Belastung, sondern als Bereicherung der pädagogischen Arbeit wahrgenommen werden können.

Engagierte Forschende werden aus Sicht der Befragten als entscheidend angesehen, wenn sich die Situation im Arbeitsfeld verbessern soll. Erwartet wird, dass Forschende Verantwortung übernehmen, die Beteiligten in der Kita nicht als „Datenlieferant:innen“ nutzen (Rupprecht & Lattner, 2020), sondern aktiv eine Weiterentwicklung vorantreiben und sich für Fachkräfte, Kinder und Eltern einsetzen. Die beteiligten Fachkräfte erwarten Forschende, denen nicht nur an der eigenen wissenschaftlichen Reputation gelegen ist, sondern deren Interesse den Eltern, den Kindern und nicht zuletzt den pädagogisch Tätigen gilt.

In allen fünf Gruppendiskussionen wird dabei der Unmut über die bestehenden Arbeitsbedingungen, wie dem Personalmangel, den steigenden Erwartungen oder dem anhaltenden Veränderungsdruck, deutlich geäußert. Forschenden werden teilweise Aufgaben zugeschrieben, für die diese kein Mandat besitzen. So könnte hier interpretiert werden, dass die pädagogischen Fachkräfte den selbst erlebten Druck an Forschung weitergeben und diese daher adressieren, sich für die Interessen des Arbeitsfeldes einzusetzen.

Der bilanzierende Blick auf die Analyse zeigt darüber hinaus, dass die beteiligten pädagogischen Fachkräfte keine beschreibbare Erwartung auf der Ebene einer individuellen Professionalisierung durch neues Wissen aus der Forschung formulieren. Die Funktion wissenschaftlichen Wissens, als Deutungsangebot zur Reflexion und Weiterentwicklung des pädagogischen Handelns beizutragen, wird im Rahmen der Professionalisierungsdebatte innerhalb der Erziehungswissenschaften zwar hervorgehoben (Helsper, 2021), findet aber im Rahmen der Gruppendiskussionen keine konkrete Erwähnung. Im Vordergrund stehen scheinbar zunächst das gesamte Arbeitsfeld und die Arbeitssituation. Dies mag auch darin begründet sein, dass die beteiligten pädagogischen Fachkräfte deutlichen Unmut, teilweise auch Resignation mit Blick auf die durch die Pandemie verschärfte Situation in den Einrichtungen äußerten und entsprechend der Fokus in den Diskussionen häufig auf diese Themen gerichtet war. Nur in einer Phase der Gruppendiskussion in *Kita 4* deutet sich auf Nachfragen durch die Moderation an, dass dem wissenschaftlichen Wissen für die Bewältigung der pädagogischen Aufgaben durchaus ein Nutzen zugeschrieben wird. Es gebe Sicherheit und Orientierung im pädagogischen Handeln (Radtke, 2012; *Kapitel 1*) und könne dann abgerufen werden, wenn man es brauche. Vermutet werden kann in diesem Zusammenhang, dass Forschung von den Fachkräften zunächst als etwas eher Abstraktes wahrgenommen wird und sich erst nach intensiver Reflexion und Diskussion auch eine tiefer gehende Perspektive auf deren Potential für die Weiterentwicklung des professionellen Handelns eröffnet. Schlussfolgerung für die Professionalisierung der pädagogischen Fachkräfte könnte daraus sein, dass eine fortwährende Reflexion, welche Relevanz empirische Erkenntnisse unter welchen Bedingungen einnehmen kann, bedeutend ist (Schelle & Blatter, 2023). Damit kann womöglich bei den Fachkräften ein stärkeres Bewusstsein dafür

geschaffen werden, wie sich ihr professionelles Wissen entwickelt (Helsper, 2021) und wie empirisches Wissen im Sinne eines Interpretationsangebots (Beck & Bonß, 1989) prospektiv einer „handlungspraktischen Entscheidungsvorbereitung“ bzw. retrospektiv einer „nachträglichen Handlungsbegründung“ dienen kann (Dewe & Otto, 1996, S. 85).

Dabei bleibt – nicht nur für das Forschungsfeld der Frühen Bildung – kritisch zu diskutieren, inwiefern Wissenschaftler:innen den oben beschriebenen Erwartungen gerecht werden können und wollen. Im Sinne einer Partizipation von Nicht-Wissenschaftler:innen, eines anhaltenden Dialogs und eines Engagements für das erforschte Feld werden den Forschenden zusätzliche Kompetenzen abverlangt, die sich stärker auf Beziehungsarbeit, (Selbst-)Vermarktung und Wissenschaftskommunikation beziehen (Bogner, 2012). Darüber hinaus stellt sich die Problematik, dass für die Erfüllung dieser Aufgaben wenig Ressourcen für die Forschenden zur Verfügung stehen und für die wissenschaftliche Reputation solche Tätigkeiten kaum relevant sind (Schelle & Blatter, 2022). Die Situation kann dabei auch als Dilemma beschrieben werden. Denn deutlich wird auf der einen Seite, darauf verweisen theoretische Diskurse wie auch empirische Ergebnisse, dass Erkenntnisse aus der Forschung dann nachhaltige Wirkung erzielen, wenn der Wissenstransfer im Dialog zwischen den Beteiligten gestaltet wird und damit Verstehensprozesse initiiert werden können (Blatter & Schelle, 2022). Auf der anderen Seite ergeben sich aber aufgrund der kurzfristigen Forschungsthemen durch befristete Projektförderungen und der fehlenden Ressourcen große Barrieren für einen solchen Austausch und längerfristige Kooperation. Neben diesen eher strukturellen Aspekten bleibt darüber hinaus zu bedenken, dass die Erfüllung der geforderten Aufgaben von einigen Forschenden nicht zum eigenen Tätigkeitsbereich gezählt wird und damit auch Barrieren innerhalb der eigenen professionellen Identität entstehen (Blatter & Schelle, 2023). Hier gilt es – unter anderem auch, um eine Kooperationsbereitschaft der pädagogischen Fachkräfte zu erzielen, von der Forschung abhängig ist (Rupprecht & Lattnier, 2020) – den Diskurs über veränderte Erwartungen zu forcieren, methodische Möglichkeiten, wie die partizipative Forschung auszuloten sowie Konsequenzen für das Selbstverständnis als forschende Disziplin zu formulieren und kritisch zu begleiten (Blatter & Schelle, 2023).

Limitationen der Studie

Die Studie hat explorativen Charakter, verweist also in einem ersten Schritt auf Zusammenhänge, Motive sowie Interessen pädagogischer Fachkräfte in Kitas bezogen auf den Transfer empirischer Erkenntnisse. Ob der gewählte Grundreiz die Themensetzung der teilnehmenden Fachkräfte limitierte, lässt sich nicht vollkommen ausschließen, auch wenn die Diskussionen weit über die Thematik der Qualitätsforschung hinausgingen. Aufgrund des Erhebungszeitpunkts im Herbst 2021 könnten die bereits länger andauernden erschwerten Arbeitsbedingungen durch die COVID-19-Pandemie die Perspektiven der Fachkräfte beeinflusst haben. Darüber hinaus zeigt sich bei den pädagogischen Fachkräften eine große Frustration über die Arbeitsbedingungen. Trotz entsprechender Moderation kann ein „Hochschaukeln“ dieser Frustration nicht ausgeschlossen werden, auch wenn sich die Gruppendiskussionen durch reflektierte und sehr konzentrierte Auseinandersetzungen kennzeichnen.

Literatur

- Altrichter, Herbert, Kannonier-Finster, Waltraud & Ziegler, Meinrad (2005). Das Theorie-Praxis-Verhältnis in den Sozialwissenschaften. In Helmut Heid & Christian Harteis (Hrsg.), *Verwertbarkeit. Ein Qualitätskriterium (erziehungs-)wissenschaftlichen Wissens?* (S. 119–142). Wiesbaden: Springer VS.
- Beck, Ulrich & Bonß, Wolfgang (1989). Verwissenschaftlichung ohne Aufklärung? In Ulrich Beck & Wolfgang Bonß (Hrsg.), *Weder Sozialtechnologie noch Aufklärung? Analysen zur Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens* (S. 7–45). Frankfurt am Main: suhrkamp.
- Bellmann, Johannes & Müller, Thomas (2011). Evidenzbasierte Pädagogik – ein Déjà-vu? Einleitende Bemerkungen zur Kritik eines Paradigmas. In Johannes Bellmann & Thomas Müller (Hrsg.), *Wissen, was wirkt. Kritik evidenzbasierter Pädagogik*, (S. 9–32). Wiesbaden: Springer VS.
- Blatter, Kristine & Schelle, Regine (2022). *Wissenstransfer in der frühen Bildung. Modelle, Erkenntnisse und Bedingungen*. DJI: München.
- Blatter, Kristine & Schelle, Regine (2023). *Wissenstransfer in der frühen Bildung. Empirische Erkenntnisse einer qualitativen Studie*. DJI: München.
- Bogner, Alexander (2012). Wissenschaft und Öffentlichkeit. Von Information zu Partizipation. In Sabine Maasen, Mario Kaiser, Martin Reinhart & Barbara Sutter (Hrsg.), *Handbuch Wissenschaftssoziologie* (S. 379–392). Wiesbaden: Springer Fachmedien. https://doi.org/10.1007/978-3-531-18918-5_30
- Dewe, Bernd & Otto, Hans-Uwe (1996). *Zugänge zur Sozialpädagogik. Reflexive Wissenschaftstheorie und kognitive Identität*. Weinheim/München: Beltz.
- Flick, Uwe (2014). *Qualitative Sozialforschung* (9. Auflage). Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Friederich, Tina & Schelle, Regine (2022). Evidenzbasierte Professionalisierung – evidenzbasierte Praxis: Ein Weg für frühpädagogische Fachkräfte in Deutschland? In Peter Cloos, Melanie Jester, Jens Kaiser-Kratzmann, Thilo Schmidt & Marc Schulz (Hrsg.), *Kontinuität und Wandel in der Pädagogik der frühen Kindheit. Handlungsfelder, pädagogische Konzepte und Professionalisierung* (S. 192–207). Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Gräsel, Cornelia (2010). Stichwort: Transfer und Transferforschung im Bildungsbereich. *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft*, 1 (13), 7–20. <https://doi.org/10.1007/s11618-010-0109-8>
- Guest, Greg, MacQueen, Kathleen M. & Namey, Emily E. (2012). *Applied thematic analysis*. Thousand Oaks: SAGE.
- Hamm, Marion (2013). Engagierte Wissenschaft zwischen partizipativer Forschung und reflexiver Ethnographie: Methodische Überlegungen zur Forschung in sozialen Bewegungen. In Beate Binder, Friedrich von Bose, Katrin Ebell, Sabine Hess & Anika Keinz (Hrsg.), *Eingreifen, Kritisieren, Verändern!? Interventionen ethnographisch und gendertheoretisch* (S. 55–72). Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Heid, Helmut (2015). Bildungsforschung im Kontext gesellschaftlicher Praxis. Über (soziale) Bedingungen der Möglichkeit, Bildungspraxis durch Bildungsforschung zu beeinflussen. *Zeitschrift für Pädagogik*, 61 (3), 390–409.
- Helsper, Werner (2021). *Professionalität und Professionalisierung pädagogischen Handelns: Eine Einführung*. Opladen: Barbara Budrich. <https://doi.org/10.36198/9783838554600>

- Koch, Sandra, Schulz, Marc, Bloch, Bianca, Cloos, Peter & Smidt, Wilfried (2018). Frühpädagogische Perspektiven auf Kinder und Kindheiten. Eine Einführung. In Bianca Bloch, Peter Cloos, Sandra Koch, Marc Schulz & Wilfried Smidt (Hrsg.), *Kinder und Kindheiten. Frühpädagogische Perspektiven* (S. 9–20). Weinheim/Basel: Beltz Juventa. <https://doi.org/10.3224/diskurs.v10i2.11>
- Kron, Friedrich W. (1999). *Wissenschaftstheorie für Pädagogen*. München.
- Krüger, Heinz-Hermann (2019). *Erziehungs- und Bildungswissenschaft als Wissenschaftsdisziplin*. Opladen/Toronto/Stuttgart: Barbara Budrich.
- Kuckartz, Udo (2016). *Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung*. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Kühn, Thomas & Koschel, Kay-Volker (2018). *Gruppendiskussionen. Ein Praxis-Handbuch*. Wiesbaden: Springer VS.
- Küchler, Uwe (2017). Wissenstransfer. In Ludger Kühnhardt & Tilman Mayer (Hrsg.), *Bonner Enzyklopädie der Globalität. Band 1 und Band 2* (S. 561–570). Wiesbaden: Springer VS. <https://doi.org/10.1515/hzhz-2019-1266>
- Lattner, Katrin & Rupprecht, Beatrice (2021). Forschungsethische Standards im Kontext der Optimierung pädagogischer Praxis durch Forschung. Empirische Impulse aus dem Projekt „Forschung trifft Kita“. *Frühe Bildung*, 10 (3), 142–150. <https://doi.org/10.1515/hzhz-2019-1266>
- Lamnek, Siegfried & Krell, Claudia (2016). *Qualitative Sozialforschung* (6. Auflage). Weinheim: Beltz.
- MAXQDA, Software für qualitative Datenanalyse, 1989–2021, VERBI Software. Consult. Sozialforschung GmbH, Berlin, Deutschland.
- Prigge, Jessica, Simon, Stephanie & Schildknecht, Lukas (2019). „...zweierlei Schuhe“. Pädagogik der Kindheit und Wissenstransfer. *Sozial Extra*, 4/2019, 276–280.
- Radtke, Frank-Olaf (2012). Erziehungswissenschaft zwischen Expertise und Kritik. Erwartungen an die Wissenschaft. *Vierteljahrsschrift für wissenschaftliche Pädagogik*, 88 (2), 290–308. <https://doi.org/10.30965/25890581-088-02-90000009>
- Reinders, Heinz, Gräsel, Cornelia & Hartmut Ditton (2015). Praxisbezug Empirischer Bildungsforschung. In Heinz Reinders, Hartmut Ditton, Cornelia Gräsel & Burkhard Gniewosz (Hrsg.), *Empirische Bildungsforschung* (S. 259–272). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Rupprecht, Beatrice & Lattner, Katrin (2020). Kita-Forschung im Spannungsverhältnis zwischen wissenschaftlichen Selbstverständlichkeiten und der Fremdwahrnehmung des Feldes. *Frühe Bildung*, (S. 153–155). <https://doi.org/10.1026/2191-9186/a000486>
- Rupprecht, Beatrice & Lattner, Katrin (2021). Ins Feld und zurück: Der Forschungszugang zu Kindertagesstätten im Kontext der Einhaltung forschungsethischer Standards durch Forscher*innen. In Dörte Weltzien, Heike Wadepohl, Iris Nentwig-Gesemann & Barbara Gross (Hrsg.) *Forschung in der Frühpädagogik XIV. Frühpädagogischen Alltag gestalten und erleben* (S. 201–225). Freiburg i. Br.: Verlag Forschung, Entwicklung, Lehre (FEL).
- Schelle, Regine & Blatter, Kristine (2023). Wissenstransformation durch Dialog. Perspektiven von Praktiker_innen in der Frühen Bildung. *Frühe Bildung*, 04/23, 189–196.
- Schelle, Regine & Blatter, Kristine (2022). Wissenstransfer im Dialog. Theoretische Hintergründe und empirische Ergebnisse für die Frühe Bildung. *Blätter der Wohlfahrtspflege*, 206–209.

- Schmiedl, Friederike Luise (2022). Von der Einbahnstraße zum Beziehungsraum. Relationstheoretische Überlegungen zum Forschungs-Praxis-Transfer. *Bildungsforschung*, 2/2022, o.S. Verfügbar unter: <https://bildungsforschung.org/ojs/index.php/bildungsforschung/article/view/871/885> [26. Juli 2022].
- Schmidt, Thilo & Smidt, Wilfried (2018). Empirische Forschung in der Pädagogik der frühen Kindheit. In Thilo Schmidt, Thilo & Wilfried Smidt (Hrsg.), *Handbuch empirische Forschung in der Pädagogik der frühen Kindheit* (S. 9–22). Münster, New York: Waxmann. <https://doi.org/10.2307/j.ctvbkv6v.17>
- Schrader, Josef, Hasselhorn, Marcus, Hetfleisch, Petra & Goeze, Annika (2020). Stichwortbeitrag Implementationsforschung: Wie Wissenschaft zu Verbesserungen im Bildungssystem beitragen kann. *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft*, 23 (1), 9–59. <https://doi.org/10.1007/s11618-020-00927-z>
- Sehmer, Julian, Gumz, Heike, Marks, Svenja, Prigge, Jessica, Rohde, Julia, Schildknecht, Lukas & Simon, Stephanie (2020). Dialogische Wissenstransformation. Zum Beitrag qualitativ-rekonstruktiver Forschung für das Projekt der Sozialen Arbeit. In Peter Cloos, Barbara Lochner & Holger Schoneville (Hrsg.), *Soziale Arbeit als Projekt. Konturierungen von Disziplin und Profession* (S. 171–184). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-27606-5_15
- Spiel, Christiane (2020). Moving beyond the ivory tower – why researchers from the field of education should go ahead. *Zeitschrift für Pädagogische Psychologie*, 34 (1), 1–8. <https://doi.org/10.1024/1010-0652/a000260>
- Thole, Werner (2018). Umgang mit Wissen. Wie die Kommunikation zwischen sozialpädagogischer und wissenschaftlicher Praxis gelingen könnte. *Forum Jugendhilfe*, (1), 18–22.
- Unterkoßler, Ursula (2020). Transformation wissenschaftlicher Wissensbestände in reflexions- und handlungsleitendes Wissen. Eine empirische Untersuchung studentischer Situationsanalysen. *Die Hochschule: Journal für Wissenschaft und Bildung*, 2, 32–43.
- Vandenbroeck, Michel, Roets, Grit & Roose, Rudi (2012). Why the evidence-based paradigm in early childhood education and care is anything but evident. *European Early Childhood Education Research Journal*, 20 (4), 537–552.
- Weingart, Peter (2003). *Wissenschaftssoziologie*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Weingart, Peter (2015). Wissenschaftssoziologie. In Dagmar Simon, Andreas Knie, Stefan Hornbostel, Karin Zimmermann (Hrsg.), *Handbuch Wissenschaftspolitik* (S. 144–155). Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Autor:in

Regine Schelle, Dr., Professorin für Kindheits- und Sozialpädagogik der Hochschule München (HM).

Forschungsschwerpunkte: Qualität in der Kindertagesbetreuung, Wissenstransformation im System der Frühen Bildung, Professionalisierung, Didaktik.

Anschrift: Hochschule München, Fakultät 11 Angewandte Sozialwissenschaften, Am Stadtpark 20, 81243 München

E-Mail: regine.schelle@hm.edu

„Ich finde, die sollten die Schulen zu machen, ich schreib jetzt sonst nen Brief an den Bundestag“

Der Umgang mit den Infektionsschutzmaßnahmen und die politische Sozialisation Jugendlicher

Marco Schott, Pia Sauermann, Johanna Häring, Ina Weigelt

Zusammenfassung

Insbesondere in den ersten beiden Jahren der Covid-19-Pandemie haben die Bundes- sowie die Länderregierungen in Deutschland in kurzen Abständen Maßnahmen zu deren Eindämmung beschlossen. Jugendliche waren in hohem Maße von den Einschränkungen betroffen. Der Beitrag geht der Frage nach, wie die Jugendlichen mit diesen Einschränkungen umgegangen sind und stellt erste Überlegungen an, ob diese Erfahrungen, die die Jugendlichen im Verlauf der Pandemie mit politischen Entscheidungen gemacht haben, eine Bedeutung für ihre politische Sozialisation haben. Basierend auf biographisch-narrativen Interviews mit 12- bis 13-jährigen Jugendlichen wurden Erzählungen zum Erleben der Pandemie untersucht. Es zeigt sich, dass Jugendliche hauptsächlich von ihrem Umgang mit den Maßnahmen berichten, wobei sich drei Typen bilden lassen, die sich vor allem hinsichtlich ihrer Eigenaktivität (z. B. bei der Informationssuche) und den subjektiven Leiderfahrungen unterscheiden. Dabei können diese Erfahrungen den Prozess der politischen Sozialisation mit Blick auf die Entwicklung politischen Interesses, politischer Involvierung und politischer Selbstwirksamkeit möglicherweise längerfristig prägen.

Schlagwörter: Politische Sozialisation, Corona, Jugend, qualitative Sozialforschung

“I think they should close the schools, otherwise I’ll write a letter to the Parliament now”. Dealing with Infection Protection Measures and the Political Socialization of Young People

Abstract

Especially in the first two years of the Covid 19 pandemic, the federal as well as the state governments in Germany adopted measures to contain it at short intervals. Adolescents were highly affected by the restrictions. This article explores how adolescents dealt with these constraints and offers some initial thoughts on whether these experiences adolescents had with political decisions during the pandemic have any impact on their political socialization. Based on biographical narrative interviews with 12- to 13-year-old adolescents, we examined stories about the experience of the pandemic. It turns out that adolescents mainly report on how they dealt with the measures, whereby three types can be formed that differ primarily in terms of their own activity (e.g., in searching for information) and subjective experiences of suffering. These experiences can potentially shape the process of political socialization in the long term with regard to the development of political interest, political involvement and political efficacy.

Keywords: Political socialization, Corona, Youth, Qualitative social research

1 Einleitung

Auch wenn die Corona-Pandemie originär eine medizinische Katastrophe ist, wird sie nicht zuletzt als politische Krise in Erinnerung bleiben. Aus politikwissenschaftlicher Perspektive wird insbesondere problematisiert, dass demokratische Verfahren zum Zweck der Pandemiebekämpfung abgekürzt wurden und die Demokratie zugunsten autoritärer Staatsformen an Reputation verlieren könnte (Moser, 2020, S. 23). Auf gesellschaftlicher Ebene werden besonders die Infektionsschutzmaßnahmen diskutiert, denn vor allem die Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen bedeuteten weitreichende und tiefgreifende Einschränkungen von Grundrechten, wie beispielsweise der allgemeinen Handlungs- und Bewegungsfreiheit (Papier, 2020, S. 4). Im Verlauf der Pandemie entfaltete vor allem die Frage nach der Angemessenheit und Notwendigkeit dieser staatlichen Eingriffe hohes Polarisierungs- und Konfliktpotential (z. B. Frei et al., 2021, zu den Corona-Protesten). Aufseiten der Maßnahmengegner:innen zeigt sich dabei eine hohe Affinität zu Verschwörungstheorien, welche die gesellschaftliche Aushandlung deutlich erschwerte.

Vor dem Hintergrund dieser – hier nur in Kürze skizzierten – spannungsreichen gesellschaftlichen und politischen Situation thematisieren wir in unserem Beitrag die Bedeutung der Corona-Pandemie für die politische Sozialisation Jugendlicher. Hierzu ist zunächst hervorzuheben, dass sich Jugendliche im Verlauf der Pandemie in einer sehr spezifischen Lage befanden: Während medizinische Studien recht schnell nahelegten, dass vor allem ältere und chronisch kranke Menschen ein hohes Risiko für eine schwere Corona-Erkrankung aufweisen, war ihre Lebensführung durch die zeitweise Schließung von Schulen und Freizeiteinrichtungen in erheblichem Maße beeinflusst. Darüber hinaus waren „die Möglichkeiten, Peer-Beziehungen als Lernräume zu nutzen, stark verringert“ (Heyer, 2022, S. 76) und zwar in einer Lebensphase, in der Gleichaltrigen für die Bewältigung von Entwicklungs Herausforderungen eine bedeutende Rolle zukommt (Hafeneger, 2021). Insgesamt kann also angenommen werden, dass die Maßnahmen von den Jugendlichen als äußerst prägend und einschneidend empfunden wurden. Unter der Annahme, dass derartige, für ein Kollektiv bindende und mit Macht durchgesetzte Entscheidungen für die politische Sozialisation relevant sind (Nohl, 2022, S. 47), gehen wir davon aus, dass die Erfahrungen der Pandemie und insbesondere der Umgang mit den Maßnahmen für das politische Lernen und für die Herausbildung einer politischen Identität bedeutsam sind. Wir gehen der Frage nach, welche Deutungen und Umgangsweisen mit der Pandemie sich rekonstruieren lassen. Dabei ist nur eine empirische Annäherung sowie prospektive Perspektive auf die Frage nach der langfristigen Bedeutung der Corona-Pandemie für die politische Sozialisation Jugendlicher möglich, da wir uns hier auf biografisch-narrative Einzelinterviews mit Jugendlichen im Alter von 12 bis 14 Jahren konzentrieren, die das bisher Erlebte thematisieren. Inwieweit die hier berichteten Erfahrungen der Jugendlichen im Rahmen der Corona-Pandemie tatsächlich eine sozialisatorische Wirkung entfalten, kann daher zum jetzigen Zeitpunkt nur vermutet werden. Nichtsdestotrotz bieten das verwendete Material sowie die hier vorgestellten Ergebnisse relevante Einblicke in jugendliches Erleben und Deuten von Politik in dynamischen Zeiten der Pandemie. Die Interviews wurden im Rahmen der qualitativen Panelstudie „Verläufe politischer Sozialisation im Jugendalter“ geführt, die schon vor

Pandemiebeginn konzipiert wurde.¹ Als Reaktion auf die neuen Umstände, die auch eine videobasierte Durchführung der Interviews notwendig machten, haben wir eine biografisch angelegte Frage zur Corona-Pandemie ergänzt. Im Folgenden gehen wir auf den Begriff der politischen Sozialisation ein.

2 Forschungsstand und theoretische Bezüge

Unter Sozialisation wird im Allgemeinen ein lebenslanger und offener, in der Phase der Kindheit und Jugend besonders prägender Prozess verstanden, in dessen Verlauf sich Individuen mit ihrer materiellen und sozialen Umwelt auseinandersetzen und hierüber eine Persönlichkeit entwickeln. Im Zentrum steht dabei, dass Menschen nicht nur von der Umwelt geprägt werden, sondern die Lebens- und Lernprozesse aktiv mitgestalten und so zu handlungsfähigen Wesen, zu Subjekten werden (Tillmann, 2010, S. 12). Sozialisation umfasst dabei die Entwicklung einer autonomen und mündigen Persönlichkeit, sowie die Prozesse der Integration in eine Gesellschaft.

2.1 Politische Sozialisation

Für den vorliegenden Beitrag verwenden wir den Begriff der politischen Sozialisation (u. a. Greenstein, 1965). Hiermit ist sowohl eine Perspektive auf die prozesshafte Entwicklung einer politisch denkenden und handelnden Persönlichkeit (Heitmeyer, 1991; Nohl, 2022) als auch auf die sozialisatorischen Kontexte, wie den familiären Hintergrund, Peer-Beziehungen, Schule oder digitale Lebenswelten (Abendschön, 2013; Claußen, 1996; Rippl, 2015), die einen Einfluss auf die Ausbildung politischer Orientierungen und Haltungen haben, möglich. Gerade auf diese Kontexte hatten die einschneidenden Infektionsschutzmaßnahmen während der Corona-Pandemie einen starken Einfluss.

Für die Erforschung der politischen Sozialisation orientieren wir uns an den Überlegungen von Arnd-Michael Nohl (2022). Für ihn geht es bei „politische[r] Sozialisation – vor dem Hintergrund einer interaktionsbasierten Sozialisation in konjunktive Erfahrungsräume und Rollen – [um] politische Rollenorientierungen und eine politische Weltanschauung als Komponenten eines politischen Habitus“ (Nohl, 2022, S. 75). Dabei geht er im Anschluss an Nassehi (2003) von einem breit gefassten Begriff des Politischen aus, wobei er noch einmal zwischen politisch und protopolitisch unterscheidet. Sind Entscheidungen an den unmittelbaren Zusammenhang von Personen gebunden, sind sie für ihn protopolitisch, haben sie hingegen einen Bezug auf ein Kollektiv und sind sie mit Macht durchsetzbar, sind sie politisch. Gleichzeitig sind die Übergänge zwischen beiden Bereichen für Nohl (2022, S. 48) fließend. Hier wird deutlich, dass die Corona-Pandemie sowohl poli-

¹ Die Studie wird an der Arbeits- und Forschungsstelle Demokratieförderung und Extremismusprävention umgesetzt, welche innerhalb des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ (2020–2024) vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert wird. Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor:innen die Verantwortung.

tische als auch protopolitische Erfahrungen stark beeinflusst hat. Durch die Infektionsschutzmaßnahmen haben sich Selbstverständlichkeiten, Normen und Handlungserwartungen gewandelt und es können so bereits entstandene Erfahrungen und Handlungsweisen erweitert sowie die politische Weltanschauung verändert werden. Hierbei spielt das Individuum gemäß interaktionistischer Grundannahmen, bei denen im Rahmen der Sozialisations- bzw. Jugendforschung Ideen der Handlungsbefähigung des „produktiv-realtäts-verarbeitenden Subjekt(es)“ (Bauer & Hurrelmann, 2021, S. 97) im Zentrum stehen, eine aktive Rolle. Junge Menschen eignen sich demzufolge einen politischen Habitus an, der in einer beständigen Auseinandersetzung mit der sozialen Umwelt modifiziert wird. Konkret bezieht sich die politische Sozialisation sowohl auf manifeste Inhalte politischer Bildung, die gezielt gelehrt werden (z. B. in der Schule), als auch auf Sozialisationsaspekte, die mehr oder weniger latent in Erscheinung treten. Hierzu zählen vermittelte Werte mit einer politisch sozialisierenden Wirkung, die auf den ersten Blick keinen politischen Inhalt vermitteln, aber auch die unter Umständen unbewusste Übernahme politischer Einstellungen, die im Kontakt mit der unmittelbaren Umwelt einsozialisiert werden (Hopf & Hopf, 1997, S. 12). Verschiedene Sozialisationsinstanzen sind für die Herausbildung politischer Weltanschauungen und Rollenorientierungen junger Menschen zentral. Das sind neben der Familie, der Schule, Peergruppen und digitalen Medien auch Institutionen mit pädagogischer Relevanz in der Freizeit, wie die außerschulische (politische) Jugendbildung, karitative und Sportvereine, religiöse Angebote sowie in bestimmten Fällen totale und semi-totale Institutionen, wie der Strafvollzug oder die Heimerziehung (umfassend für die außerfamiliären und schulischen Einflüsse siehe Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2020). Dabei haben die jeweiligen Instanzen vielfach einen parallelen, neben-, durch- oder miteinander verbundenen Einfluss auf die (jungen) Menschen. Dieser kann sich je nach Intensität und Dauer gegenseitig verstärken, abschwächen, in bestimmten Punkten widersprechen oder sogar gegenseitig aufheben. Es sollte daher Abstand von einer Hierarchie der Sozialisationskontexte genommen werden, da vorpolitische und politische Orientierungen zeitgleich in verschiedenen Kontexten geprägt werden können (Claußen, 1996, S. 32–33).

Neben diesen Instanzen haben aber auch die allgemeinen Lebensumstände einen Einfluss. Zu ihnen gehören die generellen politisch-ökonomischen Rahmenbedingungen, die individuelle wirtschaftliche und berufliche Lage, die hiermit verknüpften Konsum- und Freizeitmöglichkeiten oder der Einfluss räumlicher Gegebenheiten. Zu den flankierenden Einflüssen zählen nach Claußen (1996) auch (existenziell bedrohliche) Krisen, Gefährdungen und Katastrophen. Gemeinsam ist diesen Lebensumständen, dass diese für alle oder viele Menschen direkt oder indirekt bestimmend sind und verschiedene Aspekte ihrer Lebensgestaltung beeinflussen, und zwar oftmals ohne bewusst in diesen Auswirkungen wahrgenommen zu werden (Claußen, 1996, S. 35).

In dem vorliegenden Beitrag konzentrieren wir uns explorativ auf den politisch bedeutsamen Gehalt der veränderten lebensweltlichen und institutionellen Gegebenheiten unter Pandemiebedingungen, die – so unsere Annahme – als zentrale kollektive Krise auch politische Orientierungsmuster formen. Wir stellen die Umgangsweisen der Jugendlichen mit den Infektionsschutzmaßnahmen ins Zentrum des Artikels. Im Folgenden wollen wir auf bisherige Studien eingehen, die neben den sozialen, psychischen auch die politischen

Lebenswelten in Zeiten der Corona-Pandemie untersucht haben. Der Fokus liegt hierbei auf deutschsprachigen Studien, die in unterschiedlichen Phasen der Pandemie entstanden sind.

2.2 Forschungsstand Jugend, Corona und Politik

Die Corona-Pandemie hat seit März 2020 zu einer massiven Neuordnung des gesellschaftlichen Lebens beigetragen. Die JuCo-Studien von 2020, 2021 und 2022 (Andresen et al., 2021; Andresen et al., 2020; Andresen et al., 2022) gehen der Frage nach, ob und wie die Interessen und Sorgen junger Menschen wahrgenommen und auf welche Weise sie in die Neuordnung der Gesellschaft einbezogen wurden (Andresen et al., 2021, S. 14). Dabei stellen die Autor:innen in zwei Erhebungszeitpunkten (Sommer 2020 und Winter 2020/21) fest, dass viele Beteiligungsmöglichkeiten im Zuge der Corona-Pandemie ausgesetzt wurden, junge Menschen die Beteiligungsmöglichkeiten als sehr niedrig einstufen, sie sich nicht ausreichend gehört fühlen und diese Aspekte sich im Verlauf der Pandemie, zwischen der ersten und zweiten Erhebungswelle, sogar weiter verschärft haben (Andresen et al., 2021, S. 16). Jugendliche sehen bei den infektionseindämmenden Maßnahmen Verbesserungs- und Veränderungsbedarfe, äußern aber auch im hohen Maße das Gefühl, kein Gehör zu finden: So gab zwar ein Drittel der Befragten an, dass sie gerne eigene Ideen zur Umsetzung der Maßnahmen in die Politik eingebracht hätten, aber die Hälfte aller Befragten geht gar nicht erst davon aus, dass sie ihre Ideen in die Politik einbringen kann (19,3 % stimmen der Aussage „Junge Menschen können ihre Ideen in die Politik einbringen“ gar nicht, weitere 38,2 % eher nicht zu) (Andresen et al., 2021, S. 16). Die Autor:innen schließen daraus, dass bei vielen Jugendlichen das Gefühl entsteht, sich zwar an die Regeln anpassen zu müssen, auf deren Mit- und Ausgestaltung jedoch keinerlei Einfluss zu haben (Andresen et al., 2021, S. 19). In der Corona-Pandemie wurde deutlich sichtbar, wie wenig die Interessen, Bedürfnisse und Partizipationsanliegen junger Menschen von Relevanz sind (Gravelmann, 2022, S. 121).

Diese Erfahrungen können durchaus prägend für langfristige Vertrauensverhältnisse in die Politik sein und die Beurteilung der Repräsentation durch Parteien und Politiker:innen sowie demokratischer Prozesse im Allgemeinen negativ beeinflussen. Der Unmut kann zu einer tiefergehenden Distanz zur Politik führen und darin münden, dass sich viele junge Menschen (noch weiter) von den politischen und demokratischen Prozessen entfremden (Gravelmann, 2022, S. 124). Besorgniserregend ist hierbei auch, dass bei einer repräsentativen Studie in Brandenburg sich im Zuge der Corona-Pandemie jede:r dritte Jugendliche anfällig für Verschwörungsideologien zeigte (Sturzbecher et al., 2021, S. 53). Zusätzlich wird sichtbar, dass viele Jugendliche der Corona-Politik kein gutes Zeugnis ausstellen: So stimmten nur 8,6 Prozent der Jugendlichen der Aussage, dass Politiker:innen in Bezug auf Corona „im Interesse der Bürgerinnen und Bürger“ handeln voll zu, etwas weniger als die Hälfte der Jugendlichen stimmte teilweise zu (49,5 %; Sturzbecher et al., 2021, S. 58). Die Ergebnisse von Kiess et al. (2022) zeigen in Bezug auf Verschwörungsideologien bei Jugendlichen, dass besonders gering qualifizierte und politisch desinteressierte Jugendliche anfällig für Verschwörungsideologien und Falschinformationen sind (Kiess et al., 2022, S. 8). Auch scheint ein regionaler Einfluss relevant, so glauben vermehrt Jugendliche in den ostdeutschen Bundesländern an Corona-bezogene Falschinformationen (Kiess et al., 2022, S. 9).

Im Vergleich zu den hier vorgestellten quantitativen Studien wollen wir die jugendlichen Umgangsweisen in der Corona-Pandemie mit Hilfe qualitativer Einzelinterviews rekonstruieren. Im Folgenden erläutern wir das Sampling und die Untersuchungsmethoden. Im Anschluss stellen wir unsere empirischen Ergebnisse vor.

3 Sampling und Methoden

Grundlage für den vorliegenden Beitrag ist eine empirische Studie, die derzeit im Rahmen der Arbeits- und Forschungsstelle Demokratieförderung und Extremismusprävention (AFS) durchgeführt wird. Im Zentrum der Forschung steht die politische Sozialisation junger Menschen mit einem subjektbezogenen und biografischen Schwerpunkt.

Die qualitative Panelstudie der subjektbezogenen Forschung umfasst narrative Einzelinterviews, in denen zum einen biografische Erzählungen angeregt und zum anderen Leitfadenfragen zum Verhältnis der Jugendlichen zu Politik gestellt werden. Zentral waren hier u. a. die eigenen Positionen, politisches Interesse, persönliches Engagement sowie der Umgang mit politischen Inhalten in Familie, Schule, Freundeskreis und Medien. Die Interviews finden zu drei Zeitpunkten im Abstand von ein bis zwei Jahren statt, wobei die Jugendlichen in der ersten, dem vorliegenden Beitrag zugrundeliegenden Erhebungswelle die siebte Jahrgangsstufe besuchten. Die Studie befand sich zu Beginn der Covid-19-Pandemie noch in der Konzeptions- und dann Erhebungsphase, wodurch relativ flexibel auf die neue Situation reagiert werden konnte und musste. Aufgrund der hohen Präsenz und Relevanz des Pandemieerlebens zum Erhebungszeitpunkt wurde das Manual für die Einzelinterviews um einen Corona-Stimulus erweitert, der in den biografischen Teil integriert wurde.² In vielen Einzelinterviews war das Thema Corona auch in den anderen Interviewteilen präsent oder wurde eigeninitiativ angesprochen, in diesen Fällen wurden diese weiteren Ausführungen in die Analyse integriert.

Im vorliegenden Beitrag beziehen wir uns auf Material aus einem Sample von 25 Einzelinterviews, die es möglich machen, individuelle beziehungsweise biografisch eingebettete Orientierungen zu rekonstruieren und zueinander ins Verhältnis zu setzen. Die Auswahl des Datenmaterials erfolgte nach den Prinzipien des Theoretical Samplings (in Anlehnung an die Grounded Theory Methodologie von Glaser und Strauss, 1967). Das Sample wurde also nicht vorab festgelegt, sondern im Laufe der empirischen Analyse zusammengestellt und ergänzt, bis eine theoretische Sättigung erreicht wurde. Insgesamt liegen dem vorliegenden Beitrag Passagen mit Corona-Bezug aus zwölf ausgewerteten Interviews zugrunde. Die Auswertung des Materials erfolgte anhand einer rekonstruktiven Sequenzanalyse und orientiert sich an der Methodologie der Dokumentarischen Methode (Bohnsack et al., 2013). Im Zuge der komparativen Analyse wurden die Fälle mittels einer sinngenetischen Typenbildung systematisiert, welche sich auf die rekonstruierten Umgangsweisen mit den Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie und der damit verbundenen Alltagsrealitäten stützt.

² Konkret lautete der Stimulus: *Erinnere dich doch bitte einmal zurück an die Zeit, als Du das erste Mal von Corona gehört hast und erzähle mir, wie sich dein Leben in diesem Zusammenhang verändert hat. Fang einfach an, ich sage erst einmal nichts und höre Dir zu.*

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Interpretation in Form von drei charakteristischen Typen dargestellt, um die Umgangsweisen junger Menschen mit den Infektionsschutzmaßnahmen nachzuvollziehen und zueinander ins Verhältnis zu setzen.

4 Empirische Befunde

Entlang der Frage, inwiefern der Umgang mit den Corona-Maßnahmen durch Eigenmächtigkeit und Souveränität geprägt war, kristallisierten sich unterschiedliche Typen heraus. Die empirisch rekonstruierten Typen unterscheiden sich in erster Linie dadurch, inwiefern selbstständig mit den Corona-Maßnahmen umgegangen wurde, trotz der Einschränkungen ein persönliches Gestaltungspotential gesehen bzw. zum Teil wahrgenommen wurde, oder man sich den Veränderungen und Einschränkungen hauptsächlich ausgesetzt sah.

In unserem Sample fanden sich keine Jugendlichen, die die Corona-Maßnahmen komplett abgelehnt und missachtet haben, vielmehr beschreiben alle eine Ausrichtung des eigenen Handelns an den Einschränkungen, welche zwar ein distanziertes Hinnehmen und zum Teil kritisches Aushalten, aber kein grundsätzliches Ablehnen beinhaltete. Der mit den Maßnahmen verknüpfte Infektionsschutz war durchgehend handlungsleitend.

Im Verlauf der sinngenetischen Typenbildung konzentrieren wir uns neben dem Umgang der Jugendlichen mit den Maßnahmen auch auf die damit potenziell zusammenhängenden politischen Deutungen und Bewertungen. Diese Rekonstruktionen stützen sich im Wesentlichen auf die Erzählungen der Pandemie-Erfahrung und lassen die Soziogenese der Orientierungen weitestgehend außen vor. Zwar sind wir uns dessen bewusst, dass die politische Sozialisation junger Menschen von diversen Faktoren beeinflusst ist, der Fokus dieses Beitrags liegt jedoch zentral auf der kollektiven und im Leben der Interviewten bis dato unvergleichlichen Erfahrung des Corona-Pandemiegeschehens. Die Auswertungsergebnisse der entsprechenden Passagen legen nahe, dass der jeweilige Umgang auch die Bewertung der Maßnahmen beeinflusst. Der Grad der Selbständigkeit zeigt sich somit auch in der Bewertung der Corona-Maßnahmen durch die Jugendlichen.

Distanziertes Hinnehmen

Der Typus zeichnet sich dadurch aus, dass die Auswirkungen der Corona-Maßnahmen allem voran als belastend und negativ beschrieben wurden. Besonders die Einschränkungen in Bezug auf Freundschaften und Freizeitaktivitäten, der Schullockdown sowie der danach einsetzende Wechselunterricht werden negativ gerahmt. So beschreibt Julius die emotionalen Auswirkungen der Corona-Pandemie folgendermaßen:

dann (.) ist man dann auch ganz depri drauf und das ist alles-n bisschen doof weil nichts machen und die ganze Zeit und dann , wird man auch werd-ich , isses dann jeden Tag etwas langweiliger ähm einfach nur da zu sein und (.) das ist eigentlich ganz schlimm mit Corona und allem (Julius, 19.04.2021, Z. 203–207)

Hier drückt sich eine starke emotionale Belastung durch die Isolation, den Strukturverlust und die damit verknüpfte Langeweile aus. Nach einer anfänglichen Freude über die „Corona-

Ferien“ im März 2020 werden die zunehmenden Einschränkungen in den Schulen in Form von Homeschooling, Schullockdowns und Wechselunterricht als zehend beschrieben:

und dann kam jetzt halt dieser recht lange Lockdown von irgendwie sechs Monaten oder so wo man gar nicht zur Schule gegangen ist , und das war dann da-da ging das dann mit den Schulaufgaben , die man zu tun hatte auch mit Konferenzen aber , ich war einer der einzigen die ähhh tatsächlich immer da warn , und dadurch war das auch alles bisschen blöd mit Freunden und so unds war generell weniger los aber ja , ist halt , °leider wies ist° [...] (Valentin, 23.06.2021, Z. 280–286)

Besonders der Ausdruck von Valentin „ist halt, leider wies ist“ charakterisiert den Umgang mit den Corona-Maßnahmen im Typ *Distanziertes Hinnehmen*. Die Maßnahmen und die damit verknüpften Einschränkungen werden als Zumutung gesehen, die wie ein Schicksalsschlag daherkamen und hingenommen werden müssen. Innerhalb dieses Typus zeigt sich eine vorrangige Orientierung an Aushalten und Hinnehmen. Der eingeschränkte Alltag und die Erfahrung des Strukturverlustes führen zu einer emotionalen bis körperlich spürbaren Krisenerfahrung, die alternativlos hinzunehmen ist. Innerhalb dieses Typus fand keine aktive Anpassung an die neue Realität statt, vielmehr bleibt die Zeit vor Corona Bezugspunkt für die Normalitätskonstruktion. Zum Teil wurden die Maßnahmen der Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen auch umgangen, was aus einer nicht mehr auszuhaltenen Belastung heraus geschah:

[...] so Ausgangssperre da (.) hatt-ich mich hab-ich s nicht ausgehalten bin-ich Fahrrad gefahren trotzdem , ja [...] (Devrim, 01.09.2021, Z. 60–61)

Das Widersetzen der Maßnahmen ist kein Produkt einer Reflexion, sondern entsteht aus einer Notwendigkeit heraus. Bewertungen der Corona-Maßnahmen innerhalb dieses Typus bleiben entweder aus oder sind negativ und bringen Unverständnis zum Ausdruck:

die Corona-Maßnahmen ähm , ich glaub vieles was die da beschließen find-ich Quatsch , ähm zum Beispiel wenn man jetzt irgendwelche Tests macht dass man doch die Maske aufsetzen soll dass man sich mit einer Person treffen soll , dann kannst dich auch gleich mit der ganzen Familie treffen weil der macht dann wieder was mit seiner Schwester oder mit seinen Eltern , find-ich-n bisschen komisch und Quatsch (Julius, 19.04.2021, Z. 811–817)

Nicht alle Maßnahmen werden grundsätzlich abgelehnt, besonders kritisch wird jedoch die Inkonsistenz und Widersprüchlichkeit der Maßnahmen gesehen. Es wird deutlich, dass die Entscheidung über die Maßnahmen weit entfernt stattfinden und von einem entpersonalisierten wie abstrakten „Die“ getroffen wurden. Politische Entscheidungsprozesse werden in diesem Typus als unbeeinflussbar und entfernt wahrgenommen, aber mit maßgeblich negativen und direkten Auswirkungen auf das eigene Leben.

[...] ich versteh nicht wie die mit Corona umgegangen haben einmal Lockdown einmal nicht Lockdown das versch- verstand ich nicht die hätten dann auch einfach wie in China äh zwei Monate lang Lockdown gemacht , äh nach ähm , dass die Coronazahlen halt sehr (.) doll sinken (..) oder ähm was

ich nicht verstanden habe mit den Inzidenzzahlen ab fünfundzwanzig gibts das und das nicht ab fünfzig das und das [...] und erst ab hundert gabs keine Schule mehr (.) mmm die hab-ich n-, nie verstanden [...] (Devrim, 01.09.2021, Z. 212–218)

Devrim kritisiert hier das Verwenden von gesellschaftlichen Lockdowns als ineffizient und unbeständig. Besonders diese Unbeständigkeit und Unklarheit scheint ihm zuzusetzen. Als Gegenbeispiel wird ein Lockdown wie in China genannt und sich so ein schnellstmögliches Sinken der Fallzahlen und eine Rückkehr zur Normalität erhofft. Es lassen sich hier keine Argumentationen in Bezug auf die politischen Abwägungen hinter den Infektionsschutzmaßnahmen finden. Ein informiertes Nachvollziehen der wechselhaften Pandemiesituation, sowie ein Verständnis für die zum Teil widersprüchlichen und spontanen politischen Entscheidungen, Komplexitäten und Schwierigkeiten für das demokratische System lassen sich innerhalb dieses Typs nicht rekonstruieren.

Grundsätzlich wird sich von den infektionseindämmenden Maßnahmen und den politischen Entscheidern abgegrenzt und ein Hinnehmen und Aushalten als Umgang gewählt. In Bezug auf die politische Kommunikation der Maßnahmen ist interessant, dass diese nicht wahrgenommen, als widersprüchlich oder überfordernd gesehen werden. Es erfolgt kein selbstermächtigender Umgang mit den Maßnahmen und verfügbaren Informationen über die Pandemie. Handlungsleitend ist vielmehr ein von Leiden geprägtes, kritisches bis teilnahmsloses Verharren. Bei einem Jugendlichen finden sich auch Hinwendungstendenzen zu Positionen von Querdenken, die in ihrer Radikalität in Bezug auf konsequente Maskenverweigerung und Gewalt zwar abgelehnt werden, aber auch hier – ähnlich zu den Forderungen nach einem härteren Durchgreifen – besonders die Forderungen nach einem Ende der Maßnahmen interessant erschienen.

Während der Corona-Pandemie entwickelte sich keine Selbstwirksamkeits- und Teilhaberbefahrung in gesellschaftlichen sowie privaten Bereichen. Vielmehr ist ein individueller, hinnehmender und leidender Umgang handlungsleitend. Kollektive Kommunikations- und Handlungsräume abseits der Familie und einzelner Peer-Kontexte werden nicht genannt. Die Vermutung, dass sich die beschriebenen Erfahrungen auch auf den politischen Sozialisationsprozess auswirken, stützt sich darauf, dass die interviewten Befragten sehr jung waren (12 bis 13 Jahre) und die Corona-Pandemie (vermutlich) die erste konkrete Erfahrung mit Politik war. In diesem Sinne ist zu erwarten, dass die durch die Pandemie gemachten (vor-)politischen Erfahrungen möglicherweise eine deutliche Distanz zur Politik und dem politischen System begünstigen. Zusätzlich deutet sich teils auch an, dass autoritäre und antidemokratische Positionen als Versprechen auf ein schnelles Ende der Pandemie verlockend erschienen.

Reflektiertes Akzeptieren

Auch den zweiten Typus, der sich aus dem Material rekonstruieren ließ, charakterisiert weitestgehend ein akzeptierender Umgang mit der Pandemie und den ihr zuzurechnenden Maßnahmen. Allerdings zeichnet er sich insbesondere durch ein aktives Informieren aus, wodurch sowohl die Maßnahmen als auch das eigene Verhalten in der Pandemie wissensbasiert eingeordnet und teilweise legitimiert werden. Insbesondere zu Beginn der Pandemie verschaff-

ten sich die Fälle dieses Typs so einen Überblick zur Orientierung. So erzählt beispielsweise Kylie davon, wie sie sich bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt über das Virus informiert hat:

das war ich glaube ein Tag- oder zwei Tage nach Silvester , also das waar vorletztes °nee° letztes nee doch vorletztes Jahr , zwei Tage ich glaube danach oder an dem Tag ich weiß nicht ähmm (2) wir hatten uns dann halt erstmal da drüber belesen so (Kylie, 28.06.2021, Z. 187–190)

In dem hier zitierten Ausschnitt wird von Kylie zunächst der Zeitpunkt bestimmt, an dem sie das erste Mal von Corona gehört hat. Ihr Umgang mit dem für sie einschneidenden Erlebnis, sich zunächst darüber zu belesen, deutet darauf hin, dass sie besser mit der herausfordernden Situation zurechtkommt, wenn sie jene begreifen und verstehen kann.

Dieser verstehende und wissensbasierte Ansatz zeigt sich besonders deutlich in der Einordnung und Akzeptanz der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie. So reproduziert sich an vielerlei Stellen im Interviewmaterial ein umfassendes Verständnis für die Hygienemaßnahmen. Dies hatte auch Auswirkungen auf den geringeren Leidensdruck als im ersten Typ, da die Sinnhaftigkeit der Maßnahmen anerkannt wurde. Die Fälle dieses Typs verwenden ganz selbstverständlich Begriffe wie „Sieben-Tage-Inzidenzwert“ (Leon, 11.06.2021, Z. 175) und verstehen die virologischen Annahmen hinter den Anweisungen zum Abstandhalten, Masketragen und Lüften.

So beweist Lukas geradezu beiläufig in einer Erzählung über eine Klassenfahrt sein infektiologisches Verständnis:

[...] und dann auf der Rückfahrt und Hinfahrt mussten wir Maske tragen (.) aber alles gut der Bus war gut belüftet , es gab keine Probleme , äh , die Busfahrt war nur relativ lang , so ich glaube sechs sieben Stunden (.) und , ja [...] (Lukas, 10.02.2021, Z. 380–383)

Obwohl diese Passage einem Kontext entstammt, in dem es nicht zentral um die Erfahrungen mit der Pandemie geht, zeugt sie ganz deutlich von einem Wissen um Übertragungswege (Tröpfchen und Aerosole) und einer Akzeptanz der entsprechenden Hygienemaßnahmen (Masken und Lüften). Dem eigenen Leidensdruck durch die pandemiebedingten Einschränkungen und Belastungen begegnet dieser Typ dementsprechend vor allem durch den Drang, die Hintergründe zu verstehen und somit als sinnvoll anzuerkennen.

Hinzu kommt, dass ein Vertrauen in die Entscheidungen der ernannten Expert:innen und Institutionen vorhanden ist. Die Zuständigkeit für die Verwaltung als auch Eindämmung der Pandemie wird hier deutlich Politik und Wissenschaft zugewiesen, was unter anderem in folgender Passage deutlich wird:

ähm halt ja die Regierung und ähm (.) die ja irgendwie auch son bisschen für Recht und Ordnung sorgt ähm , unnd (3) eigentlich ja auch so mit darüber entscheidet wie wir grade leben , ähm außerhalb von Corona jetzt auch dass wir eigentlich ja in Deutschland schon ein ziemlich gutes Leben haben , ähm weil , ähm (..) ja @Corona@ also Deutschland is ja eigentlich schon ein ziemlich gutes Land mit äh einer ziemlich guten , ähm , ja so ärztlichen Versorgung , oder so , ich glaub so heißt das , ähm , und das is halt son bisschen für mich Politik dass die halt sich darum auch gekümmert haben dass so etwas , bei uns in diesem Land möglich ist das ist halt so für mich Politik (Sophia, 20.05.2021, Z. 306–315)

Auf die Frage hin, was für sie Politik bedeute, geht Sophia im Interview darauf ein, dass die Regierung für Recht, Ordnung und die Versorgung der Gesellschaft zuständig sei und diese Aufgabe auch übernehme. Hier wird sichtbar, dass ihrer Meinung nach das eigene Leben von den Entscheidungen der Regierung beeinflusst wird und diese für ein gutes Leben zu sorgen habe, was ihr, so Sophia, auch gelingt. Sie rechnet der Politik die Verantwortung zu, sich um ihre Bevölkerung zu kümmern und dies auch über die Herausforderung der Pandemie hinaus. Unter Bezugnahme auf die gute ärztliche Versorgung zieht sie die Bilanz, dass Deutschland schon ein ziemlich gutes Land sei, in dem diejenigen, die aus ihrer Perspektive die Zuständigen sind, ihren Auftrag erfüllen.

Insgesamt findet sich in den Fällen zum Typ *Reflektierte Akzeptierende* nur sehr wenig Kritik an den Entscheidungen der Politik sowie den Maßnahmen selbst. Im Gegensatz zu einer pauschalisierenden Ablehnung der Corona-Politik in Deutschland werden, wenn überhaupt, Inkonsistenzen im Maßnahmenkatalog kritisiert, deren Sinnhaftigkeit nicht nachvollzogen werden kann. Die geäußerte Kritik wird überwiegend differenziert angeführt und zeugt meist von einem reflektierten Umgang, der zwischen eigener Belastung (beispielsweise durch das Masketragen) und der Notwendigkeit abwägt.

Der Typ *Reflektiertes Akzeptieren* weist zudem eine recht hohe Anpassungsfähigkeit an die „neue Normalität“ auf, wie Kylie in folgender Passage betont, in der es um das Masketragen geht:

Kw dass es halt zu uns kommt natürlich war das halt ein bisschen komisch ich hab mich geschockt gefühlt weil auf einmal Maske tragen das war , immer ungewohnt (2) unnd (.) ja das war mir halt irgendwie unangenehm die Maske die ganze Zeit im-im Gesicht zu tragen , die Anfangszeit war schwer
 Iw L °mhm°
 Kw schwierig unnd das hat sich aber mittlerweile gelegt man passt sich ja an-man passt sich ja der Situation an und so , und mittlerweile ist das irgendwie Alltag geworden das ist halt auch nicht mehr unangenehm oder so
 Iw L hm
 Kw und wenn Corona irgendwann mal weg sein sollte dann wirts auch irgendwie komisch sein die Maske immer noch tragen zu wollen irgendwie weil dieses Gefühl dann , was im Gesicht zu haben nicht mehr da ist [...] (Kylie, 28.06.2021, Z. 187–202)

Die Maske, die seit Pandemiebeginn ein Symbol für richtiges Verhalten und Anpassung geworden ist, wird auch hier als Sinnbild für eine neue Lebensrealität herangeführt. Das Tragen der Maske wird von Kylie zunächst als etwas anfänglich Unangenehmes und Ungewohntes beschrieben, was die doch abstrakte Pandemie und drohende Gefahr der Infektion mit dem Virus physisch erfahrbar macht und einen neuen Alltag auszeichnet. Allerdings zeichnet die Passage auch einen Prozess nach, in dessen Verlauf eine Gewöhnung und Anpassung an die neue Situation stattfand, die in einer Art „neuen Normalität“ mündet. So geht Kylie auch auf das hypothetische Szenario einer endenden Pandemie ein, wodurch das Masketragen wieder hinfällig wird. Durch ihre Erwartung, dass dann abermals eine Gewöhnungszeit anbricht und es zunächst komisch sein wird, die Maske nicht mehr im Gesicht zu spüren, verdeutlicht sich, dass die Pandemie und die damit einhergehenden Einschränkungen nicht mehr als Ausnahmezustand, sondern inzwischen als „normal“, als neuer Alltag erlebt werden.

Es zeigt sich dennoch auch ein optimistischer Blick in eine noch unvorhersehbare Zukunft. Die Fälle des Typs sind zuversichtlich, dass die Corona-Pandemie und die damit zusammenhängenden Einschränkungen vorübergehen werden.

[...] aber , zur Zeit is natürlich auch , viele zur Zeit sind halt viele Aktivitäten ja auch wegen Corona , leider nich , verfügbar , aberrr , bald wenn beziehungsweise wenn Corona wieder , vorbei is , daaaannnn werde ich auch wieder Schwimmtraining haben [...] (Leon, 11.06.2021, Z.66–69)

Zwar zeichnet sich insgesamt eine starke Anpassungsfähigkeit an die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie ab, jedoch wird hier auch ein Bedauern hinsichtlich der nicht möglichen Aktivitäten und die Hoffnung auf eine freiere und aktivere Zukunft ausgedrückt. Leon demonstriert durch seine Korrektur „bald wenn beziehungsweise wenn Corona wieder vorbei ist“, dass er zwar davon ausgeht, dass es einen Alltag nach der Pandemie geben wird, sich aber dessen bewusst ist, dass nicht klar ist, wann dieser einsetzen wird. Dieser zurückhaltende Optimismus orientiert sich bei diesem Typ stark an Wissen und Informationen über die Pandemie, anstatt hoffungsvolle Erwartungen auf ein schnelles Ende der Pandemie in einem autoritären Durchgreifen oder der Infragestellung der pandemischen Lage zu suchen.

Insgesamt charakterisiert diesen Typus ein reflektierter Zugang zum Umgang mit der Pandemie, der sich vor allem darin ausdrückt, dass sich die zugehörigen Fälle über das Pandemiegeschehen, wie auch die Hintergründe der beschlossenen Maßnahmen, informieren und die Zuständigkeit der ausgewiesenen Expert:innen und politischen Institutionen anerkennen. Dies trägt dazu bei, dass sie die Sinnhaftigkeit der Einschränkungen und Entbehrungen nachvollziehen können und es ihnen dadurch leichter fällt, sich an diese zu halten und sie zu akzeptieren. Zwar nehmen auch sie die Belastungen des neuen Alltags hin und deuten ihre Lage als nicht selbstständig lösbar („man konnts nicht ändern“, Mathis, Z. 451–460), verleihen ihnen jedoch durch ihren reflektierten und rationalen Zugang einen für sie (temporär) ausreichenden Sinn.

Gestalten

Schließlich brachte das Material einen dritten Typen hervor, der sich von den beiden voran genannten Typen insofern unterscheidet, als dass die Fälle hier über das Hinnehmen und Akzeptieren hinausgehen und die Pandemiesituation selbst aktiv mitgestalten (wollen). Die Sinnhaftigkeit von infektionsschützenden Maßnahmen wird weitestgehend angenommen und es werden eigene Vorschläge von den Jugendlichen unterbreitet, die getroffenen Maßnahmen zu verbessern:

[...] einfach jetzt für nen Monat einfach komplett alles runterschotten alles , Schule zumachen , weil die Schulen haben bei uns echt sehr-sehr-sehr spät zugemacht meiner Meinung nach viel zu spät zugemacht , ähm ich mag auch kein Homeschooling [...], aber trotzdem und ich war so ::ja ich finde die sollten ähm die Schulen zu machen ich schreib jetzt sonst nen Brief:: ähm also @an den Bundestag@ [...] (Bianca, 03.02.2021, Z. 797–803)

Das Zitat von Bianca zeigt, dass die Pandemieanordnungen nicht als etwas begriffen werden, das über einen hereingebrochen ist und was man hinzunehmen hat, sondern das

gestaltbar ist. Dabei geht sie ganz selbstverständlich davon aus, dass diese Gestaltungsmöglichkeiten nicht nur (virologischen) Expert:innen und Erwachsenen im Allgemeinen vorbehalten sein sollte, sondern eben auch den jungen Menschen, die ganz unmittelbar von den Maßnahmen betroffen sind. Bianca kommt an dieser Stelle sogar zu dem Schluss, dass die erwachsenen Verantwortungsträger:innen aus ihrer Sicht zu wenig getan haben, was sie motiviert, selbst aktiv zu werden. Dies zeugt von ihrem hohen politischen Selbstwirksamkeitsgefühl (*political efficacy*), d. h. dass sie ihren Einfluss auf politische Willensbildung und politische Entscheidungen erkennt und wahrnimmt (Oberle, 2018).

In einem anderen Fall zielt der Gestaltungswille weniger auf die politischen Maßnahmen bzw. kollektive Strukturen, sondern stärker auf die Bewältigung des neu zu strukturierenden individuellen Alltags:

aber wo das endlich äh ich weiß nicht aber dieses Homeschooling oder sowas irgendwie hat mich das so irgendwie weitergebracht weil ich konnte halt so eher so allein ich bin so eher der Typ der irgendwie alles alleine macht [...] und dann halt immer so guckt und so und wenn-ich halt Fragen hab hab ich hier genug in meiner Familie die ich fragen kann und ähm , irgendwie hatt mir das dann weitergeholfen weil ich so viel Zeit hatte dadurch dass halt auch sehr viele ähm Hobbys von mir dann halt auch aus- ausgefallen sind [...] dadurch hatt-ich auch sehr viel Zeit ähm , mir dann so ne Struktur zu machen ich hab mir auch sehr viel über Internet halt angeguckt mit den Videos und so mit diesem Lernen auch noch so wie man halt das auch alleine machen kann und so und ähm (.) ja dadurch bin-ich auch glaub ich eher so viel selbständiger geworden und sowasss (Kyra, 28.05.2021, Z. 793–807)

Auch Kyra nimmt die Gegebenheiten nicht einfach so hin, sondern beginnt aktiv zu werden, indem sie sich Hilfe bei der Bewältigung der schulischen Aufgaben sowohl in der Familie als auch im Internet sucht und damit einen hohen Grad an Selbstständigkeit unter Beweis stellt. Sie bekommt die Chance, sich selbst eine Tagesstruktur zu schaffen und ist damit erfolgreich, da sie „viel selbstständiger geworden“ ist. Das zwangsweise Herauslösen aus etablierten Freizeitaktivitäten („Hobbys“) verschafft ihr mehr Freiheiten und neue Möglichkeiten, den eigenen Alltag zu gestalten.

Kyras Fall zeigt aber auch, dass besondere Fähigkeiten und Ressourcen, die durchaus schon vor der Pandemie entwickelt wurden bzw. vorhanden waren, hier genutzt werden konnten, die sich als – mehr oder weniger zufällig – positiv beim Umgang mit der Pandemie und den politischen Maßnahmen erwiesen haben. So spielen bei Kyra der Zugang zu Lernmaterialien und familiärer Unterstützung eine große Rolle:

also Ende Sommer Anfang Herbst oder so war das ja und äh da war mein Bruder dann auch zuhause durch die Uni und so und da hat er mir auch sehr viel geholfen inner Schule dann auch damit ich des noch so hinbekommen hab und so und das hilft mir jetzt auch viel dann zuhause mich zu organisieren wir hamm auch dann also ich hab mir dann auch son quadratischen Würfel da gebastelt wo ich dann so hab-ich vonner Youtuberin (Kyra, 28.05.2021, Z. 741–747)

Kyras Erzählungen stehen im Einklang mit Studien, die gezeigt haben, dass die Pandemie und deren Folgen ungleich verteilt sind, oder anders ausgedrückt, dass die jungen Menschen, die bisher schon gut mit sozioökonomischen Ressourcen und bildungsstarken Unterstützungs-

netzwerken ausgestattet waren, die Folgen der Pandemie besser bewältigen konnten und können (Hurrelmann & Dohmen, 2022; Zinn & Bayer, 2021). Die starke Orientierung an Bildungserfolgen in der Familie von Kyra, die in beiden Interviewausschnitten sichtbar wird, fördern (und fordern) bei ihr die Selbstaktivierung und den Anspruch, es (alleine) zu schaffen.

An dieser Stelle wird deutlich, dass sich die beiden Fälle im Typ *Gestalten* auch unterscheiden: so bezieht sich der Gestaltungswille bezogen auf die Pandemie(folgen) bei Bianca stärker auf gesellschaftliche bzw. kollektive Veränderungen und bei Kyra stehen eher das individuelle Erleben und individuelle Belange, die angepasst werden müssen, im Zentrum. Überdies sieht Kyra die Möglichkeit zur Selbstgestaltung stärker positiv, im Sinne einer Chance, sich selbst zu verwirklichen. Für Bianca ist die selbstständige Gestaltung eher eine Notwendigkeit, die aus der Kritik der bestehenden Regelungen heraus entsteht:

in der Schule durften wir nicht- also wir durften auf dem Hof nicht essen , auf dem Hof wenn wir Hofpause haben durften wir nicht essen , um zu essen mussten wir in die Mensa gehen , in die Mensa das ist ein geschlossener Raum (..) ja ergibt sehr viel Sinn wenn ich in einen geschlossenen Raum gehen muss , um zu essen , aber nicht draußen essen darf wo es unwahrscheinlicher ist sich anzustecken so hä [...] ja das lässt halt wirklich besonders schwer an den Regeln halten weil man denkt sich so , die Regeln sind so dumm warum muss ich die dummen Regeln einhalten also ich halte trotzdem die Regeln ein aber so manchmal denkt man sich so ich esse jetzt trotzdem auf dem Hof so (Bianca, 03.02.2021, Z. 1141–1153)

Trotz dieser Unterschiede bleibt der Kern des Typs in beiden Fällen sichtbar: der Wille, aktiv zu werden und dies schließlich auch zu tun. Die Gestaltungsbereitschaft kann aus unterschiedlichen Prämissen heraus entstehen und bedarf sicherlich förderlicher Ressourcen, aber sie führt dazu, dass junge Menschen die Pandemie-Situation nicht nur passiv hinnehmen und/oder sich darüber informieren, sondern sie sich – im Sinne eines selbst empowernden Prozesses – darin behaupten und weiterentwickeln.

5 Fazit und Ausblick

Ausgangspunkt unseres Beitrags ist die Annahme, dass die Corona-Pandemie, und zwar insbesondere in den ersten beiden Jahren, einen spezifischen Einfluss auf die politische Sozialisation junger Menschen ausgeübt hat. Anders ausgedrückt: Es erschien uns kaum denkbar, dass die Ausbildung und Entwicklung politischer Orientierungen Jugendlicher von der medialen Dauerpräsenz politischer Diskurse und Debatten zum angemessenen Umgang mit der Pandemie, von den zunehmenden gesellschaftlichen Konflikten und den starken Freiheitseinschränkungen unberührt bleiben kann. Die im Leben der Interviewten bis dato einzigartige Erfahrung einer globalen Pandemie und die damit verbundenen, teils drastischen und einschneidenden Änderungen des Alltags, wirkten sich zudem auf bestehende Sozialisationsinstanzen wie Familie, Schule oder Peers aus. Die Interviews weisen darauf hin, dass die Corona-Pandemie von den Jugendlichen weniger als medizinisches oder gar virologisches Ereignis wahrgenommen wurde. Vielmehr erzählen die interviewten Jugendlichen ausführlich, wie sich ihr Leben durch Corona und insbesondere während der

Lockdowns geändert hat. Sie beziehen sich folglich weniger auf gesundheitliche Aspekte als auf die Infektionsschutzmaßnahmen, die eine politische Reaktion auf die Ausbreitung des Virus darstellten und von den Jugendlichen auch häufig als solche wahrgenommen und bewertet wurden. Für viele Jugendliche waren mit den Maßnahmen politische Entscheidungen direkt, und für manche auch in dieser Deutlichkeit zum ersten Mal, in ihrem Alltag wahrnehmbar, erfahrbar und damit bewertbar.

Anhand des betrachteten Materials deutet sich an, dass die Jugendlichen sich vor allem hinsichtlich ihres Umgangs mit den Infektionsschutzmaßnahmen unterscheiden. Es wurden drei Typen gebildet, welche den von Kontaktbeschränkungen über Maskenpflicht und Schulschließungen reichenden Maßnahmen auf verschiedene Art und Weise begegnen. So hat Typ 1 (Distanziertes Hinnehmen) durch die Maßnahmen (teils starkes) Leid erfahren und erachtet die Maßnahmen als extern auferlegt, ohne jedoch eigenständig einen Umgang zu formen. Auch Typ 2 (Reflektiertes Akzeptieren) nimmt die auferlegten Einschränkungen hin, unterscheidet sich von Typ 1 aber durch eigenaktives Informieren, den Versuch, die Sinnhaftigkeit der Maßnahmen zu verstehen und eine Orientierung an wissenschaftlichen Erkenntnissen zum Corona-Virus. Typ 3 (Gestalten) hingegen nimmt die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie nicht einfach als etwas Schicksalhaftes und Unentrinnbares hin, sondern entwickelt aktiv Handlungsstrategien. Diese können sich sowohl auf die Pandemiesituation als kollektives Problem als auch auf die Strukturierung des eigenen Alltags unter Pandemiebedingungen beziehen.

Der Artikel basiert auf Einzelinterviews zu einem abgesteckten Erhebungszeitpunkt, es lassen sich also strenggenommen keine Aussagen über den zu erwartenden Verlauf der politischen Sozialisation treffen. Biografisch-narrative Interviews ermöglichen aufgrund ihrer rückblickenden Erzählung von bisher Erlebtem vielmehr die Rekonstruktion typischer und handlungsleitender Orientierungen, die darauf hinweisen, wie die Interviewten ihre Umwelt erfahren und deuten. Diese lassen dennoch einige prospektive Vermutungen über mögliche Auswirkungen der von den Jugendlichen berichteten Erfahrungen während der Corona-Pandemie zu, die – wie auch die hier untersuchten Interviews nahelegen – ein einschneidendes und politisch-krisenhaftes Ereignis im Leben der Jugendlichen darstellen. Wie sich die Corona-Pandemie in der politischen Sozialisation der Jugendlichen niederschlägt, ist aber letztendlich vor allem eine empirische Frage, die sich in einiger Zeit rückblickend oder mittels langfristiger Paneldesigns beantworten lässt. Innerhalb des hier verwendeten Materials deutet sich jedoch schon an, dass die Infektionsschutzmaßnahmen zum Zeitpunkt ihrer Etablierung sehr relevant für die Jugendlichen waren und so die Folgen politischer Entscheidungen insbesondere für Schüler:innen sehr deutlich und vergleichsweise rasch spürbar waren. Diese sozialisationsrelevanten Erfahrungen liegen insofern im Feld des Politischen, als sie „einen Bezug zu ein Kollektiv bindenden, durch Macht durchsetzbaren Entscheidungen haben“ (Nohl, 2022, S. 47). Die Art und Weise des Umgangs der Jugendlichen mit den Maßnahmen kann eine prägende und längerfristige Wirkung insbesondere auf ihre Nähe bzw. Distanz zum politischen System haben. *Typ 1* hat diesbezüglich eine Überforderung und ein Nicht-Gehört- bzw. Nicht-Beachtet-Werden erfahren. Dies erzeugt eine Distanz zum politischen System, die langfristig das politische Interesse und die politische Teilhabe hemmen oder sogar in Richtung eines antidemokratischen Aktivismus führen kann. In diesem Typ finden sich auch Verweise auf Diskurse, die auf ein schnell-

les Ende der Pandemie, wie zum Beispiel autoritäres staatliches Agieren („Lockdowns wie in China“) oder Bezüge zu den Inhalten der Querdenker-Bewegung herstellen. Im Vordergrund steht dabei der Wunsch nach einem zügigen Ende der Maßnahmen und einer Rückkehr zur vorpandemischen Situation. Demgegenüber haben Jugendliche, die dem *zweiten Typ* zugeordnet werden können, erfahren, dass sie durch eigenes Sich-Informieren und basierend auf selbstangeeignetem Wissen ein Verständnis für politische Entscheidungen erlangen können. Zwar werden die Maßnahmen nicht uneingeschränkt befürwortet, sondern in den Details ihrer Ausgestaltung auch kritisiert, insgesamt hat das grundlegende Verständnis jedoch an einigen Stellen auch dazu geführt, dass die Jugendlichen sich den Einschränkungen nicht hilflos ausgeliefert fühlten. Die Jugendlichen des *Typ 3* zeichnen sich durch hohe Eigenaktivität und Verantwortungsübernahme aus, die sich auch auf den Bereich des Politischen übertragen kann. In diesem Fall hat die Pandemie verschiedene politische Lernprozesse angeregt, politische Abläufe wurden beobachtet, politische und gesellschaftliche Diskurse verfolgt und eine aktive Auseinandersetzung und Meinungsbildung angeregt. Es ist durchaus denkbar, dass diese Erfahrung auch langfristig auf den politischen Sozialisationsprozess, der beispielsweise im Rahmen politischer Involvierung oder politischen Interesses beobachtet werden kann, einwirkt.

Dass die Unterschiede im Umgang der Jugendlichen mit der Pandemie und den Infektionsschutzmaßnahmen sich vor allem in der Art und Weise des Informierens und des Umgangs mit den Informationen zeigt, hat auch für die pädagogische Praxis Implikationen. Es wird deutlich, dass das Informiert-Sein über die Pandemie einerseits Grundlage dafür ist, dass die Jugendlichen sich eine eigene Meinungsbildung zutrauen und dass sie diese Meinung auch vertreten. Andererseits fällt es den informierten Jugendlichen leichter, die Einschränkungen hinzunehmen und die neue Situation zu akzeptieren. Entsprechend sollten pädagogische Akteur:innen an dieser Stelle ansetzen und die Jugendlichen bei der Suche und der Verarbeitung von Hintergrundinformationen unterstützen. Gerade in Krisensituationen, in denen die Nachrichten stark verdichtet sind und sich selbst Erwachsene leicht von der Informationsflut überfordert fühlen, brauchen Jugendliche hierbei Hilfe und Unterstützung.

Da der anhand des empirischen Materials rekonstruierte Umgang mit den Infektionsschutzmaßnahmen nur einen ersten vorläufigen Einblick in die sozialisatorischen Erfahrungen mit der Pandemie darstellt, müssen weitere Studien zeigen, ob und inwieweit sich hieraus eine langfristige Wirkung auf das Verhältnis zur Politik entfaltet. Da das verwendete Material im Rahmen einer Panelstudie erhoben wurde, besteht hier die Chance, künftig eine längsschnittliche Perspektive auf die Corona-Pandemie als spezifischem Kontext politischer Sozialisation zu erlangen.

Literatur

- Abendschön, Simone (Hrsg.) (2013). *ECPR – Studies in European political science. Growing into politics: Contexts and timing of political socialisation*. Colchester: ECPR Press.
- Andresen, Sabine, Heyer, Lea, Lips, Anna, Rusack, Tanja, Schröer, Wolfgang, Thomas, Severine & Wilmes, Johanna (2021). *Das Leben von jungen Menschen in der Corona-Pandemie: Erfahrungen, Sorgen, Bedarfe*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Andresen, Sabine, Lips, Anna, Möller, Renate, Rusack, Tanja, Schröer, Wolfgang, Thomas, Severine & Wilmes, Johanna. (2020). *Erfahrungen und Perspektiven von jungen Menschen während der Corona-Maßnahmen: Erste Ergebnisse der bundesweiten Studie JuCo*. Hildesheim: Universitätsverlag. <https://doi.org/10.18442/120>
- Andresen, Sabine, Lips, Anna, Rusack, Tanja, Schröer, Wolfgang, Thomas, Severine & Wilmes, Johanna (2022). *Verpasst? Verschoben? Verunsichert? Junge Menschen gestalten ihre Jugend in der Pandemie*. Hildesheim: Universitätsverlag. <https://doi.org/10.18442/205>
- Bauer, Ullrich & Hurrelmann, Klaus (2021). *Einführung in die Sozialisationstheorie: Das Modell der produktiven Realitätsverarbeitung (MpR)* (14. Auflage). Weinheim: Beltz.
- Bohnsack, Ralf, Nentwig-Gesemann, Iris & Nohl, Arnd-Michael (Hrsg.) (2013). *Die dokumentarische Methode und ihre Forschungspraxis: Grundlagen qualitativer Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-19895-8>
- BMFSF – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2020). *16. Kinder- und Jugendbericht: Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter*. Berlin: DVPB. <https://doi.org/10.46499/1648.1889>
- Claußen, Bernhard (Hrsg.) (1996). *Die Politisierung des Menschen: Instanzen der politischen Sozialisation. Ein Handbuch*. Opladen: Leske und Budrich. https://doi.org/10.1007/978-3-322-97272-9_1
- Frei, Nadine, Schäfer, Robert & Nachtwey, Oliver (2021). Die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen: Eine soziologische Annäherung. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 34 (2), 249–258. <https://doi.org/10.1515/fjsb-2021-0021>
- Glaser, Barney G. & Strauss, Anselm L. (1967). *The Discovery of Grounded Theory: Strategies for Qualitative Research*. Chicago: Aldine Publishing Company. https://doi.org/10.1007/978-3-658-13213-2_59
- Gravelmann, Reinhold (2022). *Jugend in der Krise: Die Pandemie und ihre Auswirkungen*. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Greenstein, Fred I. (1965). Political Socialization. In *International Encyclopedia of the Social Sciences*. New York: Crowell-Collier Publishing.
- Hafeneger, Benno (2021). Jugend in Zeiten von Corona. *Journal für politische Bildung*, 11 (1), 34–37. <https://doi.org/10.46499/1669.1807>
- Heitmeyer, Wilhelm (1991). Individualisierungsprozesse und Folgen für die politische Sozialisation von Jugendlichen: Ein Zuwachs an politischer Paralyse und Machiavellismus? In Wilhelm Heitmeyer & Juliane Jakobi (Hrsg.), *Politische Sozialisation und Individualisierung: Perspektiven und Chancen politischer Bildung* (S. 15–34). Weinheim: Juventa. https://doi.org/10.1007/978-3-322-86106-1_26

- Heyer, Lea (2022). Zeit-bezogene Perspektiven auf Jugend und Erfahrungen von Jugendlichen in der Corona-Pandemie. *Gruppe. Interaktion. Organisation. Zeitschrift für Angewandte Organisationspsychologie*, 53 (1), 73–81. <https://doi.org/10.1007/s11612-022-00623-y>
- Hopf, Christel & Hopf, Wulf (1997). *Familie, Persönlichkeit, Politik: Eine Einführung in die politische Sozialisation*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Hurrelmann, Klaus & Dohmen, Dieter (2022). Eine Bruchlinie zieht sich durch die junge Generation. *DJI Impulse*, Nr. 128 (2), 22–25.
- Kiess, Johannes, Dilling, Marius, Schliessler, Clara & Kalkstein, Fiona (2022). *Verschörungsglaube bei Jugendlichen: Kann Schule Demokratie stärken?* Universität Leipzig.
- Moser, Evelyn (2020). Rückzug des Politischen? *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 70 (35–37), 23–28.
- Nassehi, Armin (2003). Der Begriff des Politischen und die doppelte Normativität der „soziologischen“ Moderne. In Armin Nassehi & Markus Schroer (Hrsg.), *Soziale Welt Sonderband: Bd. 14. Der Begriff des Politischen* (S. 133–169). Baden-Baden: Nomos.
- Nohl, Arnd-Michael (2022). *Politische Sozialisation, Protest und Populismus: Erkundungen am Rande der repräsentativen Demokratie*. Weinheim: Beltz Juventa. <https://doi.org/10.26043/giso.2022.2.6>
- Oberle, Monika (2018). Politisches Effektivitätsgefühl von Schüler/-innen. In Sabine Manzel & Monika Oberle (Hrsg.), *Kompetenzorientierung* (S. 85–97). Wiesbaden: Springer Fachmedien. https://doi.org/10.1007/978-3-658-16889-6_8
- Papier, Hans-Jürgen (2020). Verfassungsrechtliche Perspektiven. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 70 (35–37), 4–8.
- Rippl, Susanne (2015). Politische Sozialisation. In Klaus Hurrelmann, Ullrich Bauer, Matthias Grundmann & Sabine Walper (Hrsg.), *Handbuch Sozialisationsforschung* (S. 733–752). Weinheim: Beltz.
- Sturzbecher, Dietmar, Dusing, Raik, Kunze, Thiemo, Bredow, Bianca & Pöge, Andreas (2021). *Jugend in Brandenburg 2020: Auswirkungen der Corona-Pandemie*. Potsdam: Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung e. V.
- Tillmann, Klaus-Jürgen (2010). *Sozialisierungstheorien: Eine Einführung in den Zusammenhang von Gesellschaft, Institution und Subjektwerdung*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Zinn, Sabine & Bayer, Michael (2021). Schule in der Pandemie: Lernzeiten der Kinder hängen auch von der Bildung der Eltern ab. *DIW aktuell*, 63. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.

Autor:innen

Marco Schott, M.A., wissenschaftlicher Mitarbeiter im DFG-Projekt: „Politische Orientierungen von Jugendlichen: im Spannungsverhältnis von Peers und Familie“ am Zentrum für Schul- und Bildungsforschung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Bis August 2023 am Deutschen Jugendinstitut, Außenstelle Halle, Arbeits- und Forschungsstelle Demokratieförderung und Extremismusprävention.

Forschungsschwerpunkte: Politische Orientierungen und Sozialisation im Jugendalter, kritische Rechtsextremismusforschung, Qualitative Sozialforschung.

Anschrift: Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Zentrum für Schul- und Bildungsforschung, Franckeplatz 1, Haus 31, 06110 Halle (Saale)

E-Mail: marco.schott@zsb.uni-halle.de

Pia Sauermann, Dr., Deutsches Jugendinstitut, Außenstelle Halle, Projekt: Ermittlung von Bedarfslagen im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention.

Forschungsschwerpunkte: Politische Sozialisation, Bildungsforschung und empirische Sozialforschung.

Anschrift: Deutsches Jugendinstitut, Franckeplatz 1, H. 12–13, 06110 Halle (Saale)

E-Mail: sauermann@dji.de

Johanna Häring, Kulturosoziologin und bis Ende 2022 wissenschaftliche Referentin am Deutschen Jugendinstitut, Arbeits- und Forschungsstelle Demokratieförderung und Extremismusprävention.

Forschungsschwerpunkte: Methoden qualitativer Sozialforschung, Fragen der Normierung und Normalisierung sowie der sozialen Ungleichheit.

E-Mail: johanna-haering@gmx.de

Ina Weigelt, Deutsches Jugendinstitut, Außenstelle Halle, Arbeits- und Forschungsstelle Demokratieförderung und Extremismusprävention.

Forschungsschwerpunkte: Politische Sozialisation, zivilgesellschaftliches Engagement und Ungleichheitsforschung.

Anschrift: Deutsches Jugendinstitut, Franckeplatz 1, H. 12–13, 06110 Halle (Saale)

E-Mail: weigelt@dji.de



Julia Prescher

Jugendweihe machen

**Eine ethnografische Studie zu Praktiken
der Übergangsgestaltung**

Reflexive Übergangsforschung – Doing Transitions, Band 10

2024 • 165 S. • kart. • 38,00 € (D) • 39,10 € (A)

ISBN 978-3-8474-2524-3 • eISBN 978-3-8474-1717-0

Jedes Jahr zelebrieren junge Menschen mit Jugendweihen die Aufnahme „in den Kreis der Erwachsenen“. Diese ethnografische Studie beschreibt Praktiken und Prozesse der Jugendweihe im ländlichen Raum Sachsen-Anhalts beruhend auf der Begleitung von neun Jugendlichen über ein Jahr vor, während und nach der Feier. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie in der sozialen und kulturellen Praxis ein Übergang im Lebenslauf hergestellt und gestaltet wird.

Die Autorin:

Dr. Julia Prescher, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Gelegenheiten und Herausforderungen für das Engagement junger Menschen in Vereinen sehr ländlicher Räume – Alles eine Frage der Passung?

Jessica Brensing, Fredrik Norén, Tuuli-Marja Kleiner, Andreas Klärner

Zusammenfassung

Viele Vereine in ländlichen Räumen klagen über Nachwuchsmangel. Dabei werden Schwierigkeiten, denen sich junge Menschen häufig bei ihrem Engagement gegenübersehen, zwar aufgeführt, aber kaum systematisiert oder Lösungsansätzen gegenübergestellt. Das Konzept regionaler Gelegenheitsstrukturen in Bezug auf junge Menschen und ihr Engagement in Vereinen wird genutzt, um dieses Zusammenspiel von persönlichen Ressourcen sowie regionalen und lokalen Bedingungen und den daraus resultierenden Konsequenzen für das Engagement junger Menschen in Vereinen sehr ländlicher Räume zu systematisieren.

Problemzentrierte Einzelinterviews mit engagierten jungen Menschen sowie Schlüsselakteuren aus Kommunalverwaltung und Vereinen decken drei zentrale als Herausforderungen gedeutete Bedingungen (mangelnde Anerkennung, Bedeutung von Wissens- und Unterstützungsstrukturen sowie räumliche Distanzen beziehungsweise eingeschränkte Mobilität) für das Engagement junger Menschen in Vereinen auf. Diesen begegnen die jungen Engagierten, Vereine sowie regionale Akteure mit verschiedenen Handlungspraxen, die als Lösungsansätze beziehungsweise Strategien gewertet wurden. Dabei spielen die persönlichen Ressourcen und die Unterstützung durch den Verein eine wesentliche Rolle.

Schlagerwörter: junge Menschen, freiwilliges Engagement, Vereine, ländliche Räume, problemzentrierte Interviews

Opportunities and challenges for young people's volunteering in associations in very rural areas – just a matter of fit?

Abstract

Many associations in rural areas complain about a lack of young people. Although the difficulties that young people often face in their involvement are mentioned, they are rarely systematised or compared with possible solutions. The concept of regional opportunity structures in relation to young people and their involvement in associations is used to systematise this interplay of personal resources as well as regional and local conditions and the resulting consequences for the engagement of young people in associations in very rural areas.

Problem-centred individual interviews with committed young people and key players from local government and associations reveal three central conditions interpreted as challenges (lack of recognition, importance of knowledge and support structures, and spatial distances or limited mobility) for young people's volunteering in associations. The young volunteers, associations and regional stakeholders

respond to these challenges with various practices that were recognised as solutions or strategies. Personal resources and support from the association play a key role here.

Key words: Young people, volunteering, associations, rural areas, problem-centred interviews

1 Die Vielfalt ländlicher Räume: Gelegenheitsstrukturen für Engagement

In der öffentlichen Diskussion herrschen oft idealtypische oder stereotype Vorstellungen von grundsätzlich differenten Lebensstilen und sozialen Beziehungen in „Stadt“ und „Land“ vor. So ist etwa die Annahme, in Dörfern würden anders als in Städten homogene und solidarische Dorfgemeinschaften quasi „natürlich“ vorkommen (kritisch dazu: Schiemann et al., 2022) weit verbreitet, und in der öffentlichen und politischen Diskussion wird der Förderung von Dorfgemeinschaften eine wichtige Funktion für den sozialen Zusammenhalt zugeschrieben (Priemer et al. 2017, S. 23; Vogelgesang et al., 2018, S. 86–67; Zimmer, 2005, S. 115).

Eine zentrale Rolle nehmen in diesem Zusammenhang die Vereine in ländlichen Räumen ein (Fischer & Levening, 2021). Vereine werden als die Institution gesehen, in der sich Bürger:innen freiwillig für das Gemeinwesen engagieren. Das Engagement findet typischerweise im öffentlichen Raum und zusammen mit anderen außerhalb der eigenen Familie und des Arbeitsplatzes statt (Kleiner, 2022b).

In der öffentlichen und politischen Diskussion wird dem Engagement junger Menschen (ca. 16- bis 25-Jährige) in Vereinen eine besondere Bedeutung zugewiesen.¹ Zum einen werden die jungen Engagierten als Potenzial für die Besetzung langfristiger ehrenamtlicher Positionen im Verein gesehen. Ohne jugendlichen Nachwuchs kann das langfristige Bestehen der Vereine nicht gewährleistet werden, und damit steht implizit auch der dörfliche Zusammenhalt in Frage. Auf der anderen Seite wird die Sorge geäußert, dass Vereine vor dem Hintergrund sinkender Geburtenraten zahlenmäßig schwächerer jüngerer Jahrgänge und Abwanderungstendenzen junger Menschen aus ländlichen Räumen „auf dem Land“ aussterben (z. B. ntv, 2018).

Die in der Diskussion vorherrschenden Stereotype über das Landleben wurden mittlerweile auf der Grundlage eines relationalen Raumverständnisses (Löw, 2001) theoretisch (Döring & Thielmann, 2008) und auch empirisch (Schiemann & Steinführer, 2021; Schiemann et al., 2022) immer stärker in Frage gestellt. Räume werden demnach sowohl als sozial konstituierte, d. h. als durch Handlungen und Bedeutungszuschreibungen von sozial verschiedenen situierten Akteuren „gemachte“, als auch als sozial konstituierende Strukturen gedacht, die Handlungsspielräume von Akteuren ermöglichen und begrenzen. Diese sozial konstituierten Räume sind losgelöst von den räumlich-materiellen Voraussetzungen wie etwa der im raumplanerischen Diskurs bedeutsamen „räumlichen Verteilung von Daseinsvorsorgeeinrichtungen“ (Weingarten & Steinführer, 2020, S. 659) zu denken. Diesbezüglich gibt es nicht nur in Deutschland regional jeweils sehr unterschiedliche Gegeben-

¹ Ein Überblick zu den Formen des Engagements junger Menschen in Vereinen findet sich bei Kleiner (2022a).

heiten und Strukturen, und es ist von einer Vielfalt ländlicher Räume auszugehen, die sich hinsichtlich ihrer sozial-räumlichen Strukturen und damit auch hinsichtlich der Handlungsspielräume von Akteuren stark unterscheiden.

Ein theoretisch-konzeptionelles Modell, das den Blick darauf lenkt, welche lokalen oder regionalen Strukturen jeweils von Bedeutung sind, wenn es darum geht, Handlungsspielräume von Akteuren zu untersuchen, haben Bernard et al. (2023) mit dem Konzept der regionalen Gelegenheitsstrukturen vorgeschlagen. Unter Gelegenheiten werden institutionelle, infrastrukturelle, aber auch sozial-kulturelle Strukturen bezeichnet, die Handlungsmöglichkeiten beeinflussen. Die Autor:innen benennen insbesondere: 1. Jene der ökonomischen Gelegenheiten (insbesondere Arbeitsmarkt), 2. naturbezogene (z. B. für Naturerlebnis und Freizeitmöglichkeiten) und bauliche Gelegenheiten (Wohngebäudestruktur, verfügbare Freiräume etc.), 3. die öffentlichen und privaten Dienstleistungen (Einkaufen, Verkehr, Behörden etc.) sowie 4. die Gelegenheiten, sich in der Gemeinde z. B. in Vereinen zu engagieren. Gemeinsam ergibt sich aus der Summe und der Kombination verschiedener vorhandener (oder eben nicht vorhandener) Gelegenheiten die Gelegenheitsstruktur. Diese Gelegenheitsstrukturen sind räumlich unterschiedlich vorhanden und verteilt, sie unterscheiden sich bezüglich ihrer Erreichbarkeit, Nutzbarkeit und Qualität und können durch individuelle Handlungen (*agency*, siehe Emirbayer & Mische, 1998) beeinflusst und verändert werden.

Lebensweisen und Handlungsmöglichkeiten von Akteuren unterscheiden sich aber nicht nur in Hinblick auf Verfügbarkeit, Relevanz und Nutzung regionaler Gelegenheitsstrukturen, sondern auch entlang sozialer und demographischer Stratifikationen. Das bedeutet, unterschiedliche soziale Gruppen verfügen nicht nur über jeweils eigene Kombinationen der Ressourcenausstattung, sondern können aufgrund dessen Gelegenheitsstrukturen auch jeweils unterschiedlich nutzen.

Unser Fokus liegt auf jungen Menschen (im Alter von 16 bis 25 Jahren), die sich in Vereinen ländlicher Räume engagieren. Wir möchten herausarbeiten, welchen Herausforderungen sie begegnen, wenn sie sich engagieren wollen, welche Hemmnisse es gibt, um ein Engagement aufzunehmen oder aufrechtzuerhalten und welche Lösungsansätze (bzw. Handlungspraxen) von verschiedenen Akteursgruppen (engagierte junge Menschen, Vereine, Kommunalverwaltung) gewählt werden, um diesen Herausforderungen für junges Engagement zu begegnen.

Dabei verstehen wir unter Lösungsansätzen die verschiedenen Handlungen, die von den Vereinen, der Kommunalverwaltung oder den jungen Engagierten vorgenommen werden, um jeweilige Hemmnisse zu beheben oder zu umgehen. Von Interesse ist dabei insbesondere das komplexe Zusammenspiel von Gelegenheitsstrukturen und den persönlichen Ressourcen der Akteure.

Wir nutzen Daten aus qualitativen Einzelinterviews mit engagierten jungen Menschen sowie mit Schlüsselakteuren aus Vereinen und Verbänden (lokal, regional) sowie Verwaltung (regional) und Politik (lokal). Die gewonnenen Erkenntnisse werden nach einer Auseinandersetzung mit dem Forschungsgegenstand (*Abschnitt 2*) sowie der Erläuterung der methodischen Vorgehensweise (*Abschnitt 3*) in *Abschnitt 4* dargestellt und in *Abschnitt 5* diskutiert.

2 Vereinsbezogenes Engagement junger Menschen: Gelegenheiten und Herausforderungen

Junge Menschen in ländlichen Räumen gehören sicher nicht zu den sozialwissenschaftlich überforschten Gruppen. Erst in jüngster Zeit zeigt sich ein gewisses Interesse an Lebenswelten, Perspektiven und Handlungspraxen junger Menschen in ländlichen Räumen (Mey, 2021; Farin & Mey, 2020), die vor dem Hintergrund einer Diskussion über wachsende regionale Disparitäten, d. h. der ungleichen Ausstattung verschiedener ländlicher Räume mit regionalen Gelegenheitsstrukturen relevant ist. In diesem Strang der Forschung zu jungen Menschen in ländlichen Räumen wird insbesondere gefragt, welche Gelegenheitsstrukturen für diese verfügbar und zugänglich sind – nicht nur räumlich, sondern auch sozial (Mettenberger, 2019) – und „wie die Jugendlichen ihre Aktionsräume selbst gestalten“ (Mey, 2020, S. 21).

Bezüglich der Bedeutung von Vereinen für die aktuellen Handlungspraxen von jungen Menschen in Bezug auf ihre Freizeitgestaltung, aber auch für die Zukunftsorientierungen und örtlichen Bleibeabsichten von Jugendlichen haben Ludwig und Grunert (2020) auf die Heterogenität von Regionen, Vereinslandschaften und jugendlichen Interessen und die nicht immer gegebene Passung von jugendlichen Interessen und Vereinsangeboten vor Ort hingewiesen, aber auch darauf, dass in ländlichen Räumen lebende Jugendliche „keinesfalls in regionalen Containern der ‚Hoffnungslosigkeit‘ gefangen [sind], sondern vielmehr nach eigenen Räumen und jugendkulturellen Gestaltungsmöglichkeiten suchen“ (Ludwig & Grunert, 2020, S. 46).

Die Auswahl an kommerziellen Freizeitangeboten in ländlichen Gebieten ist im Vergleich zu städtischen Regionen oft begrenzt. In diesem Zusammenhang kann das Engagement junger Menschen (in Vereinen) eine bedeutsame Rolle einnehmen, wenn es um die Auswahl an Freizeitangeboten für junge Menschen geht (z. B. Sportangebote). Dabei geht es nicht nur um eine sinnvolle Freizeitgestaltung und das Erlernen sozialer Fähigkeiten, sondern auch um die Möglichkeit, sich selbst auszudrücken und ihre soziale Umgebung aktiv mitzugestalten. Durch freiwilliges Engagement (in Vereinen) können somit nicht nur die persönliche Entwicklung gefördert, sondern auch positive Veränderungen im Lebensumfeld herbeigeführt werden.

Untersuchungen auf der Basis des Deutschen Freiwilligensurveys und des Sozioökonomischen Panels (SOEP) zeigen in ländlichen und gerade in peripheren Räumen allgemein höhere Engagementquoten als in urbanen Räumen (Kleiner & Burkhardt, 2021; Simonson et al., 2022, S. 90). Die 14- bis 29-Jährigen weisen dabei allgemein eine im Vergleich hohe Engagementquote von 42 Prozent auf (Simonson et al., 2021, S. 16), wobei eine gewisse Überschätzung des Engagements nicht ausgeschlossen werden kann (Kleiner & Klärner, 2019; Kleiner, 2022a). In der Online-Umfragestudie „WIR“ in fünf ländlichen Regionen gaben 43 Prozent der befragten Jugendlichen an, bei Entscheidungen bezüglich der Kommunen mitbestimmen zu wollen, wohingegen nur 25 Prozent angaben, dies auch zu können. Bezogen auf Vereine und die Freiwillige Feuerwehr gaben 42 Prozent an, mitbestimmen zu wollen sowie 31 Prozent dies auch tatsächlich zu können (Ollendorf et al., 2020, S. 124).

Im Freiwilligensurvey 2019 nannten 51 Prozent aller jungen Engagierten (14 bis 29 Jahre) den Verein oder den Verband als organisatorischen Rahmen ihres Engagements (Karnick et al., 2022, S. 192). Während die jungen Menschen in peripheren ländlichen Regionen

sich hauptsächlich in Sportvereinen aktiv einbringen, steht ihnen in wirtschaftlich stärkeren Regionen ein breiteres Angebot für Verfolgung unterschiedlicher Interessen zur Verfügung (Ludwig & Grunert, 2020; Stein et al., 2018, S. 66). Dies führt gerade in peripheren ländlichen Gebieten zu regionalen Abhängigkeiten von Möglichkeiten der Freizeitgestaltung (Kleiner, 2021), wobei eine fehlende Passung zwischen bestehenden Vereinsangeboten und persönlichen Interessen dazu führen kann, dass die Wohnregion als Begrenzung erlebt wird (Ludwig & Grunert, 2020). Allerdings hängt eine Unzufriedenheit mit dem Angebot nicht pauschal mit der Größe des Wohnortes zusammen (Becker & Moser, 2013), denn junge Menschen (hier 14- bis 19-Jährige) reagieren mit unterschiedlichen Lösungsansätzen, wobei ihren Ressourcen bezüglich der Mobilität (z. B. Fahrdienste der Eltern) eine zentrale Rolle zukommt (Beierle et al., 2016; Küpper & Mettenberger, 2020). Regional wahrgenommene Beschränkungen und Möglichkeiten hinsichtlich ihrer allgemeinen Lebens- und Entfaltungschancen sind jedoch durchaus mit Abwanderungstendenzen der jungen Menschen verknüpft (Becker & Moser, 2013; Mettenberger, 2017), und es stellt sich die Frage, wie sich dies mit einem längerfristigen Engagement vereinbaren lässt. Umgekehrt ist es denkbar, dass ein Mangel an Angeboten zu neuem Engagement führt, um diesen Mangel zu beheben.

In einigen zum Teil qualitativen Studien werden in Bezug auf das Engagement junger Menschen in Vereinen ländlicher Räume zum einen die großen räumlichen Entfernungen bzw. eine eingeschränkte Mobilität als ein zentrales Hindernis für das Engagement junger Menschen in ländlichen Räumen benannt (Picot, 2012) sowie die Abhängigkeit von der Mobilitätsunterstützung durch die Eltern aufgezeigt (Antes et al., 2022; Beierle et al., 2016; Stahl, 2016). Zum anderen wird relativ konsistent von einer wahrgenommenen mangelnden Anerkennung der jungen Engagierten, sei es durch den Vereinsvorstand oder in gesellschaftlichen Zusammenhängen berichtet (Antes et al., 2022; Dresen, 2007; Dux et al., 2009; Schell-Kiehl & Swart 2019; Stahl 2016). Mit dieser mangelnden Anerkennung kann auch eine in der Kommunalpolitik nachrangig behandelte Jugendarbeit (Schell-Kiehl & Swart, 2019; Stahl, 2016) verbunden sein. Darüber hinaus wird eine mangelnde Flexibilität von Vereinsstrukturen bezogen auf die Wünsche und Bedürfnisse der jungen Menschen, zum Beispiel durch sehr festgelegte Strukturen und Abläufe benannt (Stahl, 2016, S. 43). Dux et al. (2009) betonen, dass junge Menschen auf der einen Seite teils mit Aufgaben und Verantwortung überlastet und auf der anderen Seite ihnen zu wenig zugetraut wird und ihnen keine Aufgaben mit „echter“ Verantwortung übertragen werden.

Auf Grundlage dieser Forschungsergebnisse fragen wir im Folgenden nach den Herausforderungen und Hemmnissen für das Engagement von jungen Menschen in Vereinen ländlicher Räume und deren Abhängigkeit von den jeweils existierenden Gelegenheitsstrukturen und gehen dabei auf Lösungsansätze der unterschiedlichen Akteursgruppen ein. Wir führen dies dann in einem heuristischen Modell zum Zusammenspiel von Gelegenheitsstrukturen, persönlichen Ressourcen und den Handlungsmöglichkeiten (*agency*) zusammen (*siehe Abschnitt 5*).

3 Methodisches Vorgehen

Um die Verknüpfungen von Gelegenheitsstrukturen, persönlichen Ressourcen der Akteure und der Handlungspraxis, d. h. des Engagements zu erfassen, wurde ein qualitatives Vorgehen gewählt.

Für die Untersuchung im Rahmen des Forschungsprojektes „Jung, im Verein und engagiert (JIVE)“ wurden die Landkreise Gifhorn, Börde und Harz ausgewählt, die nach der Thünen-Typologie ländlicher Räume (Küpper, 2016) alle in die Kategorie „sehr ländlich“ eingeordnet werden.² Alle drei Regionen weisen eine sozioökonomisch weniger gute Lage auf. Es wird davon ausgegangen, dass in diesen Raumtypen weniger gute regionale Gelegenheitsstrukturen für Engagement vorhanden sind. Dies lässt sich zum einen mit erhöhten Mobilitätsanforderungen begründen. So sind zwar Mittel- und Oberzentren, in denen es ein größeres Freizeitangebot gibt, auch in diesen Räumen mit dem Auto gut zu erreichen (Fahrzeit in sehr ländlichen Räumen mit weniger guter wirtschaftlicher Lage mit dem Auto ca. 8 bis 9 Minuten), mit dem Fahrrad jedoch liegt die Fahrzeit schon hier bei 27 Minuten. Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist in diesen Räumen kaum eine Alternative, die nächste Haltestelle des ÖPNV ist zu Fuß in den sehr ländlichen Regionen mit weniger guter sozioökonomischer Lage durchschnittlich in 47 Minuten zu erreichen, wohingegen das Erreichen von Haltestellen in der Stadt nur ca. 12 Minuten dauert. Hinzu kommt die Fahrzeit der Busse und Züge. Zum anderen bestehen schlechtere Voraussetzungen für die digitale Vernetzung, die sich auch anhand der Breitbandversorgung belegen lassen. Diese ist in Gifhorn am besten (69 % aller Haushalte verfügen über einen Breitbandanschluss), gefolgt vom Landkreis Harz (58 %) und mit weitem Abstand folgt der Bördekreis (31 %).³

Darüber hinaus ist in den beiden ostdeutschen Landkreisen Börde und Harz der Anteil der 18- bis 25-Jährigen in den letzten Jahren drastisch gesunken. Die absolute Zahl dieser Altersgruppe und damit das Potential engagierter junger Menschen hat sich seit dem Jahr 2000 in beiden Landkreisen mehr als halbiert.⁴

Für das Sampling wurden in allen Landkreisen regionale Ansprechpartner:innen zur Thematik „Engagement junger Menschen in Vereinen“ identifiziert und um die Nennung von Schlüsselakteuren aus den Bereichen Verwaltung, Politik, Verein/Verband gebeten. Als Schlüsselakteure galten Personen aus der Kommunalverwaltung, die beruflich mit jungen Menschen, Vereinen oder Ehrenamt zu tun haben, oder Personen, die in einem Verein oder übergeordnetem Verband ehren- oder hauptamtlich eine Leitungsposition innehatten.

Junge engagierte Personen in den Landkreisen wurden mittels des Schneeballprinzips rekrutiert, indem Vereine, der Jugendring sowie Schlüsselakteure um Unterstützung bei der Rekrutierung gebeten wurden. Befragt wurden Personen zwischen 16 und 25 Jahren, die formal einem eingetragenen Verein zugehörig waren und sich unentgeltlich oder gegen eine geringe Aufwandsentschädigung regelmäßig im Rahmen des Vereins freiwillig gemeinnützig engagierten (junge Engagierte). Daraus ergaben sich pro Landkreis die Gruppe der jungen Engagierten, die Gruppe der regionalen Schlüsselakteure aus Verwaltung/Politik sowie

² Siehe zu den Daten im Folgenden den Landatlas des Thünen-Instituts: www.landatlas.de.

³ Entnommen aus landatlas.de

⁴ Entnommen aus landatlas.de

die Gruppe der Vereinsvorstände/regionalen Verbandsvorstände. Die letzten beiden Gruppen überschneiden sich teilweise personell, wenn Personen sowohl ein Amt in Verwaltung/Politik als auch im Verband/Verein inne hatten. In den Zitaten werden die drei Personen-Gruppen „junge engagierte Person“, „Schlüsselakteur aus Verein/Verband“ sowie „Schlüsselakteur aus Verwaltung/Politik“ unterschieden.

Ziel unserer Studie war es, die wesentlichen Herausforderungen für die Aufnahme und Aufrechterhaltung jungen Engagements in Vereinen und Lösungsansätze der verschiedenen Akteursgruppen (junge Menschen, Vereine, Verwaltung) zu erfassen. Die drei Akteursgruppen haben nicht nur unterschiedliche Perspektiven auf die verschiedenen Herausforderungen, vielmehr sind auch die Möglichkeiten, Lösungsansätze zu entwickeln und umzusetzen, für die Gruppen zum Teil unterschiedlich ausgeprägt.

Um eine möglichst breite inhaltliche Vielfalt zu erreichen, wurden zum einen Vertreter:innen in der Engagement-Landschaft etablierter Bereiche wie den Freiwilligen Feuerwehren, der Rettungsdienste und Sportvereinen befragt. Zum anderen wurde ein:e Vertreter:in eines neu gegründeten Vereins interviewt, der/die gesellschaftspolitische und soziokulturelle Themen ansprechen sollte, die unserer Vermutung nach in den traditionellen Vereinen und Verbänden eher nicht repräsentiert werden (z. B. die Belange von Menschen diverser sexueller Orientierungen und Geschlechtsidentitäten).

Von Oktober 2021 bis Mai 2022 wurden mit sieben engagierten jungen Menschen (drei weiblich, vier männlich) sowie zwölf regionalen und lokalen Schlüsselakteuren aus Vereinen und Verbänden sowie Politik und Verwaltung qualitative, problemzentrierte Einzelinterviews (Witzel & Reiter, 2022) in Bezug auf jugendliches Engagement in Vereinen geführt, die jeweils etwa 90 Minuten dauerten. Die strikten Kontaktbeschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie erschwerten die Rekrutierung stark.

Die Gespräche wurden nach vereinfachten Regeln (Kuckartz & Rädiker, 2020, S. 2–4) wörtlich transkribiert. Im Fokus des Leitfadens standen vor allem die konkreten Tätigkeiten der engagierten Jugendlichen, Besonderheiten von Vereinen, die sich förderlich oder hemmend auf jugendliches Engagement auswirken sowie Besonderheiten der ländlichen Räume.

Die Auswertung erfolgte entlang der Methode der qualitativen Inhaltsanalyse (Kuckartz & Rädiker, 2020), wobei zunächst auf Grundlage von theoretischem Vorwissen und der Interviewleitfäden ein erstes hierarchisches Kategoriensystem erstellt wurde. Mit diesem Kategoriensystem wurden alle Interviews im Prozess der Basiscodierung ein erstes Mal codiert und im Anschluss die Feincodierung vorgenommen (Kuckartz & Rädiker, 2020).

4 Ergebnisse: Herausforderungen für junge Engagierte in Vereinen ländlicher Räume

Im Folgenden werden die Ergebnisse analytisch getrennt nach den drei zentralen Herausforderungen für die Aufnahme und Aufrechterhaltung des Engagements in einem Verein dargestellt. Ebenso werden lösungsorientierte Handlungspraxen aus Sicht der drei befragten Gruppen (junge Engagierte, Vereine/Verbände, Verwaltung/Politik) dargestellt.

Die erste Herausforderung liegt in der (mangelnden) Anerkennung des Engagements junger Menschen innerhalb des jeweiligen Vereins, die zweite Herausforderung bezieht

sich auf Wissens- und Unterstützungsstrukturen für junge Engagierte, aber auch für Vereinsverantwortliche. Die dritte Herausforderung liegt in der Notwendigkeit, räumliche Distanzen zu überwinden und Mobilitätsanforderungen zu erfüllen. Den Herausforderungen stehen immer die verfügbaren persönlichen Ressourcen (*agency*) und/oder förderlichen bzw. hemmenden Bedingungen in den Vereinen und in der Region (regionale Gelegenheitsstrukturen) gegenüber. Die Handlungspraxis zur Gewinnung und Bindung von jungen Engagierten resultiert aus dem Zusammenspiel förderlicher und hinderlicher Strukturen sowie persönlicher Ressourcen, die für jede befragte Person unterschiedlich sind.

4.1 Herausforderung I: Mangelnde Anerkennung im Verein

Personen aller drei befragten Gruppen (junge Engagierte, Vereine/Verbände, Verwaltung/Politik) nannten als ein gravierendes Hemmnis für die längerfristige Einbindung junger Menschen in die Vereinsarbeit die mangelnde Anerkennung des Engagements der jungen Menschen durch den Vereinsvorstand, die sich in verschiedenen Formen ausdrücken kann. Von Befragten aller Gruppen übereinstimmend wurden (fehlende) Mitgestaltungsmöglichkeiten der jungen Menschen als Ausdruck der (fehlenden) Anerkennung durch den Verein genannt. Das Erleben von Selbstwirksamkeit, also die Erfahrung, dass man durch die Umsetzung eigener Ideen und Kompetenzen innerhalb des Engagements erfolgreich ist, gilt als grundlegende Voraussetzung für eine Beteiligung.

Gerade die Vertreter:innen von Verwaltung oder Vereinen betonten, dass es ihrer Wahrnehmung nach den jungen Engagierten dabei besonders wichtig sei, in ihrer Tätigkeit eigene Ideen umsetzen zu können.

Ich will machen, was- wo ich auch meine Stärken mit einbringen kann. Das heißt, wenn von vornherein auch so klar ist, dass ich das auch darf, dass ich eine Stimme habe, dann macht das ja noch mehr Spaß, dann ist es viel attraktiver. Genau, und das merken die Jugendlichen und Kinder ja auch meistens, wenn sie da auch eh schon reinwachsen, ne? Genau. (Schlüsselakteur aus Verwaltung/Politik, Nr. 5)

Die von uns befragten jungen Engagierten, die sich in etablierten Vereinsstrukturen betätigten, brachten den Wunsch nach Selbstwirksamkeit eher indirekt zum Ausdruck, etwa indem sie den „Spielraum“ positiv erwähnten, den ihnen der Verein bei der Gestaltung des Trainings lasse.

Die Verantwortung, Gestaltungsspielräume für junge Menschen in der Vereinsarbeit zu schaffen, wird von Interviewten aller drei Gruppen vorwiegend der Vereinsebene zugeschrieben. Von Akteuren aus den Vereinen wurden entsprechend zahlreiche Handlungspraktiken genannt, mit denen die Perspektive und die Wünsche der jungen Menschen berücksichtigt werden sollten. Als zentral wurde von Vertreter:innen der Vereine/Verbände Bemühungen um eine offene Diskussionskultur hervorgehoben:

Man setzt sich zusammen, man spricht noch mal, es wird ein- ein Briefing, ein De-Briefing und was wir alles machen, und ‚Fandet ihr das wirklich gut?‘ und – ja, das ist nicht – wird nicht überspitzt, aber man merkt schon, dass es doch mehr Einzug gehalten hat und das ist auch wichtig, um sich weiterzuentwickeln und auch eben auch um alle mitzunehmen. Sonst habe ich da nachher so einen verknöcherten alten Stamm, und der ist dann mal irgendwann heute auf morgen weg (Schlüsselakteur aus Verein/Verband, Nr. 7).

Von den jungen Engagierten wurde aber auch auf andere für sie wichtige Aspekte und Bedürfnisse hingewiesen, denen aus ihrer Sicht Vereinsvorstände mehr Beachtung schenken sollten, etwa wenn es um das Abstimmen zeitlicher Abläufe im Vereinsalltag bzw. um eine gewisse Flexibilität in der zeitlichen Ausübung des Engagements geht:

Also so als Allererstes würde ich mir auf jeden Fall wünschen, dass wir den Freitag einfach kriegen mit der Hallenzeit [durch den Verein, Anm. d. A.], weil da sehe ich mich halt auch nicht unterstützt. Ich mache ein Studium; und das zu ermöglichen, von [Stadtname] dann da raus zu fahren und das jedes Wochenende, und dann kriegt man für diese eine Hallensaison nicht mal eine volle Halle, für den Freitag, wo ich mir denke: Es geht nicht anders, die anderen Leute, die arbeiten hier in der Umgebung, die können von mir aus das Training wann anders machen [...] Weil ich muss den Eltern sagen: Ja, ihr müsst schon 15:30 kommen. Manche kriegen das gar nicht hin. Also da muss ich auch sehr viel wieder organisieren, und das ist so unnötiger Stress. (junge engagierte Person, Nr. 11)

Wie das Zitat zeigt, wurde hier aus Sicht der jungen engagierten Person nicht genügend Rücksicht seitens des Vorstands auf die zeitlichen Möglichkeiten, die durch Schule, Studium, Ausbildung und Fahrtzeiten wesentlich bestimmt sind, genommen.

Gerade bei engagierten jungen Menschen ist Geld allgemein eher ein knappes Gut und der Wunsch nach einer stärkeren, auch finanziellen oder geldwerten Anerkennung (z. B. Ausstattung) wurde in den Interviews seitens der jungen Engagierten geäußert, insbesondere wenn es sich um sehr zeitaufwendige Tätigkeiten handelt:

Da würde ich mir auch mal mehr Geld wünschen, auch so- auch quasi als Anerkennung: Okay, du investierst so viel Zeit, du hättest eigentlich einen Nebenjob machen können, wo vielleicht gar nicht so viele Aufgaben anfallen würden, wie Du hier machst. (junge engagierte Person, Nr. 11)

Weiter wurden auch symbolische Formen der Anerkennung von Befragten aus allen Gruppen diskutiert. Abzeichen und formelle Auszeichnungen scheinen im Bereich der Freiwilligen Feuerwehren und teilweise im Sport eher akzeptiert zu sein, in anderen Bereichen wurden eher andere Formen der ideellen Wertschätzung wie Beurteilungen oder Gesten wie kleine Geschenke genannt.

Und wenn dann von ihr [Trainerin] was Positives kommt, dann geht mir das schon ein bisschen zu Herzen. Also wenn man dann die Anerkennung von ihr kriegt. Das, würde ich sagen, pusht mich. Und ja, wenn man zum Beispiel merkt, dass die Kinder einen liebhaben. (junge engagierte Person, Nr. 16)

Fortbildungsmöglichkeiten, Zertifikate und Ähnliches wurden als positiver Ausdruck der Anerkennung und Anreiz zum Engagement von allen drei Gruppen genannt. Andere Formen der Anerkennung, beispielsweise eine Ehrenamtsnadel zum Anstecken oder eine unpersönliche formelle Einladung zum Essen für alle Engagierten des Vereins, wurden jedoch teilweise als unangebracht wahrgenommen. Hier scheint es Unterschiede zwischen verschiedenen Gruppen von jungen Menschen zu geben und nicht jede Form der Anerkennung wird von allen jungen Engagierten als angemessen empfunden.

Sowohl die jungen Engagierten als auch Befragte aus Vereinen/Verbänden sowie aus Verwaltung/Politik stimmten darüber überein, dass persönliche Konflikte innerhalb des Vereins die Aufnahme eines Engagements verhindern oder die Ausübung erschweren können. Als etablierte Handlungspraxen zur Vermeidung wurden von allen drei Gruppen günstige Rahmenbedingungen wie eine gute Diskussionskultur, eine angenehme Atmosphäre sowie Teambuildingmaßnahmen wie gemeinsame Ausflüge genannt. Insgesamt wurde diese Thematik von den jungen Engagierten jedoch weniger als erwartet thematisiert. Dies liegt vermutlich daran, dass starke Konflikte zum Abbruch des Engagements führen, sodass wir eine positive Selektion der von uns befragten jungen Engagierten annehmen müssen.

4.2 Herausforderung II: Mangelnde Wissens- und Unterstützungsstrukturen

Verstetigtes Engagement in einem Verein erfordert Wissen und Kompetenzen, deren Aneignung und Vermittlung zeitintensiv ist und der Unterstützung bedarf. Von Befragten aus der Gruppe der Vereine/Verbände wurden mangelnde Wissens- und Unterstützungsstrukturen für Vereine vor allem in Bezug auf die Akquise sowie die Verwaltung von Fördermitteln genannt. Dies wurde auch als wichtigster Punkt von Vertreter:innen der Verwaltung angeführt. Von Befragten aus diesen Gruppen wurden ebenfalls die komplizierten bürokratischen Verfahren der Mittelbeantragung und eine mögliche Konkurrenz der Vereine um finanziell gering ausgestattete Fördertöpfe als Problem erwähnt. Die jungen Engagierten selbst thematisierten diesen Aspekt allerdings kaum, für ihr unmittelbares Vereinsengagement ist dieser Punkt (noch) nicht direkt von Bedeutung oder in der Bedeutung nicht bewusst. Die indirekte Bedeutung ergibt sich beispielsweise in Bezug auf die Materialausstattung der Vereine (siehe *Absatz 4.1*). Bewusst ist dies den jungen Engagierten, wenn sie selbst einen Verein gründen oder bereits im Vereinsvorstand tätig sind.

Neben dem finanziellen Aspekt wurde vor allem von Vertreter:innen der Verwaltungsebene ein hoher Bedarf an Wissensbereitstellung, beispielsweise in Bezug auf rechtliche Belange aber auch ganz allgemeine Fragen zu bürokratischen Abläufen wie etwa bei der Vereinsgründung genannt. Gerade neu gegründeten Vereinen könne dadurch der Zugang zu Wissen, Fördermitteln oder anderen Ressourcen (z. B. Räumlichkeiten) erschwert werden.

Die Personalkapazitäten der von uns befragten Personen aus Stadt- und Kommunalverwaltungen sind eher gering, sodass viele Vereine von dieser Seite aus nur wenig unterstützt werden können. Gerade in verwaltungsintensiven Vorgängen wie der Beantragung und gesetzeskonformen Verwendung von Fördergeldern oder beim Prozess der Vereinsneugründung wäre diese Unterstützung aber notwendig. Das Fehlen dieser institutionellen Unterstützung hält einige Engagierte und Vereine davon ab, Fördergelder zu beantragen, sodass es in der Folge an Ausstattung fehlen kann. Darüber hinaus kann es schwierig sein, im Fall einer Vereinsneugründung ohne Unterstützung der Verwaltung geeignete Räumlichkeiten zu finden.

Dabei scheinen nach Angaben der übergeordneten Schlüsselakteure (Vereine/Verband, Verwaltung/Politik) vor allem kleinere Vereine betroffen zu sein, da gerade diese nicht über genügend Personalkapazitäten verfügen, um Fördermittelmöglichkeiten auszuloten und aufwendige Anträge zu stellen. Manche Vereine, Verbände oder zentrale Stellen in der Kommunalverwaltung (z. B. Ehrenamtsbeauftragte, Jugendamt) reagieren auf diese Herausforderung und bieten Engagierten Weiterbildungen an.

Auch die Möglichkeiten, sich in der politischen Interessenvertretung Gehör zu verschaffen und Ansprüche auf Ressourcen (finanzielle Mittel, Räume etc.) durchzusetzen, sind für kleinere und außerhalb etablierter Strukturen neugegründete Vereine begrenzt. Dies kann zur Folge haben, dass junge Engagierte in diesen Vereinen schlechter ausgestattet und dadurch eingeschränkt in ihren Beteiligungsmöglichkeiten sind. Dagegen fällt es etablierten Vereinen wie Feuerwehren oder Sportvereinen mit guten Netzwerkbeziehungen zur Kommunalverwaltung vergleichsweise leichter, Unterstützung und Verständnis für ihre Arbeit zu erhalten. Sie sind personell und institutionell in den Entscheidungsgremien verankert, haben einen besseren Zugang zu Ressourcen und ihre Interessen werden eher wahrgenommen.

Lösungsmöglichkeiten wurden sowohl von den Vertreter:innen der Vereine/Verbände als auch der Verwaltung/Politik auf der Ebene der Verwaltung gesehen. Diverse Förderprogramme, aber auch Koordinationsstellen durch die Verwaltung zur Bündelung und Vermittlung von Wissen an die Vereine wurden dabei genannt.

Der [Mitarbeiter vom Landkreis] schickt ganz viel rum, fasst die ganzen Förderprogramme auch gerade für Jugend und für Vereine und für kommunale Aktionen zusammen und stellt damit immer sein Know-how zur Verfügung und unterstützt auch, um an Fördermittel ranzukommen. (Schlüsselakteur aus Verwaltung/Politik, Nr. 10)

Eine Person aus dem Vorstand eines von jungen Menschen neu gegründeten Vereins benennt diese Schwierigkeiten klar:

Und dann als neuer Player wird man auch nicht unbedingt willkommen geheißen, weil das ist auch ein Kampf um Fördermittel, wie immer. Und sich da irgendwie durchzubeißen, das ist halt auch echt-, das erfordert viel Zeit und viel Durchhaltevermögen. (junge engagierte Person, Teil des Vereinsvorstandes, Nr. 3)

Vorhandene überregionale Ansprechpartner, wie beispielsweise die im März 2020 neu gegründete Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt und deren Beratungs- und Unterstützungsangebote schienen zum Zeitpunkt der Erhebung noch kaum bekannt zu sein.

4.3 Herausforderung III: Räumliche Distanzen und eingeschränkte Mobilität

In ländlichen Räumen liegen Wohn-, Schul-/Ausbildungs-/Arbeits- und Freizeitort zuweilen deutlich voneinander entfernt, was die zeitlichen Ressourcen der Engagierten stark strapazieren kann. Die meisten der von uns befragten jungen Engagierten thematisierten den unzureichenden öffentlichen Personennahverkehr in ländlichen Räumen. Einschränkungen der Mobilitätsmöglichkeiten werden insbesondere für diejenigen beschrieben, die noch keinen Führerschein besitzen. Aber selbst mit Führerschein sind die räumlichen Distanzen ein gravierender Faktor:

Dann der Weg, also ich muss ja- ich komm aus ,ner Stadt, von [Stadtname, Arbeitsort, Anm. d. A.] dann, und dann brauch ich fast ,ne Stunde [mit dem Auto, Anm. d. A.], bis ich dann zu Hause bin. Das heißt, da geht auf jeden Fall Zeit flöten jeden Tag. Wenn ich jetzt in der Stadt wohnen würde, hätte ich

wahrscheinlich zehn Minuten, könnte vielleicht auch zu Fuß gehen oder mit der Bahn, in zehn Minuten wäre ich da. (junge engagierte Person, Nr. 16)

Die Notwendigkeit, räumliche Distanzen zu überwinden, kann den Planungs- und Abstimmungsaufwand für Treffen und Veranstaltungen erheblich erhöhen, insbesondere wenn Teilnehmer:innen aus unterschiedlichen Orten anreisen müssen oder Treffen mehrerer Gruppen an einem Ort gebündelt durchgeführt werden sollen. Junge Menschen ohne eigenes Auto, die sich engagieren möchten, sind häufig auf Fahrdienste der Eltern und Fahrgemeinschaften angewiesen, teilweise werden diese auch von älteren Ehrenamtlichen oder fest angestellten Personen der Vereine angeboten, wenn die öffentlichen Verkehrsmittel als unzureichend bewertet werden.

Eine mangelnde Passung zwischen Anforderungen des Alltags sowie des freiwilligen Engagements kann zu einer Einschränkung bzw. dem Abbruch des Engagements führen, beispielsweise durch Wegzug für ein Studium oder die Ausbildung oder dem erhöhten Lernaufwand in Vorbereitung auf das Abitur, wie es von den jungen Engagierten angegeben wurde.

Die Vertreter:innen der Vereine/Verbände sowie der Verwaltung/Politik sehen hier eher allgemein biographische „Sollbruchstellen“, die weniger mit Zeitknappheit als mit geänderten Prioritäten in der Phase des Erwachsenwerdens begründet sind, etwa wenn junge Menschen mehr Zeit in das Lernen für einen erfolgreichen Schulabschluss investieren oder in einer festen Beziehung stehen und weniger Zeit für Sport oder andere Aktivitäten aufwenden. Die jungen Engagierten gaben diese und ähnliche biographischen Ereignisse zwar als hemmende Faktoren für ihr Engagement an, jedoch nicht als langfristigen Hinderungsgrund. Dabei kann es sich wieder um eine positive Selektion der befragten Personen handeln, da nur junge Engagierte befragt wurden, die in ihrem Engagement aktiv sind, sodass ihre Interessenlage mit ihrem Engagement sehr wahrscheinlich übereinstimmt (sonst hätten sie das Engagement vermutlich bereits beendet).

Als gängige Handlungspraxen der jungen Engagierten zur Aufrechterhaltung des Engagements werden dabei der Zugriff auf Automobilität (einschließlich durch die Unterstützung durch andere), das Ausnutzen von beruflicher Flexibilität zum Erreichen der zeitlichen Passung zum Aufwand für das Engagement und die Freizeit sowie eine ohnehin günstige zeitliche Terminierung von Vereinsaktivitäten genannt (beispielsweise samstagsmorgens). Darüber hinaus wurde zum Teil ein geringer zeitlicher Aufwand für die Schule (z. B. Lernen) angegeben.

4.4 Übersicht der zentralen Herausforderungen und deren handlungspraktische Lösungsansätze

In der nachfolgenden *Tabelle 1* sind stichpunktartig die zentralen Herausforderungen für die Aufnahme und Aufrechterhaltung von jungem Engagement sowie in den Interviews geschilderte Handlungspraxen, diesen Herausforderungen zu begegnen, aufgeführt.

Tabelle 1: Übersicht der genannten Herausforderungen und Lösungsansätze

Formen/Auswirkungen	Lösungsorientierte Handlungspraxen
Herausforderung I: Mangelnde Anerkennung im Verein	
...in Vereinen Ausbleiben von positiver/negativer Rückmeldung Mangelnde Flexibilität in Strukturen und Abläufen Mangelnde Ausstattung/finanzieller Ausgleich Schlechtes Gruppenklima	...der Vereine Höhere Flexibilität von Prozessen; Berücksichtigung der Bedürfnisse junger Menschen Etablierung einer offenen Diskussionskultur Investieren in bzw. Bereitstellung der materiellen Ausstattung (z. B. Sportbekleidung) Weiterbildungen Symbolische Anerkennung (Abzeichen, Feste) Konstruktive Rahmenbedingungen für ein angenehmes Gruppenklima
Herausforderung II: Mangelnde Wissens- und Unterstützungsstrukturen durch die Verwaltung	
In Vereinen Schlechtere Ausstattung Mangel an Räumlichkeiten Fehlen von relevantem Know-how	...der Engagierten/des Vereins Einfordern der Unterstützung Kooperation mit anderen Vereinen/Verwaltung/ Politik ...der Kommunalverwaltung Aufbau von Servicestellen für Engagement
Herausforderungen III: Räumliche Distanzen und eingeschränkte Mobilität	
Bei den jungen Engagierten Zeitmangel Eingeschränkte Tätigkeiten/Zugang zu Engagement	...der Engagierten Erhöhung des zeitlichen Aufwands Nutzen von Arbeitszeitflexibilität
Im Verein Erhöhter Organisationsaufwand für Treffen	...der Vereine Online-Formate/Bündeln von Treffen Fahrgemeinschaften/Transferservice Fahrtkostenerstattung

Zusammenfassend nannten die jungen Engagierten als zentrale Herausforderungen den Zeitmangel aufgrund anderer schulischer oder beruflicher Verpflichtungen, die mangelnde Flexibilität der Vereine bei der Anpassung an diese Bedürfnisse sowie die fehlende oder unzureichende Anerkennung durch den Verein. Die Akteure aus Verein/Verband erwähnten ebenfalls mangelnde Anerkennung der Engagement-Tätigkeiten von jungen Menschen durch den Verein und thematisierten dies auch häufiger im Zusammenhang mit dem Thema Nachwuchsmangel. Damit verbanden sie jedoch auch die knappen eigenen Ressourcen zur Förderung des Engagements von jungen Menschen in Zusammenhang mit unzureichenden Unterstützungsstrukturen seitens der Verwaltung. Akteure aus Verwaltung und Politik hingegen schienen vor allem darum zu ringen, eine angemessene Anerkennungskultur mit direkten Formen (z. B. Events) sowie indirekten Formen (Unterstützung für Vereine/Engagierte) zu finden und zu etablieren.

5 Fazit und Diskussion

In diesem Beitrag wurden verschiedene Herausforderungen des Engagements junger Menschen in Vereinen in sehr ländlichen Landkreisen herausgearbeitet und aus drei verschiedenen Perspektiven (junge Engagierte, Vereine/Verbände, Verwaltung/Politik der Landkreise) systematisch betrachtet und gegenübergestellt. Unsere Studie lenkt den Blick auf die Handlungsmöglichkeiten (*agency*) und die konkrete Handlungspraxis der Akteure sowie die Bedingungen und Möglichkeiten (regionale Gelegenheitsstrukturen), die dazu führen, dass Gelegenheitsspielräume für die Gestaltung der Aktionsräume von jungen Menschen genutzt werden können (siehe hierzu Mey, 2020; Ludwig & Grunert, 2020). Unsere Studie verweist auf das komplexe Zusammenspiel unterschiedlicher Akteursgruppen in diesem Bereich mit jeweils unterschiedlichen Perspektiven und (institutionellen) Handlungslogiken.

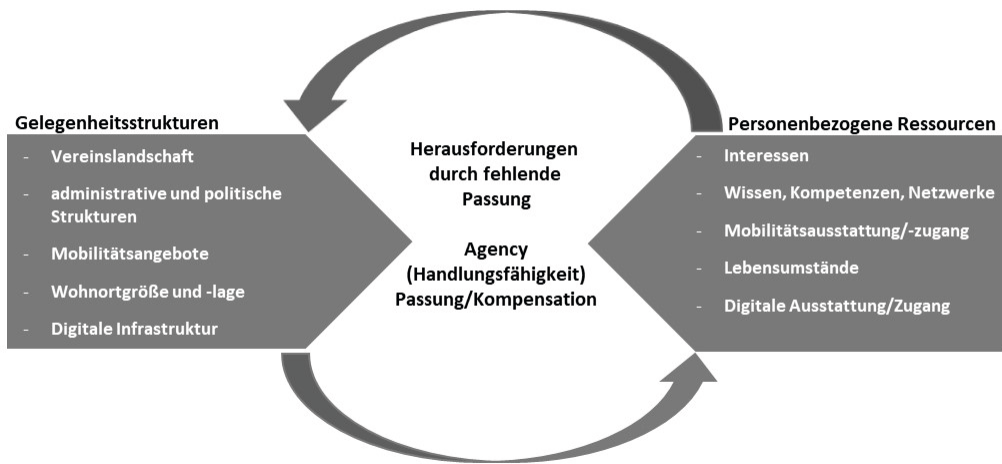
Insgesamt zeigt unsere Studie, dass eingeschränkte regionale Gelegenheitsstrukturen wie etwa hohe Fahrtzeiten nicht zwangsläufig unüberwindbare Hindernisse für das Engagement junger Menschen darstellen.

Besonders hier zeigt sich die enge Verknüpfung von individuellen Ressourcen und regionalen Gelegenheitsstrukturen, da nicht pauschal von einem unzureichenden ÖPNV-Angebot auf eine eingeschränkte Mobilität und mangelnde Möglichkeiten für Engagement geschlossen werden kann: Die Auswirkungen ungünstiger regionaler Gelegenheitsstrukturen können durch erhöhten Aufwand und durch kreative Lösungswege durch die Akteursgruppen abgemildert werden. Festzuhalten bleibt aber auch, dass in Gemeinden in der Nähe von Städten oder in Kleinstädten die Gelegenheitsstrukturen für junge Engagierte günstiger sind als in peripheren Gemeinden, wo die genannten Einschränkungen der Mobilität stärker ins Gewicht fallen.

Ländliche Räume, auch wenn sie strukturschwach sind, stellen eben keine Raum- oder gar eine Armutsfalle dar, in der die dort lebenden Menschen passiv ihr Schicksal erdulden (Keim-Klärner et al., 2023). Entscheidend ist vielmehr, wie vor dem Hintergrund der Engagement-Ausübung die Gelegenheitsstrukturen und die persönlichen Ressourcen in Bezug zueinander ausgeprägt sind. Dabei können sie sich entweder ausgleichen (*Kompensation*), zueinander passen (*Passung*) oder eben nicht zueinander passen (*Nichtpassung*). Beispielsweise stellt ein eingeschränktes Angebot an Möglichkeiten für ein Engagement keine Beschränkung für eine Beteiligung dar, solange sie zu den persönlichen Interessen passt (*Passung*). Ebenso kann ein schlecht ausgebauter ÖPNV für eine automobile engagierte Person eher bedeutungslos sein (*Kompensation*). In der folgenden *Abbildung 1* wird diese Logik schematisch stark vereinfacht (und hypothetisch) dargestellt.

Obwohl die regionalen Gelegenheitsstrukturen die Möglichkeiten von jungen Menschen einschränken können, können Engagierte und Verwaltungs- oder Vereinsakteure bei ausreichend vorhandenen Ressourcen hinderliche Wirkungen kompensieren. Daher sollten Lösungsansätze zur Förderung des Engagements von jungen Menschen zum einen direkt an den Gelegenheitsstrukturen ansetzen und diese erweitern, sodass für möglichst viele junge Menschen eine Passung zu den eigenen Ressourcen erreicht wird. Dazu gehört beispielsweise die Verbesserung der Unterstützungsstrukturen in der regionalen Verwaltung oder innerhalb der Vereine oder eine Unterstützung der Vereine in materieller oder finanzieller Hinsicht, damit diese ihren Engagierten mehr Möglichkeiten bieten können.

Abbildung 1: Verknüpfung von Gelegenheitsstrukturen und persönlichen Ressourcen in Bezug auf mögliche Herausforderungen und Handlungsfähigkeit im Engagement



Zum anderen können die persönlichen Ressourcen und Handlungsoptionen der Engagierten selbst gestärkt werden, beispielsweise durch Weiterbildungsangebote oder materielle Ausstattung durch den Verein. Allgemein kann eine „kommunale Kultur der Jugendbeteiligung“ (Tillmann, 2018, S. 184) dazu beitragen, eingeschränkte Gelegenheitsstrukturen zu überwinden und Engagement zu fördern.

Darüber hinaus verfügen die verschiedenen Akteursgruppen (junge Engagierte, Vereine/Verbände, Verwaltung/Politik) über unterschiedliche Möglichkeitsspielräume hinsichtlich der Gestaltung bzw. Ermöglichung von Engagement. Bezogen auf die persönliche Mobilität der jungen Engagierten werden Lösungsansätze vor allem bei den Engagierten selbst sowie teilweise im Verein in unterstützender Funktion gesehen. Für eine ausreichende Anerkennung im Verein werden Handlungspraxen vor allem auf der Vereinsebene angesiedelt und zahlreiche Möglichkeiten vorgestellt. Übergeordnete regionale Rahmenbedingungen wie Wissen und administrative Unterstützung werden entsprechend auch auf der Verwaltungsebene gesehen und weniger im Eigenengagement der jungen Menschen oder Vereine.

Unsere Ergebnisse sind insofern limitiert, als dass unsere Datenerhebung in Zeiten strenger Kontaktbeschränkungen aufgrund der COVID-19-Pandemie stattfand und die Vereinsaktivitäten und auch das Engagement der jungen Menschen unter erheblich erschwerten Bedingungen stattfand. Auch gelang es uns aufgrund der erschwerten Rekrutierungsbedingungen nicht, Interviews mit jungen Menschen zu führen, die sich nicht engagieren oder die ihr Engagement abgebrochen hatten, sodass keine kontrastiven Vergleiche möglich sind.

Allerdings stimmen unsere Befunde in wesentlichen Punkten mit früheren Untersuchungen überein. So stellt auch unsere Studie fest, dass Anerkennung ein entscheidender Faktor für das Engagement junger Menschen ist (Antes et al., 2022; Düx et al., 2009). Dabei scheint bisher jedoch nicht ausreichend berücksichtigt worden zu sein, wann welche Formen der Anerkennung wie etwa formelle Auszeichnungen, materielle Unterstützung,

wertschätzende Zeugnisse und Kompetenznachweise angebracht sind. Die als angemessen empfundene Anerkennung hängt dabei auch von der Organisationskultur ab, in der das Engagement stattfindet (siehe dazu Vilain & Meyer, 2014).

Ebenfalls stimmen die Ergebnisse unserer Untersuchung mit anderen Befunden (Antes et al., 2022; Beierle et al., 2016; Stahl, 2016) darin überein, dass die Entfernungen zwischen Wohnort, Schule, Arbeit und Freizeitgestaltung aufgrund erhöhter Mobilitätsbedarfe in einer zeitlichen Belastung für junge Menschen in ländlichen Gebieten resultieren, was von allen Befragten bekräftigt wurde. Unterschätzt wird bislang jedoch, dass es nicht nur die räumlichen Distanzen und Fahrtzeiten sind, die sich hemmend auf Engagement auswirken, sondern dass junge Menschen auch aufgrund von fixen Arbeits- oder Ausbildungszeiten zeitlich stark eingebunden und in ihrer Flexibilität eingeschränkt sind.

In der vorliegenden Literatur kaum diskutiert werden die Herausforderungen aufgrund des differenzierten Zugangs zu Wissens- und Unterstützungsstrukturen der Verwaltung: Zum einen gibt es einen Wettbewerb um begrenzte Ressourcen im Bereich der Förderung von Vereinsengagement, zum anderen ist der Wissensbedarf hoch, wenn es um rechtliche und bürokratische Fragen rund um das Vereinsleben und -engagement geht. Dies kann dazu führen, dass Gruppen benachteiligt werden, die noch nicht über die nötigen Netzwerke beziehungsweise das relevante (Fach-) Wissen verfügen (beispielsweise kleinere und neu gegründete Vereine sowie junge Engagierte).

Nicht näher beleuchtet haben wir in unserer Studie die Bedeutung der Digitalisierung für das Engagement junger Menschen in Vereinen. Digitale Kommunikationsmöglichkeiten mit Hilfe unterschiedlicher Medien wurden in den Interviews aber hin und wieder als Chance, aber auch als Herausforderung für die Begünstigung von Engagement genannt. Ebenfalls nicht eingehen konnten wir auf Faktoren, die ein Engagement junger Menschen wirklich verhindern bzw. zum Abbruch der Beteiligung führen, da wir nur mit Engagierten und nicht mit ehemals Engagierten oder Nichtengagierten gesprochen haben.

Festzuhalten bleibt, dass für die Förderung von Engagement nicht allein von Gelegenheitsstrukturen ausgegangen werden kann, die per se förderlich oder hemmend sind, sondern dass es um das Zusammenspiel von Ressourcen und Strukturen geht, wobei verschiedene Akteure verschiedene Möglichkeitsspielräume haben, günstige Rahmenbedingungen für ein Engagement junger Menschen zu schaffen und junge Engagierte selbst in Bezug auf ihr vereinsbezogenes Engagement zu fördern.

6 Literaturverzeichnis

- Antes, Wolfgang, Wenzl, Udo & Wichmann, Stefanie (2022). *Jugend im Ländlichen Raum Baden-Württembergs: Aufwachsen – Mitgestalten – Leben*. Jugendstiftung Baden-Württemberg.
- Becker, Heinrich & Moser, Andrea (2013). Jugend in ländlichen Räumen zwischen Bleiben und Abwandern: Lebenssituation und Zukunftspläne von Jugendlichen in sechs Regionen in Deutschland. *Thünen Report*, Bd. 12, Johann Heinrich von Thünen-Institut. https://doi.org/10.3220/REP_12_2013
- Beierle, Sarah, Tillmann, Frank & Reißig, Birgit (2016). *Jugend im Blick – Regionale*

- Bewältigung demografischer Entwicklungen: Abschlussbericht: Projektergebnisse und Handlungsempfehlungen.* Deutsches Jugendinstitut e. V.
- Bernard, Josef, Steinführer, Annett, Klärner, Andreas & Keim-Klärner, Sylvia (2023). Regional opportunity structures: A research agenda to link spatial and social inequalities in rural areas. *Progress in Human Geography*, 47 (1), 103–123. <https://doi.org/10.1177/03091325221139980>
- Döring, Jörg & Thielmann, Tristan (Hrsg.) (2008). *Sozialtheorie. Spatial Turn: Das Raumparadigma in den Kultur- und Sozialwissenschaften.* Bielefeld: Transcript.
- Dresen, Antje (2007). Ursachen und Wirkungen ehrenamtlichen Engagements in sportorientierten Jugendkulturen. In Udo Göttlich, Renate Müller, Stefanie Rhein & Marc Calmbach (Hrsg.), *Arbeit, Politik und Religion in Jugendkulturen: Engagement und Vergnügen* (S. 207–223). Weinheim: Juventa. <https://doi.org/10.21240/lbzm/09/20>
- Düx, Wiebken, Prein, Gerald, Sass, Erich & Tully, Claus J. (2009). *Kompetenzerwerb im freiwilligen Engagement: Eine empirische Studie zum informellen Lernen im Jugendalter* (2. Auflage). Wiesbaden: VS Verlag. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-91984-3>
- Emirbayer, Mustafa & Mische, Ann (1998). What is agency? *American Journal of Sociology*, 103 (4), 962–1023. <https://doi.org/10.1086/231294>
- Farin, Klaus & Mey, Günter (Hrsg.) (2020). *Ein Respekt! Buch. Wir. Heimat – Land – Jugendkultur.* Berlin: Hirnkost.
- Fischer, Ute & Levenig, Sina-Marie (2021). Bürgerschaftliches Engagement zwischen Individueller Sinnstiftung und Dienst an der Gesellschaft: Empirische Ergebnisse aus dem Ruhrgebiet. *Aus Politik Und Zeitgeschichte*, 71 (13–15), 42–47.
- Karnick, Nora, Simonson, Julia & Hagen, Christine (2022). Organisationsformen und Leitungsfunktionen im freiwilligen Engagement. In Julia Simonson, Nadiya Kelle, Corinna Kausmann & Clemens Tesch-Römer (Hrsg.), *Empirische Studien zum Bürgerschaftlichen Engagement. Freiwilliges Engagement in Deutschland* (S. 183–202). Wiesbaden: Springer. https://doi.org/10.1007/978-3-658-35317-9_10
- Keim-Klärner, Sylvia, Bernard Josef, Bischof, Susann, Dülmen, Christoph van, Klärner, Andreas & Steinführer, Annett (2023) Sozial Benachteiligte in ländlichen Peripherien in Ostdeutschland und Tschechien: doppelt erschwerte Bedingungen für die Alltagsbewältigung? *Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie*, 71 (1), 95–109.
- Kleiner, Tuuli-Marja (2021). Civic Participation and Social Embeddedness: Differences Between Urban and Rural Communities. *The International Journal of Community and Social Development*, 3 (1), 45–67. <https://doi.org/10.1177/25166026211002048>
- Kleiner, Tuuli-Marja (2022a). Denn wir wissen nicht, was sie tun: eine Analyse der Tätigkeiten freiwillig Engagierter in Deutschland auf Basis des Freiwilligensurveys 2014. *Thünen Working Paper*, Bd. 196, Johann Heinrich von Thünen-Institut. <https://doi.org/10.3220/WP1655971268000>
- Kleiner, Tuuli-Marja (2022b). Freiwilliges Engagement in ländlichen Räumen - Konzept, Entwicklung, Themen. *Ländlicher Raum (ASG)*, 73 (3), 29–32.
- Kleiner, Tuuli-Marja & Burkhardt, Luise (2021). Ehrenamtliches Engagement: Soziale Gruppen insbesondere in sehr ländlichen Räumen unterschiedlich stark beteiligt. *DIW-Wochenbericht*, 88 (35), 571–579. https://doi.org/10.18723/diw_wb:2021-35-1
- Kleiner, Tuuli-Marja & Klärner, Andreas (2019). Bürgerschaftliches Engagement in länd-

- lichen Räumen: politische Hoffnungen, empirische Befunde und Forschungsbedarf. *Thünen Working Paper*, Bd. 129, Johann Heinrich von Thünen-Institut. <https://doi.org/10.3220/WP1569323235000>
- Kuckartz, Udo & Rädiker, Stefan (2020). *Fokussierte Interviewanalyse mit MAXQDA*. Wiesbaden: Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-31468-2>
- Küpper, Patrick (2016). Abgrenzung und Typisierung ländlicher Räume. *Thünen Working Paper*, Bd. 68, Johann Heinrich von Thünen-Institut. <https://doi.org/10.3220/WP1481532921000>
- Küpper, Patrick & Mettenberger, Tobias (2020). Regionale Anpassungsstrategien der Daseinsvorsorge für schrumpfende ländliche Räume. *Europa Regional*, 26 (3), 22–39.
- Löw, Martina (2001). *Raumsoziologie* (1. Auflage) Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Ludwig, Katja & Grunert, Cathleen (2020). Jugend im ländlichen Raum: Bedingungen des Aufwachsens und jugendliche Handlungspraxen im Kontext regionaler Disparitäten. In Joachim Faulde, Florian Grünhäuser, & Sarah Schulte-Döinghaus (Hrsg.), *Jugendarbeit in ländlichen Regionen: Regionalentwicklung als Chance für ein neues Profil* (S. 40–49). Weinheim/Basel: Beltz Juventa. https://doi.org/10.1007/978-3-658-10524-2_9
- Mettenberger, Tobias (2017). Jugendliche Zukunftsorientierungen in ländlichen Mittelstädten: Zur Rolle des alltäglichen (sozial-)räumlichen Kontexts beim Übergang von der Hauptschule in den weiteren Ausbildungsweg. *Thünen Report*, Bd. 50, Johann Heinrich von Thünen-Institut. <https://doi.org/10.2307/j.ctv24q5409.7>
- Mettenberger, Tobias (2019). „Im Schützenverein war dann auch mal ‚n Vater von ‚nem Freund von mir...“ – Nahräumliche Netzwerke und lokale Foki als Ressourcenzugänge für jugendliche Zukunftsplanungen. *Diskurs Kindheits- und Jugendforschung*, 14 (1), 55–72. <https://doi.org/10.3224/diskurs.v14i1.04>
- Mey, Günter (2020). Lebensrealitäten von Jugendlichen in ländlichen Regionen: Annotationen aus der Peripherie von Jugendforschung. In Klaus Farin & Günter Mey (Hrsg.), *Ein Respekt! Buch. Wir. Heimat – Land – Jugendkultur* (S. 20–33). Berlin: Hirnkost. <https://doi.org/10.3224/diskurs.v16i3.10>
- Mey, Günter (2021). Jugendliche in ländlichen Regionen – Jugendforschung in der Peripherie. *Diskurs Kindheits- und Jugendforschung*, 16 (3), 375–380. <https://doi.org/10.3224/diskurs.v16i3.10>
- ntv (6. September 2018). *Zusammenhalt in Gefahr: Auf dem Land sterben die Vereine aus*. ntv Nachrichten. Verfügbar unter: <https://www.n-tv.de/politik/Auf-dem-Land-sterben-die-Vereine-aus-article20608653.html> [16. Januar 2023].
- Ollendorf, Benjamin, Borkowski, Susanne & Mey, Günter (2020). Perspektiven junger Menschen auf Gelegenheitsstrukturen in ländlichen Regionen: Ergebnisse einer Online-Umfrage zu Zukunftsaussichten, Freizeitbedingungen und Partizipationsmöglichkeiten. In Klaus Farin & Günter Mey (Hrsg.), *Ein Respekt! Buch. Wir. Heimat - Land - Jugendkultur* (S. 65–167). Berlin: Hirnkost.
- Picot, Sybille (2012). *Jugend in der Zivilgesellschaft: Freiwilliges Engagement Jugendlicher im Wandel*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Priemer, Jana, Krimmer, Holger & Labigne, Anaël (2017). *ZiviZ-Survey 2017: Vielfalt verstehen. Zusammenhalt stärken*. Essen: Edition Stifterverband.

- Schell-Kiehl, Ines & Swart, Jack de. (2019). *Jugendstudie Grafschaft Bentheim*. Enschede: Saxion University of Applied Sciences.
- Schiemann, Sara, Rühmling, Melanie & Klärner, Andreas (2022). »Die Dorfgemeinschaft« (In)Begriff sozialer Nähe und gesellschaftlichen Zusammenhalts? In Bernd Belina, Andreas Kallert, Michael Mießner & Matt Naumann (Hrsg.), *Kritische Landforschung. Umkämpfte Ressourcen, Transformationen des Ländlichen und politische Alternativen: Band 2. Ungleiche ländliche Räume: Widersprüche, Konzepte und Perspektiven* (S. 389–405). Bielefeld: transcript Verlag. <https://doi.org/10.1515/9783839460139-024>
- Schiemann, Sara & Steinführer, Annett (2021). In guter Gesellschaft? Sozialstruktur und soziale Beziehungen in Kleinstädten. In Annett Steinführer, Lars Porsche & Matthias Sondermann (Hrsg.), *Forschungsberichte der ARL. Kompendium Kleinstadtforschung* (S. 209–234). Verlag der ARL - Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft. <https://doi.org/10.2478/rara-2020-0002>
- Simonson, Julia, Kelle, Nadiya, Kausmann, Corinna, Karnick, Nora, Arriagada, Celine, Hagen, Christine, Hameister, Nicole, Huxhold, Oliver & Tesch-Römer, Clemens (2021). *Freiwilliges Engagement in Deutschland: Zentrale Ergebnisse des Fünften Deutschen Freiwilligensurveys (FWS 2019)*. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. https://doi.org/10.1007/978-3-658-35317-9_1
- Simonson, Julia, Kelle, Nadiya, Kausmann, Corinna & Tesch-Römer, Clemens (2022). Unterschiede und Ungleichheiten im freiwilligen Engagement. In Julia Simonson, Nadiya Kelle, Corinna Kausmann & Clemens Tesch-Römer (Hrsg.), *Empirische Studien zum Bürgerschaftlichen Engagement. Freiwilliges Engagement in Deutschland* (S. 67–94). Wiesbaden: Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-35317-9>
- Stahl, Silvester (2016). *Jugendarbeit und Jugendpartizipation als Aufgaben- und Erfahrungsfelder von ehrenamtlichen Jugendwarten im Brandenburger Vereinssport: Eine Untersuchung im Rahmen des Projektes „BeratenBewegen – DRANBLEIBEN“ der Brandenburgischen Sportjugend*. Potsdam: Fachhochschule für Sport und Management Potsdam.
- Stein, Margit, Scherak, Lukas & Lindau-Bank, Detlev (2018). Jugendliche Leben auf dem Land: Ergebnisse der Niedersächsischen Landjugendstudie. In Margit Stein & Lukas Scherak (Hrsg.), *Kompendium Jugend im ländlichen Raum* (S. 58–71). Bad Heilbrunn: Verlag Julius Klinkhardt.
- Tillmann, Frank (2018). Teilhabechancen von Jugendlichen in ländlichen Räumen: Eine indikatorengestützte Abbildung räumlicher Disparitäten. In Margit Stein & Lukas Scherak (Hrsg.), *Kompendium Jugend im ländlichen Raum* (S. 173–185). Bad Heilbrunn: Verlag Julius Klinkhardt. https://doi.org/10.1007/978-3-531-18946-8_15
- Vilain, Michael, & Mayer, Tobias (2014). *Ausgezeichnet! Freiwilligenmanagement in Jugendorganisationen* (Band 3). Gütersloh. Bertelsmann Stiftung.
- Vogelgesang, Waldemar, Hahn, Alois, Kopp, Johannes & Jacob, Rüdiger (2018). *Stadt – Land – Fluss: Sozialer Wandel im regionalen Kontext*. Wiesbaden: Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-16001-2>
- Weingarten, Peter & Steinführer, Annett (2020). Daseinsvorsorge, gleichwertige Lebensverhältnisse und ländliche Räume im 21. Jahrhundert. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 30 (4), 653–665. <https://doi.org/10.1007/s41358-020-00246-z>

Witzel, Andreas & Reiter, Herwig (2022). *Das problemzentrierte Interview – eine praxisorientierte Einführung. Grundlagentexte Methoden* (1. Auflage). Weinheim/Basel: Beltz Juventa.

Zimmer, Annette (2005). Dritter Sektor. In Klaus Schubert (Hrsg.), *Handwörterbuch des ökonomischen Systems der Bundesrepublik Deutschland* (S. 114–121). Wiesbaden: VS Verlag. https://doi.org/10.1007/978-3-322-80894-3_27

Autor:innen

Jessica Brensing, Dr., Thünen-Institut für Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen, Johann Heinrich von Thünen-Institut, Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei.

Forschungsschwerpunkte: Ländliche Regionalentwicklung, Engagement von Jugendlichen.

Anschrift: Bundesallee 64, 38116 Braunschweig

Fredrik Norén, Thünen-Institut für Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen, Johann Heinrich von Thünen-Institut, Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei.

Forschungsschwerpunkte: Engagement von Jugendlichen in ländlichen Räumen.

Anschrift: Bundesallee 64, 38116 Braunschweig

E-Mail: fredrik.noren@thuenen.de

Tuuli-Marja Kleiner, PD Dr., Thünen-Institut für Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen, Johann Heinrich von Thünen-Institut, Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei.

Forschungsschwerpunkte: Politische Kultur, zivilgesellschaftliche Partizipation, gesellschaftlicher Zusammenhalt.

Anschrift: Bundesallee 64, 38116 Braunschweig,

E-Mail: t.kleiner@thuenen.de

Andreas Klärner, Prof. Dr., Thünen-Institut für Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen, Johann Heinrich von Thünen-Institut, Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei.

Forschungsschwerpunkte: Sozialstruktur und gesellschaftliche Teilhabe, Armut in ländlichen Räumen, qualitative und methodenintegrative Forschungsverfahren.

Anschrift: Bundesallee 64, 38116 Braunschweig,

E-Mail: andreas.klaerner@thuenen.de

Zum sozialisatorischen Erbe der DDR

Martin Kriemann

1 Einleitung

In der erziehungswissenschaftlichen Debatte gewinnen die Bedeutung und Aktualität der DDR-Vergangenheit für Jugendliche zunehmend an Aufmerksamkeit. Jugendstudien fragen nach politischen Ausrichtungen, vorhandenen Geschichtskenntnissen und Geschichtsinterpretationen. Die Frage, wie und warum nachwendegeborene Jugendliche Wissen über die DDR annehmen, verarbeiten, weitergeben oder verändern, bleibt bisher jedoch unbeantwortet (Kriemann, 2018, S. 17).

Dieses Desiderat nimmt die Studie „Jugend mit ‚geteilten‘ Erfahrungen“ (Kriemann, 2023) aus einer sozialkonstruktivistischen und erziehungswissenschaftlichen Perspektive auf und untersucht, wie sich junge Menschen fast 30 Jahre nach der Deutschen Einheit mit der DDR auseinandersetzen, was sie motiviert, sich zu erinnern und welche Bedeutung selbst erlebte und tradierte Erfahrungen im Erinnerungsprozess haben. In der Untersuchung wird auf die Konstitution und Charakteristik eines kollektiven DDR-Gedächtnisses bei Jugendlichen fokussiert. Dies beinhaltet eine Analyse ihrer Anknüpfung an diverse Formen des gesellschaftlichen Erinnerns sowie des performativen Beitrags Jugendlicher zur Herstellung von Erinnerungskultur. In der Studie, auf der dieser Beitrag beruht und die als Dissertation im Herbst 2023 veröffentlicht wurde, stand also nicht die DDR-Vergangenheit selbst im Fokus, sondern die gegenwärtige Auseinandersetzung mit ihr. In den vielfältigen Ausprägungen der Bezugnahme auf die DDR dokumentiert sich ihr sozialisatorisches Erbe.

2 Methodik

In der empirischen Untersuchung wurden insgesamt 18 Gruppendiskussionen im gesamten Bundesgebiet durchgeführt. Durch den Einbezug von Jugendgruppen im Alter zwischen 14 und 27 Jahren mit vielfältigen sozialen Hintergründen konnte ein Sample mit unterschiedlichen Lagerungen von Sozial-, Gender-, Ost-West-, Stadt-Land-, Bildungs-, Alters- und Migrationsmilieus für die Studie berücksichtigt werden. Zur Kontrastierung der jugendlichen Erfahrungen wurden zudem zwei Gruppendiskussionen mit vorwendegeborenen Teilnehmenden herangezogen.

Aus diesen Gesprächen erfolgte die Analyse charakteristischer Interaktions- und Erinnerungsprozesse mittels Dokumentarischer Methode nach Bohnsack et al. (2013). Die Verbindung von Gruppendiskussion und Dokumentarischer Methode ist besonders geeignet, um einen Zugang zu den impliziten Wissensstrukturen, den kollektiven Gedächtnis(in)formationen sowie Einblicke in die individuellen Lebenskontexte und Erfahrungswelten der Jugendlichen zu erhalten.

Die Teilung Deutschlands und damit auch das Leben in der DDR liegen für die Studienteilnehmenden außerhalb der eigenen Erfahrungswelt. Dennoch lag der Studie die Annahme zugrunde, dass sie in ihrer individuellen Sozialisationsgeschichte auf die eine oder andere Weise mit der deutschen Teilung und der DDR-Vergangenheit in Berührung gekommen sind. Auf eine weitestgehend offene und erzählgenerierende Frage – wie sie bemerkt haben, dass es die DDR gegeben hat – wurden sie miteinander ins Gespräch gebracht. Sie erzählten in den Diskussionsrunden von alltäglichen Erfahrungen des Umgangs mit der DDR, z. B. von ‚überraschenden‘ Erlebnissen bei Familienfeiern, der ‚nervigen‘ Auseinandersetzung in der Schule oder von ‚beeindruckenden‘ Geschichten von Zeitzeug:innen. Die Gruppendiskussion bildete den ‚Erinnerungsraum‘, den die Jugendlichen nutzten, um eigene Relevanzen und Rahmungen des Themas zu setzen. Sie konnten also so über die DDR sprechen, wie sie es wollten oder für richtig hielten. Auch wenn die Teilnehmenden vorab zumeist betonten, nicht viel erzählen zu können, weil eigene Erinnerungen oder Geschichtskenntnisse fehlen, erzählten sie dennoch nicht selten stundenlang. Offenbar ahnten die meisten Teilnehmenden gar nicht, was sie da alles über die Vergangenheit wissen. Im Grunde erinnerten sich die Jugendlichen in diesen Gesprächen sogar in doppelter Weise, indem sie sich an die Erinnerung erinnerten.

Im Sinne der Dokumentarischen Methode wurden die vielfältigen Bezugnahmen auf die Vergangenheit nicht vor einem normativen Horizont bewertet, sondern in ihrer je eigenen Sinnhaftigkeit und Logik rekonstruiert und sinngenetisch typisiert. Durch den Fokus auf die habituellen Orientierungen und Praktiken wurden neue und unerwartete Aspekte der Auseinandersetzung sichtbar.

3 Ergebnisse

3.1 Vergangenheitsbezogene Sozialisationsräume

In besonderem Maße zeigten sich die Institutionen der Familie und des familiären Umfelds, der schulischen Bildung, der sozialen Netzwerke von Freundschaften und Bekanntschaften, der öffentliche Raum sowie die Medien als bedeutsame Quellen der Geschichtsdeutung für junge Menschen. Diese privaten und öffentlichen Kontexte können einerseits explizit und direkt durch Erzählungen und Berichte oder implizit und indirekt durch kulturelle Traditionen, rituelle oder alltägliche Praktiken und materielle Artefakte erlebt werden und historische Bedeutungen vermitteln.

In der Rekonstruktion dessen, aus welchen dieser Quellen Jugendliche für ihre Deutungen wählen und vor allem *wie* sie dabei auf die DDR Bezug nehmen, dokumentieren sich die sozialisatorischen Einflüsse unterschiedlicher Erfahrungsräume und Erinnerungs-

gemeinschaften. Insbesondere das Wissen aus den Familien und der Schule steht hierbei nicht selten in Widerspruch zueinander. Das explizite und implizite Wissen über vergangene Ereignisse wird von den Jugendlichen auf verschiedenen Wegen und dabei nicht selten prä-reflexiv angeeignet, verarbeitet und kann dann erneut in ihren sozialen Kontexten weitergegeben, verändert oder sich als nicht anschlussfähig erweisen und vergessen werden. Über die Praktiken des gemeinsamen Sich-Erinnerns Jugendlicher gestalten sich so neue Formen der gesellschaftlichen DDR-Erinnerungskultur. Erst über die Perspektive auf das konjunktive Erfahrungswissen konnte diese auch in ihrer „performativen Logik“ (Bohnsack, 2017, S. 109) erfasst werden.

3.2 Der sozialisatorische Einfluss der DDR auf die Biografien Nachwendegeborener

Bei der Auseinandersetzung mit der DDR beziehen sich Jugendliche unabhängig ihrer sozialen Herkunft stets auf eine allgemeine nationale Historie im Sinne kodifizierter Geschichtsschreibung und darüber hinaus auf ihre persönlichen Lebens- und Familiengeschichten. Diese Verknüpfung von Historizität und Biografieität stellt sie vor eine herausfordernde Aufgabe. Wie keine andere Generation zuvor müssen sie unterschiedliche DDR-Geschichtsdeutungen und Erinnerungsmilieus miteinander in Einklang bringen, ohne dabei auf eigene Primärerfahrungen zurückgreifen zu können. Sie tun dies im Rahmen der Gruppendiskussionen, um eine konsistente Geschichte erzählen und sich über unterschiedliche Erfahrungsräume hinweg verstehen zu können. Die Jugendlichen werden durch die zahlreichen und teils widersprüchlichen Quellen historischen Wissens dazu angeregt, die vielfältigen in der Gesellschaft kursierenden Narrative und Rahmungen des Themas miteinander und in Relation zu ihrer eigenen Perspektive zu bringen. In diesem Prozess des Abwägens und Zusammenführens unterschiedlicher Geschichtsinterpretationen dokumentieren sich Spannungen, die auf unterschiedliche Milieuzugehörigkeiten verweisen.

Eine zentrale Diskrepanz beinhaltet die Orientierungsherausforderung, das milieuspezifisch – vor allem familiär – geprägte Erfahrungswissen und das gesellschaftlich-generalisierte Wissen miteinander zu vereinbaren. Interessanterweise betrifft diese Aufgabe nicht nur Jugendliche, deren Familien aus der DDR stammen, sondern auch jene, die keinen direkten Bezug zur DDR haben. Offenbar sind zur Erklärung spezifischer Erinnerungsmuster also weitere Kategorien als die der Herkunft aus Ost oder West relevant.

3.3 Gemeinsame Abgrenzung von der Eltern- und Großelterngeneration

In der Erinnerungspraxis zeigt sich bei allen Jugendlichen eine grundlegende *Orientierung an Differenz* entlang zweier Hauptlinien: erstens in Bezug auf die Herkunft aus Ost oder West und zweitens über unterschiedliche generationale Zugehörigkeiten. Die Herkunft aus einem gesellschaftlichen Ost- oder Westmilieu ist für sie zwar weiterhin als Unterscheidungskategorie relevant, aber noch bedeutsamer ist für sie das Verbindende, das sich vor allem in der strukturellen Gemeinsamkeit zeigt, keine direkten Erfahrungen der gesellschaftlichen Teilung zu haben. Über die Abgrenzung von der Eltern- und Großelterngeneration und deren Prägungen dokumentiert sich, dass sie sich als Angehörige einer gemeinsamen Generation und Nation verstehen (wollen). Die von ihnen konstruierte Generationengrenze verläuft ent-

lang des historischen Markers der Deutschen Einheit, welcher in den Schilderungen der Jugendlichen durch den Mauerfall symbolisiert wird. Ungeachtet aller Unterschiede verbindet die Jugendlichen also die Erfahrung des gemeinsamen Aufwachsens in einem Land, das aus zwei Staats- und Gesellschaftssystemen hervorgegangen ist und in dem auch gegenwärtig unterschiedliche DDR-Narrative und Erinnerungsmilieus existieren.

3.4 Modi des gemeinsamen Erinnerns

Zu den Deutungen der DDR sowie den teils undurchsichtigen Erwartungen an die eigene Generation müssen sich die Jugendlichen auf die eine oder andere Weise verhalten. Sie tun dies erzählpraktisch in typischen Mustern, die in der Studie zu drei Modi des Erinnerns zusammengefasst wurden:

Emotional-affizierter Modus: Der erlebnisbasierte und auf Narrationen basierende Modus zielt nicht hauptsächlich darauf ab, die DDR faktisch zu analysieren und zu verstehen, sondern vielmehr darauf, realistische Verbindungen zur DDR-Vergangenheit herzustellen, um sich Vorstellungen von vergangenen Ereignissen machen zu können. Jugendliche, die sich vorrangig in diesem Modus der DDR-Vergangenheit zuwenden, begreifen Geschichte als etwas, das weniger durch formale Daten oder kommunikativ-verallgemeinertes Geschichtswissen vermittelt wird, sondern eher durch das Nachempfinden menschlicher Schicksale. Hierbei steht die Verbindung zu individuellen Erlebnissen und persönlichen Geschichten im Vordergrund, wodurch eine lebendigere Beziehung zur Geschichte hergestellt wird, jedoch gleichzeitig eine „De-Distanzierung von Gegenwart und Vergangenheit“ (Brauer, 2016, S. 31) erfolgt.

Rational-distanzierter Modus: In diesem Typus werden DDR-bezogene Auseinandersetzungen als rationale und emotional distanzierte Praktiken gestaltet und im Modus einer sachlichen und nüchternen Beschäftigung mit historischen Informationen gerahmt. Die Jugendlichen konstruieren die Vergangenheit anhand von historischen Daten, Fakten und Persönlichkeiten, wobei das historische Thema selbst im Mittelpunkt steht und nicht ihre persönliche Perspektive oder emotionale Betroffenheit. In diesem Typus wird die DDR-Vergangenheit zu einer Ansammlung von historischen Daten und Fakten. Ein emotionales Verarbeiten oder biografisches Reflektieren verschwindet dabei hinter dem Fokus auf das Verstehen und der Veranschaulichung von Sachinformationen.

Während diese beiden Modi vor allem jüngeren Teilnehmenden zugeordnet werden können, erinnern sich ältere Teilnehmende überwiegend im biografisch-reflexiven Modus:

Biografisch-reflexiver Modus: Jugendliche beschäftigen sich vor allem durch den Bezug auf ihre eigene Lebensgeschichte mit der DDR. Der Prozess der Auseinandersetzung zielt darauf ab, das vergangenheitsbezogene Wissen in ihre persönliche Entwicklung und die Einflüsse unterschiedlicher sozialer Milieus einzuordnen. Die Jugendlichen konstruieren den Prozess der Auseinandersetzung mit der DDR als eine Reflexion über ihre eigene Entwicklung und die Art und Weise, wie Menschen in verschiedenen sozialen Umfeldern heranwachsen. Dabei wird das erlangte Wissen als prägend für ihre individuelle Entwicklung betrachtet und entweder offen hinterfragt oder gegen abweichende Ansichten und andere Milieus verteidigt.

Dass eine klare Zuordnung dieser Modi nicht eindimensional auf die unterschiedliche Ost-West-Zugehörigkeit der Jugendlichen zurückgeführt werden kann, weil sie sich mit vielfältigen anderen Milieukategorien, wie Alter, Gender, Bildungsstand, Erziehungsstil in den Familien oder Erfahrungen im Umgang mit Differenz überlagern, wird als ein Hinweis darauf interpretiert, dass typische DDR-bezogene Erfahrungsräume bereits in Auflösung begriffen sind und die sprichwörtliche „Mauer in den Köpfen“ bei der Generation der Nachwendegeborenen zu bröckeln beginnt.

4 Zusammenfassung

Die Erinnerungspraktiken der Jugendlichen im Kontext der DDR-Vergangenheit sind äußerst vielfältig und dynamisch. In den Gruppendiskussionen setzen die Teilnehmenden über alle Unterschiede hinweg einer allgemein anerkannten gesellschaftlichen Erkenntnis eine nichtöffentliche und auf eine begrenzte Gruppe beschränkte und „konjunktive“ Erkenntnis (Mannheim, 1980, S. 213) entgegen und verhandeln diese miteinander. Die Sozialisation in unterschiedlichen Erfahrungsräumen bietet den Jugendlichen hierzu unterschiedliche Angebote für die eigene Geschichtsdeutung. Je älter die Jugendlichen sind und auf je mehr Wissensquellen und -bestände sie rekurrieren können, desto größer die daraus resultierenden Spannungen und damit verbunden die Notwendigkeit, sich zur DDR-Vergangenheit zu positionieren. Die Auseinandersetzung mit der DDR ist also nicht nur wichtig für diejenigen, die selbst in der DDR gelebt haben, sondern auch für diejenigen, die durch zahlreiche sozialisatorische Einflüsse weiterhin mit der DDR leben. Die Vielfalt der Erinnerungspraktiken verweist auf die zahlreichen Erfahrungen, die Jugendliche in unterschiedlichen Sozialisationskontexten sammeln. Die sich daraus entwickelnden Ambivalenzen spiegeln auch die zahlreichen gesellschaftlichen Deutungskämpfe über die DDR (Sabrow, 2009, S. 16), die Vielfalt vorhandener kultureller Normen der Erinnerung und die spezifischen Rollenerwartungen an Jugendliche wider, mit denen sie konfrontiert sind. Die Rekonstruktion der daraus erwachsenen Spannungen ermöglichte in dieser Studie die Kategorisierung von typischen DDR-Erinnerungsmodi. Zur Erklärung ihrer Genese genügt es jedoch nicht, auf die Herkunft aus Ost oder West zurückzugreifen. Neben den Kategorien Bildungsstand, Gender, Erziehung und Differenz-Erfahrung (in ihrer mehrdimensionalen Überlagerung) ist hierzu vor allem das Alter der Jugendlichen von Bedeutung.

Aus praxeologischer Perspektive sind die Erinnerungsmodi habituell mit ihren Träger:innen verknüpft und machen im Erinnerungsprozess Sinn. Sie bergen zahlreiche Möglichkeiten und Herausforderungen des Umgangs mit der DDR-Geschichte (Kriemann, 2024), die sich insbesondere aus der milieuspezifischen und gesellschaftlichen Kollektivität Jugendlicher ergeben (Bohnsack, 2017, S. 56).

Durch die Abgrenzung von der Generation der Eltern und Großeltern suchen Jugendliche nicht nur ihren Platz in der Generationenfolge einer wiedervereinten Gesellschaft, sondern üben auch eine Form der Unabhängigkeit und ‚Befreiung‘ von den Vorstellungen und Einflüssen älterer Generationen und ihrer historischen Prägungen aus. Dies ist Ausdruck eines eigenen generationalen Bewusstseins.

Literatur

- Bohnsack, Ralf (2017). *Praxeologische Wissenssoziologie*. Opladen/Toronto: Verlag Barbara Budrich. <https://doi.org/10.1515/srsr-2018-0060>
- Bohnsack, Ralf, Nentwig-Gesemann, Iris & Nohl, Arnd Michael (2013). *Die dokumentarische Methode und ihre Forschungspraxis*. Grundlagen qualitativer Sozialforschung (3. aktualisierte Auflage). Wiesbaden: Springer. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-19895-8>
- Brauer, Juliane (2016). „Heiße Geschichte“? Emotionen und historisches Lernen in Museen und Gedenkstätten. In Sarah Willner, Georg Koch & Stefanie Samida (Hrsg.), *Doing History. Performative Praktiken in der Geschichtskultur* (S. 30–44). Münster/New York: Waxmann Verlag.
- Kriemann, Martin (2018). Lebenswirklichkeiten nach dem Mauerfall. Zur Rekonstruktion der DDR-Erinnerungskultur(en) der Nachwendegeneration. In Rigo Hopfenmüller (Hrsg.), *Kolloquiumsreader zum XVIII Stipendiatenkolloquium der Bundesstiftung Aufarbeitung* (S. 17–18). Berlin: Bundesstiftung Aufarbeitung.
- Kriemann, Martin (2023). *Jugend mit „geteilten“ Erfahrungen. Zur Rekonstruktion der DDR-Erinnerungsmodi Nachwendegeborener in Gruppendiskussionen*. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Kriemann, Martin (2024). Gruppendiskussionen mit Jugendlichen über die DDR. In Christina Schwarz & Alexander Leistner (Hrsg.), *Past Present Progressive. Praxishandreichung zur DDR und Nachwendezeit in der außerschulischen Bildung*. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Mannheim, Karl (1980). *Strukturen des Denkens*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Sabrow, Martin (2009). Die DDR erinnern. In Martin Sabrow (Hrsg.), *Erinnerungsorte der DDR* (S. 11–27). München: C.H. Beck. <https://doi.org/10.1524/hzhz.2013.0189>

Autor:in

Martin Kriemann, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Institut für Pädagogik, Arbeitsbereich Sozialpädagogik/Sozialarbeit.

Forschungsschwerpunkte: Rekonstruktive Sozialforschung, insbesondere Dokumentarische Methode, soziales Gedächtnis, Erinnerungskultur(en), Gesellschaften im Übergang.

Anschrift: Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Institut für Pädagogik, 06099 Halle (Saale)

E-Mail: kriemann.martin@aol.de

Britta Menzel & Antonia Scholz (2022): *Frühe Kindheit und soziale Ungleichheit. Lokale Zugangssteuerung frühkindlicher Bildung und Betreuung im internationalen Vergleich*. Beltz Juventa

Rezension von Johanna Mierendorff

Menzel und Scholz präsentieren in der vorliegenden Schrift Ergebnisse einer fallorientierten ländervergleichenden Studie (Deutschland, Kanada, Schweden) über das Steuerungshandeln lokaler (politischer) Akteure in der Gestaltung des Zugangs zu Kindertagesbetreuung. Aus einer governance-theoretischen Perspektive wird die Umsetzung nationaler Gesetze und Programme im Kontext der drei unterschiedlichen wohlfahrtsstaatlichen Traditionen inhaltsanalytisch untersucht. Die Autorinnen gehen davon aus, dass in Kommunen durchaus Handlungsspielräume in der Umsetzung nationalstaatlicher Vorgaben bestehen und damit durch die konkrete lokale Gestaltung des Betreuungsangebots Verfügbarkeit, Bezahlbarkeit, Zugänglichkeit und Bedarfsgerechtigkeit bearbeitet werden können. Damit zeigen sie wesentliche Momente der Herstellung sozialer Ungleichheit durch kommunales Steuerungshandeln auf.

Pointiert werden – ausgehend von den Länderfallstudien jeweils mit Focus auf Vormerk- und Aufnahmeverfahren, Finanzierung und Informationspolitiken – die unterschiedlichen kommunalen Steuerungstypen herausgearbeitet und aufgezeigt, wie sich in dort gewachsenen Netzwerken die teils spannungsreichen Aushandlungen der politischen und der trägerspezifischen Akteure gestalten, d. h. welche Bedeutung genau dies für die Bearbeitung ungleicher Zugangsbedingungen hat. Empirisch detailreich wird dargestellt, wie sich Kommunen in ihren politischen Traditionen, regionalen Problematiken – bspw. prekäre Haushaltslage, Segregation, ländlich entleerte Räume – und gewachsenen Kommunikationsstrukturen zu den mit dem Ausbau der Kindertagesbetreuung und der Versorgung mit Plätzen resultierenden Herausforderungen stellen und welche spezifischen ungleichheitsrelevanten Folgen die eingeschlagenen Steuerungspfade und Entscheidungsmuster haben. Über den Vergleich der lokalen Zugangsbedingungen in den drei Ländern wird deutlich, dass die Gestaltungsmöglichkeiten zwar von komplexen Ausgangslagen geprägt sind, dass die Herausforderungen aber durch Setzung von Prioritäten bearbeitet werden können. Im Ländervergleich werden zunächst ähnliche Herausforderungen wie Platz- und Geldmangel festgestellt – zugleich bestünden jedoch spezifische nationale und kommunale Unterschiede in den Problemen, den Steuerungsweisen und den Ungleichheitsfolgen. Erwartet

man nun zunächst für alle drei Wohlfahrtsstaaten die altbekannten Probleme und Handlungsmuster, werden über die Lokalstudien interessante Abweichungen aufgezeigt: Obwohl in Deutschland ein Umbruch in der wohlfahrtsstaatlichen Betreuungspolitik erkennbar ist, sei kommunales Steuerungshandeln nach wie vor im subsidiären Korsett gefangen, was die erfolgreiche Bearbeitung von Zugangshürden hemme. Obwohl in Kanada die Organisation der Kindertagesbetreuung vom Grundsatz her nicht als staatliche Aufgabe betrachtet werde, kehren sich einzelne Provinzen aufgrund des lokalen Drucks inzwischen von dieser Logik ab, definieren Kindertagesbetreuung als öffentliche Aufgabe und suchen nach Lösungen für den Ausbau von und Zugang zur Kindertagesbetreuung. Obwohl in Schweden der Ausbau von Plätzen sowie die Etablierung egalitärer Zugangspolitik weit vorangeschritten ist, sei durch lokalen und periodischen Platzmangel sowie Benachteiligungsstrukturen in ländlichen und sozialsegregierten städtischen Räumen der Zugang nicht für alle Familien im erforderlichen Maß gegeben. Über den Ländervergleich wurden ungleichheits-sensible Stellschrauben der Zugangsgestaltung identifiziert. Aufgezeigt wird, dass im Kontext der finanziellen Ressourcen und politischen Ziele einer Kommune durch das Ausnutzen von Handlungsspielräumen ungleiche Zugangsbedingungen bearbeitet werden können.

Die Studie überzeugt in ihrer methodologischen und methodischen Anlage. Zugrunde gelegt ist ein governance- und wohlfahrtsstaatstheoretischer Zugang, auf dessen Basis ein heuristischer Rahmen in Bezug auf die Dimensionen Verfügbarkeit, Bezahlbarkeit, Zugänglichkeit und Bedarfsgerechtigkeit entwickelt wird. Erhebung, Datenaufbereitung und Auswertung folgen den Standards qualitativer Sozialforschung: So stellt sich der fallstudienorientierte Ansatz von Gómez & Kuronen (2011) als fruchtbar heraus. Im Sinne größtmöglicher wohlfahrtsstaatlicher Differenz werden Deutschland, Kanada und Schweden als Fälle bestimmt und jeweils zwei kontrastierende Kommunen und Akteurskonstellationen mit spezifischen Governanceprozessen ausgewählt. Gefolgt wird einem multiperspektivischen Ansatz, d. h. es wurden leitfadengestützte Experten:inneninterviews mit Entscheidungsträgern der kommunalen und lokalen Verwaltung sowie der Kitaträger geführt und die Materialien mittels der qualitativen Inhaltsanalyse ausgewertet.

Menzel und Scholz ist es gelungen, mit dieser lesenswerten international vergleichenden Studie eine Lücke in der Erforschung nationaler Zugangspolitik mit Fokus auf lokales Steuerungshandeln zu schließen und damit einen wesentlichen Beitrag zur Erforschung Ungleichheit hervorbringender Zugangsbedingungen zu Kindertagesbetreuung zu leisten. Durch die konkrete Auseinandersetzung mit lokaler Angebotsgestaltung werden wichtige Erkenntnisse über die Reproduktion sozialer Ungleichheit durch solche Steuerungsstrukturen erbracht. Die systematische Aufbereitung der Fallstudien und klare Darstellung komplexer Steuerungsprozesse macht die Schrift ausgesprochen gut lesbar, die Schlussfolgerungen sind sehr gut nachvollziehbar und in ihrem Detailreichtum gewinnbringend. Mit dieser Studie werden aktuelle und wichtige Erkenntnisse über die institutionelle Verfasstheit der Reproduktion sozialer Ungleichheit im Elementarbereich vorgelegt.

Britta Menzel & Antonia Scholz (2022): *Frühe Kindheit und soziale Ungleichheit. Lokale Zugangssteuerung frühkindlicher Bildung und Betreuung im internationalen Vergleich*. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.

Literatur

Gómez, Maria & Kuronen, Marjo (2011). Comparing local strategies and practices. Recollections from two qualitative cross-national research projects. *Qualitative Research*, 11 (6), 683–697.

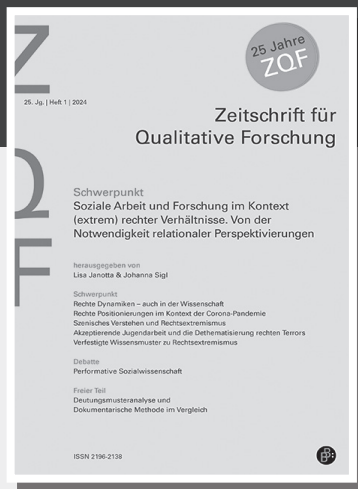
Autor:in

Johanna Mierendorff, Prof. Dr., Professur für Sozialpädagogik mit dem Schwerpunkt Pädagogik der frühen Kindheit.

Forschungsschwerpunkte: Kindheitsforschung, Wandel der Kindheit und des Elementarbereichs, Ungleichheit in der frühen Kindheit/Kinderarmut.

Anschrift: Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Phil. Fak. III – Erziehungswissenschaften, Institut für Pädagogik, Franckeplatz 1, 06099 Halle (Saale).

E-Mail: johanna.mierendorff@paedagogik.uni-halle.de



25 Jahre ZQF

ZQF – Zeitschrift für Qualitative Forschung

Jahrgang: 25. Jg. 2024 • ISSN: 2196-2138, eISSN: 2196-2146

Erscheinungsweise: 2 x jährlich • Umfang: ca. 150 S./Heft • Sprache: Deutsch, Englisch

Open Access: 24 Monate nach Erscheinen

Die ZQF ist eine 2x jährlich erscheinende interdisziplinäre Zeitschrift für Methodenentwicklung und Methodendiskussion innerhalb der qualitativen Forschung. Sie begleitet seit nun 25 Jahren die Ausbreitung und Ausdifferenzierung interpretativer und rekonstruktiver Forschungszugänge im ganzen Spektrum der Sozial-, Geistes- und Gesundheitswissenschaften und begreift sich selbst als Produkt dieser Entwicklungen und Diskussionen. Vorschläge für Themenschwerpunkte und Anregungen zu Debatten sind der ZQF ebenso willkommen wie Beiträge zum Freien Teil. Inhaltlich erstrecken sich die Beiträge von der Diskussion theoretischer und methodologischer Probleme qualitativer Forschung über die Darstellung qualitativer Forschungsansätze und Methodeninnovationen bis hin zur Reflexion von qualitativen Forschungsdesigns und Forschungsergebnissen in allen Bereichen der Sozial-, Geistes- und Gesundheitswissenschaften.

Erratum in der Diskurs 01/2024

Der Beitrag „Der Atomstreit war dagegen harmlos‘. U3-Betreuung in der medialen Diskussion seit 1970“ von Dominik Hank (S. 103-116) ist in der Printzeitschrift leider mit falschen Abbildungen und ohne Materialverzeichnis abgedruckt worden. Die folgenden Abbildungen weisen die korrekten Daten aus:

Abbildung 1: Konjunktur der medialen Diskussion um die U3-Betreuung in der FAZ

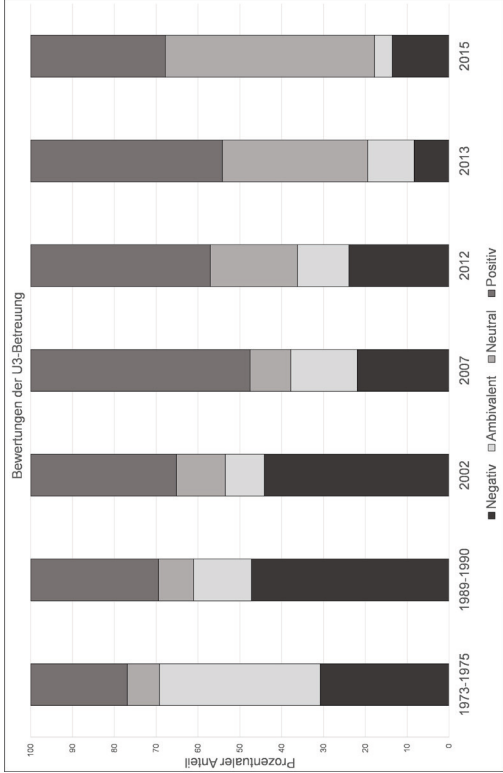
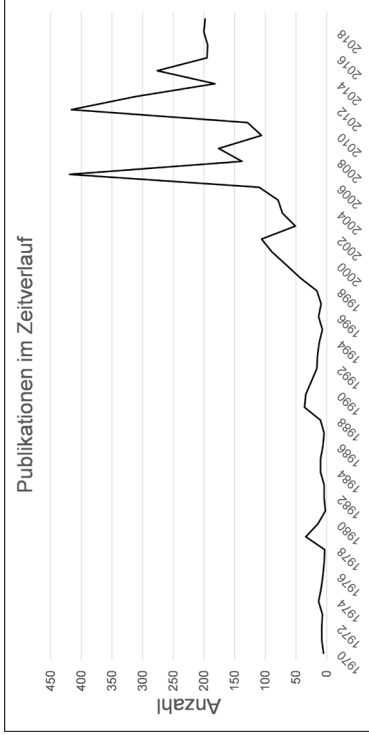


Abbildung 2: Bewertung der außerfamilialen U3-Betreuung im Zeitverlauf

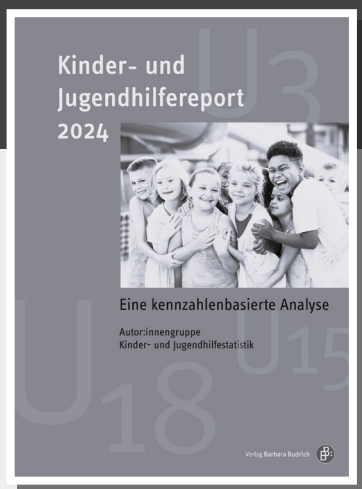


Zum Materialverzeichnis gelangen Sie über den folgenden Link:

<http://www.budrich.de/Zeitschriften/Diskurs/DISKURS-2024-1-Hank-Materialverzeichnis.pdf>

Der Verlag bittet, diese Fehler zu entschuldigen!

Hank, Dominik (2024): „Der Atomstreit war dagegen harmlos‘. U3-Betreuung in der medialen Diskussion seit 1970“ In: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung / Discourse. Journal of Childhood and Adolescence Research, 19. Jahrgang, Heft 1. Verlag Barbara Budrich: Opladen. S. 103-116. DOI: <https://doi.org/10.3224/diskurs.v19i1.07>.



Autor:innengruppe
Kinder- und Jugendhilfestatistik

Kinder- und Jugendhilfereport 2024

Eine kennzahlenbasierte Analyse

2024 • 292 S. • kart. • 29,90 € (D) • 30,80 € (A)

ISBN 978-3-8474-3044-5 • eISBN 978-3-8474-1978-5 (Open Access)

Der Kinder- und Jugendhilfereport 2024 analysiert die Situation der Kinder- und Jugendhilfe anhand der wichtigsten sozial- und bildungsstatistischen Kennzahlen, etwa zur Inanspruchnahme, zu Trägern, zu Einrichtungen, zum Personal oder zu Kosten. Dadurch bietet die Publikation einen zuverlässigen und aktuellen Überblick über die Entwicklung in der gesamten Kinder- und Jugendhilfe und ihren wichtigsten Arbeitsfeldern. Schwerpunkt der Ausgabe ist der akute Fachkräftemangel, zu dem unverzichtbare Eckdaten sorgfältig aufbereitet werden. Der Kinder- und Jugendhilfereport erscheint seit 2018 im Verlag Barbara Budrich. Zuvor wurden bereits drei Ausgaben bei anderen Verlagen veröffentlicht.

Diskurs Kindheits- und Jugendforschung/Discourse. Journal of Childhood and Adolescence Research **Hinweise für Autor:innen von Beiträgen im Aufsatzteil (Langfassung s. Internetseite)**

Allgemeines

Die Zeitschrift *Diskurs Kindheits- und Jugendforschung* versteht sich als Forum für wichtige Ergebnisse der Kindheits- und Jugendforschung, für Theoriebildung und für Fragen der gesellschafts- und bildungspolitischen sowie pädagogischen Praxis. Sie widmet sich dem Gegenstandsfeld unter der integrativen Fragestellung von Entwicklung und Lebenslauf, arbeitet fächerübergreifend und international. Zu Wort kommen deutsche und internationale Autor:innen aus den einschlägigen Disziplinen Erziehungswissenschaft, Soziologie, Psychologie, Sozialpädagogik und den Bildungswissenschaften, wobei das inter- und transdisziplinäre Gespräch auch mit anderen Disziplinen wie etwa der Psychiatrie, Neurobiologie sowie der Kommunikations- und Medienwissenschaft gesucht wird.

Mit Blick auf die Schwerpunkt-, freien sowie Kurzbeiträge veröffentlicht der *Diskurs Kindheits- und Jugendforschung* grundsätzlich nur Originalarbeiten. Mit der Einsendung des Manuskripts erklären die Autor:innen, dass ihr Beitrag in keiner Weise bereits an einem anderen Ort erschienen oder zur Veröffentlichung vorgesehen ist. Der *Diskurs Kindheits- und Jugendforschung* bemüht sich um eine gute und deutliche Sprache und bittet die Autor:innen, auf die sprachliche Qualität ihrer Beiträge zu achten. Bitte reichen Sie die notwendigen Unterlagen ausschließlich über das Open Journal System (OJS) unter: <https://ojs3-2.ojs3.budrich-academic.de/index.php/diskurs/login> ein.

Review-Verfahren (bei Schwerpunkt- und freien Beiträgen)

Der *Diskurs Kindheits- und Jugendforschung* wendet bei den Schwerpunkt- und freien Beiträgen das Verfahren der anonymen Begutachtung an. Jedes Manuskript wird in anonymisierter Form mindestens zwei Gutachter:innen vorgelegt.

Herausgeber:innen und Redaktion müssen sich eine längere Prüfungszeit vorbehalten, da die Gutachter:innen ehrenamtlich tätig sind. Unverlangt eingesandte Manuskripte können nicht zurückgeschickt werden.

Um ein ordnungsgemäßes Reviewverfahren gewährleisten zu können, sind die Autor:innen dazu verpflichtet, ihr Manuskript sowie alle weiteren Dateien (Tabellen, Abbildungen) **konsequent zu anonymisieren**. Die Autor:innenangaben werden auf der OJS-Plattform vom Manuskript getrennt eingereicht.

Einzureichende Unterlagen (bei Schwerpunkt- und freien Beiträgen)

Das anonymisierte Manuskript mit einem deutsch- und einem englischsprachigem Abstract (je max. 1.000 Zeichen, inkl. Leerzeichen), drei bis fünf Schlagwörtern auf Deutsch und Englisch, Literaturverzeichnis, Tabellen in einem separaten Word-Dokument, Abbildungen als separate Dateien. Auch die Autor:innenangaben werden als separates Dokument mitsamt den Namen aller Autor:innen (Titel, Vor- und Nachnamen), deren Forschungsschwerpunkten und Korrespondenzadressen auf OJS hochgeladen.

Manuskripte (Schwerpunkt- und freie Beiträge)

Der Umfang von Manuskripten ist auf 40.000 Zeichen (inkl. Leerzeichen, Endnoten und Literatur) zu begrenzen. Tabellen und Abbildungen fallen nicht unter diese Zählung. Die Redaktion behält sich bei Annahme von Manuskripten die Aufforderung zur Kürzung vor. Parallel dazu können Manuskripte in allen gängigen Textverarbeitungsprogrammen sowie im pdf-Format übermittelt werden.

Beachten Sie bitte, dass alle Geschlechter sprachlich gleichgestellt werden. Die Umsetzung ist Ihnen überlassen, richten Sie sich jedoch nach einer einheitlichen Variante.

Zitation

Der Diskurs verwendet die Zitierrichtlinie der American Psychological Association (APA). Vor Einsendung des Manuskripts ist die Übereinstimmung von im Text zitierter und im Verzeichnis angeführter Literatur zu prüfen. Nicht verwendet werden GROSSSCHREIBUNG, KAPITALCHEN, **Fettung** oder S p e r r u n g.

Literaturverzeichnis

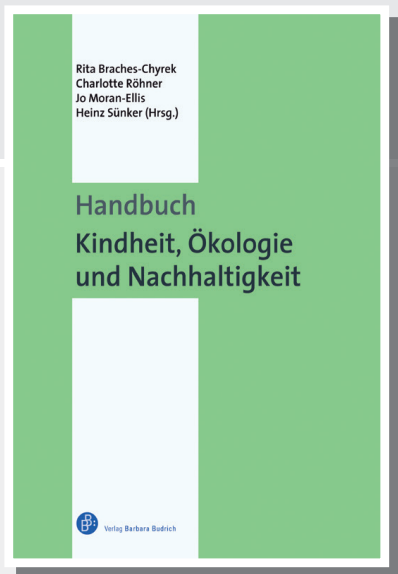
Auch das Literaturverzeichnis folgt den Richtlinien der American Psychological Association (APA), allerdings werden die Vornamen ausgeschrieben. Das Literaturverzeichnis ist nach Autorennamen alphabetisch geordnet (innerhalb eines Autors chronologisch – mit ältester Quelle zuerst). Ihre eigenen geblindeten Angaben setzen Sie bitte ganz an den Anfang.

DOI (Digital Object Identifier)

Bitte geben Sie – soweit vorhanden – immer die DOIs mit an! Hierbei unterstützt Sie das Crossref-Programm. Dieses übernimmt die Ermittlung der DOI wie folgt: Sie rufen das Programmelement mit <https://search.crossref.org/references> auf. Kopieren Sie Ihr Literaturverzeichnis in das offene Fenster und klicken auf „Match...“. Nach kurzer Zeit erscheint im Fenster das Literaturverzeichnis nunmehr mit ergänzten DOIs. Sie können es herauskopieren und in Ihr Dokument wieder einfügen.

Korrekturen

Die Redaktion behält sich vor, aus Gründen der Überlänge, der gestalterischen Vereinheitlichung, der Rechtschreibung bzw. der Sprachrichtigkeit an den Texten Korrekturen vorzunehmen, die vor der Drucklegung mit den Autor:innen abgestimmt werden.



Rita Braches-Chyrek
Charlotte Röhner
Jo Moran-Ellis
Heinz Süner (Hrsg.)

Handbuch Kindheit, Ökologie und Nachhaltigkeit

2024 • 659 Seiten • gebunden • 69,90 € (D) • 71,90 € (A)

ISBN 978-3-8474-2649-3 • eISBN 978-3-8474-1917-4

Mit dem Fokus auf Orte und Kontexte des Lebens von Kindern bringt dieses Handbuch Beiträge zusammen, die unterschiedlichste soziale Konstellationen, die für kindliches Leben und Erleben wichtig sind, untersuchen. Diese werden analog zu aktuellen Fragen von Ökologie, Nachhaltigkeit und Naturbezug diskutiert, da Kinder nicht nur die Zukunft verkörpern, sondern stetig die Folgen ökologischer Probleme erleben und von diesen besonders betroffen sind.